

Gemeinderat der Bundeshauptstadt Wien

19. Wahlperiode

28. Sitzung vom 29. Oktober 2012

Wörtliches Protokoll

Inhaltsverzeichnis

1. Entschuldigte Gemeinderätinnen bzw Gemeinderäte	S. 3	8. 02606-2012/0001-GSK; MA 21A, P 17: Plan Nr 8013: Flächenwidmungs- und Bebauungsplan 9, KatG Alsergrund Abstimmung	S. 39
2. Fragestunde			
1. Anfrage (FSP - 03719-2012/0001 – KGR/GM)	S. 3	9. 02647-2012/0001-GSK; MA 21A, P 18: Plan Nr 7535E: Flächenwidmungs- und Bebauungsplan 1, KatG Innere Stadt Abstimmung	S. 39
2. Anfrage (FSP – 03717-2012/0001 – KFP/GM)	S. 5		
3. Anfrage (FSP – 03715-2012/0001 – KSP/GM)	S. 6		
4. Anfrage (FSP – 03720-2012/0001 – KVP/GM)	S. 10	10. 03160-2012/0001-GSK; MA 21B, P 20: Plan Nr 8023: Flächenwidmungs- und Bebauungsplan 22, KatG Kagran Berichterstatterin GRin Silvia Rubik Rednerin:	S. 39
5. Anfrage (FSP – 03718-2012/0001 – KFP/GM)	S. 12	GRin Karin Schrödl	S. 39
3. AST/03742-2012/0002-KGR/AG Aktuelle Stunde zum Thema "Frischer Wind in Wien. Moderne Mobilität statt Stau und Stillstand"		Abstimmung	S. 40
Rednerinnen bzw Redner:		11. 03305-2012/0001-GWS; MA 34, P 23: Mietvertrag mit der Josefsdorf Wohnungs- eigentumsgesellschaft mbH Abstimmung	S. 40
GR Mag Rüdiger Maresch	S. 17		
StR Mag Manfred Juraczka	S. 19	12. 03216-2012/0001-GKU; MA 7, P 10: Subvention echo medienhaus GesmbH Berichterstatter GR Ernst Woller	S. 40
GR Mag Johann Gudenus, MAIS	S. 20	Rednerinnen bzw Redner:	
GR Ernst Woller	S. 20	GRin Ing Isabella Leeb	S. 40
GR Dipl-Ing Roman Stiftner	S. 21	GR Univ-Prof Dr Herbert Eisenstein	S. 40
GR Mag Christoph Chorcherr	S. 22	GRin Martina Ludwig-Faymann	S. 41
GR Anton Mahdalik	S. 23	Abstimmung	S. 41
GRin Ingrid Schubert	S. 24		
4. Mitteilung des Einlaufs	S. 25	13. PGL - 03758-2012/0001 - KVP/MDGF: Dringliche Anfrage von GR Dipl-Ing Ro- man Stiftner und GR Ing Mag Bernhard Dworak betreffend "Chaos und Unprofes- sionalität in der Wiener Verkehrspolitik" Begründung durch GR Dipl-Ing Roman Stiftner	S. 41
5. Gemäß § 26 WStV ohne Verhandlung angenommene Anträge des Stadtsenates	S. 25	Beantwortung von VBgmin Mag Maria Vassilakou	S. 45
6. Umstellung der Tagesordnung	S. 25	Rednerin bzw Redner:	
7. 02734-2012/0001-GSK; MA 21 B, P 14: Plan Nr 7979: Flächenwidmungs- und Bebauungsplan 12, KatG Hetzendorf Berichterstatter GR Dipl-Ing Omar Al-Rawi	S. 25	StR Mag Manfred Juraczka	S. 49
Rednerin bzw Redner:		GR Mag Rüdiger Maresch	S. 51
GR Ing Mag Bernhard Dworak	S. 25	GR Mag Johann Gudenus, MAIS	S. 52
GR Johann Herzog	S. 27	GR Siegi Lindenmayr	S. 54
GR Karlheinz Hora	S. 29	GR Dkfm Dr Fritz Aichinger	S. 56
GR Mag Günter Kasal	S. 31	GRin Kathrin Gaal	S. 57
VBgmin Mag Maria Vassilakou	S. 32	GR Dipl-Ing Roman Stiftner	S. 58
GR Anton Mahdalik	S. 33	GR Mag Rüdiger Maresch	S. 60
GR Mag Christoph Chorcherr	S. 35	GR Dipl-Ing Martin Margulies	S. 61
GR Mag Wolfgang Jung	S. 37	Abstimmung	S. 62
GR Dipl-Ing Rudi Schicker (tatsächliche Berichtigung)	S. 38		
GR Mag Wolfgang Jung	S. 38		
Berichterstatter GR Dipl-Ing Omar Al-Rawi	S. 39		
Abstimmung	S. 39		

14. PGL - 03757-2012/0001 - KFP/MDGAT:		
Dringliche Antrag von GRin Mag Dr Barbara Kappel, GR Rudolf Stark, GR Univ-Prof Dr Herbert Eisenstein, GR Dominik Nepp, GR Mag Gerald Ebinger und GRin Uta Meyer betreffend "Beteiligung am Strafverfahren als Privatbeteiligte"		
Begründung durch GRin Mag Dr Barbara Kappel	S. 67	
Rednerin bzw Redner:		
GR Mag Johann Gudenus, MAIS	S. 70	
GR Norbert Walter, MAS	S. 71	
		GR Mag Rüdiger Maresch S. 73
		GRin Katharina Schinner S. 73
		StR DDr Eduard Schock S. 74
		GR Karlheinz Hora (tatsächliche Berichterung) S. 77
		GR Mag Thomas Reindl S. 77
		GR Mag Wolfgang Jung S. 78

(Beginn um 9.02 Uhr.)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen!

Ich eröffne die 28. Sitzung des Wiener Gemeinderates.

Wahrscheinlich nicht auf Grund des Wetters, das draußen herrscht - aber es sind heute doch sehr viele entschuldigt. Ich werde nur jene Personen zur Kenntnis bringen, die während des gesamten Tages entschuldigt sind. Das sind GR Dr Aigner, GRin Mag Feldmann, GRin Frank, GR Mag Kowarik, GRin Dr Laschan, GR Nepp, GRin Meyer, GR Mag Neuhuber, GR Stark, GR Dr Ulm, GR Dr Van der Bellen, GR Mag Dr Wansch, GRin Mag Straubinger. Amtsf StR Dr Mailath-Pokorny ist gleichfalls für den gesamten Tag entschuldigt.

Wir kommen zur Fragestunde. Die 1. Anfrage (FSP - 03719-2012/0001 - KGR/GM) wurde von Frau GRin Dr Jennifer Kickert gestellt und ist an die Frau amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung gerichtet. (Am 14. Juni begann die BürgerInnenbeteiligung zur Neugestaltung des Schwedenplatzes, bei der Nutzungsansprüche der Wienerinnen und Wiener ermittelt wurden. Seit 23. September ist der Beteiligungsprozess abgeschlossen. Was sind die zentralen Ergebnisse dieses Prozesses?)

Bitte, Frau Vizebürgermeister.

VBgmin Mag Maria **Vassilakou**: Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Gemeinderätin!

Am 14. Juni begann die BürgerInnenbeteiligung zur Neugestaltung des Schwedenplatzes. Der Schwedenplatz ist einer der zentralsten Orte der Stadt und ein Tor zur City. Rund 150 000 Menschen steigen hier an einem durchschnittlichen Werktag um. Zum Vergleich: Am Westbahnhof sind es mit 43 000 Fahrgästen deutlich weniger. Der Platz erfüllt damit zwar seine Aufgabe als wichtiger Verkehrspunkt und als ein Ort, an dem man schnell Dinge des Alltags erledigt, aber wirklich gerne genutzt wird der Schwedenplatz nicht. Das heißt, es besteht dringender Handlungsbedarf, diesem Ort ein neues Gesicht zu geben. Wir gehen jetzt die Neugestaltung an, damit der Platz von einem Transitraum zu einem lebenswerten Stadtquartier wird.

Mit den Planungen für einen neuen Schwedenplatz setzt die Stadt Wien eines der zentralen Anliegen um. Wir wollen schon vor einer Neuplanung die Meinung der Wienerinnen und Wiener erfahren, denn Menschen, die hier arbeiten, wohnen oder den Platz auf andere Weise nutzen, wissen am besten, was es braucht. Diese breit angelegte BürgerInnenbeteiligung wird die Grundlage für die Neugestaltung schaffen. Parallel zur BürgerInnenbeteiligung erstellt die Stadt Wien eine Verkehrsuntersuchung sowie eine Sozialraumanalyse. Uns ging es in diesem Beteiligungsprozess darum, herauszufinden, wie der Schwedenplatz künftig genutzt werden soll, also welche Ansprüche die Wienerinnen und Wiener an den Schwedenplatz haben und was hier künftig realisiert werden soll.

Die Beteiligung hatte zwei Phasen. In der ersten Phase, von 15. bis 22. Juni 2012, wurden alle Nutzungs-

ideen, Meinungen und Wünsche gesammelt. Das war sowohl vor Ort als auch über das Internet möglich. Die Gesprächsergebnisse aus der Dialogbox wurden täglich ins Internet gestellt, und umgekehrt konnten auch in der Dialogbox die aktuellen Diskussionsthemen aus der Online-Beteiligung mitverfolgt werden. Diese Verschränkung von Online- und Offline-Beteiligung war zentral, um möglichst alle Wienerinnen und Wiener in die Beteiligung einzubinden. In der zweiten Phase, von 17. bis 23. September, konnten die Wienerinnen und Wiener die eingebrachten Vorschläge gemeinsam gewichten.

Tausende WienerInnen haben ihre Ideen mitgebracht und mitgearbeitet. In der ersten Beteiligungsphase wurden 1 150 Beiträge gesammelt, in der zweiten Phase haben 2 200 Wienerinnen und Wiener an der Gewichtung teilgenommen. Allein die Website wurde über 9 000 Mal besucht. Ein Vergleich zum Online-Dialog für die Neugestaltung des Hamburger Domplatzes ist insofern relevant, als Hamburg in etwa dieselbe Bevölkerungsgröße wie Wien hat: Dort wurden in rund 2 Wochen 1 000 Beiträge eingebracht. Das zeigt, dass wir den richtigen Weg gegangen sind. Die WienerInnen haben ein großes Interesse daran, mitzubestimmen, wenn es um die Gestaltung ihres Schwedenplatzes geht.

Für die Beteiligung wurde der Schwedenplatz in vier Bereiche gegliedert: Morzinplatz, Schwedenplatz-Zentral, Hotelvorplatz und Franz-Josefs-Kai. Hohe Priorität hat für die Wienerinnen und Wiener das Thema Grün, es zieht sich durch alle Platzbereiche, ausgenommen selbstverständlich Franz-Josefs-Kai. Der Morzinplatz wird eher als Bereich gesehen, der ruhiger bleiben und zum Verweilen einladen soll. Für den Schwedenplatz-Zentral wird eine bessere Organisation der Haltestellen und Schienen als wichtig angesehen. Auch bessere Verbindungen für FußgängerInnen sind in der Reihung mehrmals unter den Top 3. Die Top 3 nach Platzbereich:

Morzinplatz: Erstens: nutzbare Grünflächen zum Verweilen. Zweitens: den Platz als ruhigen Ort zum Verweilen gestalten. Drittens: NS-Mahnmal als prägendes und wichtiges Element in die Platzgestaltung einplanen.

Schwedenplatz-Zentral: Erstens: Organisation der Straßenbahnlinien und Haltestellen verbessern. Zweitens: mehr Bepflanzungen in Augenhöhe anbieten. Drittens: Wegverbindungen von FußgängerInnen verbessern.

Hotelvorplatz: Erstens: höhere Qualität in der Bepflanzung schaffen. Zweitens: Verbindung zwischen Schwedenplatz zentral und Hotelvorplatz für FußgängerInnen verbessern. Drittens: konsumfreie Sitzmöglichkeiten schaffen.

Last but not least Franz-Josefs-Kai: Erstens: Verbindung von der Innenstadt zum Donaukanalufer verbessern. Zweitens: Verkehr am Kai einschränken. Drittens: Tankstelle entfernen, um Platz zu gewinnen.

Diese Ergebnisse wollen wir auch den Wienerinnen und Wienern zugänglich machen, deshalb wird es im November eine Ausstellung dazu geben. Vielen Dank auch an dieser Stelle noch einmal an alle, die an der Beteiligung teilgenommen haben, sowie an die zuständigen Magistratsabteilungen, die eine hervorragende Ar-

beit geleistet haben! (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich danke, Frau Vizebürgermeister, für die Beantwortung dieser uns bekannten Frage. - Wir kommen zu den Zusatzfragen. Die 1. Zusatzfrage wird von GR Mahdalik gestellt. - Bitte.

GR Anton **Mahdalik** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrte Frau Stadträtin!

Im Zusammenhang mit BürgerInnenbeteiligungen darf ich Sie thematisch ganz kurz auf die Mariahilfer Straße entführen. In Anbetracht dessen, dass die GRÜNEN in glorreichen Oppositionszeiten noch bei jedem geplanten Garagenbau eine Grätzel- beziehungsweise Bürgerbefragung mit Verbindlichkeit gefordert und diese auch sehr oft durchgesetzt haben, möchte ich Sie fragen, weil es sich bei der geplanten Teilweise-Fußgängerzone auf der Mariahilfer Straße doch um eine einschneidende Maßnahme für die Bezirke 6 und 7 handelt, ob Sie hier Ihrem früheren Credo gerecht werden und den betroffenen Bürgern ihr Recht zugestehen, auch hier, bei dieser einschneidenden Frage, mittels einer Bürgerbefragung ihre Meinung abzugeben.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Vizebürgermeister.

VBgmin Mag Maria **Vassilakou**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat!

Hier hat es bereits im Vorfeld ein Bürgerbeteiligungsverfahren gegeben, an dem sehr, sehr viele MariahilferInnen und NeubauerInnen teilgenommen haben. Es sind hunderte Vorschläge eingelangt, sowohl vor Ort als auch übers Internet, über Neugestaltungswünsche und Bedürfnisse, die es dort in der Bevölkerung gibt.

An erster Stelle wurde übrigens gereiht: mehr Platz für Fußgängerinnen und Fußgänger und mehr Raum zum Verweilen auf der Mariahilfer Straße.

Des Weiteren wird die Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung jetzt in der Gestaltungsphase fortgesetzt. Das heißt, das Neugestaltungskonzept wird unter Einbindung der Anrainerinnen und Anrainer, die natürlich Interesse daran haben, erarbeitet werden. Und ja, es wird darüber hinaus Befragungen geben über eine Vielzahl von Begleitmaßnahmen, die, wie Sie sagen, auch unmittelbar Auswirkungen auf Teile des Neubaus und auf Teile Mariahilfs haben. Also wie gesagt, Begleitmaßnahmen werden hier konkret abgefragt, sodass diejenigen, die davon betroffen sein werden, selbstverständlich die Möglichkeit haben werden, sich dazu zu äußern, ob sie denn diese wünschen oder nicht.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich danke. - Die 2. Zusatzfrage wird von GR Ing Mag Dworak gestellt. - Bitte.

GR Ing Mag Bernhard **Dworak** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Guten Morgen, Frau Stadträtin!

Betreffend Morzinplatz: Der Morzinplatz war ja unter anderem auch eine der Standortideen für ein neues Wien Museum. Im Rahmen dieser Vorbereitungen hatte sich ja herausgestellt, dass die Standorte, die diskutiert worden sind, von unterschiedlicher Qualität sind. Können Sie uns an dieser Stelle sagen, warum der Morzinplatz ausgeschieden ist für ein mögliches Wien Museum?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Vize-

bürgermeister.

VBgmin Mag Maria **Vassilakou**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat!

Diese Frage sollten Sie besser an den zuständigen Kulturstadtrat richten, denn dieser ist es, der hier in Zusammenarbeit mit etlichen Experten und darüber hinaus mit Herrn Museumsdirektor Kos unter anderem auch den Schwedenplatz als potenziellen Standort überprüft, aber zuletzt die Standortsuche auf zwei potenzielle Standorte einschränkte, die uns allen bekannt sind, nämlich den Hauptbahnhof oder den Verbleib am Karlsplatz so wie bisher.

Was jetzt den Schwedenplatz konkret anlangt, kann ich aus meiner Sicht Folgendes sagen: Erstens zeigt das Bürgerbeteiligungsverfahren, an dem, wie gesagt, sehr viele Menschen teilgenommen haben, deutlich eine Präferenz dafür, den Morzinplatz nicht zu verbauen. Und ich gebe ebenfalls zu bedenken, dass ein Wien Museum, ein neues Wien Museum mit dem Raumbedarf, den es haben würde, sozusagen eine Kubatur benötigen würde, von der ich schwer bezweifle, ob sie am Morzinplatz in einer geeigneten Art und Weise untergebracht werden könnte, ohne doch ein sehr, sehr massives Bauwerk auf dem Morzinplatz zu platzieren, von dem ich an dieser Stelle sozusagen wage, jetzt leichte Zweifel zu hegen, inwieweit dort die Bevölkerung diesen Schritt mit Begeisterung aufnehmen würde.

Wie auch immer, unabhängig davon, dass es natürlich auch spannend gewesen wäre, sich anzuschauen, inwieweit eine Verbauung des Morzinplatzes vielleicht auch dazu beiträgt, den Schwedenplatz insgesamt anders zu gestalten und ihm auch ein neues Gesicht zu geben, gehe ich nun davon aus, dass diese Frage insofern beantwortet ist, als hier, wie gesagt, eindeutig das Bedürfnis artikuliert wird, den Morzinplatz so zu belassen, wie er ist, dort allenfalls ein NS-Mahnmal zu platzieren und von einer Verbauung abzusehen.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Danke schön. - Die nächste Zusatzfrage wird von GRin Dr Kickert gestellt. - Bitte.

GRin Dr Jennifer **Kickert** (*Grüner Klub im Rathaus*): Gute Morgen, Frau Vizebürgermeisterin!

Nachdem die wesentlichsten Qualitäten für den Schwedenplatz aus Sicht der Bevölkerung abgefragt worden sind: Welche weiteren Schritte sind jetzt in der Umgestaltung geplant?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Vizebürgermeister.

VBgmin Mag Maria **Vassilakou**: Sehr geehrte Frau Gemeinderätin!

Nun geht es darum, bis Ende des Jahres auf Basis eben jener Prioritäten, die die Bürgerinnen und Bürger selbst festgelegt haben, ein grobes Leitbild zu erstellen, welches wiederum die Grundlage für einen internationalen Wettbewerb bilden soll, welcher im Jahr 2013 stattfinden soll.

Ich gehe davon aus, dass wir, so wir den Zeitplan einhalten können - wogegen jetzt an dieser Stelle nichts spricht -, im Frühjahr 2013, wie gesagt, mit diesem internationalen Wettbewerb und einem entsprechenden Er-

gebnis rechnen können, das dann in weiterer Folge selbstverständlich der Bevölkerung erneut präsentiert wird, sodass, wenn sämtliche Instanzen durchlaufen worden sind, die man bei einem derart zentralen Projekt auch braucht, wir davon ausgehen könnten, dass erste bauliche Maßnahmen etwa noch im Jahr 2015 erfolgen könnten.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich danke für die Beantwortung der 1. Anfrage.

Die 2. Anfrage (FSP - 03717-2012/0001 - KFP/GM) wurde von Herrn GR Mahdalik gestellt und ist an den Herrn Bürgermeister gerichtet. *(Sie haben in den Medien festgehalten, dass eine massive Vergrößerung der Parkpickerlzone nicht geplant sei und es nur um kleine Adaptierungen gehe. Die von SPÖ-Bezirksvorsteher Franz Prokop und Verkehrsstadträtin Mag Vassilakou nun vorgesehene Erweiterung der Parkpickerlzone in Ottakring bis zur Savoyenstraße wäre indes sicherlich alles andere als eine „kleine Adaptierung“, sondern würde ganz im Gegenteil annähernd eine Verdoppelung des Inkassobereiches darstellen. Haben Sie vor dem Bezirksoberhaupt von Ottakring und der Planungsstadträtin politisch kapituliert?)*

Bitte, Herr Bürgermeister.

Bgm Dr Michael **Häupl**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat!

Nachdem Sie mir nicht wirklich eine Frage stellen, hätte ich eigentlich auch gar keine zu beantworten. Aber ich möchte kurz auf eine Prämisse eingehen, die Sie in Ihrer vorherigen Begründung angeführt haben, nämlich die Frage: kleine Adaptierungen. Da haben wir offensichtlich Fehleinschätzungen.

Ich darf Ihnen in Erinnerung rufen, dass die Fläche von Wien 414,87 km² ausmacht. Das Ausmaß der parkraumbewirtschafteten Fläche beziehungsweise Flächen sind zur Zeit etwa 46,41 km². Die Fläche von Ottakring beträgt 8,67 km². Die parkraumbewirtschaftete Fläche in Ottakring macht etwa 5 km² aus, und die Fläche zwischen Sandleitengasse und Savoyenstraße macht 1,5 km² aus. Und da habe ich noch keineswegs berücksichtigt, dass es höchst unterschiedliche Einwohnerzahlen in diesen jeweiligen Flächen gibt.

Ja, ich bezeichne das als kleine Adaptierung!

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Danke. - Die 1. Zusatzfrage wird von GR Mahdalik gestellt. - Bitte. *(GR Dr Kurt Stürzenbecher: Mit den Zahlen kennt er sich nicht aus!)*

GR Anton **Mahdalik** (Klub der Wiener Freiheitlichen): Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Gerade Sie sollten durch Ihren jährlichen Auftritt im kleinsten Weingarten Wiens wissen, was kleinräumig bedeutet. Sie haben jetzt mit vielen Zahlen wenig gesagt, denn wenn man sich die Karten der Bezirke 14, 16 und 17 ansieht, werden die neu gewünschten Grenzen der Parkpickerlbereiche jeweils eine Verdoppelung des Inkassobereiches mit sich bringen.

Jetzt frage ich Sie: Die Verdoppelung der parkpickerlbewirtschafteten Zonen in den Bezirken 14, 16 und 17, die Sie außer Abrede gestellt haben, weil Sie gesagt haben, nur eine kleinräumige Adaptierung kom-

me für Sie in Frage - was die Bezirksoberhäupter der Bezirke 14, 16 und 17 herzlich wenig interessiert hat -, eine Verdoppelung der Inkassofläche, um das noch einmal zu fragen, ist für Sie eine kleinräumige Adaptierung?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Herr Bürgermeister.

Bgm Dr Michael **Häupl**: Herr Gemeinderat!

Ich habe mich deswegen auf den 16. Bezirk konzentriert, weil Sie mich danach gefragt haben. Es ist Ihre Fragestellung ausdrücklich auf die Fläche zwischen der Sandleitengasse und der Savoyenstraße bezogen, deswegen habe ich mich darauf konzentriert. Ich bin nicht davon ausgegangen, dass Sie plötzlich auch so großräumige Diskussionen führen wollen. *(Heiterkeit bei der SPÖ.)*

Nichtsdestoweniger: Die Bevölkerungszahl im Vergleich macht zu der bereits jetzt parkraumbewirtschafteten Fläche in Ottakring etwa 13 Prozent aus, im Vergleich zu dem, was jetzt ist. Darin kann ich nicht im Entferntesten eine Verdoppelung erkennen, und so gesehen, nenne ich das „eine kleine Adaptierung“.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Die 2. Zusatzfrage wird von GR Dipl.-Ing. Stiftner gestellt. - Bitte. *(GR Dr Kurt Stürzenbecher in Richtung FPÖ: ... nicht genügend!)*

GR Dipl.-Ing. Roman **Stiftner** (ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien): Schönen guten Morgen, Herr Bürgermeister!

In der Tat wissen wir, dass das Parkpickerl jetzt nicht nur in Wien, sondern österreichweit ein Thema geworden ist. Es emotionalisiert, und es ist, glaube ich, jetzt schon so etwas wie Chefsache geworden, die Frage nämlich, wie man weiter mit diesem Thema umgeht. Wir haben ja verschiedene Varianten. Ich stelle fest - und ich glaube, das ist der allgemeine Befund -, dass durch die Ausweitung des Parkpickerls eine Art Wellenbewegung eingesetzt hat: Dort, wo es bisher Probleme gab, gibt es vielleicht Verbesserungen; dort, wo es bisher keine Probleme gab, gibt es jetzt natürlich große Probleme im Sinne dieses Verdrängungswettbewerbes.

Jetzt ist die Frage der nächsten Schritte, und welche Vorgaben Sie als Chef dieser Stadt Ihrer Stadträtin und Vizebürgermeisterin geben werden, nachdem es jetzt zur Chefsache geworden ist. Welche Rahmenbedingungen, schlagen Sie vor, sollten wir jetzt setzen, damit wir dieses Gegeneinander, diese Aggression, die ja entstanden ist, einfangen, dass wir zu einem Konzept kommen, das wirklich einer Bundeshauptstadt gerecht wird? *(Amtsf StR Christian Oxonitsch: In Ottakring ... keine Aggression mehr seit der Ausweitung!)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Herr Bürgermeister.

Bgm Dr Michael **Häupl**: Zunächst möchte ich darauf hinweisen, dass es das, was Sie schildern, schon auch anlässlich der Einführung des Parkpickerls in den Innergürtelbezirken gegeben hat - wenn Sie sich erinnern wollen -, und ebenso, als in den Innergürtelbezirken das Parkpickerl eingeführt wurde, in den benachbarten Bezirken.

Ich kann Ihnen das aus eigener Erfahrung aus Ottakring sagen. Ja, dieses Problem hat es schon bis etwa zur Wattgasse auch über geraume Zeit und geraume Jahre hinweg gegeben. Deswegen war ja auch in diesen Bereichen die Zustimmung zur Einführung des Parkpickerls besonders groß.

Ich kann Ihnen durchaus auch berichten aus jenen Bereichen, in denen es Proteste gegeben hat. Es war insbesondere - wenn wir beim Bezirksvergleich bleiben wollen, nämlich bei meinem eigenen Heimatbezirk - aus den Villengegenden des Wilhelminensbergs, dass heute mit einer personellen Überschneidung von etwa zwei Dritteln die Wünsche da sind, das Bezirkspickerl bis zur Savoyenstrasse einzuführen. Ich weiß mich hier also durchaus eins mit jenen, die tatsächlich unter der Parkplatznot leiden, insbesondere auch unter dem Abstellen - dem illegalen Abstellen, muss man auch noch dazusagen - von LKWs in dem Bereich. So gesehen denke ich, dass die Handlungsweise ganz gut ist.

Wenn Sie mich fragen, welche Kriterien es gibt: Nun, es wird nicht das Kriterium geben, dass wir das dann mit einem Landesgesetz allgemein bestimmen, sondern wir werden das selbstverständlich in Einklang mit den Bezirken machen. Wenn ein Bezirk das Parkpickerl nicht wünscht, dann wird es dort auch nicht eingeführt.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich danke. - Die 3. Zusatzfrage wird von GR Mag Maresch gestellt. - Bitte.

GR Mag Rüdiger **Maresch** (*Grüner Klub im Rathaus*): Jetzt verstehe ich natürlich schon, dass die ÖVP und die FPÖ langsam nervös werden, weil sie merken, wie das Parkpickerl wirkt, und zwar nämlich ganz positiv! (*Ironische Heiterkeit bei FPÖ und ÖVP.*) Darüber kann man ruhig lachen. Im 17. Bezirk sehe ich das ganz anders, denn dort gibt es jetzt 24 Stellplätze, die in der Kalvarienberggasse frei sind.

Deswegen meine Frage an Sie, Herr Bürgermeister, als Bewohner von Ottakring: Wie erleben Sie sozusagen die Vorzüge des Parkpickerls? (*Neuerliche ironische Heiterkeit bei FPÖ und ÖVP.*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Herr Bürgermeister.

Bgm Dr Michael **Häupl**: Also um es sehr persönlich und ganz ehrlich zu beantworten: Persönlich gar nicht. (*Heiterkeit.*)

Aber sehr, sehr viele Bewohnerinnen und Bewohner von Ottakring, die innerhalb der Sandleitengasse wohnen, erleben es so, dass sie nunmehr einen Parkplatz zur Verfügung haben, was bis vor nicht allzu langer Zeit de facto nicht oder kaum möglich gewesen ist. Das ist die Realität, und deswegen hat es natürlich auch diesen Stimmungsschwenk gegeben.

Ob das nun hier von Einzelnen zur Kenntnis genommen wird oder nicht, ist nicht wirklich das Wichtige, sondern das Wesentliche dabei ist: Wie empfinden es die Bewohnerinnen und Bewohner, hier insbesondere in der Fläche zwischen Sandleitengasse und Gürtel? - Und die empfinden es positiv! Auch wenn das manche nicht wahrnehmen wollen.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Danke. - Die

4. Zusatzfrage wird von GR Mahdalik gestellt. - Bitte.

GR Anton **Mahdalik** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Nachdem uns hier Rüdiger Maresch elegant in den unernsten Teil der Fragestunde übergeführt hat und der Herr Bürgermeister eine Verdoppelung der Inkassofläche als kleinräumig bezeichnet, möchte ich gar nicht wissen, wie beim Gustl Bauer das kleine Gulasch aussieht. (*GR Dr Kurt Stürzenbecher: Das ist keine Verdoppelung!*)

Aber abgesehen davon möchte ich eine Frage betreffend die Bezirke jenseits der Donau stellen, die ja im Moment noch, zumindest aus wahltechnischer Sicht, außer Obligo zu stehen scheinen. Stehen Sie mit Ihrem Wort dafür ein, wenn Sie 2015 noch einmal zur Bürgermeisterwahl antreten und wider Erwarten noch einmal Bürgermeister werden sollten, dass Sie dann auch für die Zeit danach eine Ausweitung des Pickerls auf die Bezirke 21 und 22 ausschließen können?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Herr Bürgermeister.

Bgm Dr Michael **Häupl**: Herr Gemeinderat!

Nicht alles, was hinkt, ist ein Vergleich, und das mit dem Gulasch beim Bauer Gustl habe ich nicht verstanden. Aber vielleicht erklären Sie es mir dann irgendwie, ich fühle mich dazu intellektuell nicht in der Lage.

Was die Frage nach den Bezirken 21 und 22 betrifft, können Sie das ebenso sehen wie für den 10., für den 23., für den 11., für eine Reihe anderer Bezirke, für den 13., für den 18., für den 19. Wofür ich einstehe, das ist: Gegen den Willen von Bezirken wird keine Parkraumbewirtschaftung eingeführt! Das ist das, wofür ich einstehe und was ich Ihnen dazu auch versprechen kann. Mehr ist von meiner Seite her dazu nicht zu sagen.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich danke für die Beantwortung der 2. Anfrage.

Die 3. Anfrage (*FSP - 03715-2012/0001 - KSP/GM*) wurde von Herrn GR Christian Hursky gestellt und ist an die Frau amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Umwelt gerichtet. (*Die Stadt Wien hat mit knapp über 50 Prozent einen auch im internationalen Vergleich hohen Grünflächenanteil. Die Wiener Stadtgärten spielen dabei mit ihren 850 Parks auf zirka 20 Millionen Quadratmetern Grünfläche eine zentrale Rolle. Trotz dieser hohen Grünflächenausstattung werden auch 2013 wieder zahlreiche neue und attraktive Grünflächen entstehen. Welche Maßnahmen sind diesbezüglich im nächsten Jahr geplant?*)

Bitte, Frau Stadträtin.

Amtsf StRin Mag Ulli **Sima**: Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Frage beschäftigt sich mit dem Thema Park- und Grünflächen in der Stadt Wien. Ich werde ein bisschen einen Ausblick für das Jahr 2013 geben, was wir in diesem Bereich geplant haben. Grundsätzlich würde ich es einmal in zwei Gruppen unterteilen. Es gibt drei sehr große Projekte in den Stadterweiterungsgebieten, das sind der Hauptbahnhof, Eurogate und die Seestadt Aspern. Außerdem gibt es sehr, sehr viele kleinere Parkerneuerungen, kleiner im Vergleich zum Hauptbahnhof, der doch einige Hektar groß ist, aber trotzdem sehr schöne

Grünflächen im innerstädtischen Bereich.

Beim Hauptbahnhof wird der Helmut-Zilk-Park errichtet. Er ist 7 Hektar groß, die Kosten sind 5 Millionen EUR. Das haben wir erst vor Kurzem auch hier im Gemeinderat beschlossen.

Das zweite Stadterweiterungsprojekt ist Eurogate. Der Leon-Zelman-Park im Bereich des ehemaligen Aspernbahnhofs mit 2,7 Hektar Gesamtparkfläche wird auch in 2 Bauteile unterteilt und errichtet. Der erste Bauteil ist derzeit schon in Errichtung. Es wird entsprechend der Lage auch ein eher urbaner Park, ausgestaltet mit Plätzen, die zum Verweilen einladen. 120 Jungbäume sollen dort gepflanzt werden, moderne Gräser- und Staudenbeete. Spielbereich, Kletterlandschaft, Kommunikationsbereiche, also ein Park, der sehr den modernen Standards entspricht, wie wir sie in den letzten Jahren in unserem Parkleitbild für die Stadt Wien auch festgehalten haben.

Im ersten Parkteil, der ungefähr 1,1 Hektar umfasst, erwarten wir die Eröffnung im Juni 2013. Für den zweiten Parkteil mit 1,6 Hektar ist die Fertigstellung noch nicht terminisiert, weil wir immer schauen, dass wir das natürlich auch im Gleichklang mit dem entsprechenden Wohnbau machen, dass wir dort entsprechende Erholungsflächen anbieten können. Das Schöne ist, dass wir bei diesem Park auch eine EU-Kofinanzierung von 50 Prozent lukrieren konnten.

Bei der Seestadt Aspern gibt es mehrere große Projekte. Der zentrale Park, das ist der Seepark, wird ungefähr 4,6 Hektar umfassen plus einen See. Daneben wird es westlich und südlich ebenfalls zwei Parks geben, die ungefähr 1,5 Hektar groß sind. Das sind einmal die drei Parks, die jetzt in der ersten Phase umgesetzt werden. Die Planungen sind schon im Juli 2012 begonnen worden, der Baubeginn ist mit Herbst 2013 geplant, das Bauende im November 2014. Auch hier wird es eine Kofinanzierung der EU geben, weil der große Seepark Kosten von ungefähr 5 Millionen EUR in Anspruch nehmen wird.

Wir haben neben diesen drei großen Stadterweiterungsprojekten auch sehr, sehr viele Parkprojekte in den Bezirken. Ich möchte hier ein paar auch exemplarisch auflisten.

Das wird im 7. Bezirk im Neubaugürtel in der Mittelzone ein sehr schönes Thema sein, es wird „Landschaft im Fluss“ heißen. Der Gürtel ist ja ein Ort des Verkehrsflusses, deswegen soll diese Mittelzone für Jugendliche entsprechend diesem Thema auch ein bisschen umgesetzt werden. Es soll dies einem schnell fließenden Flusslauf nachempfunden werden. Wir haben uns natürlich auch bemüht, entsprechend den Freizeittrends ein Slacklining, eine Relax-Zone, Skate-Möglichkeiten, Trickradfahren, eben alles, was in letzter Zeit in und modern geworden ist, dort tatsächlich anzubieten. Die Größe wird 8 000 m² sein. Die Kosten betragen ungefähr 1 Million EUR, auch das glücklicherweise EU-kofinanziert.

Im 21. Bezirk planen wir einen Park in den Loretto-Gründen Jedlesees: 7 000 m². Auch hier sind die Kosten ungefähr bei 900 000 EUR angesiedelt. Es dreht sich auch um eine Jugendsportanlage, Skate-Parks, Street-

ball, Volleyball, Fußball, einen Robison-Spielbereich. Also auch dort wollen wir das Angebot für die Jugendlichen erweitern.

Im 22. Bezirk - ein Projekt, das eigentlich de facto schon fast fertiggestellt ist - werden das Rosarium und die Rasenterrassen erneuert. Es ist uns ja gelungen, mit dem Korea-Kulturhaus diesen Bereich des Donauparks wirklich sehr schön wiederzubeleben. Das Rosarium ist der angrenzende Bereich, der noch aus der Originalherstellungszeit des Parks stammt und daher schon ein bisschen in die Jahre gekommen war. Die Grundlagen waren eben Planungen aus dem Jahr 1964, das heißt, eine Generalüberholung und ein Facelifting waren auch da eine sehr gute Sache. Im Zusammenspiel mit dem Kulturhaus, das jetzt auch zu einer Belebung dieses Parkteils geführt hat, ist es dann auch, glaube ich, ein attraktives Angebot. 12 000 m² haben wir dort neu gestaltet, und das werden wir im Frühjahr 2013, wenn auch die Pflanzen hoffentlich schon ein bisschen angewachsen sind, eröffnen.

In den Blumengärten Hirschstetten haben wir als eine weitere Attraktion den Insektenspielplatz. Auf Grund der hohen Nachfrage - wir haben ja dort mittlerweile unglaubliche Besucherzahlen in den Blumengärten - haben wir einen weiteren Kinderspielplatz gestaltet, wo wir auf die Tiere eingehen, die wir im Blumengarten auch ein bisschen herzeigen.

Das heißt, es gibt den Bereich Wildbienen, Schmetterlinge, das Reich der Ameisen, und das wird alles umgesetzt in Form von Rutschen, Wippen, Drehen, Schaukeln, Klettern, Rollenspielen. Es ist also ein sehr, sehr vielfältiger Park, 2 000 m² groß. Die Eröffnung ist auch im Frühjahr 2013 geplant.

Rund um die Lerchenfelder Kirche im 7. Bezirk wird der komplette Bereich des Vorplatzes und des Parks neu geordnet.

Im 15. Bezirk rund um Kirche Maria vom Siege, die direkt an den Mariahilfer Gürtel anschließt - also auch eine Gegend, wo es sehr schön ist, wenn wir im Grünraum etwas erneuern können -, wird es Kommunikationsbereiche, Spielflächen, Sitzmöglichkeiten und so weiter geben.

Das ist jetzt wirklich nur ein Auszug. Ich habe mir gedacht, dass es vielleicht das Zeitbudget hier sprengen würde, wenn ich über alle neuen Grünflächen in den Bezirken erzähle. Das heißt, ich habe hier ein paar Projekte mitgebracht.

Sie wissen ja, dass die Parkgestaltung mittlerweile seit vielen, vielen Jahren auch den Grundsätzen der BürgerInnenbeteiligung folgt. Das heißt, wir beziehen immer alle, die involviert sind, die Nachbarn sind, seien es jetzt Schulen, Kindergärten, aber natürlich auch Anrainerinnen und Anrainer, die verschiedenen Nutzergruppen in die Gestaltung von Parks ein und lassen das auch mit einfließen. Gender Mainstreaming ist ein Thema, barrierefreie Ausgestaltung ist ein Thema. Das heißt, da fließen mittlerweile schon ganz standard- und routinemäßig sehr, sehr viele Faktoren in so eine Parkgestaltung ein. Ich glaube, dass die MA 42 mittlerweile seit vielen Jahren wirklich Vorreiter bei BürgerInnenbeteili-

gung in diesem Bereich ist.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich danke für die Beantwortung. - Wir kommen nun zu den Zusatzfragen. Die 1. Zusatzfrage wird von GRin Mag Holdhaus gestellt. - Bitte.

GRin Mag Karin **Holdhaus** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Guten Morgen, Frau Stadträtin!

Es ist sehr wichtig, und ich glaube, da sind wir uns alle einig, dass mehr Grünflächen gut sind. Aber es geht natürlich auch um die Erhaltung der bestehenden Grünflächen. Zu den Grünflächen gehören natürlich auch jene Grünstreifen, wo Bäume stehen, zum Beispiel auch am äußeren Ring.

Wenn Ihr Herr Regierungskollege Christoph Chorherr in den Medien erklärt, dass lediglich drei Baumfällungen beziehungsweise -versetzungen im Zusammenhang mit der Errichtung des äußeren Ringradweges stehen und alle anderen nicht ins Verkehrsressort von Frau VBgmin Vassilakou fallen, dann heißt das im Umkehrschluss, dass die restlichen, ich weiß nicht, ungefähr 80 Bäume zu Lasten Ihres Ressorts gefällt oder versetzt werden. Trotzdem schweigen Sie eisern dazu und sind Sie bisher jede Antwort schuldig geblieben, warum eben, wie gesagt, ein Drittel aller Ringstraßenbäume krank sind beziehungsweise was Sie in Zukunft besser machen werden, um das frühe Baumsterben zu verhindern.

Die aktuelle Diskussion, die aufgetaucht ist bezüglich der Wintertauglichkeit der Radwege am Ring, ist natürlich berichtet, weil Soleeinwirkung beziehungsweise Salzeinwirkung die Bäume nachhaltig schädigt und gefährdet. Meine Frage: Werden Sie verhindern, dass ständig befahrbare Winterradwege Wiens Alleebäume durch die ständige Soleeinwirkung nachhaltig schädigen? Beziehungsweise wie garantieren Sie die Einhaltung des Verbotes, im Umkreis von 10 m rund um unversiegelte Flächen Sole einzusetzen beziehungsweise Salzstreuung einzusetzen?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Stadträtin.

Amtsf StRin Mag Ulli **Sima**: Da war so viel falsch, dass ich gar nicht weiß, wo ich anfangen soll mit der Richtigstellung.

Erstens: Wegen des Radweges wird ein einziger Baum am Ring versetzt. Ein einziger! Was Frau Stenzel da seit vielen Wochen aufführt, ist wirklich ganz bewusste Desinformation der Bevölkerung. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Dass ich mich nicht zu Wort gemeldet habe, stimmt nicht. Wir haben sogar ein Hintergrundgespräch gemacht, wo wir das allen erklärt haben. Wir haben eine Begehung gemacht mit den Bezirksräten des 1. Bezirkes, wo übrigens die Bezirksräte Ihrer Fraktion gesagt haben, sie können das total nachvollziehen, aber leider ist es eben mit der Frau Stenzel nicht so einfach. Aber ich glaube, diese Erfahrung hat die ÖVP ja schon öfter in den letzten Jahren gemacht. (*Heiterkeit bei GR Mag Rüdiger Maresch.*) Faktum ist also: Ein einziger Baum wird versetzt.

Was wir seit vielen, vielen, vielen Jahren machen, ist, dass wir ungefähr 1 Prozent der Bäume am Ring jedes

Jahr austauschen, einfach, weil sie ihre physiologische Altersgrenze erreicht haben oder weil sie der innerstädtischen Belastung eben nicht standhalten. Deswegen haben wir vor einigen Jahren das Stadtbaumsortiment erneuert. Wir pflanzen künftig nur noch Bäume aus, die eben stresstoleranter sind, das heißt, sie können besser mit einer innerstädtischen Situation umgehen als teilweise die Bäume, die man vor 100 Jahren am Ring gepflanzt hat. Das ist irgendwie ohnehin klar, weil vor 100 Jahren natürlich auch die Umgebung in der Stadt noch eine andere war, oder auch vor 80, vor 60 oder vor 50 Jahren.

Was heuer das erste Mal passiert ist, ist anscheinend, dass die ÖVP im 1. Bezirk diesen Akt zur Kenntnis genommen hat - denn wir machen es seit vielen Jahren so, dass wir 1 Prozent der Bäume austauschen - und daraus ein Drama in 5 Akten macht, das man offensichtlich auch mit Fakten nicht widerlegen kann. Tatsächlich ist es so, dass es sogar schon eine Begehung gegeben hat vom Herrn Stadtgartendirektor mit der Frau Bezirksvorsteherin, mit den Bezirksräten aus dem 1. Bezirk, mit Journalisten. Man hat sich jeden einzelnen Baum angesehen, der von Experten begutachtet worden ist und der einfach aus Alters- oder aus Krankheitsgründen ausgetauscht werden muss.

Da ist überhaupt nichts dahinter, keine Verschwörungstheorien, keine schrecklichen Dinge, dass wir, ich weiß nicht, was, vorhaben, sondern das ist ein routinemäßiger Vorgang, den wir seit vielen, vielen Jahren machen und den wir auch in den nächsten Jahren machen werden. Wir haben in Wien einige Hunderttausend Bäume, und natürlich muss man die austauschen, weil es eine wichtige Verantwortung ist: Wenn ein Baum krank oder abgestorben ist, dann muss man ihn natürlich erneuern.

So, jetzt kommen wir zum Thema Salzsole. Die Salzsole hat Vorteile im Vergleich zu dem, was wir noch in den 60er Jahren gemacht haben: Da sind die Leute gefahren und haben mit der Schaufel das Salz runtergekippert. Das war damals eben Stand der Technik, das ist es heute Gott sei Dank nicht mehr. Wenn wir Salzsole verwenden - und das tun wir in ganz Wien -, dann hat das den großen Vorteil, dass die Salzsole auf der Straße anhftet. Wobei wir am Ring, und das möchte ich auch sagen, nicht mit Salzsole fahren, sondern mit einem alternativen Streumittel, eben genau der Bäume wegen. Das haben wir im Umweltausschuss auch schon das eine oder andere Mal in den letzten acht Jahren besprochen. Kollege Hufnagl nickt, er weiß es.

Das heißt, gerade am Ring passen wir besonders auf die Bäume auf. Trotzdem ist es natürlich so, dass wir dort auch Stationsbereiche der Wiener Linien haben, die darauf achten müssen, dass die Fahrgäste nicht zu Schaden kommen. Das heißt, wir haben sehr viele verschiedene Interessensgruppen.

Aber zur Salzsole grundsätzlich würde ich gerne einmal dieses Missverständnis aufklären: Die Salzsole ist insofern wirklich eine unglaubliche Bereicherung, gerade für den Umweltschutz. Die Fahrzeuge fahren, das wird über so einen Teller verteilt, es haftet auf der Straße fest.

Kommt der Schnee nicht, bleibt es trotzdem auf der Straße festkleben, bis der nächste Schnee kommt. Das heißt, das Salz kann nicht verweht werden, es kann nicht verwaschen werden, es kann nicht woanders hinkommen, wo es nicht hingehört. Und die Salzkonzentration ist wesentlich, wesentlich, wesentlich geringer, als wenn man - wie es andere Bundesländer machen - sozusagen noch mit reinem Salz auf die Straße fahren würde. Das heißt, das war eine technische Investition von doch 8 Millionen EUR, die wir vor einigen Jahren getätigt haben, die eben genau aus Umweltschutzgründen getätigt worden ist, weil es wirklich zu einer unglaublichen Verbesserung der Situation geführt hat, gerade für die Bäume.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich danke. - Die 2. Zusatzfrage wird von GR Mag Maresch gestellt. - Bitte.

GR Mag Rüdiger **Maresch** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrte Frau Stadträtin!

Im Regierungsübereinkommen stehen auch die Errichtung von Nachbarschaftsgärten und die Unterstützung solcher. Welche Nachbarschaftsgärten wurden bis jetzt sozusagen erledigt, und welche sind perspektivisch noch zu tun?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Stadträtin.

Amtsf StRin Mag Ulli **Sima**: Ich freue mich, berichten zu können, dass wir in dem Bereich eigentlich gemeinsam sehr, sehr gut unterwegs sind. Nachbarschaftsprojekte, die wir seit 2011 gefördert haben, sind im 3. Bezirk Arenbergpark, im 9. Alsergrund, 12. Steinhagepark, 15. Bezirk, im 17. der Josef-Kaderka-Park, den wir gemeinsam eröffnet haben, 22. Bezirk in der Donau-City, 23. Bezirk. Es gab auch davor schon einige Projekte in anderen Bezirken, sprich, im 2. Bezirk, im 5., noch eines im 9., im 10., im 11., im 16., der das Pilotprojekt für Wien war, und im 22. Das heißt, ich glaube, wir haben wirklich schon eine schöne Fülle an Projekten.

Es sind jetzt noch sechs Projekte in Planung. Das heißt, die werden jetzt umgesetzt, eben im Rudolf-Bednar-Park zum Beispiel, oder im Helmut-Zilk-Park am Hauptbahnhof haben wir das mitgedacht. Das heißt, wir kommen dem gemeinsam gesteckten Ziel, dass wir eigentlich in jedem Bezirk einen Nachbarschaftsgarten haben wollen, doch um einiges näher.

Schwieriger ist es natürlich in den innerstädtischeren Bezirken, wo weniger Platz ist. Es ist klar, dass wir dort größere Probleme haben als zum Beispiel in den Außergürtelbezirken. Aber auch da bin ich eigentlich sehr zuversichtlich, weil wir jetzt doch in einigen Bezirken, zum Beispiel im 8. oder im 5. Bezirk, schon etwas zustande gebracht haben, dass wir da bald vollständig werden.

Wir haben uns ja damals entschlossen, jedes dieser Projekte finanziell zu fördern, zumindest eines pro Bezirk. Alle anderen haben wir, glaube ich, sehr großzügig mit Sachleistungen unterstützt, damit sie auch umgesetzt werden konnten. Von der Intention her ist es ein sehr, sehr schönes Projekt, weil ich immer wieder sehe, dass dort einfach die Leute zusammenkommen. Über Altersgrenzen hinweg, über ethnische Herkunftsgrenzen hinweg treffen sich die Leute zum gemeinsamen Garteln.

Das ist gerade für ein Miteinander in der Stadt, glaube ich, wirklich eine wichtige Perspektive und hat den netten Nebeneffekt, dass wir damit mehr Grün in der Stadt haben.

Eine schöne Erfahrung, die wir auch noch im 16. Bezirk gemacht haben, ist, dass wir in diesen Parkanlagen niemals Vandalismusschäden haben, weil die Leute, die diesen Park betreuen, unmittelbar daneben wohnen und ein sehr genaues Auge darauf haben. Da passiert uns eigentlich nie etwas, im Gegensatz zu vielen anderen Grünanlagen der Stadt, wo die Nachbarn sich nicht so verantwortlich und zuständig fühlen und wo wir manchmal doch das eine oder andere Problem haben.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Danke. - Die 3. Zusatzfrage wird von GR Ing Guggenbichler gestellt. - Bitte.

GR Ing Udo **Guggenbichler** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrte Frau Stadträtin, guten Morgen!

Sie haben jetzt gesprochen über die Neugestaltung von Parkanlagen, was ja sehr positiv ist. Nur dürfen wir seit der rot-grünen Regierung auch erleben, dass sehr viele Grünflächen in Wien zubetoniert werden unter Nichtbeachtung des Artenschutzes, unter Nichtbeachtung des Umweltschutzes. Ich erwähne nur kurz das Semmelweis-Areal, das von der Stadt verscherbelt wurde, ich erwähne Steinhof, und ich erwähne auch den Bereich am Marchfeldkanal. Hier haben Sie leider bis heute geschwiegen.

Könnten Sie nun bitte neben den positiven Worten der Neugestaltung von Parks hier Ihr Schweigen brechen und auch den Artenschutz in irgendeiner Art und Weise thematisieren? - Danke.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Stadträtin.

Amtsf StRin Mag Ulli **Sima**: Ja, manchmal ist man echt fassungslos, das stimmt leider wirklich. Ich weiß ehrlich gesagt nicht genau, wovon Sie sprechen. Arten- und Naturschutz haben in der Stadt Wien einen sehr, sehr hohen Stellenwert. Wir bekommen auch immer wieder Auszeichnungen in diesem Bereich. Ganz im Gegenteil, wir sind da wirklich sehr, sehr dahinter, die Stadt hat über 51 Prozent der Stadtfläche als Grünflächen ausgewiesen.

Was im Semmelweis-Areal zubetoniert worden wäre oder auf den Steinhof-Gründen, weiß ich nicht. Ich kann Ihnen nur sagen, auf den Steinhof-Gründen haben wir eine Verdoppelung der Grünflächen in den letzten fünf Jahren erreicht. Das öffentlich zugängliche Grünflächenareal ist verdoppelt, wenn nicht noch vergrößert worden. Ich sage das jetzt nur so aus dem Steigreif, weil ich die genauen Zahlen derzeit nicht im Kopf habe. Aber das hat eine unglaubliche Verbesserung der Situation gebracht, weil wir weitgehende Areale, die früher zum Krankenhaus gehörten, dann geöffnet und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht haben.

Da wird also alles in einen Topf geworfen, das ist unglaublich! Es ist überhaupt nichts zubetoniert worden, und es sind dort auch keine Arten in Gefahr. Ganz im Gegenteil, die MA 22 ist, glaube ich, wirklich ein Garant dafür, dass Artenschutz in Wien einen großen Stellen-

wert hat. Es ist uns in den letzten Jahren gelungen, dass sich sehr viele Arten wieder in Wien angesiedelt haben, die schon ausgestorben waren. Ich erinnere nur an den Biber, wo es ja dann auch wieder Stimmen gibt, dass das zu einem Problem werden kann. Aber das ist eine der Arten, wo es uns gelungen ist, sie wieder in Wien heimisch zu machen, die hat es vor zehn Jahren in Wien nicht gegeben. Da gibt es eine ganz, ganz lange Liste an seltenen Arten von Pflanzen und Tieren, die in Wien wieder angesiedelt worden sind, natürlich auch dank der Bemühungen der Umweltschutzabteilungen und der Kooperation mit vielen, vielen Partnern.

Also vielleicht lesen Sie einmal kurz einfach nur unseren Naturschutzbericht oder Umweltbericht. Darin ist das, glaube ich, sehr, sehr gut dokumentiert.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Danke. - Die 4. Zusatzfrage wird von GR Hursky gestellt. - Bitte.

GR Christian **Hursky** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Sehr geehrte Frau Stadträtin!

Seit Sie im Amt sind, hat sich ja diese Wiener Landschaft quasi als bunter Blumenstrauß entwickelt. (*Zwischenrufe bei FPÖ und ÖVP.*) Wien wird immer schöner und schöner, und quasi als neue rote Nelke wird der Helmut-Zilk-Park in Favoriten mit 7 Hektar entstehen. Ich wollte Sie fragen: Wie schaut es da mit der Gestaltung aus? Und wie schaut es da vor allem mit dem Zeitplan aus? - Denn wir Favoritnerinnen und Favoritner warten auf diesen Park.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Stadträtin.

Amtsf StRin Mag Ulli **Sima**: Also im Gegensatz zur Opposition kann ich mit Lob sehr gut umgehen. Ich weiß nicht, für Sie ist das anscheinend ungewöhnlich; ich freue mich natürlich darüber.

Der Helmut-Zilk-Park war insofern ein schwieriges Projekt - das haben wir mit dem Bezirk auch oft besprochen -, als natürlich die finanziellen Herausforderungen, in wirtschaftlich schwierigen Zeiten eine so große Parkanlage zu errichten, uns doch sehr lange beschäftigt haben. Es ist uns dann eigentlich gelungen, die Kosten für den Park zu halbieren. Er ist 7 Hektar groß, also eine der wirklich sehr, sehr großen Parkanlagen, die wir in den letzten 30 Jahren umgesetzt haben, die größte eigentlich vor dem Bednar-Park, der 5 Hektar hatte.

Er wird sehr wichtige Funktionen erfüllen, weil dort doch sehr viele Menschen wohnen werden. Sehr viele Büros, den Bildungscampus, also auch sehr unterschiedliche Nutzergruppen werden wir dort haben. Das wird einfach das grüne Herz des neuen Stadtteils sein, und wir sind sehr daran interessiert, das auch ökologisch und nachhaltig zu gestalten.

Es wird dort einen Blütenhain geben, einen Blütenhain am Bahnhof - die MA 42 hat hier also zu sehr poetischen Formulierungen gegriffen. Ein Kranz aus blühenden und kleinkronigen Bäumen wird den ganzen Parkbereich sozusagen einsäumen. So kann man sich das vorstellen.

Es wird sehr nutzungsoffene Rasenflächen geben, ein großzügiges Sonnendeck mit einem kleinem Gastro-

nomiebetrieb und einer öffentlichen WC-Anlage - die aber vom Gastronomiebetrieb mitbetreut werden soll, auf dass wir uns hier keine künftigen Probleme einhandeln - und, wie vorhin schon erwähnt, einen Nachbarschaftsgarten, wo man eben versucht, die verschiedenen Nutzerinnen und Nutzer aus diesem Bereich, sei es aus der Schule, aus dem Kindergarten, aus den Bürohäusern, aus den Wohnhäusern, zusammenzubringen.

Vom Zeitplan her ist es so, dass wir bis September 2013 die Detailplanung abgeschlossen haben wollen, dass der Bauteil 1 im April 2014 begonnen wird und im Juli 2015 abgeschlossen sein soll, der Bauteil 1 mit ungefähr 3,5 Millionen EUR. Der zweite Bauteil folgt unmittelbar anschließend 2015. Aber man kann sagen, dass im Sommer 2015 entsprechend eine einige Hektar große Fläche zur Verfügung stehen wird, die schon schön ausgestaltet ist, wenn dann auch die ersten Leute in ihre Wohnungen einziehen beziehungsweise die Belegung des Viertels tatsächlich beginnt.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich danke für die Beantwortung der 3. Anfrage.

Die 4. Anfrage (*FSP - 03720-2012/0001 - KVP/GM*) wurde von Herrn GR Dipl.-Ing. Stiftner gestellt und ist an den Herrn Bürgermeister gerichtet. (*Sie haben am 17. Juli 2012 bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit VBgmin Mag. Maria Vassilakou erklärt, dass Sie innerhalb von sechs Monaten eine Volksbefragung zur Parkraumbewirtschaftung durchführen werden. Rund die Hälfte dieser Frist ist bereits verstrichen, die Wienerinnen und Wiener warten seither auf nähere Informationen. Wann wird die von Ihnen angekündigte Volksbefragung nun konkret abgehalten werden?*)

Bitte, Herr Bürgermeister.

Bgm Dr. Michael **Häupl**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat!

Ich glaube, es macht keinen Sinn, darüber zu diskutieren, was ich im Juni des Jahres tatsächlich gesagt habe. Ich kann Ihnen Ihre konkrete Frage auch nur einigermaßen konkret beantworten, nämlich: Ende Februar/Anfang März.

Die Gründe dafür sind folgende. Wie wir alle wissen, gibt es am 20. Jänner eine Volksbefragung zum Thema Freiwilligenheer versus Wehrpflicht. Wie wir alle wissen, steht in unserem Nachbarbundesland jedenfalls in diesem Zeitraum, ohne dass es konkret festgelegt worden wäre, die Landtagswahl an, und in einem am vergangenen Donnerstag stattgefundenen kurzen Gespräch hat Niederösterreich eigentlich auch Wert darauf gelegt, dass man das nicht zu einem Zeitpunkt macht. Worüber man natürlich diskutieren kann, ist, ob man das erfüllt oder nicht.

Aber wie dem auch immer sei: Eine Zusammenlegung mit der Volksbefragung auf Bundesebene geht aus systematischen Gründen nicht, weil die Durchführung einer Volksbefragung in Wien ganz anders organisiert ist, als das auf der Bundesebene der Fall ist.

Also sind dies alles Parameter, die zu berücksichtigen sind - und daher die Relativität meiner Aussage dazu.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Danke. - Die 1.

Zusatzfrage kommt von GR Dipl.-Ing. Stiftner. - Bitte.

GR Dipl.-Ing. Roman **Stiftner** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Ich danke, Herr Bürgermeister, dass Sie zumindest prinzipiell bestätigen, dass die Bevölkerung befragt wird. Wie, werden wir noch sehen.

Im Vorfeld dieser Parkraumbewirtschaftungserweiterung, so wird gemutmaßt, soll der Magistrat eine Umfrage in Auftrag gegeben haben. Da gibt es unterschiedliche Aussagen, auch die Medien haben ja darüber berichtet, auch eine SPÖ-Politikerin wird diesbezüglich zitiert. Diese Umfrage hätte ergeben - ich kann das auch nur zitieren, weil ich sie selbst nicht habe -, dass in den Innergürtelbezirken jeder Zweite sich gegen das Parkpickerl ausgesprochen hat und in diesen sogenannten Erweiterungszonen eine Zweidrittelmehrheit dagegen gewesen sein soll.

Herr Bürgermeister, ich möchte Sie einfach fragen: Kennen Sie diese Umfrage als Chef des Magistrats? Hier gehe ich davon aus, dass es eine solche auch gegeben hat, sonst wird das ja nicht von einer SPÖ-Politikerin und von einem Magistratsbeamten unisono zitiert. Vielleicht können Sie uns ein paar Ergebnisse dieser Umfrage sagen. Und vor allem: Warum hat man trotz dieser Ablehnung, die aus dieser Umfrage herausgekommen ist, das Parkpickerl dann in dieser Art und Weise eingeführt?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Herr Bürgermeister.

Bgm Dr Michael **Häupl**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat!

Sie können keineswegs davon ausgehen, dass ich alle Umfragen, die von der Stadt Wien gemacht werden, auch tatsächlich kenne. Da hätte ich nichts anderes mehr zu tun.

Im gegenständlichen Fall kenne ich eine Umfrage, die meine Partei in Auftrag gegeben hat und die nicht ganz dieses Ergebnis bringt, sondern zeigt, dass es im innerstädtischen Bereich, also im Innergürtelbereich, in den mit Erfahrung versehenen parkraumbewirtschafteten Zonen der Stadt, durchaus ein sehr viel positiveres Ergebnis und einen sehr viel positiveren Zugang gibt. Dass es eine Ablehnung beim Parkpickerl außerhalb des Gürtels gegeben hat, das bestätigt auch diese Umfrage, und das weiß ich auch. Nur ist diese Umfrage entsprechend alt, sie ist noch vor dem Sommer in Auftrag gegeben worden. Und wie Sie mit Sicherheit selbst wissen, schaut die Welt heute weitestgehend anders aus - dort, wo das Parkpickerl eingeführt wurde.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Danke. - Die 2. Zusatzfrage wird von GR Ellensohn gestellt. - Bitte.

GR David **Ellensohn** (*Grüner Klub im Rathaus*): Herr Bürgermeister!

Wir haben in Niederösterreich letztes Jahr eine große Bürgerbeteiligungsaktion gesehen, die wohl analog unserer Volksbefragung gewertet werden kann, und deswegen eine Frage im Zusammenhang mit der Qualität der Befragung in Niederösterreich. Da durften nicht alle Wahlberechtigten teilnehmen, sondern es gab nur einen Fragebogen pro Haushalt. Ich weiß nicht, welches Familienmodell dort vorherrscht, aber es genügt, wenn ein Fragebogen pro Haushalt ausgefüllt wird. Dementspre-

chend haben auch nur 60 000 teilgenommen, während in Wien das letzte Mal über 400 000 Einzelpersonen an der Volksbefragung teilgenommen haben.

Die direkte Frage: In Niederösterreich konnte man - und das haben auch 50 000 getan - den Namen und die Adresse auf die Befragung draufschreiben, damit auch klar ist, wer was sagt. Ist irgendetwas Ähnliches geplant, oder dürfen wir davon ausgehen, dass in Wien die Standards in Bezug auf Befragung der Bevölkerung etwas höher liegen als in Niederösterreich?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Herr Bürgermeister.

Bgm Dr Michael **Häupl**: Herr Klubobmann!

Ich glaube, man kann vernünftigerweise davon ausgehen, dass nicht geplant ist, eine ähnliche Befragung durchzuführen. Wir hatten ja im Gefolge eine ursprüngliche Befragung im 1. Bezirk zu einer Parkgarage, wo auch eine gewisse selektive Teilnahme der Fall gewesen ist, nämlich noch leicht skurriler nur bis zum Parterre; ab dem 1. Stock hat die Demokratie geendet. (*Heiterkeit bei den GRÜNEN.*) Das sind Dinge, die, glaube ich, nicht unserem Standard entsprechen.

Wir haben uns ja dann im Wesentlichen auch auf eine Vorgangsweise dazu geeinigt, wie solche Befragungen in Wien durchzuführen sind. Ich sehe keinerlei Veranlassung, von dieser grundsätzlichen Einigung abzurücken.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Danke. - Die 3. Zusatzfrage wird von GR Mahdalik gestellt.

GR Anton **Mahdalik** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Wir werden heute zum wiederholten Male gegen Ihre Stellvertreterin einen Misstrauensantrag einbringen, was wir durchaus nicht so gerne tun, wie es den Anschein haben mag (*Heiterkeit bei SPÖ und GRÜNEN.* - GR Heinz Hufnagl: *Warum macht ihr es dann überhaupt? Warum die Selbstüberwindung?* - Bgm Dr Michael Häupl: *Das war gut! - Weitere Zwischenrufe.*), weil es mitunter recht unhöflich überkommt. Aber die Geschehnisse haben uns dazu gezwungen.

In diesem Zusammenhang möchte ich Sie fragen - obwohl die Fragestellungen für die Volksbefragung noch nicht feststehen -, ob Sie sich als Stadtoberhaupt dafür einsetzen werden, dass die betroffenen Menschen in den Bezirken, die jetzt schon von einer Erweiterung erfasst worden sind und wo noch eine weitere Erweiterung geplant ist, dass jene Menschen in den Bezirken 12, 14, 15, 16 und 17 im März mit Ja oder Nein über die Parkraumbewirtschaftung in den Bezirken abstimmen können. Oder werden Sie, so wie bisher, den Vorgaben Ihrer Bezirksoberrhäupter und der Verkehrsstadträtin folgen?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Herr Bürgermeister.

Bgm Dr Michael **Häupl**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat!

Ich gehe davon aus, dass Sie Ihre inneren Schmerzen überwinden und trotz Ihres ganzen inneren ablehnenden Gefühls diesen Misstrauensantrag einbringen. (*Amtsf StRin Mag Sonja Wehsely: Das ist aber hart!*) Und Sie können mit ebenso großer Sicherheit davon

ausgehen, dass er hier keine Mehrheit finden wird. Nur, um auch das sozusagen vorweg abzuhandeln. Aber ich verstehe natürlich Ihr inneres Weh und Ihr inneres Leid, das Sie dabei haben, denn nichts liegt Ihnen mit Sicherheit mehr am Herzen als das Wohl der Frau VBgmin Vassilakou. (*Heiterkeit bei den GRÜNEN.*) Das entspricht ja auch ganz Ihrem Grundwesen dabei.

Was ich Ihnen versprechen kann, ist, dass ich mit Sicherheit keine verfassungswidrigen Fragen bei dieser Volksbefragung zulassen werde - das hätten wir billiger haben können -, daher wird es im gegenständlichen Fall auch nicht der Fall sein. Das ist das, was ich Ihnen auch zusagen kann. Abgesehen davon: Getrennte Abstimmungen bei einer solchen Befragung halte ich auch nicht für rasend sinnvoll.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Danke. - Die 4. Zusatzfrage wird von GR Dipl.-Ing. Stiftner gestellt. - Bitte.

GR Dipl.-Ing. Roman **Stiftner** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Herr Bürgermeister!

Es ist in der Tat so, dass Umfragen natürlich immer unterschiedlich interpretiert werden können. Aber ich wollte Sie nur informieren, dass uns eine Umfrage vorliegt - weil Sie vorhin sozusagen gemeint haben, es gäbe hier einen Meinungsschwenk -, aus Währing konkret, wonach sich immer noch eine sehr deutliche Mehrheit der Einführung des Parkpickerls, bereits jetzt nach der Einführung abgefragt, auch entgegenstellt. Aber das ist eine entsprechende Meinungsbildung.

Ich möchte Sie hier gerne zum Thema Befragung in einer weiteren Form konfrontieren, nämlich in der Fragestellung: Welche substanziellen Fragen können Sie sich denn vorstellen, die dann in dieser Befragung, wenn sie im Frühjahr kommen soll, im März oder wann auch immer, auch inhaltlich abgefragt werden können? Die Frau Vizebürgermeisterin gibt ja von einem Interview zum anderen die generelle Message aus: Es wird zum Parkpickerl keine Befragung geben. Ich weiß nicht, wie weit ich das ernst nehmen soll.

Sie sagen, es wird eine Befragung dazu geben. Davon gehe ich aus, wenn Sie es sagen, dass es auch so kommen wird. Und die Frage ist: Welche Art von Fragen würden Sie sich hier vorstellen können, damit sie Ihrer Interpretation nach auch verfassungskonform abgefragt werden können?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Herr Bürgermeister.

Bgm Dr. Michael **Häupl**: Erstens einmal auch dazu direkt: Uns wechselseitig mit Papierfliegern von Meinungsumfragen zu konfrontieren, macht nicht rasenden Sinn. Denn mein Gott, es gibt ja den berühmten Spruch in der Politik: Glaube keiner Statistik, die du nicht selbst gefälscht hast! Ähnliches scheint auch für Meinungsumfragen zu gelten.

Daher: Wie dem auch immer sei, am Ende des Tages wird der Bürger das honorieren. Das ist ja das Schöne letztendlich auch an unserer Demokratie. Da werden wir es dann ja sehen - schon so oft sind mir Dinge prophezeit worden, die dann in der Wahlurne Wirklichkeit werden sollen, und nichts davon ist eingetreten! Also sei's drum, wir werden das mit Gelassenheit ertragen

und mit Gelassenheit letztendlich auch sehen.

Mir ist es wichtig, dass wir zunächst diese Diskussion über die Frage der Regulierung des ruhenden Verkehrs, die wir in der Arbeitsgruppe mit Experten begonnen haben, in einer respektvollen und ordentlichen Art und Weise führen und abschließen. Natürlich erwarte ich mir daraus Vorschläge für die Zukunft in genau dieser Frage der Regulierung des ruhenden Verkehrs. Es ist ja eine unbestrittene Tatsache, dass dies notwendig ist; jedenfalls für Menschen, die offenen Auges in unserer Stadt leben, ist das eine unbestrittene Tatsache. Danach werden wir die Frage formulieren und sie natürlich auch mit Verfassungsjuristen absprechen. Denn wie gesagt, wenn es nicht verfassungskonform wäre, dann hätten wir das schon billiger haben können.

Was es an zusätzlichen Themen auch noch geben soll, so denke ich, dass es eine Reihe von Themen in der Stadt gibt, die durchaus sehr brennend sind, etwa aus dem Bildungsbereich, aber natürlich auch aus dem Sozialbereich und ähnlichen Dingen. Das werde ich gemeinsam mit Freunden tun, und ich stehe dann auch für Gespräche gerne zur Verfügung, dass wir hier gemeinsam einen Kanon von Fragestellungen erarbeiten können. Für alle, die guten Willens sind, daran mitzuarbeiten, bin ich hier offen.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich danke Herrn Bürgermeister für die Beantwortung der 4. Anfrage.

Wir kommen nun zur 5. und letzten Anfrage (*FSP - 03718-2012/0001 - KFP/GM*) dieser Fragestunde. Sie wurde von Frau GRin Mag. Dr. Kappel gestellt und an die Frau amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke gerichtet. (*Der Rechnungshof kritisiert im aktuellen Bundesrechnungsabschluss 2011 den enormen Anstieg der Verschuldung auf Landes- und Gemeindeebene, insbesondere in den Jahren 2009 und 2010. Allein in Wien stieg die Verschuldung in diesem Zeitraum um 64 Prozent von 1,874 auf 3,071 Milliarden EUR. Für das laufende Jahr ist ein weiterer Schuldenanstieg auf 4,394 Milliarden budgetiert. Zur Rückführung des Schuldenstandes fordert der Rechnungshof strukturelle Konsolidierungsmaßnahmen. Welche Maßnahmen werden Sie setzen, um den Schuldenstand der Gemeinde Wien nachhaltig zu reduzieren?*)

Bitte, Frau Vizebürgermeister.

VBgmin Mag. Renate **Brauner**: Einen schönen guten Morgen, sehr geehrte Damen und Herren!

Die Frage steht in Zusammenhang mit der Schulden-situation der Stadt. Sie wissen, sehr geehrte Damen und Herren, Sie kennen meine Position: Die Gesamtverschuldung der Stadt ist eine maßvolle und vertretbare. Ich werde das auch noch mit Zahlen belegen.

Zu diesem Rechnungshofbericht, auf den sich die Frage bezieht, muss ich leider anmerken, dass Zahlen, die falsch sind, auch dann nicht richtig werden, wenn sie vom Rechnungshof kommen. Ich bedauere es, dass eine so wichtige Institution leider hier mit Zahlen arbeitet, die nicht der Realität entsprechen. Denn der Vergleich, der hier angesprochen wird - für die, die vielleicht nicht jedes Wort der Anfrage selber gelesen haben: Es wird darauf

hingewiesen, dass insgesamt die Gemeinden eine so starke Verschuldung hätten und dass dies vom Rechnungshof kritisiert wird.

Leider - leider! - hat der Rechnungshof hier Wien in seiner Komplexität nicht erfasst, was ich sehr bedauere, denn so schwierig ist die Komplexität auch wieder nicht. Wien ist nämlich Land und Gemeinde gleichzeitig, wie Ihnen, sehr geehrte Herren und Damen Gemeinderäte und -rätinnen und Landtagsabgeordnete, sicher bekannt ist! Das heißt, Wien hat die Funktionen sowohl rechtlicher als auch natürlich ökonomischer Natur eines Landes und der Gemeindeebene und kann von daher natürlich bei einer Statistik, die die Gemeindeverschuldung behandelt, nicht zugezählt werden. Das verzerrt das Ergebnis, und das sage nicht nur ich, sondern das hat auch mit sehr klaren - er ist ja dafür bekannt -, vielleicht sogar ein bisschen deftigeren Worten als ich der Gemeindepräsident Mödlhammer gesagt.

Wie ist die Realität? - Die Realität ist, dass die Gesamtverschuldung der Stadt, der Kommune, des Landes Wien im Vergleich eine äußerst geringe ist. Die Pro-Kopf-Verschuldung 2011 waren 2 326 EUR pro Kopf. Der Bund, sehr geehrte Damen und Herren, hat 23 008 EUR Pro-Kopf-Verschuldung!

Das heißt, wir haben hier nur ein Zehntel der Pro-Kopf-Verschuldung im Vergleich zu ganz Österreich. Aber wir wollen uns auch andere Ebenen anschauen, nämlich die Länder und Kommunen. Ich darf noch einmal in Erinnerung rufen: Wien hat eine Pro-Kopf-Verschuldung von 2 326 EUR. Kärnten, sehr geehrte Damen und Herren, hat eine Pro-Kopf-Verschuldung von 3 834 EUR. Schauen wir jetzt eventuell auch ein bisschen in die nähere Umgebung - und ich blicke jetzt zufällig in Ihre Richtung -: Niederösterreich hat eine Gesamt-Pro-Kopf-Verschuldung von 4 806 EUR. - Noch einmal: Die Pro-Kopf-Verschuldung beträgt in Wien 2 300 EUR, in Kärnten 3 800 EUR und in Niederösterreich 4 800 EUR.

Das Ganze muss man natürlich in Relation zum BIP beziehungsweise, wenn es sich um die Landesebene handelt, zum Bruttoregionalprodukt sehen, denn man muss natürlich immer die Fragen im Auge behalten: Was tut eine Ebene mit dem Geld? Welche Finanzierungen braucht sie? Und das ist natürlich immer auch im Zusammenhang mit der gesamten Wirtschaftskraft zu sehen. Deswegen liegt ja die bekannte EU-Maastricht-Grenze des Schuldenstandes bei 60 Prozent.

Ich betone: Bei der sehr auf Schuldenbekämpfung bedachten EU, die darauf achtet, möglichst wenig Schulden zu machen, gibt es eine Grenze von 60 Prozent der gesamten Wirtschaftskraft einer Ebene, bis zu welcher eine Verschuldung als akzeptabel gilt, und erst wenn diese darüber hinaus geht, muss zurückgeführt werden. 60 Prozent! - Und jetzt schauen wir uns einmal an, wie hoch unser Schuldenstand in Wien im Vergleich zum gesamten Bruttoregionalprodukt Wiens ist: Dieser beträgt 4 Prozent, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich wiederhole: 60 Prozent wird auf EU-Ebene als jener Level gesehen, in Anbetracht dessen man beginnen muss, zurückzuführen. 60 Prozent sind in der EU die

Grenze. In Wien sind es hingegen nur 4 Prozent!

Nun noch eine letzte Zahl: Logischerweise zieht man im Hinblick auf Verschuldungszahlen die Zahlen der Rechnungsabschlüsse zum Vergleich heran, ich mache aber auch gerne einen Blick in die Zukunft: Beim Vorschlag für das Jahr 2013 beträgt der Prozentanteil des Maastricht-Defizits an den Gesamtausgaben in Wien 2,8 Prozent und beim gerade neu vorgelegten Budget der Frau Bundesministerin für Finanzen 8,2 Prozent. - Auch da hat Wien wieder einmal bewiesen, dass wir sehr gut, sehr sparsam und sehr korrekt wirtschaften. Wir haben einen ganz klaren Plan, und diesen klaren Plan arbeiten wir Schritt für Schritt ab, und zwar erfolgreich.

Dieser Plan heißt: Investieren in wirtschaftlich schwierigen Zeiten, um die Wirtschaft zu unterstützen. Dafür sorgen, dass sich die Menschen in unsicheren Zeiten auf die Stadt verlassen können, und entsprechende Maßnahmen setzen, um die Wienerinnen und Wiener in diesen unsicheren Zeiten zu schützen und gleichzeitig Schritt für Schritt die Neuverschuldung zu reduzieren, und das mit dem Ziel, nach der Krise wieder entsprechend Schulden abzubauen.

Genau diesen Plan arbeiten wir ganz präzise ab. Wir haben seit Jahren, nämlich seit dem großen Crash, der Wirtschaftskrise, als wir aus gutem Grund eine extreme hohe Neuverschuldung hatten, weil das damals notwendig war, die Verschuldung schrittweise zurückgeführt, und das hatten wir schon geplant, lange bevor der Stabilitätspakt festgemacht wurde, und natürlich halten wir auch punktgenau den Stabilitätspakt ein.

Das tun wir, und zwar - wie Sie wissen - mit intelligenten Reformen und Strukturmaßnahmen. Es ist nämlich gar nicht intelligent zu sagen, wir sparen, indem wir einfach überall 5 Prozent kürzen. Das ist nicht intelligent! Wir werden zum Beispiel bei der Wirtschaftsförderung und auch bei der Wiener Ausbildungsgarantie, bei der es um Investitionen in die Jugend und um Ausbildung geht, nicht kürzen. Ganz im Gegenteil! Dabei werden wir selbstverständlich weiterhin bleiben. Aber wir werden insofern sparen, als wir Reformen setzen, um schlanke und flexiblere Strukturen in der Stadt zu haben, indem wir neue Wege in der Finanzierung gehen - Stichwort PPP-Modelle -, indem wir inhaltliche Strukturreformen durchführen, indem wir das Angebot an die Entwicklung der Stadt entsprechen adaptieren und indem wir auch weiterhin die Effizienz der Stadt generell steigern.

Das zeigt sich zum Beispiel daran, dass wir im vor Kurzem öffentlich präsentierten Budget, das wir hier noch diskutieren werden, zwar zusätzliche Posten für Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen im Bereich der Kinderbetreuung haben, dass im engeren Sinn der Verwaltung hingegen keine zusätzlichen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen aufgenommen werden und wir in diesem Bereich sehr sparsam und zurückhaltend sind.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich danke. Die 1. Zusatzfrage kommt von GRin Mag Dr Kappel. - Bitte.

GRin Mag Dr Barbara **Kappel** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Guten Morgen, Frau Vizebürgermeisterin!

Bei aller Kritik am Rechnungshof und an den Gemeindezahlen, die im Rahmen der Analyse des Bundes-

rechnungsabschlusses 2011 vom Rechnungshof vorgelegt wurden, darf nicht unerwähnt bleiben, dass der Schuldenstand der Gemeinde Wien dennoch seit vielen Jahren permanent ansteigt. Der Schuldenstand hat sich in fünf Jahren verdreifacht. Der Schuldenstand ist allein in den vom Rechnungshof so stark kritisierten Jahren 2009/2010 um 64 Prozent gestiegen, und der Schuldenstand steigt weiter, wie wir ja auch auf Grund der Ausführungen wissen, die Sie uns letzte Woche zum Budget 2013 gaben.

Wenn Sie die Zusammenstellung der Gemeindefschulden und der Länderschulden kritisieren, dann möchte ich sagen: Mir ist auch schon aufgefallen, dass das sehr intransparent ist! Im Hinblick darauf würde ich vorschlagen, dass ein neues System überdacht werden muss, bei welchem zwischen Gemeinden und Ländern sorgsam differenziert wird, denn sonst kann es wirklich zu diesen Verwechslungen, die Sie angeführt haben – wenn es denn solche sind –, kommen.

Meine jetzige Frage knüpft nun direkt an meine schriftlich gestellte Frage an: Welche strukturellen Konsolidierungsmaßnahmen werden Sie auf der Ausgabenseite setzen, um das Budget zu konsolidieren und 2016, wie Sie uns schon sagten, ein Nulldefizit zu erreichen?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Vizebürgermeister.

VBgmin Mag Renate **Brauner**: Der Schuldenstand, sehr geehrte Frau Kollegin, steigt nicht seit vielen Jahren, sondern der Schuldenstand wurde jahrelang gesenkt. Das lässt sich ganz klar nachweisen, ich kann Ihnen dann gerne mein berühmtes V zeigen, mit dem ich schon allen auf die Nerven gehe, aber offensichtlich habe ich es immer noch nicht deutlich und oft genug gezeigt.

Der Schuldenstand der Stadt wurde jahrelang gesenkt, weil wir in wirtschaftlich prosperierenden Zeiten Schulden abgebaut haben. Dann gibt es den tiefen Einschnitt, und dieser Einschnitt fällt eindeutig in das Jahr der Wirtschaftskrise. Sie können doch nicht einfach von Schulden in den Jahren 2009 und 2010 reden. – Hallo! Damals ist etwas in dieser Welt geschehen! Damals gab es die größte Krise, die unsere Generation je erlebt hat, und ich hoffe, dass das die letzte so große Krise war, die wir erlebt haben, und diesbezüglich bin ich sehr optimistisch, weil wir wissen, wie volatil die Wirtschaftsprognosen sind.

Ich gebe gerne zu, dass wir auf unserer bescheidenen Ebene der Kommunalpolitik natürlich nur in geringem Ausmaß Einfluss nehmen können, aber da, wo wir etwas tun können, tun wir auch etwas, damit sich diese Krise nicht weiter verschärft beziehungsweise wir nicht in die nächste Krise stürzen.

Und was tun wir? – Wir haben genau das getan, wodurch es zu diesem Einschnitt kam. Wir haben Neuverschuldungen in Kauf genommen, weil wir die Einnahmen, die auf Grund der Krise ausgefallen sind, durch Fremdmittelaufnahme kompensiert haben und Geld aufgenommen haben, um Konjunkturpakete zu schnüren. Ich darf in Erinnerung rufen: Wir hatten ein milliardenschweres Konjunkturpaket in dieser Stadt. Ich darf in

Erinnerung rufen: Wir hatten zweistellige Wachstumsraten bei der Bedarfsorientierten Mindestsicherung. Und wir werden die Leute sicherlich nicht im Stich lassen. Auf die Mehrheitsfraktionen in diesem Haus können sich die Wiener und Wienerinnen verlassen! (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Sie können doch nicht ernsthaft wollen, dass wir das tun, was leider in anderen Städten und Ländern zu Tragödien führt: Dort haben die Menschen keine Arbeit, und es gibt eine Jugendarbeitslosigkeit von 50 Prozent. (*Zwischenruf von GR Mag Wolfgang Jung.*) Wir hingegen kämpfen, wobei ich gerne zugebe, dass wir natürlich die österreichische Ebene und schon gar nicht die EU-Ebene kompensieren können. Wenn wir das wollten, dann wären wir ja Größenwahnsinnig! Aber wir können sehr wohl dafür sorgen, dass in dieser Stadt kein Jugendlicher auf der Straße steht, und das haben wir getan, und das werden wir auch weiterhin tun, und genau dafür haben wir diese Mittel gebraucht.

Das lässt sich ganz klar nachweisen. Es lässt sich nachweisen, dass wir in den Jahren vor der Krise Schulden abgebaut haben und erst jetzt diese Mittel aufgenommen haben, und wir bauen das schrittweise wieder zurück. Die Neuverschuldung sinkt, und das selbstgewählte und im Stabilitätspakt festgehaltene Ziel ist, 2016 wieder eine schwarze Null zu schreiben, indem wir Reformen vornehmen, etwa – wie ich schon gesagt habe – durch die Schaffung von schlanken und flexiblen Strukturen in der Stadt.

Einige Beispiele: Mein Kollege Dr Ludwig hat – wie ich auch schon erwähnt habe – das Kundenservice von Wiener Wohnen zentralisiert. In meinem eigenen Bereich wurden alle Außenstellen des Wiener ArbeitnehmerInnen Förderungsfonds zusammengenommen, um effizient und gleichzeitig günstiger zu sein. Wir gehen neue Wege in der Finanzierung. Die PPP-Modelle zum Beispiel bei der Finanzierung der Schulneubauten sind bereits ein solcher neuer Weg der Finanzierung, wo wir keine Kredite aufnehmen müssen, weil wir das in Zukunft ja auch gar nicht mehr können.

Dasselbe gilt auch für das Spitals- und Geriatriekonzept, in dessen Rahmen wir neue Strukturen schaffen, die im Endeffekt für die Leute günstiger, aber auch effizienter sind. Sie kennen mein Beispiel, und ich glaube, dieses drückt sehr dramatisch aus, was im Spitalsbereich zu tun ist: Wenn wir schön gelegene, in hübschem Pavillonstil gebaute, wunderbare Spitäler haben, bei denen wir aber so viele Straßen haben wie im gesamten 8. Bezirk und wir in diesen historischen Bauten hunderttausende Euro allein dafür ausgeben müssen, um die Straßen zu reinigen, zu erhalten und – wie heute – von Schnee zu räumen, bevor wir überhaupt einen Patienten gesehen, geschweige denn ihn gesund gemacht haben, dann ist das ein typisches Beispiel für die Notwendigkeit einer modernen und effizienten Strukturreform: Diese ist gut für die Menschen, sie hilft der Stadt aber auch, in Zukunft zu sparen und weniger Geld auszugeben.

Genau mit diesen intelligenten Maßnahmen werden wir strukturell agieren. Wir werden nicht überall dumm und rechenschiebermäßig minus 5 Prozent einsparen,

sondern wir werden mit intelligenten Reformen und mit intelligentem Sparen die Neuverschuldung zurückfahren und ab 2016 eine schwarze Null schreiben, wie wir es auch in der Vergangenheit schon getan haben.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich danke. Die 2. Zusatzfrage wird von GRin Graf gestellt. Bitte schön.

GRin Ilse **Graf** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Sie haben bei der Regierungsklausur im September 2012 den Reform- und Wachstumspakt präsentiert. Welche zentralen Punkte enthält dieser Pakt für die Wiener Finanzpolitik?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Vizebürgermeister.

VBgmin Mag Renate **Brauner**: Dieser Reform- und Wachstumspakt bringt, kurz zusammengefasst, das zum Ausdruck, was ich vorher schon angesprochen habe: Auf der einen Seite muss die Stadt weiterhin Wachstumsmotor sein. Das sind wir. Das ist ja das Schöne an der Kommunalpolitik, dass man sowohl die positiven als auch die negativen Seiten, die es natürlich auch gibt, festmachen und sich ansehen kann. Deswegen sind wir wahrscheinlich alle so gerne in dieser Ebene der Politik tätig!

Konkretes Beispiel: Wo ist die Stadt Wachstumsmotor? – Etwa beim U-Bahn-Bau. In anderen Städten wird der U-Bahn-Bau zurückgenommen, oder es gibt gar keinen mehr. Wir investieren in die U-Bahn, und wenn man sich die Entwicklung der U2 im 2. Bezirk und weiter hinaus nach Aspern ansieht, dann kann man feststellen, dass die U-Bahn und damit die Stadt als Investor ein wirklicher Motor für die Stadtentwicklung, aber auch für die Wirtschaft sind.

Dort ist schon seit längerer Zeit die Messe, nun übersiedelt die Wirtschaftsuniversität dorthin, ich war unlängst selbst bei einer Grundsteinlegung für ein neues Hotel, und es haben sich dort große Unternehmungen und deren Europazentralen angesiedelt. Das ist anhand eines konkreten Falls ein typisches Beispiel dafür, wie dieses Wachstum funktioniert! Die Investition in die U-Bahn selbst ist natürlich ganz besonders wichtig, und es ist dies auch eine sehr große Investition, zum Beispiel kostet allein der Teil, den wir jetzt in Richtung Süden bauen, mehrere Hundert Millionen, und der Ausbau bis Aspern kostet 360 Millionen. Das sind riesige Summen, und damit können natürlich auch tausende Arbeitsplätze gesichert werden.

Um aber diese Maßnahmen setzen und gleichzeitig die Neuverschuldung zurückfahren zu können, um also mehr auszugeben, aber nicht mehr, sondern weniger Schulden zu machen, muss es Spar- und Reformmaßnahmen geben, und diese Spar- und Reformmaßnahmen habe ich vorher schon beispielhaft aufgezählt. Und beides gemeinsam, einerseits intelligentes Sparen und Reformen in der Struktur auch entsprechend der Entwicklung der Stadt – denn diese verändert sich auch und darauf muss eine intelligente Stadtpolitik reagieren – und andererseits das Geld, das hier für Investitionen und Wachstumsmaßnahmen frei wird, für Bildung und Ausbildung auszugeben, sind die Kernstücke dieses Reform-

und Wachstumspaktes, den wir natürlich nur miteinander umsetzen können, denn das geht ja weit über die Kompetenz der Finanz hinaus. Wenn ich mir aber ansehe, was etwa im Umweltbereich oder im Bereich Kinderbetreuung investiert wird und wie das mit dem Gratiskindergarten funktioniert, so kann ich mit gutem Gewissen sagen, dass wir hier wirklich alle an einem Strang ziehen und den Reform- und Wachstumspakt nicht nur gemeinsam einstimmig beschlossen haben – wie Sie richtig in unserer Regierungsklausur angesprochen haben –, sondern auch gemeinsam umsetzen.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Danke. Die 3. Zusatzfrage wird von GR Dkfm Dr Aichinger gestellt. – Bitte schön.

GR Dkfm Dr Fritz **Aichinger** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Einen wunderschönen guten Morgen, Frau Vizebürgermeister!

Ich glaube, Sie haben uns jetzt ausführlich dargestellt, dass natürlich eine Trendumkehr eintreten muss, dass der Schuldenstand eine entsprechende Höhe erreicht hat und wir sozusagen einen Pfad beschreiten müssen, der auch in die andere Richtung führt. Sie haben selbst ausgeführt, dass das im Prinzip auf der einen Seite mit Sparen und Reformen bewerkstelligt werden muss, dass aber auch investiert werden muss.

Sie haben vor Kurzem eine Reform der Wirtschaftsförderung angekündigt. Können Sie uns bereits näher erklären, welche Schwerpunkte Sie bei der Reform der Wirtschaftsförderung setzen werden?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Vizebürgermeister.

VBgmin Mag Renate **Brauner**: Ich kann mich im Moment nur auf das beziehen, was wir auch öffentlich bei einer Pressekonferenz angesprochen haben, nämlich auf den Bericht des externen Institutes. Wir haben uns sehr bewusst, obwohl natürlich auch wir einige Ideen zur Wirtschaftsförderung haben, externen Evaluierungen gestellt, und zwar einerseits durch Joanneum Research und andererseits durch KMU Forschung Austria. Von diesen wurde diese Studie erstellt, und wir sind jetzt in der Phase, in welcher die Ergebnisse der Studie vorliegen. Ich kann Ihnen daher noch nicht sagen, was das konkret für die jeweiligen Richtlinien bedeuten wird, weil wir das, wie versprochen, selbstverständlich auch mit den Sozialpartnern diskutieren werden.

Ich fasse Ihnen aber kurz das Ergebnis der Evaluierungsstudie zusammen, welches auf den Punkt gebracht lautet, dass jene Förderungen, die sehr stark auf Innovation gerichtet und sehr spezifisch sind, sehr erfolgreich sind. Es gibt nur sehr wenige Mitnahmeeffekte, es gibt nämlich keine Förderung auf der ganzen Welt, bei der es überhaupt keine Mitnahmeeffekte gibt. Die Breitenförderungen, die wir haben, machen zwar auch Sinn. Es wurde nicht gesagt, dass wir diese abschaffen sollen, und das würden wir auch nicht tun, es wurde aber empfohlen, dass wir bei den Breitenförderungen mehr auf Qualität achten, spezifischer werden und diese Instrumente schärfen müssen. – Das sind, auf den Punkt gebracht, die Maßnahmen, die uns im Bereich der Wirtschaftsförderung aus Sicht der Wirtschaftsagentur von Experten

und Expertinnen vorgeschlagen wurden. Das umzusetzen, wird Aufgabe der nächsten Wochen sein.

Betreffend die Wirtschaftsförderungen, die beim Wiener ArbeitnehmerInnen Förderungsfonds angesiedelt wurden, gab es an sich auch ein sehr gutes Zeugnis. Im Großen und Ganzen können wir auf das gute Ergebnis stolz sein. In diesem Zusammenhang wird aber vor allem auch darauf hingewiesen, dass man sich in Zeiten wie diesen bei den Förderungen von Unternehmungen sehr stark auf die Ausbildung und Bildung von Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen konzentrieren muss, die schlecht qualifiziert sind.

Etwas hat mich, ehrlich gesagt, selber überrascht. Ich wusste das vorher nicht: Es wurde auch analysiert, welche Förderungen die Unternehmungen selber in ihre Mitarbeiter investieren. Dass natürlich hoch Qualifizierte auch vom eigenen Zugang her mehr Ausbildung machen als schlecht Qualifizierte, überrascht uns nicht, dass aber die unternehmenseigenen Bildungsmaßnahmen zu zwei Dritteln an Akademiker gehen und nur zu 15 Prozent an schlecht Qualifizierte, ist, glaube ich, sowohl für die Unternehmungen als auch für die Fördereinrichtungen ein Hinweis, dass wir uns darauf miteinander mehr konzentrieren müssen, noch dazu, da wir wissen, dass wir Facharbeiter und Facharbeiterinnen dringend bräuchten, und wenn man im eigenen Haus Mitarbeiter hat, die man hoch qualifizieren könnte, wäre das sicherlich eine Maßnahme, auf die sich beide Seiten in nächster Zeit besser konzentrieren müssen.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich danke sehr. Die 4. Zusatzfrage wird von GR Dipl.-Ing Margulies gestellt. – Bitte.

GR Dipl.-Ing Martin **Margulies** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrte Frau Stadträtin!

Ich möchte zur ursprünglichen Fragestellung zurückkommen, denn es ist immer wieder bezeichnend, wenn eine Partei, die sich selbst gerne als Schutzpatronin von korruptionsverdächtigen Reichen und Mächtigen dieses Landes versteht, über Schuldenstand spricht. Erinnern wir uns zurück! Unter Blau-Schwarz war genau diese ideologische Vorbereitung ausschlaggebend dafür, dass dann öffentliches Eigentum viel zu billig und meist unter Aufhalten des Handwerks, wie sich jetzt im Untersuchungsausschuss gezeigt hat, sehr günstig verrentet wurde.

In diesem Sinne eine konkrete Frage. – Möglicherweise verbessert tatsächlich die mehrfache Wiederholung auch das Erfassen von Zusammenhängen. (*Zwischenruf von GR Mag Wolfgang Jung.*) Wenn man sich anschaut, dass das Budget der Stadt Wien zu einem Großteil einnahmenseitig aus den Ertragsanteilen des Bundes und sonstigen Zuschüssen finanziert wird und auf der anderen Seite gerade in Krisenzeiten die Sozialausgaben, wenn man es ernst nimmt, massiv steigen, dann würde mich interessieren, wie hoch Sie in etwa den krisenbedingten Einnahmensaldo 2009/2010 auf Grund niedrigerer Einnahmen seitens des Bundes und höherer Sozialausgaben seitens der Stadt Wien beziffern würden.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Vize-

bürgermeister.

VBgmin Mag Renate **Brauner**: Wir haben durch die krisenhafte Entwicklung jedenfalls – und das ist sehr konservativ und zurückhaltend geschätzt, wir kennen ja unsere Finanz, diese ist immer sehr zurückhaltend mit Zahlen – mindestens eine Milliarde an Einnahmen verloren. Im Hinblick auf die Dynamik, weil unsere Wirtschaft ja in Wirklichkeit ein sich in sich entwickelndes System ist, wurde das wahrscheinlich viel zu niedrig geschätzt. Mit dieser Zahl sind wir aber auf der absolut sicheren Seite.

Es ist uns ganz sicher mehr als eine Milliarde an Einnahmen entgangen, und die ausgabenseitigen Erhöhungen sind natürlich auch schwer in Zahlen zu fassen, weil die Einführung der Gratiskindergartens zum Beispiel eine politische Entscheidung war, zu der wir uns, glaube ich, auch alle bekennen, die aber natürlich sehr bewusst in wirtschaftlich schwierigen Zeiten getroffen wurde, weil der Gratiskindergarten die größte Mittelstandsentslastung ist, die es, zumindest seit ich mich zurückerinnern kann, gegeben hat. Wir reden im Hinblick auf diese Maßnahme von einer Entlastung für den Mittelstand von mehreren Hundert Euro pro Monat.

Jetzt kann man sagen, dass das sozusagen ein Teil unseres antizyklischen Pakets gewesen ist, man kann aber auch sagen, wir hätten das politisch so oder so gemacht. Insofern ist das schwer zu schätzen.

Die zweistelligen Entwicklungszahlen bei der bedarfsorientierten Mindestsicherung werden hoffentlich dann auch wieder langsam zurückgehen, aber da ist noch keine Trendumkehr in Sicht. Es ist natürlich jetzt auch schwer zu sagen, wie hoch der Anteil daran ist, aber es sind sicherlich noch einmal mehrere Hundert Millionen, was an zusätzlichen Maßnahmen notwendig war. Und wir haben das sehr bewusst getan, weil sich gerade in diesen Zeiten die Menschen auf die öffentliche Hand verlassen können müssen. Wann, wenn nicht dann, wenn es eng wird, wenn die Leute Angst haben, wenn sie keine Arbeit haben, wenn sie sich Sorgen machen müssen, ob ihre Kinder noch eine Ausbildung haben, wann, wenn nicht dann, müssen sie sich auf die öffentliche Hand verlassen können? – Auf die Gefahr hin, dass ich mich wiederhole, sage ich: In Wien können sich die Menschen auf die Stadt verlassen. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Wir kommen nun zur letzten Zusatzfrage. Diese 5. Frage wird von GRin Dr Kappel gestellt. – Bitte.

GRin Mag Dr Barbara **Kappel** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Trotz einer massiven Gebührenerhöhung im laufenden Jahr, trotz der Ausweitung der Parkpickerlzone und trotz höherer Steuereinnahmen auf Bundesebene, die dann über die Mittel des Finanzausgleiches an die Gemeinde Wien zurückfließen, schaffen Sie es nicht, das Budget einnahmenseitig zu konsolidieren. Sie werden es auch weiterhin nicht schaffen, deshalb müssen Sie einen Mix aus Einnahmen- und Ausgabenpositionen zusammenstellen, das haben Sie auch schon mehrfach angekündigt.

Sie haben heute zwei strukturelle Maßnahmen ange-

führt. Sie sagen immer, dass Sie nicht „alles über einen Kamm scheren“, sondern konkrete Maßnahmen setzen wollen, und Sie haben heute zwei konkrete Maßnahmen angesprochen, nämlich die Gesundheits- und Spitalsreform und die vermehrte Implementierung von PPP-Projekten.

Meine Frage nun an Sie: Wie viel ist in finanziellen Kennzahlen dieser ausgabenseitige Konsolidierungsbedarf beziehungsweise was rechnen, budgetieren Sie für diese zwei ganz konkret genannten Strukturreformen?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Vizebürgermeister.

VBgmin Mag Renate **Brauner**: Ich sage noch einmal, wenn auch ohne große Hoffnung, dass sich das in Ihren öffentlichen Äußerungen niederschlagen wird: Die Gebühren sind alle zweckgebunden, und wenn ich Ihnen zum Beispiel sage, dass allein für die Rohrnetzoffensive im Wasserbereich 50 Millionen ausgegeben werden oder wir allein heuer wieder zusätzlich 10 Millionen in Hochwasserschutz investieren, so ist das ein Beleg dafür, dass die Gelder, die hier eingenommen werden, zweckgebunden sind. Ebenso sind andere Abgaben, die von Ihnen angesprochen wurden, zweckgebunden und fließen genau in den Bereich, in welchem sie auch eingenommen werden.

Die Maßnahmen, die ich Ihnen beschrieben habe – genau das versuche ich Ihnen zu sagen – sind nicht klar abgegrenzt. Man kann nicht sagen, dass wir jetzt da 3 Millionen sparen und dort um 5 Prozent kürzen, sondern es geht dabei um strukturelle Maßnahmen, die zum einen tatsächlich geringere Ausgaben verursachen, die zum anderen aber auch – und das ist das Thema, das Sie jetzt mit der Gesundheitsreform angesprochen haben – in Wirklichkeit kostendämpfend sind.

Wenn ich Sie jetzt richtig verstanden habe, haben Sie mich gefragt, wie viel wir uns durch die Maßnahmen einsparen, die ich im Zusammenhang mit dem Spitalskonzept angesprochen habe. – Darauf erwidere ich Ihnen – und wiederhole, was meine Fachkollegin immer wieder sagt –: Jeder, der ankündigt, dass er im Gesundheitsbereich weniger Geld ausgibt, kennt sich entweder nicht aus oder möchte den Menschen Leistungen wegnehmen, und zwar massiv!

Es geht im Gesundheitsbereich tatsächlich darum, die Kostendynamik in den Griff zu bekommen. Da gibt es ganz genaue Zahlen. Sie haben es vielleicht den Medien entnommen, dass das sogar schon im Bereich der Landeshauptleute Thema war. Wir haben das bei der Finanzlandesreferentenkonferenz vorbereitet, und bei der Landeshauptleutenkonferenz wurde dann generell besprochen, wie dieser Entwicklungspfad mit all den entsprechenden Zahlen auszuschauen hat. Dabei geht es um eine Dämpfung des Anstieges der Kosten und sicherlich nicht darum, dass wir in absoluten Zahlen weniger Geld ausgeben.

Wie hoch die Summe ist, die die Stadt Wien in Relation zu dem, was ohne Maßnahmen geschehen würde, einsparen muss, wissen Sie: Das sind unsere berühmten 20-Prozent-Anteile an den 5,2 Milliarden, die uns vom Bund sozusagen zugeteilt wurden, und das ist eben

mehr als 1 Milliarde, die wir auf dem Pfad bis 2016, wenn wir dann die schwarze Null schreiben werden, erreichen werden, und dazu wird eine Vielzahl von Maßnahmen notwendig sein. Ich habe jetzt nur einige genannt, aber es gibt noch viele mehr, und ich bin überzeugt davon, dass wir viele dieser Maßnahmen in dieser Runde noch diskutieren werden.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich danke, Frau Vizebürgermeister, für die Beantwortung der 5. Frage. Die Fragestunde ist damit beendet.

Wir kommen nun zur Aktuellen Stunde. Der Grüne Klub im Rathaus hat eine Aktuelle Stunde mit dem Thema „Frischer Wind. Moderne Mobilität statt Stau und Stillstand“ verlangt. Das Verlangen wurde gemäß § 39 Abs 2 der Geschäftsordnung ordnungsgemäß beantragt. Ich bitte den Erstredner, Herrn GR Mag Maresch, die Aktuelle Stunde zu eröffnen, wobei ich bemerke, dass seine Redezeit mit zehn Minuten begrenzt ist. – Bitte schön.

GR Mag Rüdiger **Maresch** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Im Zusammenhang mit dem „frischen Wind in Wien“ geht es hier mehr oder weniger um Planung und Verkehr. – Wir haben uns im Vorfeld, und zwar rund um die Koalitionsverhandlungen, überlegt, dass es wichtig ist, mehrere große Projekte im Rahmen der Verkehrspolitik in der Stadt tatsächlich durchzuführen und umzusetzen und nicht nur anzudenken. Dabei war der Leitstern grundsätzlich, dass sich ökologisch richtiges Verhalten auch ökonomisch rechnen muss. Das war ein wichtiger Leitstern bei der ganzen Geschichte.

Wir haben also mit den Verhandlungen um die Senkung des Preises der Jahreskarte begonnen. Outcome waren 365 EUR im Jahr, und es ist eine der wichtigsten Errungenschaften der rot-grünen Stadtregierung, das in Wien tatsächlich umgesetzt zu haben. Darum beneiden uns viele, viele andere Städte in Europa, denn dadurch ist es uns gelungen, den Verkauf der Jahreskarten um 70 000 Jahreskarten pro Jahr zu erhöhen. (*Beifall bei den GRÜNEN.*)

Das ist ein sehr großer Erfolg, um den uns die anderen Bundesländer beneiden beziehungsweise eigentlich beneiden sollten. Frau VBgmin Brauner hat zu Recht gesagt, dass Herr Pröll, wenn er meint, für den öffentlichen Verkehr etwas tun zu wollen, den Preis der Jahreskarten in Niederösterreich um denselben Betrag senken soll. Das hat er aber bis jetzt natürlich nicht getan, sondern stattdessen wurden Nebenbahnen eingestellt, und jetzt haben wir den Salat, wenn man so sagen will.

Ein zweites wichtiges Projekt war, zu schauen, wie wir in Wien den Individualverkehr in den Griff bekommen. Wir haben uns die Fragen gestellt: Was ist neben dem Bau von weiteren Garagen und neben dem Bau von weiteren Park-and-ride-Anlagen zu tun, um diesen Individualverkehr zu reduzieren? – Ich möchte Sie daran erinnern, dass im Koalitionsübereinkommen steht, dass wir den Individualverkehr um ein Drittel senken und den Anteil des öffentlichen Verkehrs auf 40 Prozent erhöhen wollen, dass wir für FußgängerInnen nicht nur eine Stabi-

lisierung erreichen, sondern diesen das Leben erleichtern und den Radverkehr von 5 auf 10 Prozent verdoppeln wollen.

Und genau in diese Kerbe schlagen wir mit der Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung im Westen Wiens. Wir haben vereinbart, dass wir gemeinsam mit den Bezirken diese Maßnahmen durchführen, und zwar im 12., im 14., im 15., im 16. und im 17., leider Gottes nicht im 18. und nicht im 13., aber das ist ein anderer Punkt. Diese Parkraumbewirtschaftung wurde eingeführt: Und was ist zu sehen? – Leere Straßen, keine Überparkungen mehr, kein Parken an den sogenannten Ohrwascheln und kein ewiges Parkplatzsuchen. In den Gebieten, in denen wir die Parkraumbewirtschaftung eingeführt haben, haben wir diese Ziele auf jeden Fall erreicht: Es gibt weniger Feinstaub, weniger Stickoxid, weniger Lärm und mehr Lebensqualität in all diesen Bereichen.

Warum das notwendig ist, war auch ganz klar: Die Stadtregierung so wie auch die Republik Österreich und andere Bundesländer haben ein Problem, weil wir Strafzahlungen im Zusammenhang mit Feinstaub und Stickoxid entgegensehen und weil wir in Wirklichkeit die Nachtruhe der MitbürgerInnen wegen des Verkehrslärms nicht garantieren können. Daher ist es ganz wichtig, dass diese rot-grüne Stadtregierung es in Hand genommen hat, diese Probleme anzugehen und die Situation zu verbessern, und wir werden das Parkpickerl jetzt auch auf andere Teile der genannten Bezirke ausdehnen, und zwar gemeinsam mit den Bezirksvorstehern.

Überraschung! Es war so, dass viele, viele Menschen in Ottakring, in Hernals, in Meidling, aber auch im 14. Bezirk wollen, dass das Parkpickerl auch in ihrem Teil des Bezirks eingeführt wird, weil die Überparkung jetzt geradezu unglaublich ist. Herr Bezirksvorsteher Homole meinte, wir sollten das Parkpickerl binnen Stunden wieder quasi ausführen, reduzieren, wegbringen. – Wenn wir heute in Meidling, in Hernals oder in Ottakring sagen würden, weg mit den Parkpickerl, wir führen wieder die alten Zustände ein!, dann würde das niemand wollen, und zwar wirklich niemand. *(Zwischenruf von GR Dipl.-Ing Roman Stiftner.)*

Man kann sagen, dass fast alle Menschen, die hier mit dem Auto unterwegs sind, spüren, dass es jetzt Parkplätze gibt. Die Leute, die hier wohnen und nicht mit dem Auto unterwegs sind, können ihre Kinder sicher in die Schule und in den Kindergarten bringen und müssen nicht vor überbordendem Autoverkehr Angst haben. – Das ist uns gelungen.

Das dritte Projekt, mit dem wir in Wien etwas weiterbringen wollen, ist die Umgestaltung der Mariahilfer Straße. Die Mariahilfer Straße ist die größte Einkaufsstraße Österreichs, wahrscheinlich die größte Einkaufsstraße Mitteleuropas. Gegenwärtig fahren täglich ungefähr 5 000 Radfahrer und 12 000 bis 13 000 Autos auf der Mariahilfer Straße. – Hier muss ganz eindeutig etwas geschehen. Wir haben einen BürgerInnenbeteiligungsprozess begonnen, und viele Leute haben sich gemeldet, und es gibt jetzt – wenn man es so ausdrücken will – einen Outcome beziehungsweise eine klare Regelung auf der Mariahilfer Straße: Es gibt eine Verkehrsberuhi-

gung im Zentrum der Mariahilfer Straße, nämlich eine Fußgängerzone, wo der 13A durchfahren und auch der 2A fahren können. Radfahren ist in der Fußgängerzone im gemächlichen Tempo möglich, und insgesamt wird der Autoverkehr massiv reduziert.

In den beiden angrenzenden Bezirken wird es verkehrsberuhigende Maßnahmen geben. Warum ist das notwendig? – Einfach weil in Anbetracht von bis zu 100 000 Fußgängern am Tag die jetzigen Situation nicht mehr haltbar war. Es muss etwas geschehen, und es ist gar keine Lösung, so wie die ÖVP zu sagen, am besten es bleibt so, wie es ist. Das ist die klassische ÖVP-Lösung: Nix tun! Wir werden das schon verschlafen! Und am Ende des Tages werden uns die Leute schon wählen.

Nein! – Der Herr Bürgermeister hat es heute gesagt: Nach dem Parkpickerl schaut die Welt in den betroffenen Bezirken anders aus. – Gehen Sie auf die Straße, und schauen Sie einmal, wie viel Autoverkehr vorhanden ist! Es ist nur ganz wenig Autoverkehr vorhanden. Uns, der rot-grünen Stadtregierung ist etwas gelungen, was in keinem einzigen ÖVP-regierten Bundesland möglich war. Wir haben den Individualverkehr massiv reduziert. Wir haben den öffentlichen Verkehr massiv gesteigert und attraktiviert.

Und jetzt schauen wir uns an einem nächsten Projekt an, welche Möglichkeiten es im Fußgängerverkehr in Wien gibt. Es gibt eine FußgängerInnenbeauftragte, deren Aufgabe es sein wird, die Restflächen, die den Fußgängern geblieben sind, in Augenschein zu nehmen. Es sind dies teilweise Gehsteige mit 60, 70, 80 cm Breite, die für Menschen mit Behinderung unmöglich zu begehen oder zu befahren sind und die für Menschen mit Kindern Schwierigkeiten darstellen. Wir wollen uns das anschauen, und das Parkpickerl bietet uns ganz viele Möglichkeiten, gerade in diesen Bezirken etwas zu tun.

Zum Schluss möchte ich noch dazu kommen: Die ÖVP hat jetzt natürlich Unterschriften gesammelt. – Ich finde es interessant, dass immer von 150 000, 170 000 beziehungsweise mehreren 100 000 Unterschriften die Rede ist. Man muss schon sagen: Die ÖVP hat sehr, sehr viele Unterschriften gesammelt. Sie hat hier mehr oder weniger einen guten Job gemacht, aber sie hat in Wirklichkeit nicht berücksichtigt, welche Möglichkeiten das Parkpickerl bietet. Und wenn heute Herr Bezirksvorsteher Homole sagt, wir sollen im 18. Bezirk eine BürgerInnenbefragung durchführen, dann werden wir das nicht tun, denn auch die Stadtregierung – das hat auch der Herr Bürgermeister gesagt – ist an die Stadtverfassung gebunden. Herr Bezirksvorsteher Homole, aber auch Herr Bezirksvorsteher Gerstbach sollen sich anschauen, welche Verkehrsberuhigung in den Nachbarbezirken in Wirklichkeit stattfindet, und sich endlich ein Herz nehmen und eine ordentliche Verkehrsberuhigung durchführen! Das wird nicht gehen mit einfachem Zuschauen, da müssen sich die beiden Herren wohl ein bisschen etwas anderes überlegen!

Was man im Straßenraum anders machen kann, zeigt sich jetzt gerade bei der Ottakringer Straße. Die Ottakringer Straße ist eine Straße, die gemeinsam mit

den BürgerInnen umgestaltet wurde. Die Ottakringer Straße wird jetzt umgebaut. Es wird mehr Platz für FußgängerInnen geben, es wird mehr Platz für RadfahrerInnen geben. Es gibt mehr Platz für Öffi-Haltestellen, und es gibt – was auch wichtig ist – einen geregelten Autoverkehr. *(Zwischenruf von GR Dipl.-Ing. Roman Stiftner.)* Außerdem bauen wir auch eine Garage für die fehlenden Stellplätze, und zwar unter dem Lidl-Parkplatz. *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Tatsache wird sein, dass es in der Ottakringer Straße in Wirklichkeit eine deutliche Verbesserung im öffentlichen Raum geben wird. Es wird im 16. Bezirk deutliche Verbesserungen in Richtung Yppenplatz geben, und es wird insgesamt deutliche Verbesserungen im 16. Bezirk geben. Die Ottakringer Straße ist eine Erfolgsgeschichte. Und last but not least: Das Parkpickerl wirkt, und das ist und bleibt eine Erfolgsgeschichte der rot-grünen Stadtregierung. – Danke schön. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Für weitere Wortmeldungen bringe ich in Erinnerung, dass sich die Damen und Herren des Gemeinderates nur ein Mal zu Wort melden dürfen und ihre Redezeit mit fünf Minuten begrenzt ist. Als nächster Redner hat sich Herr StR Mag Juraczka gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

StR Mag Manfred **Juraczka**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Als mir Mittwoch oder Donnerstag letzter Woche der Titel dieser Aktuellen Stunde, die ja turnusmäßig den GRÜNEN zusteht, zur Kenntnis gebracht wurde, nämlich „Frischer Wind in Wien. Moderne Mobilität statt Stau und Stillstand“, dachte ich zuerst an einen schlechten Scherz. Wenn ich jetzt genügend Selbstironie aufbringe – und glauben Sie mir, die habe ich! –, kann ich Ihnen aus unserer Erfahrung sagen: Frischer Wind ist nicht immer das, was letztlich wirklich zum politischen Erfolg beiträgt! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich kann Ihnen ganz ehrlich sagen: Mir ist sofort eingefallen, dass das Wienerische, unsere schöne Sprache in dieser Stadt, sehr viel aus dem Jiddischen hat: Da gibt es den Haberer, da gibt es das Masl, da gibt es – ganz wichtig für Ihre Fraktion – den Schlamassel, und da gibt es auch ein Wort namens Chuzpe. Ich habe diesen Begriff gegoogelt, und da stand: „Im Hebräischen enthält der Begriff eine negative Bewertung für jemanden, der die Grenzen von Höflichkeit und vor allem von Anstand aus egoistischen Motiven überschreitet.“ – Chuzpe in der Verkehrspolitik ist also bei Ihnen richtig zu Hause! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es gibt nämlich keinen frischen Wind in der Verkehrspolitik dieser Stadt! Es gibt nicht einmal ein Mailüfterl! Was es hingegen gibt, ist einen Tornado der Hetze, der Intoleranz und des Drüberfahrens über die Menschen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Kollege Maresch! Wenn Sie sagen, das Parkpickerl wirkt und alles sei so großartig, dann erwidere ich: Aufgeschlitzte Autoreifen, abgebrochene Scheibenwischer, zerkratzte Autos, das ist das Resultat Ihrer Verkehrspolitik! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Sie regieren gegen eine breite Mehrheit in der Bevölkerung, gegen den gesunden Hausverstand, gegen die

Menschen in dieser Stadt. Und das ist das Problematische. Und Sie sind nicht bereit, an den Verhandlungstisch zurückzukommen und sich selbst zu reflektieren. Das ist die Problematik.

Meine Damen und Herren! Es ist generell für die Demokratie etwas sehr Gefährliches, wenn eine abgehobene, selbsternannte Pseudoelite von 12 Prozent meint, besser zu wissen, was für die Menschen wichtig und richtig ist, als die breite Masse der Bevölkerung das wahrnimmt. Ich sage Ihnen ganz offen: Solche selbsternannten Messiasse in der Politik sind Gott sei Dank – seien sie nun von ganz Rechts oder ganz Links gekommen – noch immer gescheitert, und auch Sie werden damit scheitern! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Nun komme ich noch einmal ganz kurz zum Thema Hetze zurück: Die GRÜNEN haben immer glaubhaft in anderen Bereichen der Politik darauf gesetzt, dass es etwas Gemeinsames, Grenzen Überwindendes geben mag. Jetzt setzen Sie ganz bewusst auf das Ausspielen verschiedener Bevölkerungsgruppen und verschiedener Verkehrsteilnehmer gegeneinander. Das nimmt Ihnen aber auch das Recht, jemals wieder in anderen Bereichen als moralische Instanz aufzutreten, wenn es darum geht, für eine Toleranz und für ein Miteinander in dieser Stadt zu werben! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich habe nicht mehr allzu lange Zeit, ich habe heute aber Gott sei Dank noch einmal die Möglichkeit, mich zum Thema Verkehr zu Wort zu melden. Nur so viel: Das Parkpickerl ist eine Geschichte des Misserfolgs, sogar die Vorsteherin des 17. Bezirks sagt, dass es nicht wirkt und nicht funktioniert, und diese ist Ihnen sicherlich nicht feindlich gesinnt.

Zur Attraktivierung der Öffis hat Kollege Maresch gerade einiges gesagt. Wir zahlen jährlich über 700 Millionen EUR zu. Mag so sein! Aber ich sage zum Stichwort Ottakringer Straße: Dort legt man in einer reaktionären Verkehrspolitik wieder PKW und Öffi-Gleise zusammen. Das kann es doch nicht sein, wenn wir wirklich eine Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs wollen! *(Zwischenruf von GR Mag Rüdiger Maresch.)* Schauen wir uns den 43er an, Herr Maresch! Wir beide kommen aus Hernals. Dort reißen Sie die Sessel heraus, statt die Intervalle zu verdichten. *(Beifall bei der ÖVP. – Weiterer Zwischenruf von GR Mag Rüdiger Maresch.)*

Sind die Passagiere darüber glücklich? Glauben Sie nicht, dass eine vernünftige Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs in einer Intervallverdichtung und vielleicht – wie von Frau VBgmin Brauner heute auch schon angedacht – in einem Ausbau und einer Intensivierung des öffentlichen Verkehrs bestehen sollte und nicht in solchen Notbehelfsmaßnahmen?

Nun ganz kurz zur Mariahilfer Straße: Auch dort setzen Sie sich über jeden Grundkonsens hinweg. Es geht hier nicht darum: Fußgängerzone ja oder nein? Es geht um die Verkehrsströme im 6. und im 7. Bezirk. In dieser Frage sollte man auch die Wirtschaftskammer mit einbeziehen. *(Zwischenruf von GR Mag Rüdiger Maresch.)* Das war bei der wichtigsten Einkaufsstraße immer gang und gäbe. Mit Ihnen gibt es kein Miteinander mehr in dieser Stadt: Das neueste Schmankerl ist die Brünner

Straße.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster** (*unterbrechend*): Herr Stadtrat! Ich bitte, zum Schlusssatz zu kommen.

StR Mag Manfred **Juraczka** (*fortsetzend*): Ich komme schon zum Schlusssatz.

Die Brünner Straße soll jetzt auf über 2 km Länge wiederum von zwei- auf einspurig zurückgebaut werden. – Ganz ehrlich: Das ist ja nur noch absurd! Und ich muss gestehen: Wir werden heute gemeinsam mit den Kollegen von der Freiheitlichen Partei einen Misstrauensantrag einbringen. Ich bin da ein wenig schmerzbefreiter als Herr Kollege Mahdalik. Ich tue mir da nicht schwer! Ich halte es sogar für notwendig, und zwar nicht deswegen, weil ich persönlich etwas gegen Frau VBgmin Vassilakou habe ...

Vorsitzender GR Godwin **Schuster** (*unterbrechend*): War das jetzt der Schlusssatz?

StR Mag Manfred **Juraczka** (*fortsetzend*): ... sondern weil ich erwarte, dass wir dieses Amt wieder in vernünftige Hände legen müssen, weil sonst Unheil von dieser Stadt nicht abgewendet werden kann. – Danke.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr GR Mag Gudenus. Ich erteile es ihm, und ich bitte, wirklich diese fünf Minuten Redezeit einzuhalten.

GR Mag Johann **Gudenus**, MAIS (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Vorsitzender!

Ich verstehe, dass Herr Kollege Juraczka sehr viel zu sagen hat. Man könnte tagelang über die Politik beziehungsweise über die Misswirtschaft der rot-grünen Stadtregierung sprechen, und man würde noch immer nicht fertig werden. Das würde Bände füllen, und es wird wahrscheinlich auch politisch-historisch viele Bände füllen, wie hier unter der rot-grünen Stadtregierung über die Menschen drübergefahren wird, meine sehr geehrten Damen und Herren (*Beifall bei der FPÖ.*)

Politikwissenschaftler werden noch beleuchten, wie undemokratisch hier vorgegangen wird. Ich kann mich erinnern an meine Rede bei der Sitzung, als das rot-grüne Regierungsabkommen hier in diesem Haus vorgestellt wurde. Ich habe damals davor gewarnt, dass diese rot-grüne Stadtregierung die Chaostage nach Wien bringen wird. Ich wurde damals dafür belächelt, aber wir sehen spätestens seit dem 1. Oktober, dass die Chaostage in Wien angekommen sind! Und daran trägt die grüne Regierungspartei die Hauptschuld, und genau das werden die Wähler 2015 auch abstellen! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Wenn Herr Kollege Maresch von einem frischen Wind gesprochen hat, dann sage ich, das ist sehr interessant, und mittlerweile haben wir schon Wintereinbruch: Es ist nämlich eine soziale Kälte hier in Wien eingebrochen. Die Menschen werden nach Strich und Faden abgezockt. Sie suchen immer einen neuen Grund, dass Sie die leeren Stadtkassen füllen können, und Sie haben jetzt wieder eine neue Möglichkeit gefunden durch die Ausweitung der gebührenpflichtigen Kurzparkzonen in Wien. Es findet eine Verdoppelung der Inkassofläche statt. Das ist die soziale Kälte.

Wir Freiheitlichen fordern als Lenkungsmaßnahme ein kostenloses Parkpickerl für alle Wienerinnen und Wiener, nämlich kostenlos mit einmaliger Bearbeitungsgebühr und natürlich mit einer gleichzeitigen Ausweitung der Park-and-ride-Plätze am Wiener Stadtrand. Das ist ein soziales Konzept, meine sehr geehrten Damen und Herren, im Gegensatz zu Ihrer unsozialen Politik! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Wenn Sie davon gesprochen haben, dass ökologisch richtiges Verhalten sich ökonomisch rechnen muss, dann frage ich Sie: Was meinen Sie damit? Es rechnet sich ökonomisch wahrscheinlich für die Wiener Stadtkassen, obwohl diese trotz Gebührenerhöhung noch immer einen Schuldenstand aufweisen, der in die Höhe steigt. So rechnet sich das! Es rechnet sich aber nicht für die kleinen Gewerbetreibenden, die Umsatzeinbußen bis zu 70 Prozent wie zum Beispiel jemand im 17. Bezirk oder im 16. Bezirk erleben müssen. Es rechnet sich nicht für diejenigen, die das Parkpickerl um teures Geld kaufen müssen. Das ist ökologisch und ökonomisch unrichtig, und allein für diese chaotische Politik, die Sie hier ins Stadtparlament hineinragen, gehören Sie abgestraft!

Daher bringen wir heute einen Misstrauensantrag gegen Frau VBgmin Vassilakou ein, denn es kann nicht sein, dass das Chaos in Wien Übermacht gewinnt. Da wollen wir einschreiten, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Aber anscheinend ist auch schon Bgm Häupl von diesem Chaos erfasst worden. Er hat unlängst gemeint, eine Behörde sei per se nicht weisungsgebunden, deswegen könne er dem Verfassungsdienst keine Weisungen erteilen. Er hat auch gesagt, dass die Fragestellung verfassungswidrig ist, die der Verfassungsdienst so beschlossen hat, gleichzeitig gelten aber die Bezirksbeschlüsse, die genau den gleichen Inhalt haben wie die Fragestellung der Volksbefragung. Da wird einfach gesagt, das gilt! In Wirklichkeit sind alle Grundsatzbeschlüsse der Bezirke, mit welchen das ganze Prozedere initiiert wurde, verfassungswidrig und rechtswidrig. Es heißt: Zurück zum Start! Gehen wir zurück zum Start, gehen wir zum Verhandlungstisch! Stellen Sie endlich diese unsoziale Abzocke der Autofahrer und der Wienerinnen und Wiener ein, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr GR Woller. Ich erteile es ihm.

GR Ernst **Woller** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Sehr geehrte Damen und Herren! Als ich meinen beiden Vorrednern zugehört habe, habe ich mich wieder einmal gefragt, über welche Stadt sie eigentlich reden. Sie reden über Misswirtschaft in Wien und über Chaostage in Wien.

Ich meine, wir haben die einzige wirklich chaotische Regierungszeit erlebt, als Schwarz-Blau im Bund an der Regierung war. Das beschäftigt uns heute, sechs Jahre später, noch! Das liefert hunderttausende Seiten an Untersuchungsakten und Korruptionsvorwürfen.

Wer in Wien hetzt, das sind ausschließlich Sie! Sie verstehen auch überhaupt nicht, was moderne Mobilität

heißt. Sie reden nur über Autoverkehr und über Autobesitzer. Verkehr ist aber natürlich deutlich mehr, und Wien ist alles andere als chaotisch, das wissen Sie. Wir werden dafür auch immer wieder ausgezeichnet. Erst vor wenigen Tagen hat die UNO-Studie über den Zustand der Weltstädte ergeben, dass Wien die Stadt Nummer 1 in der Welt ist, was Lebensqualität und Funktionieren einer Stadt betrifft, und Sie sprechen von Chaos! Niemand sieht das so, außer unsere Opposition. *(GR Mag Wolfgang Jung: Ihre Wähler sehen es auch so!)*

Wien ist top. Wien ist eine Stadt der höchsten Lebensqualität. Die ganze Welt kommt nach Wien und schaut sich an, wie wir das machen. *(GR Mag Wolfgang Jung: Die Unzufriedenheit der Österreicher steigt!)* Wir haben einen monatlichen Zuwachs an Touristen und Touristinnen um 7,2 Prozent, und wir sind in vielen Bereichen top, etwa als Kulturmetropole, als Umweltmetropole, aber auch als Stadt mit dem besten umweltverträglichen Verkehr.

Ich war vor wenigen Tagen auf einer Konferenz von Bürgermeistern und Städtevertretern aus Europa und Asien. Diese haben in Berlin Strategien gegen den Klimawandel diskutiert, und es wurden nachhaltige Antworten auf die weltweite Klimaverschlechterung gesucht. Und in diesem Zusammenhang ist Verkehr insbesondere für die Städte – und die große Mehrheit der Menschen auf dieser Welt lebt in Städten – tatsächlich das entscheidende Thema. Und auch betreffend Verkehr ist Wien Musterstadt. Alle europäischen Städte und alle asiatischen Städte haben Wien bewundert, als ich berichten konnte, wie wir intelligente Mobilität und umweltbezogenen Verkehr realisieren.

Mehr als 71 Prozent aller Verkehrswege in dieser Stadt werden ohne Auto zurückgelegt, und diese Zahl steigt jedes Jahr. Der Modal-Split in Wien ist sensationell gut. Früher, vor 18 Jahren, wurden noch 40 Prozent aller Verkehrswege mit dem Auto zurückgelegt. Derzeit sind es 29 Prozent. Der Anteil der Autobenutzer ist in diesen 18 Jahren um ein Viertel reduziert worden. Im gleichen Zeitraum wurde der Anteil der öffentlichen Verkehrsteilnehmer von 29 Prozent auf 37 Prozent erhöht, und diese Entwicklung wird noch weitergehen.

Genau in diese Richtung betreiben wir eine intelligente Mobilitätspolitik. Moderne Mobilität ist natürlich nur mit attraktiven öffentlichen Verkehrsmitteln möglich, und die Reduzierung des Preises der Jahrestickets für die Wiener Linien auf 365 EUR haben dazu geführt, dass bei den Wiener Linien allein heuer zusätzlich 100 000 Jahrestickets sowie zusätzlich 100 000 Jugentickets um 60 EUR im Jahr verkauft wurden. Daher haben wir derzeit über 570 000 Jahresticketbesitzer, das heißt, jeder dritte Wiener und jede dritte Wienerin haben ein Jahresticket und verwenden daher regelmäßig öffentliche Verkehrsmittel.

Intelligente, umweltverträgliche Mobilitätspolitik heißt Ausbau des öffentlichen Verkehrs. Das tun wir. Das bedeutet den Ausbau von Radwegen, und das bedeutet die Verbesserung der Situation der Fußgänger, das sind immerhin 28 Prozent aller Verkehrswege, und daher ist es auch zu begrüßen, dass es in Zukunft eine eigene

Fußgängerbeauftragte in dieser Stadt gibt.

Und das heißt auch Parkraumbewirtschaftung. Das geht nicht ohne Regelung. Verkehr ist wie Hochwasser: Wenn man dem Hochwasser Wege lässt, dann sucht sich das Wasser die Wege, egal, wo auch immer, und genauso ist es mit dem Verkehr. Daher muss man, was die Autobenutzung betrifft, eine überlegte Verkehrspolitik machen. Wir sind nicht gegen den Besitz von Autos, aber wir glauben, dass nicht jeder Weg sinnvollerweise mit dem Auto zurückgelegt werden kann. Daher muss man Parkraumbewirtschaftung betreiben und den Wienerinnen und Wienern Parkplätze dort anbieten, wo sie wohnen.

Es ist natürlich absolut lächerlich, in diesem Zusammenhang von Abzocke zu reden. Parken kostet in Wien 10 EUR im Monat, das sind 30 Cent am Tag. Darüber regen sich Leute auf, die sich um 40 000 EUR ein neues Auto kaufen. Sie kaufen sich ein teures neues Auto, und dann regen sie sich auf, dass das Parken im Monat 10 EUR kostet. Das ist wirklich unangemessen!

Wien ist auf dem richtigen Weg! Die Parkraumbewirtschaftung wird überall dort positiv gesehen, wo sie eingeführt wird, und an diesem Weg führt nichts vorbei. Früher oder später wird auch in weiteren Bezirken ...

Vorsitzender GR Godwin **Schuster** *(unterbrechend)*: Bitte zum Schlusssatz kommen!

GR Ernst **Woller** *(fortsetzend)*: ... das Parkpickerl eingeführt werden. Und überall, wo es das Parkpickerl gibt, sind die Menschen mit dieser Lösung zufrieden. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr GR Dipl.-Ing. Stiftner. Ich erteile es ihm.

GR Dipl.-Ing. Roman **Stiftner** *(ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Werte Damen und Herren!

Wenn man Herrn Woller so zuhört, dann lernt man, dass die SPÖ nichts gegen den Besitz von Autos, sondern nur gegen das Autofahren etwas hat. Und bei den GRÜNEN hat man offenbar entdeckt, dass das Parkpickerl wirkt.

Ja. Wenn man eine falsche Therapie anwendet, dann wirkt auch eine falsche Therapie, allerdings in eine falsche Richtung, und wenn man die Dosis erhöht, dann wird der Patient nicht gesünder. Und somit haben wir ein Verkehrschaos in Wien. Wir haben eine Aggressivität, wie sie noch nie vorher existiert hat, und schuld ist einzig und allein diese rot-grüne Koalitionsregierung hier in Wien, sehr geehrte Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Aber Sie zündeln weiter, und das, obwohl Sie selbst wissen, dass es heute in Währing noch immer eine deutliche Mehrheit gegen die Einführung des Parkpickerls gibt. Da kann man nicht so lange abstimmen, bis irgendwann einmal das Richtige herauskommt, sondern es geht darum, Lösungen zu suchen! Was aber tun Sie? – Sie schreien, haltet den Dieb! Sie zeigen mit dem Finger auf den Bezirksvorsteher in Währing, der sich hier als Einziger – davon können Sie sich eine Scheibe abschneiden! – demokratisch gezeigt hat, und versuchen,

in einer Umkehrung der Tatsachen ihm die Schuld in die Schuhe zu schieben, dass er jetzt das Parkchaos verursacht hätte.

Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist der Gipfel, wenn man den Bürgerinnen und Bürgern, die nun ein Parkpickerl vor die Nase gesetzt bekommen haben, wovon man von Anfang an wusste, dass es scheitern muss, weil das einfach die falsche Methode und das falsche Konzept für die Außenbezirke ist, jetzt auch noch die Schuld gibt, obwohl sie vorher davor gewarnt haben, dass man es einführt. Was Sie, sehr geehrte Damen und Herren von Rot-Grün und speziell von Grün zu verantworten haben, sind mehr Stau, mehr Stillstand und weniger Demokratie in dieser Stadt! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich frage mich schon, wie lange sich die SPÖ noch diese Demontage auch ihrer eigenen Wählerklientel anschauen möchte! Sie kennen die eigenen Umfragen: Die GRÜNEN können da und dort vielleicht noch als Kerngruppe einer Minipartei durchzukommen versuchen. Die SPÖ als eine breitere Partei weiß aber, dass sie verliert, und ich frage, warum tun Sie das, warum akzeptieren Sie das? Es wird nicht besser werden! Die Menschen sind so erregt und so aufgebracht, dass Sie das nicht durchtauchen können werden!

Der Verdrängungswettbewerb, den Sie ausgelöst haben, wird auch nicht dadurch verbessert, wenn Sie Parkpickerlzonen erweitern, denn das ist einfach das falsche Konzept, und ein falsches Konzept wird nicht besser, auch wenn wir dann in ganz Wien – und das ist offenbar ihr Idealmodell – das Parkpickerl bis an die Stadtgrenze haben. Dann ist immer noch nicht das Problem gelöst, aber es gibt natürlich eine entsprechende Abzocke.

Deshalb hat die ÖVP von Anfang an gesagt: Wir wollen ein gesamtheitliches System haben! Und unterstellen Sie uns nicht, dass wir keine Lösungen präsentiert haben! Wir sind zusammengesessen und haben uns konstruktiv eingebracht. Die GRÜNEN haben sich aber absolut ignorant gezeigt. Bei der SPÖ gab es ein gewisses Maß an Toleranz, da wurde zumindest konstruktiv gesprochen, aber seitens der GRÜNEN war nicht die Bereitschaft da, auch nur auf irgendeine Art und Weise auf ein konstruktives Modell einzuschwenken.

So versuchen Sie, Ihr grün-ideologisches Modell durchzusetzen und umzusetzen und so etwas wie eine neue Berliner Mauer in Wien aufzubauen. Ich nenne es jetzt einen Wiener Pickerlwall, der hier aufgezogen wird, der Wien vom Umland trennen soll. Offenbar wollen Sie hier so etwas wie eine entsprechende Abschottung vom Umland.

Wien ist aber nicht nur Bundesland, sehr geehrte Damen und Herren, sondern es ist auch Bundeshauptstadt, das sollten wir nie vergessen. Wien gehört allen Österreichern und Österreicherinnen, und alle haben ein Recht, hereinzukommen und ihre Geschäfte zu erledigen und auch hier ihr Auto abzustellen. Das sollte ihnen möglich sein, und das sind Sie allen Österreichern und Österreicherinnen in Wien schuldig, sehr geehrte Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die Ideologie sollte spätestens dort aufhören, wo

Verantwortung beginnt, sehr geehrte Damen und Herren! Was Sie hier machen, ist Radikalisierung und Polarisierung, und das führt natürlich auch – wie StR Juraczka schon ausgeführt hat – zu Vandalismusakten, die Sie hier zu verantworten haben. Man kann in diesem Fall die Dinge nicht abspalten und sagen, das ist nur eine einzelne Ausformung. Nein! Sie spalten die Wienerinnen und Wiener zwischen Autofahrern und Nichtautofahrern, und Sie spalten die Österreicher in Bewohner von Wien und jenen aus dem Umland. Das ist ein Weltbild, wie man es eigentlich in den 80er Jahren ad acta gelegt hat. Aber Sie haben es wieder ausgegraben!

Es genügt nicht, sehr geehrte Damen und Herren von den GRÜNEN, ein paar Parkpickerlbezirke mehr einzuführen, um das Problem zu lösen. Es genügt auch nicht, einfach eine Jahreskarte zu verbilligen, gleichzeitig aber nicht die Kapazitäten sicherzustellen und die Attraktivität der öffentlichen Verkehrsmittel zu erhöhen. Es gilt auch, nicht auf die Pendler zu schimpfen. All das sind keine Konzepte, die in irgendeiner Art und Weise eine Lösung bringen, sehr geehrte Damen und Herren. Sie – das müssten Sie von der SPÖ besonders genau wissen – sind angehalten, dieses Parkpickerlchaos in Wien endlich zu stoppen! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr GR Mag Chorherr. Ich erteile es ihm.

GR Mag Christoph **Chorherr** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Meine Damen und Herren!

Wenn Politik den Anspruch hat zu verändern, dann gibt es offensichtlich unterschiedliche Bewertungen dessen. Ich erlaube mir, eine unabhängige Umweltzeitung zu zitieren, nämlich „Oekonews“, das vor wenigen Tagen eine Aussage verschickt hat, die ich vielleicht in dieser Vehemenz auch nicht teilen würde. Da heißt es: „Das Wiener Parkpickerl, die größte Umwelterfolgsgeschichte des letzten Jahrzehnts.“

Wenn man die Lebensqualität der Bewohner und Bewohnerinnen hoch bewertet, dann kann man zu diesem Ergebnis kommen. Wenn man wie der Kollege Stifter der Meinung ist – und ich sage das wirklich sachlich, und ich würde auch nicht schimpfen, wenn man dieser Meinung ist –, dass es das Grundrecht jedes Menschen ist, sein Auto überall gratis zu parken und dem hat sich jeder unterzuordnen, dann wird man das anders bewerten.

Hat das was gebracht? – Also ich bin jetzt in der letzten Woche ein paar Mal durch den 15. und 16. Bezirk gefahren. Da muss man wirklich verblendet sein, um nicht zu sehen, dass dort grundsätzlich etwas anders ist. Reden Sie mit Leuten, die dort wohnen! Auf einmal gibt es dort Parkplätze in Hülle und Fülle.

Und zweitens: Das, was die Leute maßgeblich stört, das ewige Suchen und Suchen und Suchen eines Parkplatzes – das ist ärgerlich, das vergiftet die Umwelt und das verschlechtert die Lebensqualität –, das ist weg! Denn wenn man dort jetzt einen Parkplatz braucht, findet man zügig einen. *(GR Dipl.-Ing Roman Stifter: Und einen Kilometer weiter? Wie schaut es da aus?)* Eigentlich könnten wir uns sozusagen als die wahre „Autofah-

rer, wir schaffen Parkplätze“-Partei profilieren. Vielleicht versuchen wir das noch, denn keine Maßnahme war letztlich effizienter. *(Beifall bei den GRÜNEN.)*

Ja, genauso wie es offensichtlich – außer man ist verblendet – zu deutlichen Verbesserungen dort geführt hat, wo das Parkpickerl wirkt, gibt es Probleme genau dort, wo das Parkpickerl nicht eingeführt wird. Deswegen gehen jetzt klugerweise die Bezirksvorstehungen des 16. und 17. und ich denke, auch des 14. Bezirks dahin, ein Erfolgsmodell auszuweiten, und zwar auf Druck jener Bevölkerung, die am Anfang skeptisch war, weil sie gesehen hat, auf der einen Straßenseite ist eine Verbesserung und auf der anderen Seite ist eine deutliche Verschlechterung. Also werden sie es ausweiten.

Und es bleibt der 18. Bezirk. Da können wir nur in größter politischer Freundlichkeit die Hand reichen und sagen, sehr geehrter Herr Homole, unbeschadet dessen, was Sie in der Vergangenheit gesagt haben – jeder Mensch kann einmal klüger werden, weil er sieht, was er angerichtet hat *(GR Dipl.-Ing Roman Stiftner: Der Bezirk hat das parteiübergreifend entschieden!)* –, in dem Moment, wo der 18. Bezirk einen Antrag stellt, das Parkpickerl sinnvollerweise auch auszudehnen, wird die Frau Vizebürgermeisterin keine Mühe scheuen, zu jeder Tages- und Nachtzeit, und sei es um 2 Uhr Früh, die entsprechenden Schritte zu setzen, damit die Währinger Bevölkerung endlich auch zu den Segnungen des Parkpickerls kommt. Denn derzeit ist der Kollege Homole hauptverantwortlich, dass es dort in der Tat ein Chaos gibt. *(GR Dipl.-Ing Roman Stiftner: Die Bevölkerung hat darüber abgestimmt!)* Ich will jetzt nicht sagen, es ist der Chaos-Homole – das wäre die Sprachregelung des Kollegen Stiftner –, ich will sagen, er hat einen gewissen Lernbedarf, denn ab dem Moment, wo das eingeführt ist, ob am 1. Jänner oder am 1. Februar oder so schnell wie möglich, wird es auf einmal auch für die Anrainer dort ruhiger, leiser, angenehmer werden. Wir warten, wir hoffen, wir drücken dem Homole die Daumen – im Grunde wie bei der Streif –, vielleicht schafft er es doch noch im Sinne seiner Bevölkerung. Wir sagen auch den Bewohnerinnen und Bewohnern des 18. Bezirks: Artikuliert euch, führt Diskussionen und macht auch Exkursionen in den 15., in den 16. Bezirk und schaut euch an, wie das dort funktioniert!

Und, nein, Herr Kollege Stiftner, wir sind froh, dass Wien Landeshauptstadt für alle Österreicherinnen und Österreicher ist, aber – um es noch einmal zu sagen – es gibt kein Grundrecht, egal, woher man kommt, sein Auto gratis auf der Straße abzustellen. Das gibt es nicht! *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Fahren Sie durch die diversen Garagen und schauen Sie sich an, dass Garagen frei sind. Es wird jetzt auch eine Folge sein, dass manche Garagen im 15. und 16. Bezirk sich möglicherweise wieder leeren. Man kann einen Parkplatz finden, nur gibt es eine Eigenverantwortung.

Und wenn jetzt endlich – damit komme ich zum Schlusssatz – die Niederösterreicher intensiv darüber nachdenken, an den ÖBB-Stationen Park-and-ride-Anlagen zu bauen, damit in einer Weise Leute auf den

öffentlichen Verkehr umsteigen, wie es noch nie der Fall war, dann zeigt sich, dass es eine zukunftsgerichtete erfolgreiche Verkehrspolitik ist. Und da werden uns weder die FPÖ noch die ÖVP davon abhalten, diesen Erfolg fortzusetzen. – Danke schön. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Mahdalik. Ich erteile es ihm.

GR Anton **Mahdalik** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender!

Ich gehöre auch zu jenen einigen Hunderttausend Verblendeten in Wien, die die Segnungen des Parkpickerls nicht und nicht erkennen wollen, trotz erdrückender Beweislast. Und zu den unabhängigen Medien des Kollegen Chorherr: Das erinnert mich an die Ausschreibungen beziehungsweise Hearings für diverse Beauftragte, wo sich schlussendlich zufälligerweise immer ein grüner Parteigänger durchsetzt. Also geschenkt, Christoph.

Ein Beispiel für intelligente, moderne Verkehrsplanung, wie die rot-grüne Kollation sich diese vorstellt, ist die Ottakringer Straße. Ganz aktuell jetzt! Dass die Geschäfte reihenweise eingehen wegen der Baustelle, ist die eine Geschichte, aber außerdem werden zum Beispiel die Autos, die von den Schienen weggebracht wurden – die Straßenbahn hat eine eigene Fahrspur gehabt –, jetzt, damit ein Radweg gebaut werden kann, wieder auf die Schienen umgeleitet und damit der 44er gebremst. Wie man so den Modal-Split verbessern will, das müssen die GRÜNEN mir erst einmal vorhupfen. Das ist nicht modern, das ist für uns altbacken.

Das Beispiel Mariahilfer Straße. Da soll jetzt eine Fuzo gemacht werden, teilweise zumindest, um mehr Platz für die Fußgänger zu schaffen, die jetzt insgesamt 21 m Platz haben, auf beiden Gehsteigen je 10,5 m. Auf der Kärntnerstraße haben sie 19 m zur Verfügung. Die haben jetzt mehr als genug Platz. Es gibt ja in der Adventzeit schon jetzt an jedem Einkaufssamstag eine Fußgängerzone. Das kann man von mir aus auf andere Samstage ausweiten. Wir sind ohnehin gesprächsbereit, aber viel Geld rauszuhauen, nur damit die GRÜNEN irgendeinen Erfolg haben und vielleicht vom Parkpickerl-fiasco ablenken können, das stellen wir uns nicht unter moderner Verkehrspolitik vor, meine Damen und Herren.

Intelligent und modern ist es auch nicht, wenn für 250 000 Einpendler täglich allein aus Niederösterreich 8 500 Park-and-ride-Plätze zur Verfügung stehen und sich jetzt Wien und Niederösterreich dazu durchgerungen haben, weil der mediale Druck so stark geworden ist, in den nächsten Jahren, ohne genaue Zeitangabe, vielleicht noch einmal 10 000 dazuzubauen. Wir sagen, das ist ein Tropfen auf den heißen Stein, und verlangen bis 2015 zumindest 25 000 Park-and-ride-Plätze, die von Wien und Niederösterreich gemeinsam zu finanzieren sind.

Zur Mariahilfer Straße möchte ich nur kurz etwas sagen beziehungsweise aufzeigen. Wenn man schon eine Fuzo macht, dann soll es eine Fuzo werden und nicht eine kombinierte Radfahrer- und Fußgängerzone. Das sieht man in Meidling bei dem kläglich gescheiterten

Pilotversuch, dass das nicht geht. Darum sagen wir, in Fuzos hat eines zu gelten: ein absolutes Radfahrverbot. *(Beifall bei der FPÖ und von GRin Ing Isabella Leeb.)*

Moderne Mobilität, intelligente Mobilität, wie sie Rot-Grün vorschwebt, ist zum Beispiel, dass man, weil die Straßenbahnen überbelegt sind, die Sitze herausreißt. Man verdichtet nicht die Intervalle, man reißt Sitze heraus. Einmal einen Teil, wieso reißt ihr nicht gleich alle heraus. Nur mehr Stehplätze nach dem Motto: „Kuscheln für ganz arme Leute“ oder „Krank werden – leicht gemacht“? Was ist denn das für eine Verkehrspolitik? Ich meine, es fehlen dann wirklich nur mehr die Pusher, die nach japanischem Vorbild mit Anlauf die Leute vielleicht noch irgendwo hineindrängen. Da könnten man vielleicht eine neue Kapperltruppe schaffen: die Pusher, die Wiener Pusher. *(Heiterkeit bei der FPÖ.)* Vielleicht finden wir einen wienerischen Ausdruck. Das ist zwar alles nichts für Klaustrophobiker, aber es ist wurscht. Für SPÖ und GRÜNE ist das modern. Wir sagen: Das ist alles andere als modern! Diese Verkehrspolitik ist ewiggestrig! – Danke. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich Frau GRin Schubert. Ich erteile es ihr.

GRin Ingrid **Schubert** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich glaube, die Märchenstunde von Toni Mahdalik ist jetzt vorbei, aber was wir aus dieser Märchenstunde gelernt oder gehört haben, ist eigentlich, dass die Freiheitlichen gegen das Fahrrad sind.

Das Thema der Aktuellen Stunde lautet „Frischer Wind in Wien. Moderne Mobilität statt Stau und Stillstand“, und dieses Thema sollten wir nicht nur ausschließlich dem Parkpickerl widmen, dazu gibt es, glaube ich, auch noch einiges andere zu sagen, wiewohl das Parkpickerl ein sehr, sehr wichtiges und emotional besetztes Thema ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben es heute schon einmal gehört von meinem Kollegen Woller, aber ich möchte es trotzdem noch einmal sagen, dass Wien gemäß den internationalen Studien die Stadt mit der weltweit höchsten Lebensqualität ist. Ein wichtiger Faktor dabei ist die hohe Qualität des öffentlichen Verkehrsnetzes.

Umweltpolitisch wurde diesbezüglich gerade in Wien in den letzten Jahren sehr viel erreicht. Der Bedarf an Mobilität in der Stadt Wien wächst. Gerade in der Großstadt sind nachhaltiges Denken und strategische Ziele im Bereich der Mobilität unumstößlich, um die Umweltsituation – und die sollte man bei diesen Thema nicht außer Acht lassen – und somit auch die Lebensqualität für weitere Generationen zu sichern.

Werte Kollegen und Kolleginnen! Auf Grund einer gezielten langjährigen Investition in unser öffentliches Netz, in die Wiener Linien, ist es gelungen, den Individualverkehr nachhaltig zu gestalten sowie Stau und Stillstand auf den Straßen Wiens in unserer umweltpolitischen Verantwortung stark entgegenzuwirken. Diese

höchst brisante Thematik befasst uns schon seit Jahren und wird uns auch in Zukunft im Rahmen der nachhaltigen Gestaltung unserer Stadt sowie unserer umweltpolitischen Verantwortung begleiten.

Die Wiener Linien betreiben, wie wir wissen, rund 120 Linien mit U-Bahnen, Autobussen und Straßenbahnen. Sie prägen damit nicht nur das Stadtbild, sondern halten die Stadt auch in Bewegung. Die Entwicklung der Fahrgastzahlen der Wiener Linien ist auf Grund der regelmäßig ansteigenden Standards beziehungsweise Anpassungen an die Bedürfnisse und Bürgerinnen und Bürger in den letzten Jahren stetig steigend beziehungsweise in letzter Zeit noch stärker ansteigend. Ein reibungslos funktionierender öffentlicher Personennahverkehr entlastet die Straße, ist Voraussetzung für ein schnelles Vorankommen im Verkehr und bildet somit die Basis für unsere Marktwirtschaft und auch unsere umweltpolitischen Ziele.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Aus dem Modal-Split von 1993 bis 2011 ist erkennbar, dass auf Grund unserer umweltpolitischen Maßnahmen ein Umdenken im Individualverkehr erfolgt ist und das Aufkommen des Autoverkehrs in unserer Stadt durch die von uns gesetzten umweltpolitischen Schritte stark beeinflusst wurde. In der steigenden Individualmodalität ist der Anteil des PKW um 11 Prozent zurückgegangen, hingegen der Anteil des öffentlichen Verkehrs um 8 Prozent gestiegen, so wie auch der Fahrradverkehr um 3 Prozent angestiegen ist.

Gerade im Hinblick auf die Feinstaubbelastung und den CO₂-Ausstoß konnten steigende Probleme in Fragen Umwelt deutlich geschmälert werden, obgleich über 5 000 PKW-Neuzulassungen im Jahr 2011 zu verzeichnen waren; von den Neuzulassungen im Umland ganz zu schweigen.

Derzeit werden in Wien 875 Millionen Fahrgastzahlen alleine bei den Wiener Linien, mit steigender Tendenz, verbucht. Diese Zahlen können sich im internationalen Pro-Kopf-Durchschnitt jedenfalls sehen lassen. Auch das Angebot im Service sowie Pünktlichkeit beziehungsweise Verlässlichkeit der Öffis werden regelmäßig optimiert.

Auch die notwendigen Anforderungen der Pendlerinnen und Pendler aus dem Westen wurden optimiert. Die Inbetriebnahme der Strecke über das Tullnerfeld – da könnte man viel darüber reden –, über St Pölten mit fünf Regionalzügen wurde eröffnet. Auf Grund der geänderten Zugziele ergaben sich für die Pendlerinnen und Pendler mehrfach zu erreichende Umsteigmöglichkeiten zum innerstädtischen Verkehr.

Auch das Valorisierungsgesetz ...

Vorsitzender GR Godwin **Schuster** *(unterbrechend)*: Bitte den Schlusssatz!

GRin Ingrid **Schubert** *(fortsetzend)*: Ja, ich bin schon so weit. – Auch das Valorisierungsgesetz, das heuer beschlossen wurde, beinhaltet viele zukunftsweisende Anreize für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt und trägt auch zum Ziele der Umwelt und Nachhaltigkeit für kommende Generationen, speziell in der Parkraumbewirtschaftung, sowie der rot-grünen Tarifgestaltung der Wiener Linien bei.

Ein Satz noch, und dann bin ich fertig. Auch die im Oktober 2012 in Kraft getretenen neuen Parkzonenregelungen in den Bezirken 12, 14, 15, 16 und 17 sind sowohl nachhaltige als auch notwendige umweltpolitische Maßnahmen. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich danke. Die Aktuelle Stunde ist beendet.

Bevor wir zur Erledigung der Tagesordnung kommen, gebe ich gemäß § 15 Abs 2 der Geschäftsordnung bekannt, dass an schriftlichen Anfragen fünf des ÖVP-Klubs der Bundeshauptstadt Wien und vier des Klubs der Wiener Freiheitlichen eingelangt sind.

Von den GRen Dipl.-Ing Roman Stiftner und Ing Mag Bernhard Dworak wurde eine Anfrage an die Frau amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung betreffend „Chaos und Unprofessionalität in der Wiener Verkehrspolitik“ gerichtet. Das Verlangen auf dringliche Behandlung dieser Anfrage wurde von der notwendigen Anzahl von Gemeinderäten unterzeichnet. Die Behandlung dieser Dringlichen Anfrage wird vor Schluss der öffentlichen Sitzung erfolgen. Ist diese um 16 Uhr noch nicht beendet, wird die Gemeinderatssitzung zur tagesordnungsgemäßen Behandlung der Dringlichen Anfrage unterbrochen.

Weiters wurde von den GRen Mag Dr Barbara Kappel, Rudolf Stark, Univ.-Prof Dr Herbert Eisenstein, Dominik Nepp, Mag Gerald Ebinger und Uta Meyer ein Antrag an die Frau amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke betreffend „Beteiligung am Strafverfahren als Privatbeteiligte“ gerichtet. Das Verlangen auf dringliche Behandlung dieses Antrages wurde von der notwendigen Anzahl von GemeinderätInnen unterzeichnet. Gemäß § 36 Abs 5 der Geschäftsordnung wird die Besprechung des Dringlichen Antrages vor Schluss der öffentlichen Sitzung durchgeführt.

Die Anträge des Stadtsenats zu den Postnummern 1 bis 9, 11 bis 13, 15, 16, 19, 21, 22 und 24 bis 27 gelten gemäß § 26 der Wiener Stadtverfassung als bekannt gegeben. Bis zu Beginn dieser Sitzung hat kein Mitglied des Gemeinderates zu diesen Geschäftsstücken die Verhandlung verlangt. Ich erkläre daher gemäß § 26 der Wiener Stadtverfassung diese als angenommen und stelle fest, dass die im Sinne des § 25 der Wiener Stadtverfassung erforderliche Anzahl von Mitgliedern des Gemeinderates gegeben ist.

In der Präsidialkonferenz wurden nach entsprechender Beratung die Postnummer 14 zum Schwerpunkt-Verhandlungsgegenstand erklärt und gleichzeitig folgende Umreihung der Tagesordnung vorgeschlagen: Postnummern 14, 17, 18, 20, 23 und 10. Die Postnummern werden daher in dieser Reihenfolge in Verhandlung genommen.

Es gelangt nunmehr die Postnummer 14 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft das Plandokument 7979 im 12. Bezirk, KatG Hetzendorf. Ich bitte den Berichterstatter, Herrn GR Dipl.-Ing Al-Rawi, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter GR Dipl.-Ing Omar **Al-Rawi**: Ich bitte

um Zustimmung.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich eröffne die Debatte. Zu Wort gemeldet ist Herr GR Ing Mag Dworak. Ich erteile es ihm, wobei ich darauf hinweise, dass die Redezeit mit maximal 40 Minuten begrenzt ist.

GR Ing Mag Bernhard **Dworak** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Ich werde mich bemühen, diese 40 Minuten nicht ganz auszuschöpfen, aber wenn wir schon einen Planungsschwerpunkt heute haben, muss ich eben doch ein bisschen was zur Stadtplanung sagen. Sie wissen, dass die Basis der Wiener Stadtplanung und jeder Flächenwidmungsplanung der jeweils gültige Stadtentwicklungsplan, derzeit in der Fassung STEP 05 aus der Evaluierung 2010 und des Fortschrittsberichts 2011, ist. Es beginnt hier meine Kritik, die wir hier in diesem Hohen Haus schon einige Male geäußert haben.

Offensichtlich braucht jeder Stadtrat seinen eigenen Stadtentwicklungsplan, um sich ein entsprechendes Denkmal zu setzen. Derzeit werden nämlich wieder einmal die Grundlagenarbeiten für den STEP 2014 gemacht, wohl um nachzuweisen, dass die MA 18 noch immer genügend Ressourcen hat. Dass für diesen STEP dann wieder viel Geld unter dem Denkmäntelchen Bürgerbeteiligung zur Beteiligung von grünen Funktionärinnen und Funktionären rausgeschmissen wird, ist ebenfalls unsere Kritik. Zu befürchten ist aber auch, dass es bald einen neuen Beauftragten geben wird, den Beauftragten für den STEP 2014, natürlich als Versorgungsposten für eine grüne Funktionärin. Wie beschreibt die „Presse“ diesen Versorgungsposten so schön? Es wäre die ureigenste Aufgabe der Politik, dafür zu sorgen, dass diese Posten im Sinne von Zweckmäßigkeit und Sparsamkeit eingespart werden und von den existierenden Gemeinderäten wahrgenommen werden.

Aber, meine Damen und Herren, ist deshalb der existierende STEP 05 schon Makulatur?, frage ich mich. Manchmal hat man nämlich diesen Eindruck, denn die 13 Bereiche der Stadtentwicklung von Wiental über Westgürtel, Hauptbahnhof, St Marx mit dem Gasometer bis zur Seestadt Aspern sind nach wie vor nicht endentwickelt, sondern benötigen vielmehr zügiger weiterer Planungen und die Umsetzung dieser Planungen. Wie heißt es so schön im Magistratsjargon? Die Umsetzung einer kleinen Bezirksstraße braucht von der Planung bis zur Realisierung mindestens zehn Jahre. Meine Damen und Herren, die Realität lässt grüßen.

Ein besonderes Beispiel ist die Entwicklung in Aspern, ein Stadtteil für rund 25 000 Menschen mit rund 8 000 Wohnungen. Derzeit ist der Flächenwidmungsplan im Südtteil in Kraft. 2 000 geförderte Wohnungen werden bald errichtet. Ich habe gelesen, sie sollen 2015 besiedelt werden. Bei der nächsten Sitzung der STEK, der Stadtentwicklungskommission, soll der nördliche Teil des Planungsgebietes präsentiert werden. Und trotzdem fehlen viele Voraussetzungen, um sich dort wohlfühlen. Am Rand und im Zentrum gelten nämlich Bauklasse IV und V, also keine Verflachung an den Rändern, damit sich die Menschen in kleineren und niedrigeren Wohn-

und Arbeitsobjekten wohl fühlen. Ausreichende Sportmöglichkeiten sind ebenso wenig vorgesehen wie die derzeit absolut fehlende soziale Infrastruktur. Und ob ein integrierter Bildungscampus ausreichend ist, wage ich hier zu bezweifeln.

Das diese Woche eröffnete IQ-Center zeigt auf, wie schwierig der Aufbau von funktionierenden Wirtschaftsstrukturen ist. Zu wenig Betriebe siedeln sich nämlich gern im Nirgendwo an. Jetzt soll rasch ein Park-and-ride-Platz gebaut werden, der die Verkehrsströme aus dem Umland, aus Norden und Osten, aufnimmt, die die U-Bahn, die ab Mitte 2013 im Nirgendwo endet, füllen. Auch kein Vorzeigebispiel vorausschauender Planung, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Kritik betrifft auch die Frage, wie man mit den ehemaligen Gasometern umgeht. Wirtschaftlich tot, Geschäfte sperren zu, eine Pop-Akademie um jeden Preis, um die Gasometer zu beleben. Einst aus der Not geboren, wie die vier bestehenden Gasometer einer vernünftigen Nutzung zugeführt werden könnten, ist daraus leider kein Vorzeigeprojekt geworden, höchstens ein Umsteigeplatz für den motorisierten Individualverkehr auf den öffentlichen Verkehr. Leere Hallen, Internets-hops, Baustellen, öffentliche Dienststellen und leere Geschäfte prägen den Niedergang dieses einst so hochgejubelten Projekts.

Ein anderes Thema, was Kultur und Planung betrifft, ist die Standortsuche für das Wien Museum neu. Keine Frage, alle Parteien in diesem Hohen Haus sind für ein Wien Museum neu. In ganz Europa gibt es seit zirka zehn Jahren einen wahren Museumsneubau-Boom, dem sich Wien durchaus anschließen sollte. Dass das Diktat der leeren Kassen diesen Trend nachhaltig bremsen wird, glaube ich nicht, insbesondere deshalb, da der Zurechnung eines Neubaus zu den Schulden einer Gebietskörperschaft derzeit noch keine Grenzen gesetzt sind. Mit geringen jährlichen Belastungen kann hier schon ein tolles Projekt errichtet werden. Ob diese Modelle allerdings in der Zukunft nicht zum Bumerang werden und dann trotzdem dem entsprechenden Land zugerechnet werden, ist derzeit offen und alles andere als klar.

Die Vorgangsweise, hier ein Hearing mit Experten abzuhalten, hat aber auch aufgezeigt, wie schwierig eine Standortsuche ist. Das neue Wien Museum sollte nämlich im Kontext mit der gesamten Stadtplanung gesehen werden, und es ist nicht so, wie die Frau Vizebürgermeisterin heute in der Früh gesagt hat, dass diese Frage nur den Herrn Kulturstadtrat etwas angeht.

Wolfgang Rosam, zweifelsfrei ein Kommunikationsprofi, hat von Mut bei dieser Standortentscheidung gesprochen. Was wäre Mut, frage ich mich an dieser Stelle. Das Museum an seinem derzeitigen Standort zu belassen und einen mutigen Zu- und Neubau zu entwickeln oder einen Stadtteil an einem Bahnhof mit Hilfe eines Museums kulturell zu beleben? Das ist die Frage. Und wie schwer sich die Stadt mit dieser Frage tut, ist bezeichnend, wenn die Frau Stadtbauamtsdirektorin sich für den einen Standort und der Herr Planungsamtsdirektor sich für den anderen Standort ausspricht. Dass bei so einem

Hearing Eigeninteressen von Museumsdirektoren, Architekten und jeweiligen Anrainern im Vordergrund stehen, das ist leider die Schwäche dieser Suche nach dem Standort.

Dem eigentlichen unter diesem Tagesordnungspunkt behandelten Plandokument 7979 betreffend den Bereich Altmannsdorfer Straße, Hetzendorfer Straße, Schönbrunner Allee werden wir unsere Zustimmung geben.

Ich will Sie nicht allzu lange aufhalten, aber es sind doch einige Punkte, die mir noch sehr am Herzen liegen. In diesem Sinne ist mir die Belebung von Stadtteilen durch Grätzelerwicklung, dort, wo die Menschen daheim sind, ein wichtiges Thema, aber die Nachhaltigkeit dieser Grätzelerwicklung fehlt mir schon jetzt, auch wenn ich sicher von dem einen oder anderen Kollegen von den Regierungsparteien hören werde, wie toll alle Projekte sind und wie alles bereits auf Schiene ist. Denn, meine Damen und Herren, jeder Umbau von gewachsenen Grätzeln führt zu einer Verödung der vorher bestehenden Strukturen, und der Umbau mit gigantomanischen Ansprüchen ohne wirkliche Bürgerbeteiligung – wir haben heute ja schon etliches über das Thema Bürgerbeteiligung gehört – ist der Tod jedes gewachsenen Stadtteils.

Kommen wir zu dem Thema Bürgerbeteiligung, das auch im Bereich der Frau Stadträtin beheimatet ist. Bürgerbeteiligungen – ich spreche von Quasibürgerbeteiligungen –, nämlich meist unter Beteiligung wechselnder Teilnehmer, lösen die Probleme nicht. Die Bürgerbeteiligung Steinhof/Otto-Wagner-Spital zeigt ja auf, wie die Realität aussieht. Wenn man eine Vereinbarung mit den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern geschlossen hat und sich einigt, dass man bestimmte Experten gemeinsam ernennen wird, aber diese Experten dann gar nicht einlädt, dann frage ich mich, wie Bürgerbeteiligung unter Rot-Grün ausschauen wird. Dann ist nämlich Schluss mit lustig. Die Regierungsparteien werden sich Ihre Experten holen, und das Ergebnis wird entsprechend diesen Experten aussehen. Nein! So mit uns nicht, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Aber wir haben heute auch noch ein Thema, das wir schon öfter besprochen haben. Die Vorbereitung zur Umsetzung der Ausweitung des Parkpickerls ist hier in Wien gründlich schiefgelaufen. Wien ist – da haben wir in der vorigen Woche bei der sogenannten Metrex-Konferenz viel über die Centropo Region gehört – ein Teil einer gemeinsamen Region zwischen Österreich, der Tschechischen Republik, Ungarn und der Slowakei, die sich zu einer neuen prosperierenden grenzüberschreitenden Region entwickeln soll. Derzeit wird nach der unvorbereiteten Planung der Ausweitung des Parkpickerls so getan, also gäbe es keinen gemeinsamen Raum von Wien, Niederösterreich und dem Burgenland. Und dass jedes Konzept für Park-and-ride ebenso fehlt, wie sich die GRÜNEN auch immer wieder gegen jeden Neubau von Garagen ausgesprochen haben, rundet das Bild des täglichen Chaos ab.

Es ist so, als würde man eine neue Stadtmauer bauen. Mein Kollege Roman Stiftner hat das Wort vom Mauerbau verwendet. Dass das in den Bezirken innerhalb

des Gürtels bis jetzt nicht funktioniert hat, ist bewiesen, umso weniger, meine Damen und Herren, wird es außerhalb des Gürtels funktionieren. Jetzt in jenen Gegenden, wo die Grenzen des neuen Picklerls liegen, mit Gewalt alle Bürger gegen sich aufzubringen, ist nämlich kein Kunststück, wenn man bedenkt, wie die Haltestellendichte der öffentlichen Verkehrsmittel in den Außenbezirken im Gegensatz zu den Innenbezirken ist.

Während das Netz der öffentlichen ... (*GR Mag Rüdiger Maresch: Du fährst ja nur mit dem Auto!*) Ich fahr nicht mit dem Auto, und ich bin heute mit dem öffentlichen Verkehrsmittel da. Ich bin immerhin acht Minuten bis zur nächsten Haltestelle im 13. Bezirk gegangen, und das bei sehr schlechten Witterungsbedingungen. Heute hat es nämlich geschneit, und das ist alles andere als sehr lustig, unter diesen Bedingungen zu gehen.

Gegen jede Vernunft ist das eingeführt worden. Aber zuerst etwas einführen, obwohl schon Monate vorher in den Medien geschrieben und gewarnt wird, dass die Voraussetzungen nicht passen, und dann so spektakulär scheitern, das ist eine Kunst, die offensichtlich nur die GRÜNEN beherrschen, meine Damen und Herren.

Die von ÖVP und FPÖ oftmals geforderte Bürgerbeteiligung wollen Sie, Frau Stadträtin, aus fadenscheinigen Gründen nicht zulassen. Ich habe heute gehört, dass der Herr Bürgermeister irgendwas von einer Befragung im März gesprochen hat. Allein, ich zweifle noch, ob das mit der ursprünglichen Frage nach der Ausweitung des Parkpicklerls noch etwas zu tun hat.

Aber lassen Sie mich nochmals zusammenfassen:

Erstens: Der STEP 05, auch wenn er vom Vorgänger der Frau Planungsstadträtin ist, ist noch immer gültig und sollte endlich in vielen Bereichen umgesetzt werden.

Zweitens: Der STEP 2014, der den Anspruch hat, ein Denkmal für die amtierende Planungsstadträtin zu werden und alles und jedes einbeziehen soll, muss auf der Basis der bestehenden Planungen erstellt werden und nicht irgendwelcher Phantasieprodukte.

Drittens: Die Justamenthandlungen dieser Verkehrs- und Planungsstadträtin müssen endlich gestoppt werden, meine Damen und Herren. (*Beifall von GR Mag Wolfgang Jung.*) Wien ist eine wunderschöne Stadt, aber sie hat sich eine solche Stadträtin nicht verdient, die die Bürger gegenseitig aufhetzt. Zerstoebene Reifen, Drohbriebe und tägliche Gewalthandlungen zeichnen eine Spur der Aggression entlang der neuen Parkpicklerlgrenzen. Wien hat mit diesen GRÜNEN einen Koalitionspartner, mit dem die zu all diesen Vorwürfen stillschweigende SPÖ nur verlieren kann, meine Damen und Herren. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Herzog. Ich erteile es ihm.

GR Johann **Herzog** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir haben heute sicherlich einen Schwerpunkt Verkehr in vielen Tagesordnungspunkten, und dieses Thema wird auch bei diesem Tagesordnungspunkt entsprechend behandelt.

Eingangs: Dem Tagesordnungspunkt 14 werden wir Freiheitliche nicht zustimmen.

Ich möchte aber gerne einige Bemerkungen zur geplanten sogenannten Fußgängerzone Mariahilfer Straße machen. Diese Fußgängerzone Mariahilfer Straße ist ein Stückwerk, ist ein Fleckerlteppich von 450 m, der Rest wird vielleicht verkehrsberuhigt. Die Frage der Querungen ist völlig offen. Kein Mensch weiß, wie die Dinge sich entwickeln werden. Der 13er ist vielleicht gesichert, vielleicht auch nicht. Die Wiener Linien dürften ja davon noch nicht überzeugt sein. Auf alle Fälle ist das Projekt Vassilakou in Bezug auf die Mariahilfer Straße eine Art oktroyierte Volksbeglückung, und als solche wirkt sie auch. Eine abgehobene Angelegenheit, wo Herrschende in irgendeiner Form zu Eigenbefriedigung eine Maßnahme setzen.

Nachdem die Parkpicklergeschichte völlig in die Hose gegangen ist, nachdem das völlig gescheitert ist, zu einem Debakel für die Verkehrsstadträtin geworden ist, will sie halt jetzt ein Prestigeprojekt durchbringen, wo sie anscheinend glaubt, irgendwelche Lorbeeren ernten zu können, und das ist die Mariahilfer Straße – leider auf den Köpfen und mit der Belastung der dortigen Bevölkerung.

Eine Fehlplanung ist es insofern, als man nicht eine Fußgängerzone aufbauen kann, die ein paar Häuserblöcke umfasst, während man den Rest nicht einbezieht. Man kann vor allem eines nicht machen, man kann die Mariahilfer Straße und die Fußgängerzone nicht als Einzelmaßnahme sehen, man muss sie eingebunden sehen in den Gesamtkomplex der Gebiete des 6. und 7. Bezirks. Was dort passiert, wird, das kann man sich vorstellen, sicherlich furchtbar werden für die Bewohner, was die Verkehrsflut betrifft, die Verparkung, die Überparkung und Ähnliches mehr. Das Fußgängerprojekt allein in der Betrachtung zu sehen, wäre zu wenig.

Der ÖAMTC hat am 23. Oktober – also ganz knapp zurück – in Bezug auf die Umgestaltung der Mariahilfer Straße festgestellt, dass hier Parkplatzvernichtung ohne ein nachhaltiges Verkehrskonzept stattfindet. Er hat festgestellt, dass das ganze Projekt nicht durchführbar ist, weil mehr Parkpicklerbesitzer vorhanden sind, als Parkplätze existieren. Und das Problem wird jetzt noch verschärft durch eine Fußgängerzone, die erstens keine ist, aber mit Garantie eine massive Belastung der Bevölkerung und der Anrainer mit sich bringen wird.

Was heißt das also? Die 450 m zwischen Andreasgasse und Kirchengasse werden nunmehr Fußgängerzone. Davor und dahinter wird es Anrainerzonen geben, und die Beglückung der Nebenstraßen rund um die Mariahilfer Straße wie Neubaugasse und Gumpendorfer Straße und ähnliche mehr wird eine 30-Stundenkilometer-Beschränkung darstellen, was aber auch insofern fragwürdig ist, weil gleichzeitig der öffentliche Verkehr sehr wohl mit 50 km/h geführt werden soll.

Es gibt Anrainerbefragungen in Neubau und Mariahilf, und zwar sollen die Bürger gefragt werden, was sie zu den Querungen sagen, beziehungsweise werden sie zur Linienführung von Bussen befragt. Das ist eine Scheinhandlung in Bezug auf eine Volksbefragung, eine Scheinhandlung an Mitbestimmung, denn die eigentliche Frage, ob nämlich die Bevölkerung eine Fußgängerzone

auf der Mariahilfer Straße im 6. und 7. Bezirk will, ist eindeutig geklärt: Sie will es nicht! Es gibt da entsprechende Erhebungen von mehreren Seiten, die nachweisen, dass eine Zweidrittelmehrheit der Bevölkerung nicht einverstanden ist mit der Einführung der Fußgängerzone.

Interessant ist auch, dass das ganze offensichtlich eine überstürzte Angelegenheit sein muss, denn wie man dem „Kurier“ vom 20.10. entnehmen konnte, ist die Wirtschaftskammer einigermaßen empört über die Vorgangsweise der Vizebürgermeisterin und hat festgestellt, die Vorgangsweise entspreche in keinster Weise den bisher zwischen Stadt und Wirtschaftskammer geübten Gepflogenheiten. Und auch der SPÖ-Verkehrssprecher hat festgestellt: Wir sind überrascht.

Das heißt also, da wird vorgeprescht, ohne dass der Koalitionspartner endgültig eingebunden ist. Die Wirtschaftskammer, auf die sich die Rathausmehrheit so gerne beruft, ist auch nicht endgültig informiert und eingebunden. Das heißt also, es wird eine Einzelaktion gemacht. Man wundert sich, dass sich die Sozialdemokraten das gefallen lassen, dass sie da eigentlich von einer Kleinpartei am Nasenring durch die politische Arena geführt werden.

Laut einer anderen Zeitung aus Österreich vom 21.10. scheint noch nichts fix ausgehandelt zu sein, woher auch immer die ihre Weisheit her hat.

Und noch etwas: Der Versuch, nicht nur eine Fußgängerzone, sondern auch eine Radzone in der Mariahilfer Straße zu errichten, ist etwas, was höchst fragwürdig ist, offensichtlich auch mit der StVO nicht vereinbar, aber vor allem ist es gefährlich, eine wirklich gefährliche Situation. Wir werden der VBgmin Vassilakou als Verkehrsstadträtin jeden Unfall, der dort passieren wird, anlasten und ihr sagen, sie ist daran schuld, wenn sie etwas zulässt, was eine Gefährdung der Bewohner und der Benutzer der Mariahilfer Straße bedeutet. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Wie gesagt, es gibt kaum Mitgestaltungsrechte für die Bevölkerung. Unsere Hauptforderung ist nun einmal die, dass selbstverständlich eine Volksbefragung im Sinne der Wiener Stadtverfassung in den Bezirken 6 und 7 als den betroffenen Bezirken abgehalten wird und hier der Wunsch der Bevölkerung ermittelt wird. Ein entsprechender Antrag ist von uns vor dem Sommer eingebracht und von den Sozialdemokraten und den GRÜNEN abgelehnt worden. Ein jetzt vorliegender wiederum ähnlich lautender Antrag der ÖVP wird vermutlich ein ähnliches Schicksal erleiden. Wir werden ihm aber zustimmen.

Zur Sache selbst kann ich nur feststellen: Die Fußgängerzone ist so nötig wie ein Kropf. Die Mariahilfer Straße ist ewig breit, hat 21 m, je 10,5 m auf jeder Seite, für die Fußgänger, ein wirklich breiter Bereich, wo jeder sich ergehen kann, nachschauen kann, Geschäfte besuchen kann, Auslagen betrachten kann. Wir brauchen eine Fußgängerzone in diesem Bereich nicht, die nur zur Selbstbeweihräucherung einer Verkehrsstadträtin dienen soll.

Übrigens die Radwege: Da wurde um 56 000 EUR Kosten eine Studie in Bezug auf Umbauvarianten erstellt, und es wurde festgestellt, dass eine Einbahnlösung am

besten wäre. Das wurde von den dortigen Stellen vorgeschlagen, wurde aber natürlich sofort ad acta gelegt und nicht näher in irgendeiner Form zur Kenntnis genommen.

Das heißt also, wir haben eine sinnlose Fußgängerzone, wir haben einen Einbahn- und Sackgassenzirkus mit einem Verkehrschaos im 6. und 7. Bezirk zu erwarten, und gegenüber den jetzt schon gegebenen schwierigsten Verhältnissen wird sich das natürlich noch massiv verstärken, wenn man einmal schaut, was sich in Westbahnstraße, Burggasse, Gumpendorfer Straße abspielt, und überlegt, was sich dann abspielen wird, wenn sich nach dem Wunsch von Rot-Grün diese Missstände verschärfen und durch deren Politik eine massive Bedeutungssteigerung erlangen werden.

Rot-Grün hat ein gebrochenes Verhältnis – vor allem die GRÜNEN – zur direkten Demokratie, das kann man feststellen. Das Wort „Wir sind das Volk.“ ist sicher nicht etwas, was man mit der Frau Vassilakou verbindet, denn sie versucht, jede Volksbefragung, die vielleicht nicht ihren Willen bestätigt, abzudrehen, und diese findet nicht statt. Stattdessen gibt es Informationsveranstaltungen, wo man sich unter Freunden und Gleichgesinnten über Diverses unterhält. Sie hat ja heute erzählt, dass diese Bürgerbeteiligung in dem Sinn stattgefunden hat und so einen regen Besuch hatte, aber es scheint ihr dabei nicht aufgefallen zu sein, dass zwei Drittel der Anrainer gegen die Fußgängerzone und gegen die ganze Verkehrslösung sind. Davon ist sie offensichtlich nicht berührt und auch in keiner Weise angesprochen worden.

Das heißt also, wir verlangen eine klare, verbindliche Volksbefragung, damit die Menschen endlich sagen können, das wollen sie oder das wollen sie nicht. Des Weiteren haben wir einzelne ganz wesentliche Dinge. Wir glauben, eine Trennung der Bezirke ist wahrscheinlich nicht sehr sinnvoll, und wenn es andererseits wieder Durchfahrtszonen – etwa Schottenfeldgasse und ähnliche – hinüber in den 6. Bezirk gibt, führt sich die Fußgängerzone als solche ad absurdum, denn das ist ja auch unlogisch. Der Verkehr fließt natürlich in die umliegenden Straßen von Mariahilf und Neubau, und die Verkehrshölle ist mit Sicherheit gewährleistet.

Dann gibt es etwas, was wenig bedacht wird. Ich weiß das selbst, weil Bekannte von mir dort gewohnt haben. In den meisten Häusern der Mariahilfer Straße, also auch der Fußgängerzone, gibt es drei, vier, fünf, sechs Höfe hinein und überall Parkplätze, zu denen Menschen, die dort wohnen, auch zufahren müssen, und zwar nicht nur von 6 bis 10 Uhr oder von 6 bis 12 Uhr, sondern immer. Mit anderen Worten: Eine reich gegliederte Straßenlandschaft, in der auch sehr viele Menschen Parkplätze in den Höfen der Häuser haben, ist etwas, was die Situation anders darstellt und der Frau Vizebürgermeister mit Sicherheit die Suppe versalzen wird.

Ein anderes Thema, das uns wichtig wäre, wäre die Führung des Kleinbusses vom Westbahnhof hinunter bis zum Ring und umgekehrt, sodass ältere Leute eine auf gleicher Ebene befindliche Möglichkeit haben, ihre Einkäufe zu tätigen, in einen Bus einzusteigen, und nicht längere Wege in die U-Bahnen auf sich nehmen müssen.

Das wäre etwas Wichtiges.

Ein weiteres Thema ist selbstverständlich die von der Kaufmannschaft sehr umstrittene Beleuchtung der Mariahilfer Straße. Sie sagen, zur Zeit wird es finster, wenn nicht die Auslagen hell erleuchtet sind, denn die Beleuchtung der Straße selbst beleuchtet nur die Bäume und Blätter, aber nicht mehr die Straße.

Eines ist für uns immer ein Thema, das sind die Demos in der Mariahilfer Straße. Da ist es für uns keine Frage, dass hier eine Aufklärung erfolgen muss in dem Sinn, dass nicht alles und jedes, und zwar immer am Samstag in der besten Einkaufszeit, durch die Mariahilfer Straße vom Sammelpunkt Westbahnhof hinunterzieht. Das sind 20 Demonstranten für irgendein Anliegen, umgeben von 50 Polizisten, die die Straße 2 Stunden lahmlegen. Das ist etwas, was auf die Dauer nicht geht.

Das Demonstrationsrecht ist unbestritten, ist ein Grundrecht, keine Frage, aber es gibt auch andere Grundrechte, und daher wäre der Bürgermeister gut beraten, wenn er in Gesprächen mit Polizeipräsident und Innenministerium erreichte, dass Demonstrationen auch anders geführt werden. Es gibt auch noch andere Straßen außer der Mariahilfer Straße, wo solche Demos stattfinden können. Wenn eine Verteilung erfolgt oder Demos dort stattfinden, wogegen man demonstriert – vor dem Rathaus, vor einem Ministerium da und dort –, wäre das Problem auch kein so massives. Aber die Demos sind etwas, was für die Bewohner und für die Kaufleute der Mariahilfer Straße eine nicht zu fassende Belästigung darstellt.

Das wäre es in etwa. Ich glaube, ich habe alles gesagt. Wir lehnen selbstverständlich diese Pläne, diese Teilpläne, diese Teilfußgängerzonen und Ähnliches der Frau Vassilakou klar ab und sind dafür, dass die Straße im Großen und Ganzen so bleibt, wie sie ist, allerdings mit Verbesserungen: bessere Querungen für die Fußgänger durch bessere Ampelschaltungen, keine Frage, auf der anderen Seite auch bessere Kennzeichnung der U-Bahn-Stationen, damit Leute, die nicht so oft hinkommen, wissen, wo so etwas ist, die Schaffung eines Kleinbusses, auch klar. Ansonsten ist die Straße breit genug und bedarf nicht der künstlichen Beglückung durch eine Fußgängerzone.

Wir sprechen uns klar und eindeutig gegen diese Pläne aus. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr GR Hora. Ich erteile es ihm.

GR Karlheinz **Hora** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Berichterstatter! Sehr geehrte Damen und Herren!

Eigentlich bin ich ein bisschen erstaunt, dass wir von einer Flächenwidmung zu einer allgemeinen Debatte zur Stadtentwicklung und auch zur Verkehrsentwicklung kommen, aber es ist für mich kein Problem, auch dieses Thema hier zu diskutieren.

Wenn der Kollege Dworak ganz aufgeregt über den STEP 2005 berichtet hat und auch vom STEP 2014, der erst in Vorbereitung ist, jetzt schon die Inhalte und die Abfolgen kennt, dann nehme ich an, dass er Kaffeesud

gelesen hat. Anders kann ich es nicht deuten.

Beim STEP 2005 hat es Zielgebiete gegeben, 13 Stück. Wir hatten 2010 eine Evaluierung des STEP. Warum haben wir diese Evaluierung gemacht? Weil zwischen 2005 und 2010 das eine oder andere Gebiet abgeschlossen war – ich denke zum Beispiel an das Donaufeld –, aber auch, weil es notwendig war, zum Beispiel Zielgebiete wie Erdberger Mais und Eurogate zusammenzulegen, weil es ganz einfach Synergieeffekte und entsprechende Notwendigkeiten gegeben hat. Was ich nicht verstehen kann, ist die Tatsache, dass hier gesagt wird, wir wissen schon, wie der STEP 2014 ausschaut. Wird der STEP 2014 wieder Zielgebiete haben? Kollege Dworak hat es hier auch nicht beantworten können. *(GR Ing Mag Bernhard Dworak: Ich habe gesagt, was die Basis ist!)*

Das Thema ist, dass wir jetzt in einem Kick-off erst begonnen haben, über den STEP 2014 nachzudenken, über die Herausforderungen einer wachsenden Stadt, einer Stadt, die im Jahr 20 000 Einwohner mehr bekommt – für die Freiheitlichen: größtenteils aus Kärnten, aus der Steiermark und der Bundesrepublik Deutschland; die statistischen Zahlen kann man ja ohne Weiters nachlesen –, einer Stadt, die um 20 000 Menschen im Jahr wächst und auch entsprechende Wohnungen benötigt, die bereits im STEP 2005 ihre Berücksichtigung gefunden haben, indem man damals schon Gebiete definiert hat, von denen man wusste, es gibt dort Entwicklungspotenzial.

Nehmen wir die Seestadt Aspern. Mitten im Bau: 2 000 Wohnungen – das hast du selbst gesagt – sind demnächst schon fertig. Verkehrskonzept. Für eine Stadtentwicklung sind ein oder zwei Jahre nicht unbedingt das genaue Maß, Stadtentwicklung heißt Vorschau. Darum sind ja auch die Stadtentwicklungspläne alle zehn Jahre immer wieder in Erneuerung. Vorschauen heißt auch, sich vorzunehmen, wie sich die Stadt in den nächsten zehn Jahren entwickeln wird. Und die Stadt entwickelt sich, wie ich schon gesagt habe, mit einem Zuwachs, dem wir damit begegnen müssen, dass wir den entsprechenden Wohnraum schaffen, aber gleichzeitig unsere Lebensqualität aufrechterhalten.

Und wenn ich mir das Stadtentwicklungsgebiet Seestadt Aspern anschau – es wird ja auch in der Stadtentwicklungskommission demnächst eine Überarbeitung oder der letzte Stand zur Beschlussfassung vorgelegt werden –, dann weiß ich, dass wir hier eine hohe Qualität haben, hohe Qualität dadurch, dass wir nicht nur die öffentlichen Verkehrsmittel mit dem Ausbau der U2 in die Seestadt entsprechend rechtzeitig fertigbekommen, sondern gleichzeitig dort auch ein Freizeitgebiet mit diesem neuen See gestalten; ein wichtiges Instrument, um hier auch Lebensqualität zu bieten.

Meine Damen und Herren! Die Seestadt Aspern ist aber nur eines der 13 Zielgebiete, die wir haben. Erlauben Sie mir, auf Zielgebiete zu gehen, die in unseren Köpfen eigentlich bereits vorhanden sind und wo auch die Umgestaltung bereits begonnen hat.

Nehmen wir den Nordbahnhof. Vor wenigen Tagen wurde hier in einer Jury das Leitbild der letzten Erweite-

rung beschlossen. Das wird noch rechtlich abgearbeitet, um es dann auch zu präsentieren. Der Nordbahnhof ist ein Gebiet, das mitten in Wien ist, das jahrelang durch die Eisenbahn blockiert wurde, und zwar insofern, als die Bahn dort ihre entsprechenden Verladestellen und Sonstiges hatte, alles Dinge, die ganz einfach für eine zeitgemäße Transportstruktur nicht mehr notwendig sind. Und da sie nicht mehr notwendig sind, wurde dieses Gebiet ganz einfach in ein Zielgebiet umgewandelt. Bei diesem Nordbahnhof, wo bereits 2 500 Wohnungen entstanden sind, wo die Infrastruktur einer neuen Campusschule vorhanden ist und auch bereits gelebt wird, wo auch ein großer Park, der Rudolf-Bednar-Park, entsprechend gestaltet wurde, dort geht es um die Weiterentwicklung, eine Weiterentwicklung in doppelter Hinsicht, eine Entwicklung auch für Arbeitsplätze, eine Entwicklung auch für Wohnen, aber auch eine Entwicklung, um entsprechende Freizeitangebote dorthin zu bekommen.

Bei den Arbeitsplätzen ist der Campus Bank Austria, der in Zukunft zwischen 10 000 und 15 000 Mitarbeiter haben wird, ein wichtiges Mosaiksteinchen in dem Gebiet des Nordbahnhofes. Aber auch nur einen Steinwurf entfernt vom Nordbahnhof ist der Nordwestbahnhof. Der Kollege Valentin könnte hier auswendig singen, was wir dort alles schon in Planung haben, was der Wettbewerb vorsieht. Auch das ist ein Gebiet, das demnächst aufgewertet wird, indem es dort zur entsprechenden Umsetzung dieses Zielgebietes oder dieses Teilzielgebietes kommt.

Aber nicht genug damit. Ich könnte jetzt noch mit dem Hauptbahnhof kommen. Der ist heute schon in der Fragestunde mehrmals erwähnt worden, vom Park begonnen bis zu jener Infrastruktur, die dort Wohnung et cetera schafft.

Mit anderen Worten: Wien hat im Stadtentwicklungsplan 2005 die Weichen gestellt für dieses Jahrzehnt und auch vorgearbeitet, um mit dem nächsten Stadtentwicklungsplan 2014 Herausforderungen, die Metropolen, Millionenmetropolen vor sich haben, auch entsprechend vorausschauend umsetzen zu können. Das heißt, wir haben in den nächsten 16, 18 Monaten einen entsprechenden Diskussionsbedarf, wie wir uns mit dem STEP 2014 die Stadt Wien, die Stadterweiterung vorstellen. Da werden wir sicherlich einen großen Diskussionsprozess haben, der in verschiedenen Richtungen bereits begonnen hat, wo magistratsintern genauso diskutiert werden wird wie magistratsextern. Es werden Fachleute genauso wie Politiker, auch Politiker aus den Bezirken, mitdiskutieren müssen, um eben diesen Herausforderungen gewachsen zu sein.

Ich glaube, das vorliegende Plandokument ist ein Beispiel dafür, dass die Stadt nicht stillsteht, sondern dass mit einem Plandokument auch immer wieder die aktuelle kleinräumige Situation, die heute schon einmal angesprochen wurde, dementsprechend umzusetzen ist.

Bei einem Debattenbeitrag, der eigentlich mit dem Parkpickerl zu tun hat und nicht mit einem Stadtentwicklungsgebiet, will ich doch einmal ein bisschen aufräumen mit der Nostalgie, mit falschen Zahlen herumzulaufen. Die Stadt hat derzeit – erst vor Kurzem wurden diese

Zahlen hier in einer Rede auch genannt – ein Potenzial von zirka 680 000 PKW. Die Zahl dieser PKW lag 2011 um 5 280 über der von 2010. Wie kommt es zu dieser Vermehrung? Wenn ich weiß, dass 20 000 Menschen in diese Stadt gezogen sind, dann sind etliche dabei, die auch ihren PKW mitgenommen haben. Vielleicht war es ein Fehler, dass sie die Straße, in der sie vorher den PKW abgestellt hatten, nicht auch gleichzeitig mitgenommen haben. Aber es ist eine Tatsache, dass Wien ganz einfach auch mehr Parkraum braucht, weil es wächst, und Fläche kann ich nicht beliebig vermehren. Vielleicht sollte die Opposition auch über so etwas einmal nachdenken.

Weiters hat die Stadt innerhalb der letzten 2 Jahre von 2009 auf 2011 rund 20 000 zusätzliche Pendler bekommen. Ich rede von jenen 226 000 Menschen, die derzeit einen fixen Arbeitsvertrag haben, in einem fixen Dienstverhältnis stehen und die Stadtgrenzen passieren, ich rede nicht von jenen insgesamt 400 000 Fahrzeugen, die täglich die Stadtgrenze passieren, weil sie Lieferungen tätigen und Leistungen erbringen oder auch nur durchfahren durch die Stadt, sondern von jenen 226 000 Menschen, die hier in dieser Stadt fix arbeiten.

Das bedeutet auch – und da sollte man auch einmal nachdenken über ein paar Zahlen, die hier immer wieder falsch interpretiert werden –, dass man eigentlich den Weg hätte gehen sollen, den öffentlichen Verkehr, die öffentlichen Verkehrsmittel, die aus dem Umland nach Wien kommen, entsprechend zu verstärken.

Wo höre ich da den Aufschrei, dass in den letzten 3 Jahren die Anzahl der mit öffentlichen Verkehrsmitteln beförderten Personen, die aus dem Umland nach Wien kommen, um 2 Prozent zurückgegangen ist, und dass die Leistung – die sogenannten Sitzplatzkilometer, wie es so im Technischen heißt – auch gleichzeitig um 3 Prozent zurückgegangen ist, fast 4 Prozent? Wo höre ich da den Aufschrei in Niederösterreich draußen, von den Freiheitlichen oder von der Regierungspartei in Niederösterreich, die die Menschen beim Pendeln ganz einfach im Stich lassen?

Es gibt in Niederösterreich derzeit insgesamt 54 000 Parkplätze – ganz spannend; die Zahl stammt übrigens von der Niederösterreichischen Landesregierung und ist vor ein paar Tagen in Perchtoldsdorf vorgestellt worden –, aber wie setzt sich die Zahl 54 000 zusammen? 22 000 in ganz Niederösterreich sind Park-and-ride-Plätze. Und wo sind die restlichen 32 000 auf die 54 000? Wir haben in Niederösterreich 32 000 Bike-and-ride-Plätze, Radabstellanlagen. Wenn ich dann die Zahl 54 000 nehme, dann schaut das im Verhältnis schon ganz spannend aus, denn das heißt, bei den Bahnhöfen sind drei Fünftel der Parkplätze für Räder und nur zwei Fünftel für Autos gemacht worden. Wien hat im Gegenzug – und da spreche ich jetzt nur über die Park-and-ride-Anlagen – knappe 10 000 Park-and-ride-Plätze. Wenn ich weiß, dass 230 000 Menschen – 226 000, um ganz korrekt zu sein – nach Wien pendeln, weil sie hier einen Arbeitsplatz haben, und Wien 10 000 Parkplätze zur Verfügung stellt, warum stellt dann Niederösterreich nur das Doppelte zur Verfügung? (GRin Kathrin Gaal:

Das ist eine gute Frage!) Das ist eine Frage, die ich gerne beantwortet hätte.

Nächste Frage: 2013 gibt es eine Teilbetriebnahme des Hauptbahnhofes. Bei dieser Teilbetriebnahme werden wir ein Wunder erleben. Niederösterreich antwortet auf seine Problematik mit insgesamt fünf neuen Zügen, einer von Krems, vier von St Pölten über den neuen Wienerwaldtunnel und den Lainzer Tunnel zum Hauptbahnhof. Fünf Züge sind mehr Kapazität für 5 000 Menschen, wir reden aber von über 226 000 Pendlern. Wo macht Niederösterreich die Hausaufgaben? Wo kommt eigentlich das Thema hin in Niederösterreich? Das heißt, Wien stellt die Arbeitsplätze zur Verfügung, Wien macht die Hausaufgaben, Niederösterreich zieht sich zurück, ohne ernsthaft weiterzutun. *(StR Mag Manfred Juraczka: Wo machen Sie die Hausaufgaben, Herr Kollege?)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das sind die Zahlen, über die man auch diskutieren muss. Ich glaube, dass wir in Wien mit der Parkraumbewirtschaftung einen Weg gegangen sind, der unseren eigenen Bewohnern auch zumindest die Möglichkeit gib, ihr Kfz unterzubringen. Bei einer wachsenden Stadt, Kollege Dworak, bei der die Fahrzeuge ganz einfach mehr werden, aber der Parkraum in der öffentlichen Straße nicht mehr wird, muss bewirtschaftet werden. *(GR Ing Mag Bernhard Dworak: Da musst du konzentriert Park-and-ride-Anlagen schaffen!)* Und genau dieselben Aktionen, die wir als die Lösung gesehen haben, wurden in Niederösterreich in Krems eingeführt und in Mödling werden Sie diskutiert. Meine Damen und Herren, man sollte ab und zu auch einmal über den Tellerrand schauen und nicht auf seinen eigenen Argumenten verharren.

In diesem Sinne ersuche ich Sie um Zustimmung zum vorliegenden Plandokument, auch wenn die Rede damit wenig zu tun hat. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Zu Wort gemeldet ist Herr GR Mag Kasal. Ich erteile es ihm und weise darauf hin, dass die Redezeit ab jetzt 20 Minuten beträgt.

GR Mag Günter **Kasal** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Herr Berichterstatter! Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister!

Mein Vorredner hat in seinem letzten Satz das Beste gesagt: Seine Rede hatte relativ wenig mit dem Thema Flächenwidmungen zu tun, obwohl er das eingangs erwähnt und bei allen anderen kritisiert hatte. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich möchte mich direkt an die Frau Vizebürgermeisterin wenden. Es geht um Flächenwidmungen, ein sehr heikles Thema, das uns vor allem auch in Hietzing seit vielen, vielen Jahren beschäftigt. Und zwar gibt es zwei Kernsätze, um die es immer wieder geht: Eine Liegenschaft wird auf Grund einer bestehenden Flächenwidmung zu einem bestimmten Kaufpreis erworben. Zur Verwirklichung eines Bauprojektes verlangt der neue Eigentümer eine massive Flächenumwidmung, und dieser neue Eigentümer lukriert dann die Gewinne, die dem Verkäufer davor nicht möglich waren.

Ich erzähle Ihnen eine kleine Geschichte. Ich kann mich noch gut erinnern – es betrifft zwar die letzte Legislaturperiode, also nicht Ihre als zuständige Stadträtin,

aber trotzdem –, ich steckte damals mitten in der Familienplanung, suchte nach Grundstücken, bin in die Einsiedeleigasse 4-6 gekommen, dort hat es einen Verkäufer gegeben, ein relativ günstiges Grundstück, in einer Schutzzone, mit geschützter Bausubstanz und mit einer Flächenwidmung von zirka 6,5 m. Der Inhaber, er war ein Gewerbetreibender, hat mir erzählt, er ist schon vier- oder fünf Mal billiger geworden, er kann das Grundstück einfach nicht um den tatsächlichen Wert verkaufen, den es eigentlich auf Grund seiner Lage hätte. Er bräuchte eine andere Flächenwidmung, und genau diese Flächenwidmung kann er als Verkäufer nicht erreichen. Wegen der Schutzzone war das Grundstück für mich persönlich unattraktiv. Er hat dann aber einen Käufer gefunden – mein Kollege kennt ihn, glaube ich –, und dieser neue Käufer, eine Immobilienochter einer großen Bank, hat dann eine Flächenumwidmung beantragt und diese Flächenumwidmung problemlos bekommen: Statt 6,5 m wurde dann ein Bauwerk von 9 beziehungsweise 11 m errichtet. – Das ist genau das Kernproblem: Jemand kauft etwas für einen gewissen Kaufpreis, und durch die Flächenumwidmung ist es ein Vielfaches wert. Das ist das, was zu kritisieren ist. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ein zweites Beispiel, das mache ich jetzt schneller. Und zwar war das der Invalidenhauspark, das kennen Sie vielleicht auch noch, Plandokument 7460. Auch hier wurde ein Grundstück verkauft – damals noch im Zuge der viel kritisierten BUWOG-Privatisierung – und umgewidmet, eine Anlasswidmung, eine reine Anlasswidmung.

Ich lese Ihnen kurz vor, was der Kollege Jordan, den Sie ja sicherlich gut kennen, damals im Jahre 2010 geschrieben hat: „Anschlag auf den Invalidenhauspark. Verscherbelung öffentlichen Guts, schrittweiser Abbau der sozialen Funktion, profitorientierte Verbauung sind die Stationen der Entwicklung. Eine Bürgerinitiative hatte fast 1 000 Unterschriften für die Erhaltung gesammelt.“ Et cetera, et cetera. Es war da eine Behindertenwerkstatt drinnen.

Und der Schlusssatz – das ist dann die Überleitung zur Elisabethallee: „Wir Grüne werden auch weiterhin besonders dort, wo ehemals soziale Einrichtungen blankem Gewinnstreben geopfert werden, Widerstand leisten und der etablierten Politik, die dabei mitmacht, den Spiegel vorhalten.“

Hundertprozentig waren wir uns einig, wie bei vielen Flächenwidmungsangelegenheiten in Hietzing in den letzten zehn Jahren, nur das hat sich jetzt ein bisschen geändert.

Jetzt komme ich ganz kurz zur Elisabethallee. *(VBgmin Mag Maria Vassilakou: Das ist heute nicht Gegenstand!)* Es geht um Flächenwidmungen. *(VBgmin Mag Maria Vassilakou: Nicht um alle!)* – Nein, nicht alle! Es geht um Flächenumwidmungen. Und ich spreche im Gegensatz zu meinem Vorredner die ganze Zeit über Flächenumwidmungen *(GRin Nurten Yilmaz: Es geht um seinen Garten, den er gerne gekauft hätte!)* und über die Grundproblematik, dass etwas mit einer bestehenden Flächenwidmung verkauft wird und ein neuer Eigentümer, durch gute Kontakte oder was auch immer, eine

andere Flächenwidmung bekommt und dort einen großen Gewinn lukriert. Und deswegen komme ich auch zur Elisabethallee. Da treffen nämlich genau die Sachen zu, die der Kollege Jordan beim Invalidenhauspark kritisiert hat: Es gibt dort eine soziale Einrichtung, es hat einen Kinderspielplatz gegeben, es dient der Maximierung von einem Gewinn, es werden Wohnungen geschaffen, Exklusivwohnungen, wie im Invalidenhauspark. Und das ist genau das, wo der Kollege Jordan gesagt hat, wir werden der etablierten Politik – wo Sie ja jetzt dazugehören – den Spiegel vorhalten.

Das nächste Beispiel ist das Plandokument 7119E, Hanselmayergasse: Wieder wird ein Grundstück verkauft, ein Bauwerber kauft das, beantragt eine Flächenwidmung, und es kommt zu einer Anlasswidmung. Das heißt, das ist ein roter Faden, völlig egal, wer gerade die Verantwortung als Planungsstadtrat hat, es zieht sich einfach durch.

Und jetzt komme ich mit einem kleinen Schwenk doch noch zum Parkpickerl, zu zwei Kleinigkeiten: Was Sie bei der ganzen Problematik der Parkraumbewirtschaftung unberücksichtigt lassen, ist die Pflege von Angehörigen. Es ist nämlich beispielsweise sehr leicht, vom 17. Bezirk entlegene Stellen im 14. Bezirk zu erreichen, es kommt auf die Tageszeit an, in 10 bis 15 Minuten. Wenn man das öffentlich zurücklegt, braucht man eine Stunde oder mehr. Und wenn man sich dann noch die Zeit nimmt, um die Angehörigen zu pflegen, Pflegestufe 4 aufwärts, dann muss man noch für die Zeit, die eigentlich die wertvollste Zeit eines Pflegebedürftigen ist, bezahlen, und zwar, umso mehr man sich dem Menschen, der Pflege braucht, widmet, umso mehr muss man unten für den Parkschein bezahlen.

Ich komme schon zum Schluss. (*Der Redner zeigt einen Prospekt.*) Sie haben das, glaube ich, im Rahmen der Informationsveranstaltung bekommen: Die Jobfabrik ist ein Verein der Volkshilfe Beschäftigung. Das Ziel ist die Vermittlung von Jugendlichen mit Entwicklungsrückständen und Lernbehinderungen in den ersten Arbeitsmarkt. Es ist ein Qualifizierungsprojekt für Jugendliche, aber – und das ist das Entscheidende, leider Gottes – es ist kein Gewerbe, und sie besitzen auch nicht das Spendengütesiegel. Die Geschäftsstelle, wo die Autos zugelassen sind, befindet sich im 7. Bezirk, das ist die Arbeitsstätte der Jugendlichen, von wo aus auch die Caterings et cetera betreut werden wie zum Beispiel für das Institut SORA, für das Bundesministerium für Soziales oder für die GRÜNEN vor dem AMS. Diese Caterings müssen natürlich mit Lieferwagen betreut werden, die aber nirgends stehen dürfen. Jetzt braucht ein Mitarbeiter eine Stunde Fahrzeit, um außerhalb des Pickerlbereichs die Fahrzeuge zu holen, dann das Catering zu machen, und wenn das Catering fertig ist, die Fahrzeuge wieder außerhalb des Parkpickerlbereichs abzustellen.

Das ist Unsinn! Hier werden öffentliche Fördermittel vergeudet, denn die Jobfabrik wird ja massiv seitens des Sozialministeriums und, ich glaube, auch des Landes Wien unterstützt. Hier werden einfach Ressourcen vergeudet. Es muss doch eine Möglichkeit geben, für soziale Einrichtungen, für soziale Vereine, die kein offizielles

Gewerbe und kein Spendengütesiegel haben, eine Lösung zu finden, damit sie ordentlich und ohne allzu hohe Kosten trotzdem ihre wichtige Aufgabe ausführen können. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzende GRin Dr. Monika **Vana**: Zu Wort gemeldet ist Frau Amtsf. StRin Mag. Vassilakou.

VBgmin Mag. Maria **Vassilakou**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat Kasal!

Nachdem Sie mich mit einer konkreten Frage konfrontiert haben, habe ich mir gedacht, ich nutze die Gelegenheit und gebe Ihnen die Antwort, und zwar in Zusammenhang mit der Wertevermehrung, wiederum in Zusammenhang mit Flächenwidmungen im Allgemeinen.

Was man wissen muss, ist: Es gibt natürlich keine Flächenwidmung, die Bauland entweder aufwertet oder Grünland in Bauland umwandelt, die nicht erhebliche Werte schafft. Das ist übrigens das Geheimnis des geförderten Wohnbaus in Wien.

Hier grundsätzlich zu monieren, dass über Widmungen und Umwidmungen Werte geschaffen werden, lässt mich auch bis zu einem gewissen Grad ratlos sein. Denn es kommt vor, dass Private über Grund verfügen, der in Bauland umgewidmet wird, und es werden Werte geschaffen. In der Regel sind natürlich Private nicht in der Lage, selbst als Bauträger aufzutreten. Das ist ja ein ordentlicher Logistikaufwand, der hier betrieben werden muss, also verkaufen sie in der Regel an Bauträger, die dann die Umwidmung erwirken und bauen. Oder aber die Stadt bietet Bauträgern Bauland günstig zur Weiterverwertung an.

Hier geht es darum, zwei Dinge zu erreichen: Einerseits, über eine entsprechende Flächenwidmungsabgabe genau einen Teil dieser Werte, die geschaffen werden, ohne eine Leistung dafür zu erbringen, an die Allgemeinheit zurückfließen zu lassen. Diese Flächenwidmungsabgabe gibt es in anderen Städten seit vielen, vielen Jahren, sie wird mit Erfolg praktiziert, eigentlich seit Jahrzehnten muss man sagen. Sie ist ja neuerdings auch auf Bundesebene geschaffen worden, nur in einem sehr bescheidenen Ausmaß. Und die Mittel daraus fließen leider – muss ich an dieser Stelle sagen – nicht der Stadt Wien zu, was ja gut wäre, denn auf diese Art und Weise könnte für die Stadt eine Vielzahl von sehr teuren Infrastrukturmaßnahmen, die wiederum der Stadt daraus erwachsen, dass irgendwo gebaut wird, auch refinanziert werden.

Eine zweite, sehr übliche Maßnahme, um das in der Privatwirtschaft zu regeln, ist, dass man hier Verträge abschließt, die zunächst einmal einen bestimmten optionalen Kaufpreis ermitteln, und wenn dann eine Umwidmung erreicht wird, fließt ein Teil dieses Widmungsgewinns an den ursprünglichen Eigentümer zurück. Das müssten Sie auch wissen. Das ist eigentlich die gebräuchlichste Art und Weise, wie solche Kaufverträge abgeschlossen werden. Denn niemand ist naiv, und wenn jemand einen Grund in der Hoffnung an einen Bauträger verkauft, dass dieser eine Umwidmung erwirken wird, sorgt er oder sie auch dafür, dass vertraglich fixiert wird, dass ein Teil des Widmungsgewinns wiederum mit dem ursprünglichen Eigentümer geteilt wird.

Deshalb, muss ich ehrlich sagen, verstehe ich in diesem Fall nicht, was Sie genau meinen, wenn Sie mich damit adressieren. Denn Aufgabe einer Widmungsabteilung ist es ja nicht, zu überprüfen, ob der Vertrag zwischen zwei Privaten so abgeschlossen worden ist, dass der ursprüngliche Grundeigentümer auch seinen Anteil am Widmungsgewinn erhält, ordnungsgemäß oder nicht, Aufgabe einer Widmungsabteilung ist einzig und alleine, zunächst einmal eine städtebauliche Betrachtung des Areals vorzunehmen, festzustellen, inwieweit dort eine weitere Verdichtung verträglich ist, inwieweit sie im Sinne des Interesses der Stadt ist, inwieweit weitere Infrastrukturmaßnahmen erforderlich sein werden – der Bau von Schulen oder Kindergärten etwa ist ein gutes Beispiel für die Art und Weise, wie die Stadt hier agieren muss –, und dann, falls das Widmungsansuchen als verträglich eingestuft wird, hier auch positiv zu bearbeiten. Denn die Stadt wächst, wie Sie wissen, und 20 000 neue Wienerinnen und Wiener müssen jährlich auch mit Wohnraum versorgt werden. Und wir haben sie mit Wohnraum zu versorgen, wenn wir nicht wollen, dass die Mieten in Wien eines Tages auf dem Niveau landen, wie wir das aus deutschen Städten kennen, wo sich dann erst recht niemand mehr das Wohnen in der Stadt leisten kann und erst recht wiederum Menschen in das Umland ziehen, um dann den ganzen weiten Weg aus dem Umland als Pendler täglich in die Stadt zurückzulegen, um überhaupt Arbeit zu finden.

Ich glaube einmal mehr, wir sind in Wien, was das anbelangt und unabhängig der Parteizugehörigkeit, will ich hoffen, auf einem guten Weg. Der geförderte und der soziale Wohnbau in Wien fußen auf größtmöglichem Konsens, auch innerhalb der Bevölkerung. Und, ja, in einer Weltstadt entstehen nicht nur geförderte Bauten, sondern es entstehen auch freifinanzierte Bauten. Und, ja, wenn freifinanzierte Bauten entstehen, dann haben wir es hier mit einer erheblichen Wertevermehrung zu tun. Und, ja, einmal mehr, ich bin sehr dafür, dass sich nicht nur Verkäufer und Käufer diese Werte untereinander aufteilen – glauben Sie mir, sie sind durch geeignete Verträge bestens im Stande, das zu tun –, sondern ich bin dafür, dass ein Teil dieser Werte sehr wohl mit der Allgemeinheit geteilt wird. Und unter dieser Allgemeinheit meine ich nicht irgendeine wolkige Allgemeinheit, sondern die Stadt Wien, die à la longue nicht alleine auf den Kosten dieser Wertevermehrung sitzen bleiben darf und kann. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*) Denn Schulen kosten Geld, Kindergärten kosten Geld, Kanalisation kostet Geld, Fernwärme kostet Geld, Straßen kosten Geld (*Zwischenruf von StR Mag Manfred Juraczka.*) – ich spreche von der Widmungsgewinnabgabe –, und daher ist es nur fair, einen Teil dieses Widmungsgewinns in Form einer Steuer der Allgemeinheit zuzuführen, genau genommen der Allgemeinheit der Stadt Wien zuzuführen, damit diese die Kosten, die daraus erwachsen, wiederum besser bewältigen kann.

Das ist die Haltung, die wir hier haben. Ich weise darauf hin, dass überall dort, wo wir alle wohnen, in der Vergangenheit grüne Wiese war. Das liegt in der Natur der Dinge, eine wachsende Stadt wird nicht immer nur

dort bauen können, wo vorher andere Bauten waren, indem sie abreißt und neu baut, sondern sie wird auch genötigt sein, wenn Sie so wollen, Grünland in Bauland umzuwidmen. Das geht nicht anders. Umso mehr wundert mich Ihre Stellungnahme hier sehr. Ich hoffe, damit zumindest Ihre Frage, wie man das alles lösen kann, hinlänglich beantwortet zu haben.

Zur Elisabethallee konkret sage ich Ihnen deshalb an dieser Stelle nichts, weil dieser Widmungsakt ja demnächst den Wiener Gemeinderat erreichen wird und wir eine Möglichkeit haben werden, uns darüber gesondert zu unterhalten. Daher halte ich auch nichts davon, dass wir uns jetzt austauschen über etwas, das noch gar nicht abgeschlossen ist. Bei der Bürgerinnen- und Bürgerversammlung, die es im 13. Bezirk gegeben hat und bei der Sie auch anwesend waren, sind einige Anliegen der Bürgerinnen und Bürger ganz klar artikuliert worden. In den nächsten Wochen haben wir nun in Gesprächen mit den Investoren zunächst einmal zu schauen, inwieweit es möglich sein wird, einige dieser Anliegen auch noch mitzuerfassen, um schlussendlich mit einem Projekt in den Gemeinderat zu kommen, das sehr wohl auch auf breiteren Konsens in der Umgebung stoßen kann. (*Beifall bei GRÜNEN und bei SPÖ.*)

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Zu Wort gemeldet ist Herr GR Mahdalik. Ich erteile es ihm.

GR Anton **Mahdalik** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Herr Berichterstatter! Werte Damen und Herren!

Die Frau Stadträtin hat über das langjährige grüne Projekt Widmungsgewinnabgabe jetzt sehr wohlartikuliert gesprochen (*VBgmin Mag Maria Vassilakou: Referiert!*) – referiert, doziert –, sie hatte aber jetzt schon fast zwei Jahre Zeit – nicht dass wir von den Freiheitlichen für neue Steuern wären –, dieses aus Sicht der GRÜNEN sehr wichtige Projekt umzusetzen, anzugehen. Wir haben noch nicht vernommen, dass das schon wirklich in die Gänge gekommen wäre. Daher hat sich im Moment ein Bild verfestigt, dass sich gewisse Bauträger jetzt nicht nur mit Hilfe der SPÖ, sondern auch mit Hilfe der GRÜNEN eine goldene Nase verdienen, worunter die Anrainer zu leiden haben. (*VBgmin Mag Maria Vassilakou: Das sind jetzt schon zwei Unterstellungen pro Satz! Mit einer kommen Sie anscheinend nicht aus!*) Wenn ich es nur wirklich will, schaffe ich auch drei oder vier. (*VBgmin Mag Maria Vassilakou: Ja, bitte!*)

Aber ich möchte bei den Unterstellungen jetzt vielleicht zum Charly Hora überleiten, obwohl ich dir heute nichts unterstellen werde. Ich bin dir, ganz im Gegenteil, sehr dankbar, dass du dich nicht wie sonst listigerweise hast streichen lassen, um uns am Schluss der Debatte dann den Gang der Welt zu erklären, denn ich wusste zuerst nicht genau, worüber ich heute sprechen sollte.

Ein Thema ist mir schon eingefallen, auch ein grünes Thema, aber der Charly Hora hat gemeint, Platz, Parkraum lässt sich nicht vermehren. Das stimmt zum Ersten nicht, sonst hätte die Stadt Wien jetzt nicht angekündigt, neue Park-and-ride-Plätze zu bauen, Niederösterreich hat es auch angekündigt, natürlich kann man Parkraum, Parkplätze vermehren. Das ist die eine Sache.

Und zum Zweiten ist auch ein Unterschied zwischen dem, wie du es meinst, man kann es nicht vermehren, und zwischen der Praxis von Rot und Grün, Parkplätze, Parkraum mutwillig zu vernichten, durch Radständer auf Parkplätzen, durch übergroße Ohrwaschel, durch Radwege. Das ist das andere Extrem, und auf diese Art und Weise macht die Stadt Wien eine aus ihrer Sicht moderne, intelligente Verkehrspolitik, die jetzt unter anderem dazu führt, dass sich der Modal-Split – der Charly Hora hat es wie üblich mit Zahlen untermauert – in Niederösterreich verschlechtert hat. Du hast auch kritisiert ... (*GR Karlheinz Hora: Ich habe nichts vom Modal-Split gesagt, ich habe nur gesagt, die Zahl der beförderten Personen in öffentlichen Verkehrsmitteln hat sich verschlechtert!*) – Das zählt für mich zum Modal-Split, wenn weniger mit den öffentlichen Verkehrsmitteln fahren. Zu Fuß werden sie nicht gehen, von St Pölten nach Wien fahren sie wahrscheinlich mit dem Auto, mit dem Klappradl werden sie auch nicht unterwegs sein.

Du hast auch kritisiert, dass das Land Niederösterreich die Bike-and-ride-Plätze listigerweise in die Gesamtanzahl der Park-and-ride-Plätze inkludiert. Mag stimmen, verzerrt das Bild. Wir haben aber auch schon in Niederösterreich und in Wien in einer gemeinsamen Pressekonferenz der beiden Klubobleute einen Aufschrei getan und uns natürlich auch für die Einpendler aus Niederösterreich und aus dem Burgenland eingesetzt. – Das ist dir sicher nicht entgangen, das war eine leichte Unterstellung.

Und zum Zweiten: Ich bringe das Beispiel, weil es wettermäßig gut passt – mir hängt es ja eh zum Hals heraus –, jetzt noch einmal, ich hoffe, zum letzten Mal, Bike-and-ride-Plätze. Bei vier von fünf Stationen der U2-Verlängerung nach Aspern sind keine Parkplätze geschaffen worden, außer für Räder, 800 Stück bei den 4 Stationen, und bei einer Station wurde gnädigerweise eine Park-and-ride-Anlage für Autos gemacht. Was ist der Endeffekt dieser modernen und intelligenten Verkehrspolitik? Sowohl die Bewohner an der Peripherie Wiens, die mit dem Bus ungefähr eine dreiviertel Stunde fahren müssen, bis sie bei einer U-Bahn-Station sind, als auch die Einpendler aus dem Raum Gänserndorf, aus dem Raum Groß-Enzersdorf machen eines – weil sie bei so einem Wetter schon gar nicht mit dem Rad kommen können, das muss mir einer vorhupfen, wie man aus Rasdorf oder weiter entfernt aus Untersiebenbrunn mit dem Rad reinkommt, ohne komplett verschwitzt anzukommen –, die fahren mit dem Auto, und weil sie keinen Parkplatz mehr finden, außer vielleicht um halb sechs in der Früh, fahren sie natürlich weiter. Das verschlechtert den Modal-Split beziehungsweise verbessert ihn nicht. Die Radständer – schaut euch das einmal an, irgendwer, der vielleicht mit dem Rad fährt im 22. – sind sogar im Sommer höchstens zu 5 Prozent ausgelastet. Bei so einem Wetter steht vielleicht überhaupt kein Rad dort, außer vielleicht ein Wrack.

Also die Stadt Wien betreibt auch hier eine Verkehrspolitik, die sich nicht viel von der aus dem Land Niederösterreich unterscheidet, nämlich eine extrem unverantwortliche.

Aber zum eigentlichen Thema – und da komme ich gleich wieder zum Radfahren, ich habe es mir erst am Samstag wieder angeschaut, wie ich gemeinsam mit meiner Frau ins Rathaus gefahren bin –, nämlich zum Donaukanal, wo ja in Oppositionszeiten Kollegin Gretner von den GRÜNEN – die ja nicht hinausgemobbt wurde, sondern aus freien Stücken gegangen ist, weil es so „leiwand g'rennt“ ist – immer wieder gefordert hat, diesen Bereich aufzuwerten. Da hat sie auch recht damit gehabt, denn es schaut ja dort eigentlich ein bisschen wie in der Bronx aus, da ist ja die Copa Cagrana dagegen ansehnlich. Es ist alles verhüttelt, es ist dreckig, es ist alles angeschmiert, es gibt keine WC-Anlagen, also da schaut es grauslich aus, fährt einmal mit dem Rad durch, es ist wurscht, zu welcher Tages- und Nachtzeit, in der Nacht wird es überhaupt ein bisschen enterisch.

Und das ist das Vorzeigeprojekt? Es gibt sogar einen Masterplan, habe ich jetzt beim Durchschauen der Akten zumindest in der APA gelesen. Es hat sogar einen Donaukanal-Koordinator gegeben, es gibt angeblich auch einen Nachfolger. Da habe ich mich gewundert, aber warum sollte es gerade für den Donaukanal keinen Koordinator geben. (*GRin Ing Isabella Leeb: Da gibt es einen Beauftragten!*) Der hat dann auch in einem Presseinterview – das war sehr interessant, ich möchte es jetzt aber nicht zitieren – seinem Unmut Platz gegeben, in einer Rückschau quasi, wie am Donaukanal Planung, Stadtplanung von Rot und Grün gemeinsam, oder Rot damals, gemacht wird, nämlich nach den ehernen Prinzipien der Freunderlwirtschaft.

Es gibt sattsam bekannte Namen, die ein Lokal nach dem anderen aufmachen, das eine wird immer größer. Man muss halt nur die richtigen Freunde bei der Stadt Wien haben. Das ändert aber nichts daran, dass das Ganze dort grauenvoll aussieht, und das wird mir, ich hoffe, jeder bestätigen – vielleicht nicht am Rednerpult –, der den Donaukanal kennt, dass dort fast alles im Argen liegt. Die GRÜNEN haben damals den Schutz des Grünraums des Naherholungsgebietes gefordert. Das stimmt vielleicht im unteren Bereich, bevor man zur Urania kommt, aber dann sollte man eher den Ring-Radweg nehmen. Da sieht man mehr Bäume und muss sich zumindest nicht den ganzen Dreck, die Hütten, das ausgebrannte ehemalige Partyschiff anschauen.

Und da passiert nichts. Da höre ich von den GRÜNEN nichts. Bitte, machen wir hier etwas weiter, erfüllen wir den Masterplan, den ich jetzt gar nicht kenne, denn mit den Masterplänen ist das ja so wie mit den Stadtentwicklungsplänen von SPÖ und GRÜNEN, das ist meistens für die Wetti Tant. Das ist eine wolkige Ansammlung von nicht einmal Festlegungen – Rechtssicherheit erwähne ich dem Zusammenhang gar nicht –, mit bunten Bildchen unterlegt, wo sich der Bürger vorstellen kann, was einmal passiert in einer Gegend. Aber es kann auch ganz anders kommen, weil dieses Sammelsurium keinerlei Rechtssicherheit bietet.

Dennoch würde ich mir, vielleicht in einem der nächsten Planungsausschüsse oder in der Stadtentwicklungskommission, einen Bericht des aktuellen Donaukanalkoordinators wünschen – falls es wirklich einen gibt, dann

werkt er im Verborgenen –, was dort in den letzten zwei Jahren passiert ist, außer dass ein paar Lokale dazugekommen sind, die jetzt schon grauslich ausschauen, und was die Grünen und die Roten in den nächsten Jahren am Donaukanal zu tun gedenken, um diesen schauderhaften und der Tourismusstadt Wien abträglichen Zustand zu ändern.

Das ist ja heute schon ein paar Mal angeführt worden, dass die Touristen – das hat, glaube ich, der Kollege Woller gesagt – nach Wien kommen, weil der Verkehr bei ihnen nicht so klass ist. Da fällt mir ein, ich bin jetzt in Berlin gewesen, aber ich bin sicherlich nicht nach Berlin gefahren, weil das S-Bahn- oder U-Bahn-Netz so toll ausgebaut ist, sondern weil die Stadt einfach schön ist. Ich bin nach Amsterdam gefahren, nicht, weil es mir gefällt, dass ich aufpassen muss, dass mich kein Radfahrer über den Haufen fährt, sondern weil ich mir die Stadt anschauen wollte. Und eigentlich fährt man in Städte, um sich historische Gebäude, Grünraum vielleicht, Museen, Kunst oder sonst etwas anzuschauen und nicht, weil man im Vorfeld denkt, das Verkehrsnetz ist so leiwand, da fahren wir nach Wien. Und deswegen haben wir jeden Monat oder jede Woche 7,2 Prozent Steigerung? Also, das war ein bisschen weit hergeholt.

Apropos Berlin, weil ich voriges Wochenende dort war: Dort kann man wirklich mit den Öffis fahren. Wir haben das meiste wieder mit den Rädern gemacht, weil man einfach mehr von der Stadt sieht, weil sie einfach größer ist als Wien. Aber wenn man dort an die Havel, an den Wannsee fährt, steigt man ganz gemütlich in eine Schnellbahn ein, braucht sich aber nicht einmal zu beeilen, falls eine gerade wegfährt, denn wenn man den Bahnsteig dann erreicht hat, ist schon wieder die nächste Schnellbahn da. Und bei uns? Bei so einem Wetter erfriert man inzwischen. Da kommt die nächste vielleicht nach einer viertel Stunde, nach einer halben Stunde, das ist ja kein öffentliches Angebot. (*GR Karlheinz Hora: Du kennst das wirklich nicht!*) Das ist kein öffentliches Angebot. Und dort ist es wurscht, S-Bahn, U-Bahn, das macht überhaupt keinen Unterschied, auch vom Erscheinungsbild. Die schauen alle ungefähr gleich aus, je nach Modell. (*GR Karlheinz Hora: Du weißt schon, dass in Wien auf der Stammstrecke die Schnellbahn alle 3,5 Minuten fährt!*) Aber die haben ein 2-, 3-Minuten-Intervall. Da könnt ihr euch noch ein bisschen was anschauen. (*GR Heinz Hufnagl: Du kennst die Schnellbahn nicht in Berlin!*) Fahren wir einmal nach Berlin, schauen wir uns dort das Verkehrsnetz an! Das ist tausend und eins. (*Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Dort können die Leute auf die öffentlichen Verkehrsmittel umsteigen.

Wir fahren jetzt leider bei unserer Ausschussreise nach Malmö und nach Kopenhagen. Vielleicht ist es auch sehr interessant. Es mag auch noch viele andere Städte geben, die interessant sind, sich bezüglich Verkehrsangebot anzusehen, aber Berlin – wahrscheinlich weil ich gerade dort war – wäre einmal ein probates Beispiel, um die Versäumnisse der roten und der grünen Verkehrspolitik hier in Wien auch zu veranschaulichen.

Nachdem der Charly Hora heute nichts zur Flächenwidmung gesagt hat, werde ich seinem leuchtenden

Beispiel folgen und dies auch nicht tun, sondern mich nur für die Aufmerksamkeit bedanken. (*Beifall bei der FPÖ. – GR Karlheinz Hora: Ich wünsche dir einmal einen Tag in Berlin!*)

Vorsitzende GRin Dr. Monika **Vana**: Zu Wort gemeldet ist Herr GR Mag Chorherr. Ich erteile es ihm.

GR Mag Christoph **Chorherr** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrte Damen und Herren!

Google ist zwar meistens schnell, aber nicht so schnell, vielleicht kann mich jemand korrigieren. Ich habe jetzt kurz den Modal-Split und den Anteil des öffentlichen Verkehrs in Berlin – eine Stadt, die ich sehr schätze – und Wien nachgeschaut. Ich sage jetzt, es ist kühn, zu behaupten, dass der öffentliche Verkehr in Berlin tausend und eins ist. Der Modal-Split, der Anteil des öffentlichen Verkehrs in Wien ist signifikant höher. Ich kann das vielleicht noch ganz kurz nachgoogeln, aber er ist deutlich höher in Wien.

Warum? Wegen des technischen Zustands. Fahren Sie einmal mit S-Bahnen in Berlin. Ich bin gelegentlich in Berlin. Man kann es den Berlinern schlecht zum Vorwurf machen, weil die S-Bahnen schon älter sind. Aber auch wenn Sie in vielen anderen Städten der Welt einmal mit einem Kind unterwegs sind und mit dem Kinderwagen versuchen, die öffentlichen Verkehrsmittel zu erreichen, ist es nicht anders. (*GRin Mag Sonja Ramskogler: Paris!*) In Paris, das kann ich aus eigener Erfahrung erzählen, muss man, wenn man sich die schöne Stadt angeschaut hat, den Kinderwagen irgendwie drüberheben, damit man weiterkommt. Zum Glück findet man immer wieder nette Pariser und Pariserinnen, die dann helfen runtertragen, rauftragen, rübertragen.

Der Zustand, den wir diesbezüglich in Wien haben, ist völlig anders. Wir wiederholen immer wieder: Eine Stadt, die für Kinder gut ist, ist für alle gut. Eine Stadt, wo du dich mit dem Kinderwagen sicher bewegen kannst, ist eine Stadt, wo sich auch andere Menschen, die Barrierefreiheit brauchen, bewegen können. In Wien kannst du jede Station mit einem Lift erreichen. Das ist eine unglaubliche Errungenschaft, die hat sehr viel Geld gekostet, das hat lange gedauert, und mir ist keine andere Stadt bekannt, wo das so ist. Und das nur als ein Beispiel.

Dass der öffentliche Verkehr immer noch besser werden kann, ist klar. Darum wird jetzt die U-Bahn weiter in den Norden und weiter in den Süden ausgebaut, werden hoffentlich auch Schnellbahnen verdichtet – zu dem komme ich dann noch –, werden neue Straßenbahnlinien gebaut. Wir können daher, glaube ich, wirklich stolz sein auf den Zustand des öffentlichen Verkehrs, wir können dankbar sein, wie viele Leute das nützen, und wir können uns gerade in Bezug auf den öffentlichen Verkehr wirklich mit allen anderen Städten, auch mit Berlin, messen.

Ich habe mich jetzt deswegen nachreihen lassen, denn nur bei diesem einen einzigen Tagesordnungspunkt ist es mir gegangen wie dem Herrn Mahdalik: Mir war nicht ganz klar (*GR Mag Wolfgang Jung: Ganz überraschend!*), wo die Opposition den Schwerpunkt hinlegen würde. Es war sozusagen die gesamte Palette, die ich

jetzt nicht in aller Breite skizzieren werde, auch nicht für den Kollegen von der FPÖ. Zu einigen Punkten möchte ich aber schon Stellung nehmen.

Einer ist die Seestadt Aspern. Man kann zwei Vorwürfe an Stadtentwicklungsgebiete machen. Das eine ist, man entwickelt etwas, und der öffentliche Verkehr kommt erst Jahre später hin. Dann heißt es, wie könnt ihr nur etwas entwickeln, das abseits vom öffentlichen Verkehr liegt. Darum hat man das richtigerweise bei der Seestadt so gemacht, dass zu Beginn der Besiedlung bereits eine U-Bahn dort hinausfährt, um von Anfang den Leuten Anreize zu geben, die U-Bahn zu nützen. Denn das ist sozusagen über fünf Jahre schwer nach Monaten synchronisierbar. *(GR Mag Wolfgang Jung: Aber die Realisierung klappt nicht so schnell!)* – Bitte? *(GR Mag Wolfgang Jung: Die Realisierung klappt nicht so schnell!)* – Die Realisierung klappt hervorragend. *(GR Mag Wolfgang Jung: Die U-Bahn schon, aber sonst nichts!)* – Die Realisierung klappt hervorragend, erkundigen Sie sich, Herr Kollege! Ende nächsten Jahres wird die U-Bahn dort eröffnet werden, gleichzeitig sind die Wohnbauten schon weit in der Entwicklung.

Diese erste Entwicklung wird weitergehen, aber ein wichtiges Teilgebiet Wiens ist die gesamte U2-Achse. Ich glaube, dass die Stadtentwicklungsachse U2 im Bewusstsein noch nicht wirklich in dem Ausmaß verankert ist. Da tut sich enorm viel.

Ich möchte Ihnen hier eine allerjüngste Zahl zur Kenntnis bringen – ich glaube nicht, dass sie schon in den Zeitungen stand –: Wir rechnen in der langfristigen Entwicklung jährlich mit 15 000 Menschen mehr in Wien. Die Zahl des letzten Jahres – jetzt soll man nicht nur ein Jahr nehmen, denn es kann Ausreißer nach oben und unten geben, aber da waren alle überrascht –, von Anfang September 2011 bis Anfang September 2012, ich habe mir die Zahl genau angeschaut: 24 255 Personen, die in einem Jahr mehr in Wien gemeldet sind. 24 255! Das zeigt eines: Wien ist hochattraktiv, um hier zu leben, zu wohnen und zu arbeiten.

Ich spare mir jetzt die Polemik, weil sie nicht nur, aber auch mit Politik zu tun hat. Das einzige Bundesland, wo die Bevölkerung zurückgeht und unter anderem Menschen aus diesem Bundesland nach Wien ziehen, ist Kärnten. Im „long run“ geht die Bevölkerung in Kärnten zurück, und nirgendwo steigt sie so wie in Wien. Eine stärkere Abstimmung darüber, wo man leben will, kann es ja gar nicht geben, als dass man hier nach Wien kommt.

Rechnen Sie nur einmal in 10 Jahren: 24 000 mal 10 sind 240 000 Menschen; in den letzten 10 Jahren waren es 170 000. Es deutet alles darauf hin, dass das weitergehen wird, und insofern ist es eine besondere Herausforderung, die notwendige Bürgerbeteiligung – da werde ich nun ein paar Beispiele bringen – mit der Stadtentwicklung zu synchronisieren.

Was war allein in der letzten Woche? Ich glaube, es waren einige Kollegen von der Opposition, auch Bezirksräte, dort. Es gibt ein ganz großes Stadtentwicklungsgebiet im 21. Bezirk, das ist das ehemalige Gaswerk, ein sehr großes Gebiet mit einem sehr schönen denkmalge-

schützten Gebäudebestand auf der einen Seite und großen möglichen Entwicklungsflächen. Dieses Gebiet ist auf der einen Seite von der Schnellbahn erschlossen und auf der östlichen Seite von der U1-Endstation Leopoldau.

Was haben wir gemacht? Und was heißt für uns Bürgerbeteiligung? Eben nicht eine Ja- oder Nein-Demokratie: Soll man, soll man nicht? Es gab eine BürgerInnenversammlung, lange bevor eine erste Überlegung, was denn dort passieren könnte, formuliert wird. Hier startet ein kooperatives Verfahren, beim dem von Anfang an BürgerInnenvertreter dabei sind.

Das hat sich dort so abgespielt – wir waren auch gespannt, denn es gibt ja sozusagen kein Patentrezept dafür, wie man unstrittig eine BürgerInnenbefragung organisiert –: Von den ungefähr 150 Anrainern haben sich spontan 10 Anrainer und Anrainerinnen gemeldet, die gerne bei diesem Prozess, der in etwa ein Jahr dauert, dabei wären. Drei wurden gewählt, und die werden jetzt von Beginn an dabei sein und Anrainerinteressen, natürlich in einem Spannungsverhältnis, vertreten. Und machen wir uns nichts vor – das sage ich auch an unsere Fraktion und natürlich auch an die Sozialdemokratie, die das kennt –, die Interessen der Anrainer und Anrainerinnen auf der einen Seite sind verständlicherweise nicht in erster Linie: Wir sind der Ort, wo Wien wachsen soll!, sondern in erster Linie herrschen hier auch Befürchtungen vor: Das heißt mehr Verkehr. Wie hoch wird das?

Da will ich einen spannenden Gedanken aufgreifen, den der Kollege Dworak aufgeworfen hat – *(da dieser nicht im Saal ist)* macht nichts, er hat heute schon gesprochen, da kann er gerne Mittagessen gehen –: Ist es wirklich sinnvoll – und das ist eine Grundsatzfrage der Stadtplanung –, wenn wir historisch gewachsene Einfamilienhausgebiete haben, dass dann die Dichte nur über hunderte Meter langsam ansteigend zunehmen soll, oder kann es, wenn dazwischen ein Grünareal liegt, nicht auch sinnvoll sein, dass es auch höhere Dichten gibt, wo vielleicht in etwa 200 Meter Entfernung auch Einfamilienhäuser sind? Auch wenn das manche verständlicherweise nicht freut, aber jetzt haben wir es mit Ökonomie und mit Stadtwachstum zu tun. Und diese Regierung – ich habe es schon ein paar Mal gesagt, aber ich betone es noch einmal – fühlt sich jenen verpflichtet, die in drei, vier, fünf Jahren eine Wohnung suchen, sei es, dass sie Kinder von in Wien geborenen Menschen sind, sei es, dass sie aus Kärnten oder aus Niederösterreich stammen und sich entscheiden wollen, nach Wien zu ziehen, sei es, dass sie aus Deutschland kommen oder aus einem anderen Land der Europäischen Union, oder von wo auch immer her. Genauso wie es unsere Kinder in Anspruch nehmen, nach dem Studium oder nach der Arbeit oder zwischendurch in ein anderes Land zu fahren.

Das ist eine der ganz großen Errungenschaften der Europäischen Union, und das möchte ich hier jetzt auch einmal in diesem Kontext sagen, weil wir eine Generaldebatte haben: Dass es in Europa möglich ist, sich heute zu entscheiden, in ein anderes Land zu fahren, dort oft

nicht einmal den Pass herzeigen muss und dort wie ein Inländer behandelt wird, dort ein Geschäft aufmachen kann, sich dort frei bewegen kann, dort frei studieren kann, ist eine unglaubliche Errungenschaft dieses unseres gemeinsamen Europas. Darauf sollen wir stolz sein. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Und das ist kein Abstraktum, das setzt uns unter Druck als Regierung, weil sich natürlich viele Leute anschauen: Wo ist es denn klass zu studieren, wo ist es klass zu leben? Da entscheiden sich einige für Wien, und darüber sollten wir uns eigentlich alle freuen, dass das so ist und nicht eine Massenfluchtbewegung aus Wien einsetzt.

Übrigens war das Thema sehr vieler Konferenzen der letzten Jahre „Schrumpfende Städte“. *(GR Mag Wolfgang Jung: Im Waldviertel!)* Ich suche Kongresse zu „Stark wachsende Städte“ und eine Strategie, die nämlich gar nicht einfach ist, weil es ja in der Tat schwierig ist, einen lebendigen Stadtteil auf die grüne Wiese zu stellen. Stadt entwickelt sich durch Umbauten, durch Überformungen, durch Erneuerungen, und es ist schwierig, wirklich auf die grüne Wiese zu bauen.

Wir wollen und müssen aber auf die grüne Wiese bauen, und die Seestadt Aspern ist so etwas. Vielleicht einige Punkte, die dort versucht werden und versucht wurden und auf die wir alle stolz sein sollten: Dort wird zum Beispiel versucht, nicht hier eine große Wohnsiedlung und dort ein großes Einkaufszentrum zu haben, dort wird versucht, die Errungenschaft der europäischen Stadt, die Einkaufsstraße, wieder zu beleben, indem im Erdgeschoßbereich Geschäfte sind, gemischte Geschäfte, und darüber gearbeitet und gewohnt wird. Und in der Seestadt Aspern wird versucht, so etwas wieder herzustellen.

Nur damit Sie ein Gefühl kriegen, meine Damen und Herren, weil viele sagen, warum muss man den dort und dort bauen, im 13. und im 19. und im 11. und im 10. und im 21., wir haben ja eh die Seestadt. Die Seestadt, wenn sie einmal in vielen Jahren voll sein wird, deckt gerade einmal ein bis eineinhalb Jahre des Bevölkerungswachstums von Wien ab. Das muss einmal klar sein. Und darum gibt es keinen Bezirk, auch nicht den 13., Herr Kollege, wo man sagt, wir hören jetzt auf zu widmen, und es bleibt alles so, wie es ist. *(GR Mag Wolfgang Jung: Das sieht man am Verkehrsaufkommen in der Kaltenleutgebner Straße!)* Wir müssen alle Kriterien in Frage stellen.

Und zur Dichte: Gerade weil wir Grünland halten wollen, wollen wir nicht fleckerlartig alles, was grün ist in Wien, zubetonieren, sondern wollen gewisse Formen einer urbanen Dichte herstellen, damit Parks und Freiräume gesichert werden und damit noch eines passiert: Ich erinnere mich an eine Bürgerversammlung, die war auch im 21. Bezirk, da haben die Leute auch kritisiert, dass es so dicht ist – nicht die Leute, manche Leute, und auch die FPÖ hat kritisiert, warum so dicht – und zweitens dass es da so eine schlechte öffentliche Verkehrsanschließung und es auch keine Nahversorgung gibt. Stattdessen ist es die Strategie, die diese Regierung forciert, Dichten zu erzeugen, damit sich nahezu – zu 100 Prozent kann man es nie machen – überall, wo man

lebt, ein Geschäft in fußläufiger Umgebung rechnet, damit niemand in Wien gezwungen ist, ins Auto zu steigen oder in den Bus – das ist mir egal, es geht mir nicht gegen das Auto –, sondern die Freiheit hat, in 100, 200, 300 m zumindest ein kleines Geschäft zu haben, um die Einkäufe des Alltags zu erledigen. Das ist ein Prinzip, und dazu bedarf es gewisser Mindestdichten, wofür wir einige Schritte setzen.

Nur noch zwei, drei Projekte, wo wir Neues versuchen. Der Kollege Dworak – der, glaube ich, noch immer Mittagessen ist – hat es auch angesprochen. Er hat das als „die Diskussion um das Wien Museum“ bezeichnet. Ich glaube, alleine das Procedere ist etwas, was sich herzeigen lässt. Selbstverständlich waren auch die Vertreter der Opposition dazu geladen, den 40 oder 50 österreichischen und internationalen Experten zuzuhören, die in kurzer Form darüber reflektiert haben, ob es Standort A oder Standort B sein soll. Das war eine Form eines kultivierten Diskurses, der es jetzt der Stadtregierung, dem Kulturstadtrat und der Frau Vizebürgermeisterin ermöglichen soll, zügig eine Entscheidung über den vernünftigsten Standort zu treffen.

Oder vielleicht noch zum gesamten Prozess, der jetzt über die Neuentwicklung rund um den Eislaufverein läuft. Auch hier gibt es ein kooperatives Verfahren, wo in Reflektion mit AnrainerInnen versucht wird, eine geeignete Form zu finden.

Lange Rede, kurzer Sinn: Wir halten BürgerInnenbeteiligung für existenziell notwendig und wichtig und versuchen, eine Reihe von Schritten zu gehen. Was wir nicht glauben, ist – und das sehen wir anders als FPÖ und ÖVP –, dass direkte Demokratie heißt, dass man sozusagen, wie dem Hund einen Knochen, eine Ja- oder Nein-Frage irgendwo hinwirft und dann so oder so abstimmen lässt. Direkte Demokratie ist ein Prozess der Entwicklung, ist ein Prozess der Beteiligung, ist ein Prozess der Ermächtigung.

Abschließend: Um diesem enormen Stadtwachstum, das eines der stärksten von allen europäischen Städten ist, gerecht zu werden, müssen wir diese Form einer ökologischen Stadtplanung, einer Stadtplanung der Dichte, einer Stadtplanung des Erhalts des Freiraums fortsetzen. Wir werden ökologische Kriterien, werden Kriterien des Freiraums ganz hoch bewerten, um jene Lebensqualität aufrechtzuerhalten und auszubauen, derentwegen so viele Menschen derzeit nach Wien kommen wollen. Und sie haben das Recht dazu, denn das ist unser Europa, das wir in diesem Sinne ausbauen wollen. – Danke schön. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzende GRin Dr. Monika **Vana**: Zu Wort gemeldet ist Herr GR Mag Jung. Ich erteile es ihm.

GR Mag Wolfgang **Jung** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren!

Nach der Eloge auf die Verkehrsplanung in Wien möchte ich den Herrn Kollegen Chorherr doch ein bisschen dämpfen. Das ist an sich nicht der Bereich, zu dem ich mich üblicherweise zu Wort melde, aber in diesem Fall als sehr Betroffener, mehrfach Betroffener, als Liesinger, als Rodauner und auch als einer, der in der Kaltenleutgebner Straße wohnt, kann ich Ihnen da aus mei-

nem Bezirk ein paar andere Geschichten erzählen.

Sie haben da großartig alles für eine künftige Stadt, die U-Bahn und so weiter, angepriesen. Wie wäre es denn, wenn wir für die vorhandenen Bereiche etwas tun würden? Wenn man für den Südwesten Wiens etwas tun würde? Wer aus meiner Gegend hier ins Rathaus will, um zu arbeiten, verfährt täglich und vergeht – denn hinhinmarschieren zum Autobus muss man auch noch – etwa insgesamt fast drei Stunden. So schaut Ihre ganz unglaublich tolle Verkehrsplanung aus!

Und dann setzen Sie noch etwas drauf. Da wird jetzt zum Beispiel in der Kaltenleutgebner Straße ein Bau mit 450 Wohnungen errichtet, von dem Ihr jetziger Klubobmann, damals noch Planungsstadtrat in der SPÖ, dem Bezirksvorsteher Wurm persönlich zugesagt hat, dass dieser um die Hälfte reduziert wird, weil es von der Verkehrssituation her nicht tragbar ist. Geworden ist daraus nix! Der Bezirksvorsteher ist zurückgetreten und frühzeitig in Pension gegangen und hat sich selbst entsprechend negativ über den jetzt hinausgehenden Klubobmann geäußert. Das kann man sich anschauen, auch im Internet, meine Damen und Herren. 450 Wohnungen, dazu 50 weitere in der gleichen Straße, die jetzt fast fertig sind.

Und da Sie sagen, in diese Bereiche der Einfamilienhäuser wird hineingebaut. Ja, da wird massiv hineingebaut. Wiederum in Rodaun, nämlich beim ehemaligen Schwimmbad: weitere gut 50 Wohnungen, und 50 oder 56 Wohnungen sind im Fertigwerden unmittelbar daneben beim Maurer Berg.

Alle sind belastet durch die völlig verstopften – wo wir schon Demonstrationen hatten und noch weitere haben werden – Zufahrtsstraßen von Kaltenleutgeben beziehungsweise von Breitenfurt. Und da kommen jetzt ungefähr 700 neue Kinder aus dem Raum der Kaltenleutgebner Straße hinein, die in die Horte, die in die Volksschulen wollen, in der Früh, wo der Autobus jede halbe Stunde fährt, meine Damen und Herren.

Sagen Sie mir, der Sie hier erklärt haben, niemand ist gezwungen, auf das Auto umzusteigen, wie die da hineinkommen sollen, wenn nicht mit dem PKW, Herr Kollege Chorherr! So schaut die Realität dort aus, jeden Tag, in der Früh und am Abend, verstopft bis obenhin. Man braucht manchmal, ohne Übertreibung, fast zehn Minuten, wenn man mit dem Auto aus der Hauseinfahrt hinausfahren will.

So ist die Realität! Und Sie loben großartig die neue Seestadt. Ja, alles für diese Bereiche, aber für Rodaun, für Liesing, für den Südwesten Wiens tun Sie gar nichts. Im Gegenteil! Sie verschlechtern die Situation sehr, sehr extrem. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Zu einer tatsächlichen Berichtigung gemeldet hat sich Herr Klubobmann Schicker.

GR Dipl-Ing Rudi **Schicker** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Danke, Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich höre und ich lese seit über einem Jahr, dass der Herr Jung behauptet, ich hätte dort Zusagen gemacht.

(GR Mag Wolfgang Jung: Der Bezirksvorsteher hat es gesagt!) Nein, Sie behaupten immer, ich hätte dem Herrn Bezirksvorsteher zugesagt – das haben Sie auch heute hier zu Protokoll gegeben –, dass es nur die Hälfte der Wohnungen dort geben soll. *(GR Mag Wolfgang Jung: Das hat er auch gesagt! Sein Wort!)* Wenn Sie in der Zeit, die Sie schon im Gemeinderat sind, endlich einmal Flächenwidmungs- und Bebauungspläne interpretieren gelernt hätten, dann wüssten Sie, dass das gar nicht möglich ist, eine bestimmte Anzahl von Wohnungen zuzusagen. Es ist ein Unterschied, ob Sie eine 130 m²- oder eine 55 m²-Wohnung errichten; das macht zwei Wohnungen oder eine Wohnung. Das ist gar nicht determinierbar im Flächenwidmungs- und Bebauungsplan. – Punkt 1.

Und ich möchte, dass Sie endlich damit aufhören, über mich ... *(GR Mag Wolfgang Jung: Lesen Sie die Bezirkszeitung!)* Ja, Sie schreiben in den Bezirkszeitungen immer das Falsche. *(GR Mag Wolfgang Jung: Gehört die vielleicht uns!?)* Sie schreiben immer das Falsche, und ich ersuche Sie ganz dringend, endlich damit aufzuhören, weil ich mir nicht mehr gefallen lasse, Herr Jung, dass Sie immer Falschheiten über mich in den Raum stellen und in Zeitungen verbreiten.

Punkt 2: Wir haben mit Niederösterreich vielfach Verhandlungen geführt, und mit Niederösterreich wäre auch klargestellt, wer dafür zu sorgen hat, dass nicht mehr Verkehr über Ihre Kaltenleutgebner Straße hereinkommt, dass nicht mehr Verkehr über die Breitenfurter Straße hereinkommt, nämlich motorisierter Individualverkehr. *(GR Mag Wolfgang Jung: Wie denn?)* Sie wissen ganz genau, dass bis Kaltenleutgeben eine Eisenbahn geführt hat. *(GR Mag Wolfgang Jung: Die hat die Bundesbahn eingestellt! Die gibt es nicht mehr!)* Dafür gibt es fertige Planungen, diese Trasse mit dem Bus befahrbar zu machen und diese in Wien wieder in die Straße einzubinden. Das liegt alles vor. Nur, wer nicht zahlen will, ist Niederösterreich. Und, Herr Jung, Sie können gerne die Arbeit machen für die Nachbargemeinden, aber für Wien, für Ihren Bezirk treten Sie damit ganz sicher nicht ein. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Zu Wort gemeldet ist Herr GR Mag Jung. Ich erteile es ihm.

GR Mag Wolfgang **Jung** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Das, was Sie gesagt haben und kritisieren, sind die Worte Ihres Bezirksvorstehers, die er sogar im ORF, im Fernsehen gebracht hat, Herr Kollege. – Erstens. *(GR Dipl-Ing Rudi Schicker: Sie können nicht zuhören!)*

Und zweitens: Diejenigen, die gegen Sie demonstriert haben, waren nicht die Niederösterreicher *(GR Dipl-Ing Rudi Schicker: Ich habe nicht gewusst, dass Kaltenleutgeben ein Teil von Liesing ist!)*, außer dem Bürgermeister von Kaltenleutgeben, der ein sozialdemokratischer Bürgermeister ist, dagegen demonstriert haben die Bewohner in Rodaun, dagegen protestiert haben die Bewohner in Siebenhirten, dagegen demonstriert haben die Bewohner aus Mauer *(GR Dipl-Ing Rudi Schicker: Wissen Sie, wo Mauer ist?)*, die jeden Tag leiden, denn der Verkehr geht da in beide Richtungen nicht. Die stehen auch auf der anderen Seite. *(GR Dipl-Ing Rudi Schi-*

cker: *Sie haben keine Ahnung!*)

Es tut Ihnen weh. Das ist klar, weil Sie wissen, dass Ihnen hier die Wähler wegbrechen, weil die nicht mehr wissen, wie sie vernünftig mit diesem Zustand leben können. Abgesehen von dem hundselenden Zustand der Kaltenleutgebner Straße, wo man wirklich den Dreißiger nicht überschreiten darf, ohne einen Achsbruch zu riskieren, Herr Kollege. Aber alles andere stimmt, ist belegbar.

Und zu dem, was Sie sagen von der Bahntrasse für einen Autobus: Ich habe mich mit verantwortlichen Leuten von der Bahn unterhalten – abgesehen davon, dass ihn die Bundesbahn dort eingestellt hat –, und die Antwort von denen war, es lohnt sich schon aus dem Grund nicht, weil die Bahn bis hinein gehen müsste, nämlich bis Kaltenleutgeben. Die endet aber vorher. Es hat ja keinen Sinn, von Kaltenleutgeben bis zur Bahn zu fahren. *(GR Dipl.-Ing Rudi Schicker: Sie können wieder nicht zuhören! Ich habe von der Führung des Busses gesprochen!)* Sie können dann noch einmal herauskommen und reden, Herr Kollege. Gescheiter wäre es, Sie würden einmal zuhören. *(GR Dipl.-Ing Rudi Schicker: Das können Sie nicht! Sie können nicht zuhören!)* Aber das beweist nur die unglaubliche Nervosität, die Sie haben, weil Sie wissen, wie die Stimmung in der Bevölkerung ist und dass sie dort kocht, im wahrsten Sinn des Wortes.

Das hat mir übrigens bei der Veranstaltung der Stadt Wien ein Verantwortlicher der dortigen Bahn sehr gut erklärt. Wenn Sie glauben, dass man diese Bahntrasse, die einspurig ist, so mir nichts, dir nichts für Autobusse umbauen könnte, dann lacht der Sie aus. Von den Kosten ganz zu schweigen. *(GR Dipl.-Ing Rudi Schicker: Sie haben leider keine Ahnung, Herr Jung!)* Abgesehen davon, wie regeln Sie das dann mit einer einspurigen Autobuslinie mit Verkehrsampeln, wann die Busse hinaus- und wann sie hineinfahren dürfen? Das ist haarsträubender Unsinn. Auch Ihr eigener Bezirksvorsteher hat gesagt, dass er nichts davon hält. Ihr ehemaliger Bezirksvorsteher. Er hat ja den Hut draufgehaut, nicht zuletzt deswegen, weil Sie ihn im Stich gelassen haben. *(Ironische Heiterkeit und Zwischenrufe bei der SPÖ.)* Herr Kollege, das wissen Sie ganz genau, es hat ihm gereicht, nicht zuletzt deswegen. Auch der hat gesagt, diese Trasse ist dafür nicht brauchbar.

Ärgern Sie sich ruhig! Die Bürger ärgern sich schon lang genug über Sie. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Zu Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Der Berichterstatter hat das Schlusswort.

Berichterstatter GR Dipl.-Ing Omar **Al-Rawi**: Meine Damen und Herren!

Ich rufe noch einmal in Erinnerung, es geht hier um das Poststück Nummer 14, Plandokument 7979, Festsetzung des Flächenwidmungsplanes und des Bebauungsplanes für das Gebiet zwischen Schönbrunner Allee, Edelsinnstraße, Altmanndorfer Straße, Hetzendorfer Straße, Strohberggasse und Schlöglgasse, KatG Hetzendorf. Ich ersuche um Zustimmung.

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Wir kommen nun zur Abstimmung. Ein Gegen- oder Abänderungsantrag wurde nicht gestellt. Ich bitte daher jene Damen und

Herren des Gemeinderates, die dem Antrag des Berichterstatters zustimmen wollen, die Hand zu heben. – Danke. Dieser Antrag wurde mit den Stimmen von SPÖ, GRÜNEN und ÖVP mehrstimmig angenommen.

Es gelangt nunmehr Postnummer 17 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft das Plandokument 8013 im 9. Bezirk, KatG Alsergrund. Zu Wort ist niemand gemeldet. Wir kommen daher gleich zur Abstimmung. Ein Gegen- oder Abänderungsantrag wurde nicht gestellt. Ich bitte jene Damen und Herren des Gemeinderates, die dem Antrag zustimmen wollen, die Hand zu erheben. – Danke schön. Dieser Antrag wurde mehrstimmig mit den Stimmen von SPÖ, GRÜNEN und ÖVP angenommen.

Es gelangt nunmehr Postnummer 18 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft das Plandokument 7535E im 1. Bezirk, KatG Innere Stadt. Zu Wort ist niemand gemeldet. Wir kommen daher gleich zur Abstimmung. Ich bitte jene Damen und Herren des Gemeinderates, die dem Antrag zustimmen wollen, die Hand zu erheben. – Danke schön. Dieser Antrag ist mehrstimmig mit den Stimmen von SPÖ, GRÜNEN und ÖVP angenommen.

Es gelangt nunmehr Postnummer 20 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft das Plandokument 8023 im 22. Bezirk, KatG Kagran. Ich bitte die Berichterstatterin, Frau GRin Rubik, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatterin GRin Silvia **Rubik**: Ich ersuche um Zustimmung beim Postakt Nummer 20.

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Ich eröffne die Debatte. Zum Wort gemeldet ist Frau GRin Schrödl. Ich erteile es ihr.

GRin Karin **Schrödl** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Damen und Herren!

Bei diesem Akt handelt es sich um eine Flächenwidmung in der Donaustadt, die vorrangig eine Fläche für Bildungs-, Sport- und Erholungszwecke betrifft. Wer die Gegend kennt, weiß, dass die hohe Besucherfrequenz durch Schüler, Sportverein und Bad in diesem Gebiet besonders bei Sportveranstaltungen dazu führt, dass es einen Stellplatzmangel gibt. Um Vorsorge für zusätzliche Stellplätze treffen zu können, stelle ich gemeinsam mit meinen KollegInnen Hora, Troch und den Kollegen Chorherr, Maresch folgenden Abänderungsantrag:

„Die Bestimmung 3.3 des Antragstextes zum Plan Nummer 8023 soll wie folgt abgeändert werden:

Für die mit Esp BB3 bezeichneten Grundflächen wird bestimmt: Der Raum unterhalb einer 0,5 m unter dem Niveau der angrenzenden Verkehrsfläche liegenden Ebene ist dem Bauland - gemischtes Baugebiet für eine Anlage zum Einstellen von Kraffahrzeugen vorbehalten, der Raum darüber der Widmung Grünland/Erholungsgebiet - Sport- und Spielplätze zugeordnet. Die Errichtung von oberirdischen Bauwerken ist nicht zulässig.“

Ich ersuche Sie, dem Dokument in der abgeänderten Form die Zustimmung zu erteilen. - Danke. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Zu Wort ist nie-

mand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Die Berichterstatterin hat das Schlusswort. - Sie verzichtet auf das Schlusswort. Wir kommen daher zur Abstimmung.

Es liegt ein Abänderungsantrag vor, und zwar ein Abänderungsantrag der GemeinderätInnen Chorherr, Maresch und FreundInnen sowie Hora, Schrödl, Troch und GenossInnen betreffend Plandokument 8023 im 22. Bezirk. Ich bringe diesen Abänderungsantrag zur Abstimmung. Ich bitte daher jene Damen und Herren des Gemeinderates, die dem Abänderungsantrag zustimmen wollen, die Hand zu erheben. – Danke schön. Dieser Abänderungsantrag wurde mehrstimmig mit den Stimmen von SPÖ, GRÜNEN und ÖVP angenommen.

Ich bitte nun jene Damen und Herren des Gemeinderates, die dem Antrag der Berichterstatterin in der abgeänderten Form zustimmen wollen, die Hand zu erheben. – Danke. Dieser Antrag wurde mehrstimmig mit den Stimmen von SPÖ, GRÜNEN und ÖVP angenommen.

Es gelangt nunmehr Postnummer 23 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft den Abschluss eines Mietvertrages zwischen der Stadt Wien und der Josefsdorf Wohnungseigentumsgesellschaft mbH. Zu Wort ist niemand gemeldet. Wir kommen daher gleich zur Abstimmung. Ich bitte jene Damen und Herren des Gemeinderates, die dem Antrag zustimmen wollen, die Hand zu erheben. – Danke. Der Antrag ist mehrstimmig mit den Stimmen von SPÖ, GRÜNEN und ÖVP angenommen.

Es gelangt nunmehr Postnummer 10 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft eine Subvention an die echo medienhaus GesmbH. Ich bitte den Berichterstatter, Herrn GR Woller, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter GR Ernst **Woller**: Ich ersuche um Zustimmung.

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Ich eröffne die Debatte. Zum Wort gemeldet ist Frau GRin Ing Leeb. Ich erteile es ihr.

GRin Ing Isabella **Leeb** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Damen und Herren!

Beim nächsten Aktenstück geht es um das Lesefest „Rund um die Burg“. Das ist eine sehr gute Sache. Die gibt es seit 21 Jahren, und ich möchte fast sagen, Generationen von jungen Menschen, Kindern, aber auch Senioren, also alle Wiener haben dieses wirklich gute Fest zu schätzen gelernt. Wir haben auch immer den Subventionen zugestimmt, so auch in diesem Juni.

Es ist dann zu Problemen beim bisherigen Veranstalter gekommen, und wir mussten jetzt, im letzten Kulturausschuss, abermals diesen Subventionsakt bearbeiten.

Und da ist etwas für mich Unglaubliches passiert, das ich allen anderen, die nicht im Kulturausschuss sitzen, nicht vorenthalten möchte: Wir haben dort erfahren, dass nach Braunschlag und nach Bad St Leonhard auch Wien ein Wunder hat. Ich darf den Kollegen Woller, der ja auch Berichterstatter ist, zitieren: „Wir haben jetzt einen neuen Veranstalter gefunden, und es ist ein Wunder, dass es gelungen ist, von Juli bis Oktober das Lesefest überhaupt noch zustande zu bringen.“ - Und ja, es gibt

einen Veranstalter in Wien, der solche Wunder zustande bringt: das echo medienhaus. (*Ruf: Bah! – GR Mag Wolfgang Jung: Wen wundert's?*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist doch bemerkenswert. Ich hätte beim Herrn Woller an alles geglaubt, nur dass er Wundern anhängt und nachhängt, sicher nicht. Aber das ist eine persönliche Entscheidung.

Schauen wir uns an: Was ist so ein Wunder eigentlich? - Im strengen naturwissenschaftlichen Sinn ein Ereignis, von dem keine natürliche Ursache angenommen wird, also eine Wirkung, die nicht von einer natürlichen Ursache herleitbar ist. Entdecken wir eine natürliche Ursache, so ist die Behauptung, es handle sich hierbei um ein Wunder, widerlegt. Können wir jedoch beweisen, dass es sich hierbei um eine übernatürliche Ursache handelt - Geister, Engel, Dämonen -, dann haben wir den Parafall eines Wunders.

Nur, was haben wir da, Herr Woller? Geister? Engel? (*GR Mag Wolfgang Jung: Der kennt nur den Engels!*) - Im Zusammenhang mit dem echo medienhaus denke ich doch eher an Dämonen. Da denke ich doch eher an Parteienfinanzierung, Begünstigung roter Vereine, Wahlhilfe, Drehscheibe und Schaltstelle der SPÖ-Wien.

Es ist kein Wunder, meine Damen und Herren, das das echo medienhaus hier vollbringt, denn das echo medienhaus im Eigentum der SPÖ-Wien hat einen ganz großen Kunden, und das ist die Stadt Wien. (*GR Mag Wolfgang Jung: Irgendwer muss ja die Feste für den Herrn Bürgermeister ...*) Es ist kein Wunder, es ist Anmaßung, und es ist ungeniert und unverfroren, dem echo medienhaus auch noch Subventionen zukommen zu lassen. Wir werden nicht zustimmen. - Vielen Dank. (*Beifall bei ÖVP und FPÖ.*)

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Dr Eisenstein. Ich erteile es ihm.

GR Univ-Prof Dr Herbert **Eisenstein** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrter Herr Berichterstatter! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Literaturveranstaltung „Rund um die Burg“ ist tatsächlich etwas sehr Wichtiges, sehr Interessantes und etwas, was man absolut fördern und unterstützen muss. Und die 31 000 EUR, die hier von der Stadt Wien - es gibt ja auch noch Gelder aus anderen Töpfen - verlangt werden, sind, meine ich, grundsätzlich einmal nicht zu viel. Wir stehen positiv zu dieser Veranstaltung, das ist keine Frage, und wir haben diese Veranstaltung in der Vergangenheit auch immer unterstützt. Aber: Die Vorgangsweise hier, meine Damen und Herren, hat uns schon zu denken gegeben, weil ich eine schiefe Optik darin sehe.

Der ursprüngliche Veranstalter - meine Vorrednerin hat es gesagt -, das war die Asset Networks GesmbH, hat ja zurückgezogen, und die echo medienhaus GesmbH ist eingesprungen. Nicht ganz so, wie die Kollegin Leeb gesagt hat: Wir haben sie nicht gefunden, sondern die Asset Networks GesmbH hat die echo medienhaus GesmbH mit der Durchführung dieser Veranstaltung beauftragt.

Jetzt muss man sagen, dass die absolute Nähe der echo medienhaus GesmbH zur SPÖ uns, wie gesagt, nachdenklich stimmt und dass das eine große Skepsis bei mir und bei meiner Fraktion hervorruft. Wenn wir uns die Aktivitäten der echo medienhaus GesmbH so vor Augen führen, so sei jetzt nur eine hervorgehoben, die mir schlagartig einfällt, und das sind die Aktivitäten im Zusammenhang mit der Bezirkszeitung oder den Bezirkszeitungen. Hier kommt meine Partei, meine Fraktion überhaupt nicht oder so gut wie überhaupt nicht vor. Diese Bezirkszeitungen sind ein reines Propagandainstrument der SPÖ-Wien, und das können wir auf gar keinen Fall unterstützen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Daher - und ich bin auch schon beim Schluss angekommen: Ja zu dieser Literaturveranstaltung, nein zu der Subvention an die echo medienhaus GesmbH. Und deshalb werden wir diese Post ablehnen. - Danke. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzende GRin Dr. Monika **Vana**: Zum Wort gemeldet ist Frau GRin Ludwig-Faymann. Ich erteile es ihr.

GRin Martina **Ludwig-Faymann** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Herr Berichterstatter! Werte Kolleginnen und Kollegen!

Eigentlich hat Herr Kollege Eisenstein der Frau Kollegin Leeb ohnedies schon sozusagen die Antwort gegeben, und ich hätte mir das fast sparen können.

Tatsache ist: Ja, wir haben am 27.6. einstimmig diesen Beschluss gefasst, damals noch für die Asset Networks GesmbH, das von uns allen sehr geschätzte, beliebte, mittlerweile auch, wie Sie erwähnt haben, traditionsreiche „Rund um die Burg“-Lesefestival mit einem Betrag von 31 000 EUR zu unterstützen, der nach meinen Informationen ausschließlich für Künstlerhonorare vorgesehen ist.

Dann hat sich – dies sei noch kurz zusammengefasst - auch meinen Informationen nach die Asset Networks GesmbH außerstande gesehen, diese Organisation durchzuführen, hat das am 17. September - es liegt dem Akt ja auch bei - auch dementsprechend mitgeteilt und hat, auch das sind meine Informationen, sich direkt an das echo medienhaus gewandt - Herr Kollege Eisenstein nickt, also wird es wahrscheinlich auch so gewesen sein *(GR Mag Wolfgang Jung: Zufällig ...)* -, mit dem Ersuchen, diese Durchführung sehr kurzfristig, das muss man auch dazusagen, bitte doch zu übernehmen, was das echo medienhaus dann offensichtlich auch getan hat.

Es war, um das vielleicht auch einmal zu sagen, ein sehr, sehr großer Erfolg. Die Anzahl der Besucherinnen und Besucher gibt den Veranstaltern recht. Es gab auch etliche Neuerungen, wie beispielsweise die Kinderbuch-Bim, um das auch zu erwähnen, denn ich denke, dass gerade wir sehr großes Interesse daran haben sollten, Kinder und Jugendliche verstärkt zu Literatur, zum Lesen heranzuführen. Da haben wir schon tolle Veranstaltungen, die die Stadt Wien unterstützt. Damit ist das wieder sozusagen um einen Bereich breiter geworden.

Und dann, nachdem das übertragen wurde, ist eben ein neuerliches Subventionsansuchen an die Stadt Wien, eben über diese 31 000 EUR, gestellt worden. Und dass

nach einem einstimmigen Beschluss, der inhaltlich dasselbe zum Gegenstand hatte, nach - Juni, Juli, August, September, Oktober - vier Monaten zwei Fraktionen beschließen, sie stimmen jetzt plötzlich dagegen, das finde ich, ehrlich gesagt, schon ein bisschen faszinierend: Sie sind dagegen, weil es jemand anderer macht, obwohl dieser eigentlich - so sehe ich das - dazu verholten hat, dieses Festival überhaupt stattfinden zu lassen. Das hätte es nämlich meiner Wahrnehmung nach sonst nicht gegeben. Hier ist auch kein Cent mehr oder weniger bezahlt worden, sondern auch nur diese ursprünglich schon von uns einstimmig beschlossenen 31 000 EUR.

Ich weiß nicht, Frau Kollegin Leeb, ob bevorstehende Halloween-Spektakel oder Ähnliches Ihnen hier schon jetzt die Geister sehen lassen. Das hat alles nichts mit Geistern und Wundern zu tun, sondern das sind die Tatsachen. *(GR Mag Wolfgang Jung: Es geht ja nicht um den Beschluss, sondern um den Vergabemodus!)* Ja, aber es geht inhaltlich um ein und dasselbe. *(GR Mag Wolfgang Jung: Um den Trick! Um den Trick geht es!)*

Und auch zu Ihnen von der FPÖ möchte ich sagen – Herr Kollege Eisenstein hat es ohnedies auch gesagt -: Inhaltlich voll dafür, aber weil es jetzt ein anderer tut, sind Sie dagegen! - Ich glaube, diese Aussage steht für sich, und da können sich auch die Zuhörerinnen und Zuhörer auch über das Internet ein eigenes Bild machen, wie Sie mit Ihrer Stimme hier im Gemeinderat umgehen.

Ich finde es toll, dass es dieses Festival wieder gegeben hat, auch mit den Neuerungen, und würde mich freuen, wenn wir es auch in den nächsten Jahren noch dementsprechend in unserer Stadt haben. – Danke schön. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Vorsitzende GRin Dr. Monika **Vana**: Zu Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Der Herr Berichterstatter hat das Schlusswort. - Der Herr Berichterstatter verzichtet auf das Schlusswort. Wir kommen daher gleich zur Abstimmung. Ein Gegen- oder Abänderungsantrag wurde nicht gestellt. Ich bitte jene Damen und Herren des Gemeinderates, die dem Antrag des Berichterstatters zustimmen wollen, die Hand zu erheben. – Danke schön. Dieser Antrag wurde einstimmig mit den Stimmen von SPÖ und GRÜNEN angenommen.

Wir kommen nun zu dem Verlangen, dass die von den GRen Dipl.-Ing. Roman Stiftner und Ing. Mag. Bernhard Dworak eingebrachte, an die Frau amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung gerichtete Dringliche Anfrage betreffend – Anführungszeichen - Chaos und Unprofessionalität in der Wiener Verkehrspolitik – Anführungszeichen geschlossen - vom Fragesteller mündlich begründet werde und hierauf eine Debatte über den Gegenstand stattfindet. Die antragstellende Partei hat auf die Verlesung der Dringlichen Anfrage verzichtet. Für die Begründung der Dringlichen Anfrage sieht die Geschäftsordnung gemäß § 37 Abs 1 eine Redezeit von 20 Minuten vor. Zur Begründung der Dringlichen Anfrage erteile ich nun Herrn GR Dipl.-Ing. Stiftner das Wort.

GR Dipl.-Ing. Roman **Stiftner** *(ÖVP-Klub der Bundes-*

hauptstadt Wien): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Das mit den Anführungszeichen explizit zu erwähnen, das hätten Sie sich durchaus ersparen können, denn es ist ernst gemeint, dass es hier um ein Chaos in Wien im Bereich des Verkehrs geht; das wurde heute schon mehrfach besprochen.

Und, sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte versuchen, hier in der Begründung noch einmal die Gesamtsituation zu beleuchten, um hier wirklich auch Ursache, Wirkung und Schuld und Verantwortung richtig zu verteilen. Denn diese Initiative von uns heute mit dieser Dringlichen Anfrage hat eine eindeutige Ursache und eine klare Ursache, nämlich das verkehrspolitische Chaos, das wir nun seit der Regierungsbeteiligung der GRÜNEN unter dieser rot-grünen Regierung täglich erleben müssen.

Es war in der Vergangenheit ja auch nicht so, dass die Verkehrspolitik unter der roten Alleinregierung gut funktioniert hätte, aber jetzt ist sie umso schlechter geworden. Das Versprechen der rot-grünen Stadtregierung, die Verkehrssituation in Wien zu verbessern, ist nicht nur nicht gehalten worden; ich nenne dazu konkrete Beispiele: Wir haben eine Rekordzahl an Autoeinpendlern - sie ist gestiegen in der Zeit von Rot-Grün. Wir haben in dieser Stadt immer weniger Parkplätze zur Verfügung, obwohl die Wienerinnen und Wiener dafür zahlen müssen. Und wir haben auch nicht wesentlich mehr Park-and-ride-Stellplätze, egal, ob am Stadtrand oder in der Stadt selbst. Auch die Radfahrverkehrsunfälle sind angestiegen, und das, obwohl die Stadtregierung Millionen in den Ausbau der Radwege investiert hat. Und anstatt diesem konzeptionellen Stillstand in der Wiener Verkehrspolitik wirklich ein durchdachtes Gesamtkonzept gegenüberzustellen, setzen die GRÜNEN lediglich auf grün-ideologische Themen, offenbar mit Duldung der SPÖ, wodurch es zu einer einseitigen Ausrichtung der Verkehrspolitik und damit zu dem besagten Chaos kommt.

Diese Strategie, die alleine auf eine Wählermaximierung im ohnehin kleinen grünen Wählersegment abzielt, hat uns den größten Flop für alle Wienerinnen und Wiener in dieser Stadt eingebracht - mit den Chaosfolgen, die so groß sind wie in den letzten 30 Jahren wahrscheinlich bei keinem Projekt -, nämlich die Erweiterung der Parkraumbewirtschaftung in den Bezirken 12, 14, 15, 16 und 17. Und das haben Sie gemacht voll im Wissen, dass die Menschen dagegen sind. Heute hat sogar der Herr Bürgermeister in der Anfragebeantwortung zugegeben und klargemacht, dass es eine Umfrage gegeben hat, die deutlich gemacht hat, dass es keine Mehrheit für die Erweiterung der Parkzonen gegeben hat.

Die ÖVP hat - noch einmal - nachweislich 150 000 Unterschriften gegen die Erweiterung dieses Prestigeprojektes von Rot-Grün eingebracht. Und es wurde dann mit dieser politischen Unverfrorenheit dazu übergegangen, die für dieses Ziel, nämlich eine Volksbefragung darüber durchzuführen, geleisteten Unterschriften mehr oder weniger genötigt durch juristische Spitzfindigkeiten zu kübeln - sprich: Man hat 150 000 Menschen, stellvertretend für die vielen anderen, die ohnehin auch dagegen

waren, ignoriert und hat sie einfach im Regen stehen gelassen.

Das ist ein Beweis dafür, dass die Verkehrspolitik in dieser Stadt mit vollen ideologischen Scheuklappen stattfindet und ausgestattet ist, in einer Art und Weise, dass es nicht darum geht, Probleme zu lösen, sondern es geht darum, so wie Herr Chorherr, Herr Maresch, Frau Vassilakou und andere VertreterInnen dieser Fraktion, einmal zu versuchen, grüne Träumereien, die man sich irgendwo einmal in seiner Theorie zurechtgelegt hat, vom Labor in die Praxis umzusetzen. Dass das nicht funktionieren kann, muss jedem klar sein, sehr geehrte Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die angestrebte Lösung ist in ein Chaos gemündet - das war von vornherein abzusehen; die ÖVP hat klar gewarnt -, und wir haben hier auch den klaren Verdrängungswettbewerb: Das, was von Seiten der Vertreter der GRÜNEN als „das Parkpickerl wirkt“ - und bei diesem Satzteil ist das Anführungszeichen mehr als berechtigt - dargestellt wird, ist nichts anderes als ein Verdrängungswettbewerb: Man löst das Problem einfach, indem man es ein bisschen weiterschiebt. Und irgendwann ist man vielleicht an der Stadtgrenze angelangt, und dann sollen sich eben die Niederösterreicher mit diesem Problem auseinandersetzen. Brauchen die vielleicht dann auch ein Parkpickerl? - Wie auch immer.

Es ist nicht das Problembewusstsein vorhanden, dass man sich, Frau Vizebürgermeisterin, mit der Ursache der Verkehrssituation auseinandersetzt, sondern man versucht schlicht und einfach, das Problem durch ein nicht geglücktes Modell weiter in den Griff zu bekommen. *(GR Dipl.-Ing. Martin Margulies: Es sind zu viele Autos ...)*

Ja, dann kann man ja sagen: Wenn zu viele Autos da sind, dann ist offenbar der Bedarf an Automobilität groß. - Das ist ein marktwirtschaftliches Theorem. Ich weiß, damit haben die GRÜNEN nicht sehr viel am Hut. Worauf sie setzen, das ist mehr Direktionismus, mehr 80er Jahre, kommunistische Ideologie. Aber wenn man sich ein bisschen mit der Marktwirtschaft auseinandersetzt, mit dem, was die Menschen nämlich bewegt, dann weiß man: Wenn man den Menschen Alternativen bringt - wie zum Beispiel eine bessere öffentliche Anbindung mit Park-and-ride-Stationen, mit Parkplätzen -, dann werden sie in ihrem eigenen Interesse auf das Auto verzichten, so wie man es auch in anderen Bereichen sieht.

In Wien jedoch macht man Folgendes: Man denkt nicht daran, Alternativen zu bieten, sondern man stellt die Menschen hier völlig vor vollendete Tatsachen, verhindert ihre Mobilität, verhindert ihr Dasein. Und so entsteht ein Chaos in Wien, wie wir es derzeit haben, meine Damen und Herren. *(GR Dipl.-Ing. Martin Margulies: Verbohrt bis zum Gehnichtsmeer!)*

Richtig, es ist eine verbohrtete Ideologie, die die GRÜNEN haben - die reicht wirklich zurück, glaube ich, in den Kommunismus. *(GR Dipl.-Ing. Martin Margulies: Kommunismus?! Das hat nichts mit Kommunismus zu tun!)* Da ist einfach die Idee, mit einer Stärke von 12 Prozent wirklich alles richtig zu machen - und alle anderen, die nicht die Meinung der GRÜNEN übernehmen, haben

offenbar unrecht. Die Oberlehrerhaftigkeit der GRÜNEN geht, wie gesagt, zurück in die Zeit der 80er Jahre, wo eine gewisse Ideologie zum Glück in die Mülltonne der Geschichte gekübelt worden ist, so wie Sie die Unterschriften von 150 000 Mitbürgern und Mitbürgerinnen gekübelt haben. Und das ist der eigentliche Skandal in dieser Stadt, sehr geehrte Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP und von GRin Mag Dr Barbara Kappel.)*

Aber Sie sehen ja, was Sie angerichtet haben - oder wollen es nicht sehen, ich weiß es nicht. Es gibt - das wurde mir berichtet, und das wurde mir auch von der Polizei bestätigt - einen extremen, aggressiven Unmut, und es kommt zu Vandalenakten in betroffenen Bezirken, zu Beschädigungen von Fahrzeugen, speziell, wenn sie Nichtwiener-Kennzeichen tragen.

Ja, sehr geehrte Damen und Herren, ist Ihnen das vollkommen egal, dass wir hier Zustände bekommen wie in anderen Städten - ich möchte jetzt wirklich bewusst keine Beispiele nennen -, wo sich ein Aggressionspegel zeigt, der in dieser Stadt in keinsten Weise jemals vorhanden war, nur weil man nicht versucht, lösungsorientiert zu arbeiten, sondern ideologisch verboht - und da ist dieses Wort vollkommen angebracht - die Menschen dazu nötigt, Aggressionen auszuleben, weil sie sich nicht mehr anders zu wehren wissen?

Die Politik von Rot-Grün gibt keine Antworten, sie stellt die Menschen leider vor unlösbare Probleme. Menschen, und vor allem AlleinerzieherInnen, haben nicht mehr die Möglichkeit, ihre Kinder ordentlich von der Schule abzuholen. Man hat viele Mobilitäten, und das lässt sich in den Außenbezirken nicht so leicht bewerkstelligen. Wenn man dort wohnt, so wie ich, dann weiß man, wie mühsam es ist, in einem Außenbezirk von einer Station zur anderen zu fahren. Das ist nicht so lustig, wie wenn man vielleicht vom 6. in den 7. Bezirk mit öffentlichen Verkehrsmitteln unterwegs ist. Da mag es gut funktionieren, aber in den Außenbezirken ist die Situation eine ganz andere. Da hätte man zuerst den öffentlichen Verkehr ausbauen müssen, dann hätte es vielleicht funktioniert. Aber diese Alternative ist Rot-Grün schuldig geblieben. Ein verbilligtes Jahresticket alleine löst hier noch kein Problem. Man sieht es ja ohnehin, dass die Kapazitäten im öffentlichen Verkehr nicht reichen, sehr geehrte Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn Sie sich jetzt hier den Bezirksvorsteher von Währing sozusagen als Feindbild vornehmen - und es wurde ja heute hier am Rednerpult von einem Vertreter der GRÜNEN eine entsprechende Drohung ausgesprochen, indem dieser gemeint hat, na, der wird schon noch lernen, dass er besser beraten wäre, das Parkpickerl einzuführen! -, dann ist das genau jene Art von Demokratie, die eben in der besagten Art und Weise in den Kommunismus zurückreicht, nämlich indem man sagt, wir sagen als Zentralorgan Rot-Grün hier, was für die Menschen gut ist!

Und es ist eine rot-rote Regierung, die wir in Wirklichkeit haben, keine rot-grüne, in ihrer Art und Weise des undemokratischen, autoritären Verhaltens, das Sie an den Tag legen. Sie haben nämlich hier versucht, den höchsten demokratischen Vertreter dieser Stadt, nämlich

den Bezirksvorsteher Homole, der nichts anderes gemacht hat, als dass er die Menschen befragt hat, in ein Eck zu stellen, in dem er jetzt offenbar das Problem hat. Er hat das Richtige gemacht: Er hat die Menschen befragt - und die Menschen haben zu zwei Dritteln Nein gesagt. Und diese Mehrheit muss respektiert werden. Man kann nicht einfach so lange abstimmen, bis einem das Ergebnis gefällt. Dieses Wirrwarr, dieses Chaos, diese Flops in Wien, das ist alleine der rot-grünen Regierung und speziell der grünen Stadträtin zuzuschreiben, sehr geehrte Damen und Herren.

Faktum ist: Sie versuchen hier, mit einer Minderheit einer Mehrheit Ihren Willen aufzudrängen. 73 Prozent der Wienerinnen und Wiener geben an, ein Auto zu benutzen *(Rufe bei den GRÜNEN: Ich auch!)* - das ist ein Faktum, das hoffentlich auch die GRÜNEN nicht abstreiten. Gegen diese qualifizierte Mehrheit machen Sie aber Politik - denn man kann ja sein Auto nicht wirklich verwenden, man kann es ja nur vielleicht gerade noch dort abstellen, wo man wohnt, aber auch nicht wirklich, weil ja auch hier wieder Einschränkungen gegeben sind -, und Sie nehmen die Bedürfnisse der Menschen nicht ernst.

Und das ist ein Problem, wenn man versucht, den Menschen Vorschriften zu machen. Es muss die Freiheit entstehen und bestehen, dass einfach jeder entscheiden kann, welchen Modal-Split er für sich in Anspruch nimmt, und man kann sehr wohl durch Angebote versuchen, es in eine Richtung zu lenken.

Ich bin durchaus dafür, dass Sie den öffentlichen Verkehr ausbauen. Dann werden auch die Bürgerinnen und Bürger Wiens und auch die Einpendler das Angebot annehmen, nur: Dann muss es eben passieren! - Es passiert jedoch nicht. Im Gegenteil, es geht beim U-Bahn-Bau nicht weiter, es werden beim 43er die Intervalle nicht verdichtet, sondern die Sessel herausgerissen. *(GR Mag Rüdiger Maresch: Es gibt keine „Sessel“!)*

Es ist einfach ein Zustand in öffentlichen Verkehrsmitteln. Die U2 ist in der Zwischenzeit überfüllt - jeden Tag wird darüber berichtet. Wir haben die Situation, dass wir auf manchen Strecken ja gar nicht mehr mehr Menschen in die öffentlichen Verkehrsmittel hineinbringen, weil es einfach an den Ressourcen fehlt, weil die Infrastruktur nicht vorhanden ist. *(GR Mag Rüdiger Maresch: Wann sind Sie das letzte Mal mit der Straßenbahn gefahren? – Die, die niemals fahren mit der Straßenbahn, reden davon!)*

Folglich kann das Modell von Grün und Rot-Grün nicht funktionieren, und es ist jetzt wirklich an der Zeit, dass sich die SPÖ überlegt, für wen sie in dieser Stadt die Verantwortung trägt, und die Notbremse zieht. Denn es ist schon eigenartig, dass die SPÖ so geduldig ihrem Wählerschwund ins Auge sieht. Wir kennen die Umfragen, Sie kennen sie auch: Sie haben extreme Probleme, gerade in den Außenbezirken. *(GR Mag Rüdiger Maresch: Und die ÖVP-Umfragen kennen wir auch!)* - Unse-re sind nicht so schlecht *(GR Siegi Lindenmayr: 10 Prozent ...)*, aber eure auch nicht, denn ihr habt ja versucht, hier auch noch ... *(Neuerlicher Zwischenruf von GR Mag Rüdiger Maresch.)* Aber die SPÖ ist der massive Verlierer in dieser Situation, und ich wundere mich, dass auf

ihrer Seite ein so großer Geduldsfaden vorhanden ist. Offenbar gibt es Informationen, die uns nicht bekannt sind, die die SPÖ dazu verleiten, dieses Treiben der Frau Vizebürgermeisterin weiter mitzutragen.

Das Türschild der BürgerInnenbeteiligungsstadträtin hat die Frau Vizebürgermeisterin, glaube ich, ohnehin schon abmontiert. Zumindest habe ich es nicht mehr gesehen; verwendet hat sie es sowieso noch nie. Es wäre auch gut, wenn wir die Ressortverteilung dahin gehend abändern würden, damit es dann auch formell nicht mehr dort ressortiert, weil es einfach unrichtig ist - vor allem dann, wenn man noch andere Vertreter dieser Stadt in Exekutivfunktion, wie den Bezirksvorsteher Homole, der eben Demokratie und Bürgermitbeteiligung lebt und vorgemacht hat, entsprechend beschuldigt.

Die ÖVP ist nämlich die einzige Kraft in diesem Haus, die Bürgermitbeteiligung lebt - und das muss Ihnen einmal ins Stammbuch geschrieben sein, sehr geehrte Damen und Herren. (*GR Mag Rüdiger Maresch: Ins „Stammbuch“, genau!*) Ja, ich weiß, dass euch das sehr unangenehm ist (*GR Mag Rüdiger Maresch: Derjenige, der nie mit der Straßenbahn fährt ...*), und ich weiß auch ganz genau und ich sage euch, das Ganze - mit einem bisschen Zynismus könnte ich das jetzt behaupten - hätte jetzt einen kleinen Vorteil und wäre vielleicht auch eine Richtungsschnur in die Zukunft: Mittlerweile weiß ganz Österreich von dem Parkpickerchaos in Wien. Selbst im fernsten Westen Österreichs werde ich darauf angesprochen, was denn da los sei in Wien, wie da umgegangen wird. Menschen haben sogar schon Angst, mit dem Auto nach Wien hereinzufahren, weil sie sagen, da wird mein Auto ja zerkratzt, wenn ich nicht mit Wiener Kennzeichen unterwegs bin! (*GR Mag Rüdiger Maresch: Das sind eure Geschichten!*) - Das sind einfach die Dinge, die die Menschen bewegen. Wir haben mit diesem Thema weit über die Grenzen der Stadt hinaus quasi Bekanntheit erzielt.

Und was die Menschen natürlich auch, gerade im Westen, registrieren, ist, was eine grüne Regierungs-beteiligung ausmacht. Und so gesehen ist es vielleicht ein Segen für die gesamte Republik - auch wenn wir Wienerinnen und Wiener dafür büßen müssen -, insofern, als es nie mehr in irgendeiner Stadt und nie mehr in einem Bundesland, aber auch nicht auf Bundesebene eine grüne Regierungs-beteiligung geben wird. Zumindest das ist der Erfolg dieses Parkpickerls, sehr geehrte Damen und Herren von den GRÜNEN. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ihr habt euch vollkommen disqualifiziert, auch mit dem Thema Mariahilfer Straße. Auch darauf werden wir heute noch einmal eingehen, denn dort ist dasselbe Drehbuch angewendet worden: Es wird einfach, ohne Rücksicht auf die Betroffenen, eine grüne Idee hingeworfen. Dann heißt es: Ja, es gab eine Bürgerbeteiligung. - Da wurden irgendwelche Leute eingeladen; die, die gerade Zeit gehabt haben, waren dort. Wer weiß, ob es wirklich alle waren, die eingeladen worden sind? Ich kenne sehr viele, die dort wohnen, die keine Einladung bekommen haben. Das als demokratischen, partizipativen Prozess zu verkaufen, ist einer Demokratie nicht würdig, und schon gar nicht einer westlichen Demokratie.

Sie haben letztendlich hier Projektunterlagen von Anfang an unter den Tisch fallen lassen, Sie haben die Bürger nicht ehrlich informiert und haben deshalb hier auch nicht die Möglichkeit gegeben, zu einem Gesamtkonzept oder zur Frage, ob die Mariahilfer Straße überhaupt umgestaltet werden soll, Stellung zu nehmen. Sie fahren einfach drüber in der Hoffnung, dass Sie Ihre eigene grüne Kernklientel bedienen können.

Ähnlich geht es uns leider auch mit der sehr ideologisierten Verkehrspolitik, einem Fahrradwege-Boom, der viele verkehrsgefährdende Trassenführungen zur Folge hatte. Fahrbahnen werden nämlich für schmale Mittelstreifen gekappt, Staus sind vorprogrammiert, und Fahrradwege wurden so verbreitert, dass die Autofahrer an manchen Stellen quasi gezwungen werden, um die Flüssigkeit des Verkehrs irgendwie noch aufrechterhalten zu können, die Straßenverkehrsordnung zu übertreten. Das heißt, man kriminalisiert den Autofahrer, nur weil man dort einfach ideologisch einen Fahrradstreifen braucht, um irgendwo in seiner eigenen Statistik etwas beweisen zu können. Für die Verkehrssicherheit, für die Radwege in den Bezirken, dort, wo sie nicht so prestigeträchtig sind, wie in den Außenbezirken, ist aber kein Geld da. Da lese ich nichts und da höre ich nichts, dass etwas geschieht. Nein, einen Ring-Rund-Radweg brauchen wir, denn der hat ja entsprechenden Prestigecharakter.

Aber, sehr geehrte Damen und Herren, Sie werden uns als ÖVP nicht in das Eck drängen können, dass wir nur kritisieren, denn wir waren die Ersten, die sich an den Tisch gesetzt haben und konstruktiv Vorschläge gemacht haben, wie man die Verkehrsprobleme gesamt-haft in den Griff bekommen kann.

Und wenn Sie sich nicht mehr daran erinnern können, dann werde ich den Rest meiner Zeit jetzt dazu nutzen, Ihnen punktuell ein Maßnahmenpaket vorzustellen oder in Erinnerung zu rufen, von dem ich glaube, dass es notwendig ist, in dieser Stadt dazu zurückzukehren. Ich bin schon gespannt, ob die Frau Vizebürgermeisterin dann auch Antworten darauf findet.

Nämlich: Eine Beendigung des Klassenkampfes zwischen Autofahrern und Radfahrern. Stattdessen brauchen wir ein Miteinander in der Verkehrspolitik. Nicht das gegeneinander Ausspielen der Modalitäten, nicht das gegeneinander Ausspielen der Verkehrsteilnehmer, nicht das Tabuisieren des Autofahrers, sondern das konstruktive Miteinander ist das Gebot der Stunde. Und das wäre auch notwendig, um den Aggressionspegel in dieser Stadt zu senken.

Wir brauchen ein besser durchdachtes Modell der Parkraumbewirtschaftung als das derzeitige Modell, das nur verlagert und nur eine Wellenbewegung auslöst. Wir haben hier ein Mehrzonenmodell vorgestellt. Vielleicht ist es ja noch ein Diskussionsgegenstand.

Wir brauchen eine Gleichstellung der Rechte und Pflichten von Autofahrern und Radfahrern. Auch da ist einiges zu tun. Radfahrer brauchen natürlich auch die Sicherheit. Und das ist eigentlich das Interessante, dass gerade unter grüner Regierungs-beteiligung die Zahl der Fahrradunfälle so nach oben geschneilt ist. Wir brauchen eine sicherheitsintensive Maßnahme zur Herstellung der

Fahrradsicherheit, vor allem in den Außenbezirken, aber wir brauchen auch ein Verständnis für die Pendler, für ihre Anliegen, und auch bei uns das Verständnis dafür, dass wir die Einpendler benötigen als Arbeitskräfte, aber auch als Konsumenten und letztendlich als Bürgerinnen und Bürger unseres Staates, von dem wir nun einmal auch die Bundeshauptstadt sind.

Wir brauchen die baulichen Voraussetzungen dafür, dass der Verkehr wieder fließen kann und dass Lebensqualität eintritt, das heißt, wir brauchen auch einen fließenden Individualverkehr. Und wir brauchen einen Stopp der Bevormundung durch die GRÜNEN bei der Wahl des Verkehrsmittels jedes Einzelnen. Jeder Mensch, jeder Bürger und jede Bürgerin ist selbst in der Lage zu entscheiden, welches Verkehrsmittel er oder sie nützen kann und nützen möchte.

Deshalb brauchen wir letztendlich ein Gesamtkonzept für den Verkehr, einen Masterplan. Den wünsche ich mir, den fordere ich ein, und das sage ich vor allem in Richtung der SPÖ, die diesen einfordern muss: einen gesamten Masterplan für den Verkehr, ruhend wie fließend, um endlich die Probleme in der Stadt in den Griff zu bekommen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Mit Ihrer Taktik der Konfliktsteigerung bei der Parkraumbewirtschaftung und mit einer weiteren Ausdehnung der Parkraumbewirtschaftungszonen ist eine Politik erreicht, die, glaube ich, das Ende vor Augen hat. Es sind die Grundsätze der Demokratie betroffen. Wir haben ein Maß an Widerspruch in der Bevölkerung, wie es noch nie dagewesen ist. Wir haben auch Aggressionspotenziale, die ernst zu nehmen sind. Um die Situation nicht weiter eskalieren zu lassen, liegt es jetzt in Ihrer Hand, dieses System abzuändern. Und ich hoffe, dass die heutige Anfrage und die heutige parlamentarische Debatte dazu beitragen, zur Sachlichkeit zurückzukehren (*VBgmin Mag Maria Vassilakou: Das war jetzt ... „Zur Sachlichkeit zurückzukehren“!*), die Blockierer außen vor zu lassen und den Menschen in dieser Stadt wieder die Mobilität zu ermöglichen, die sie verdient haben. - Vielen Dank. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Ich danke dem Herrn Gemeinderat für die Begründung. Zur Beantwortung der Dringlichen Anfrage hat sich die Frau amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihr. – Bitte, Frau Vizebürgermeisterin.

VBgmin Mag Maria **Vassilakou**: Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Vorsitzender!

Die an mich gerichtete Dringliche Anfrage möchte ich wie folgt beantworten:

Zu 1: Ich hege keine persönlichen Bestrebungen, sondern handle auf Basis wissenschaftlicher Grundlagen und politischer Vereinbarungen. (*Ruf: ... unterschrieben haben wir!*) Wir, aber auch VerkehrsplanerInnen haben immer vor möglichen Verdrängungseffekten gewarnt und es den Bezirken vorbehalten, Korrekturen bei den Grenzziehungen durchführen zu können. Nichts anderes wird derzeit diskutiert. Diese Bestrebungen müssen aber

von den jeweiligen Bezirken ausgehen.

Ich möchte an dieser Stelle erneut in Erinnerung rufen, dass die Entscheidung, die Parkraumbewirtschaftung auszuweiten auf ein gewisses Gebiet, auf einen bestimmten Bezirk, zunächst eine Entscheidung ist, die auf Bezirksebene getroffen werden muss. Sodann, wenn der Auftrag durch den Bezirk erfolgt, habe ich Vorsorge dafür zu treffen, dass die Ausweitung möglich ist. Daran hat sich weiterhin nichts geändert.

Zu 2: Der Zeitpunkt der Befragung steht noch nicht fest. Die inhaltlichen Grundlagen für die Fragestellung werden derzeit in ExpertInnenrunden erarbeitet, die noch stattfinden. Teil dieser Runden sind Interessenvertretungen, Politiker und Politikerinnen, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Umweltexperten und vieles Weitere mehr. Sobald Zeitpunkt und Fragestellung feststehen, werden sie den Wienerinnen und Wienern vorgestellt.

Zu 3: Die Arbeitsgruppe tagt noch in mindestens zwei weiteren Runden. Bisher wurden unterschiedliche Modelle zur Parkraumbewirtschaftung diskutiert. So hat beispielsweise der ÖAMTC sein Zonenmodell vorgestellt, der ARBÖ unter anderem die Einführung des 15-Minuten-Parkscheins eingebracht, und etliche andere Vorschläge wurden eingebracht und diskutiert. Darüber hinaus wurde in der vergangenen Sitzung über die Pläne für Garagenbau und Park-and-ride-Plätze in Wien beraten.

Zu 4: In den Gebieten, in denen die Parkraumbewirtschaftung eingeführt worden ist, hat sie sich bewährt und für mehr freie Parkplätze gesorgt. Beobachtungen zeigen, dass die Schätzungen der Planungsgemeinschaft Ost, wonach nach Einführung der Parkraumbewirtschaftung rund 20 Prozent der PendlerInnen auf Öffis umsteigen würden, zutreffend sind. Insofern hat die Parkraumbewirtschaftung den erhofften Lenkungseffekt erzielt.

Um Verdrängungseffekte zu vermeiden, lautete der ursprüngliche Vorschlag, der von Seiten unseres Ressorts unterbreitet wurde, auf Bewirtschaftung eines zusammenhängenden Gebiets im Westen Wiens. Dass sich der 18. Bezirk aus Parteiloyalität dazu entschlossen hat, die Parkraumbewirtschaftung nicht umzusetzen, ist in der Tat jetzt ein Problem. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Aber wir haben im Regierungsübereinkommen festgehalten, dass die Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung nur mit Zustimmung der Bezirke erfolgen soll. (*GR Ing Mag Bernhard Dworak: Dort, wo Rot-Grün die Mehrheit hat!*) Zudem regelt die Wiener Dezentralisierung eindeutig, dass es Angelegenheit eines Bezirks ist, zu entscheiden, ob er die Parkraumbewirtschaftung wünscht oder nicht. Der Herr Bezirksvorsteher des 18. Bezirks ist weiterhin herzlich eingeladen, sich konstruktiv an einer Lösung zu beteiligen. Sollte es, und ich wiederhole es, sollte es im 18. Bezirk zu einem Meinungswandel kommen, stehe ich selbstverständlich jederzeit auch dafür zur Verfügung, die Ausweitung im 18. Bezirk zügig vorzunehmen. (*Beifall bei den GRÜNEN und von GR Siegi Lindenmayr.*)

Zu 5: Das ist schon geschehen: Senkung der Tarife der Wiener Linien vor Einführung der Parkraumbewirtschaftung. Davon profitieren alle, auch Niederösterrei-

cherinnen und Niederösterreicher, die nun eine Jahreskarte der Wiener Linien um 80 EUR billiger, das heißt um nur mehr 1 EUR pro Tag, erwerben können. Weitere Maßnahmen sind der Ausbau von Park-and-ride-Stellplätzen im Stadtgebiet - 7 000 neue Stellplätze sind geplant - und die Verdichtung der Schnellbahnintervalle beziehungsweise der Intervalle der U6.

Eine weitere Maßnahme sind Vergünstigungen in Park-and-ride-Anlagen in Kombination mit der Jahreskarte der Wiener Linien - besteht bereits, könnte aber sogar noch attraktiver gestaltet werden. Wesentlich ist aber hier, sicherzustellen, dass diese noch attraktiver zu gestaltenden Plätze tatsächlich Pendlerinnen und Pendlern zur Verfügung stehen und nicht vorwiegend von Anrainerninnen und Anrainern in Anspruch genommen werden, so wie es derzeit vielfach der Fall ist, weil viele, die in der Umgebung von Park-and-ride-Anlagen wohnen, draufgekommen sind, dass natürlich ein Dauerplatz in einer Park-and-ride-Anlage wesentlich günstiger ist als jeder entsprechende Platz in jeder anderen Garage in Wien.

Zu 6: Im rot-grünen Regierungsübereinkommen ist unter dem Kapitel Verkehr auf den Seiten 64 und 65 ein klares Bekenntnis zur Errichtung neuer Garagen beziehungsweise Park-and-ride-Anlagen festgeschrieben. Ich zitiere: „Die Errichtung von Wohnsammelgaragen wird besonders auf die Gründerzeitviertel und die dicht bebauten Stadtgebiete mit einem hohen Stellplatzdruck fokussiert. Dieser Bau von zusätzlichen Abstellplätzen soll eine Verlagerung von PKW-Dauerstellplätzen in Garagen und substanziell mehr Platz an der Oberfläche für die Menschen, den Radverkehr und den öffentlichen Verkehr schaffen. Weiters soll der Bau von Wohnsammelgaragen vornehmlich an Standorten geschehen, die bereits versiegelt sind. Dazu sollen entsprechende Konzepte erarbeitet werden.“

Und weiters: „Um den Pendlerverkehr verstärkt vom Auto auf die Öffis in Wien umzulenken, werden weitere Park-and-ride-Anlagen an Einfüllpunkten öffentlicher Verkehrsmittel möglichst am Stadtrand errichtet werden.“

Ende 2010 wurde im 19. Bezirk die Wohnsammelgarage 12.-Februar-Platz mit 204 Stellplätzen fertiggestellt. Mitte 2011 ging im 11. Bezirk die Garage Simmeringer Markt mit 140 Stellplätzen in Betrieb. Im Herbst 2011 folgte die Garage in der Missindorfstraße mit 122 Parkplätzen. In Siebenhirten wurde die bestehende Park-and-ride-Anlage um 242 Stellplätze erweitert und im Herbst 2011 für die PendlerInnen geöffnet. Zur Zeit wird im 1. Bezirk eine Garage in der Zelinkagasse mit 250 Stellplätzen errichtet.

Im derzeitigen Garagenprogramm sind weitere 17 Standorte mit insgesamt 3 270 Stellplätzen enthalten. Zwecks dem Bau neuer Wohnsammelgaragen seien folgende derzeit in Planung befindliche Standorte erwähnt:

Im 2. Bezirk: Areal Nordbahnhof mit 250 Stellplätzen – angestrebter Baubeginn Anfang 2013.

Im 16. Bezirk: Wattgasse mit 180 Stellplätzen – angestrebter Baubeginn Ende 2013.

Im 16. Bezirk: Hernalser Hof mit bis zu 150 Stellplätzen – derzeit Abklärung der Rahmenbedingungen.

Im 17. Bezirk: Ottakringer Straße mit 120 Stellplätzen – angestrebter Baubeginn Ende 2012. Und im 17. Bezirk: Areal der Firma Manner mit 150 Stellplätzen – angestrebter Baubeginn Frühjahr 2013.

Für die Überarbeitung des bestehenden Garagenprogramms sind auch die Erweiterung der Parkraumbewirtschaftung, die neue Tarifpolitik der Wiener Linien und Pilotprojekte im ruhenden Verkehr, etwa Carsharing und AnwohnerInnenparken, wichtige Rahmenbedingungen. Diese Auswirkungen auf den künftigen Garagenbau in Wien sollten sinnvollerweise auch in die Überlegungen für ein neues Garagenkonzept einfließen. Mit den Vorarbeiten für das neue Garagenprogramm wurde bereits begonnen. Geplant ist eine Beschlussfassung bis Sommer 2013 durch den Wiener Gemeinderat.

Zu 7: Die von der ÖVP eingebrachte Fragestellung zur Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung war verfassungsrechtlich nicht zulässig. Jetzt die gleiche Frage erneut zu stellen und prüfen zu lassen, wäre mäßig sinnvoll, denn das Ergebnis der Prüfung durch den Verfassungsdienst wäre dasselbe.

Zu 8: Für ArbeitnehmerInnen und UnternehmerInnen, die für die Verrichtung ihrer Tätigkeit auf das Auto angewiesen sind, bestehen Ausnahmen. Sie können eine Parkkarte bei der zuständigen Behörde, der MA 65, beantragen. Die Regelung wurde im Einvernehmen mit der Wirtschaftskammer Wien und der Arbeiterkammer Wien erlassen. Die Details und Kriterien bitte ich Sie, bei den zuständigen Behörden beziehungsweise bei der Wiener Wirtschaftskammer zu erfragen.

Zu 9: Für Familien mit Kleinkindern besteht, wie für jeden anderen Autofahrer auch, die Möglichkeit, in der ganzen Stadt zu parken. Durch die Einführung des Parkpickerls gibt es in den bewirtschafteten Gebieten wieder freie Parkplätze.

Zu 10: Der Ausbau der neu zu errichtenden Anlage außerhalb Wiens soll entlang der S-Bahn-Linien erfolgen. Gemäß derzeitigem Garagenprogramm sind alleine in Wien weitere etwa 7 000 Park-and-ride-Parkplätze in Planung. Kurzfristig werden die Park-and-ride-Anlagen Spittelau und Heiligenstadt ausgebaut. Mittelfristig werden im Bereich Altes Landgut, Verteilerkreis Favoriten, Simmering Süd, Aspern Seestadt und Perfektastraße neue Anlagen errichtet. Längerfristige Standorte sind Stockholmer Platz, Rothneusiedl, Strebersdorf und Alt Erlaa.

Ich möchte dennoch bei dieser Gelegenheit erneut darauf hinweisen, dass es hier Sinn macht, in Park-and-ride-Anlagen vermehrt bereits in Niederösterreich zu investieren. Hier haben dann Pendler die Möglichkeit, bereits, wie gesagt, in Niederösterreich umzusteigen, was eine gute Überleitung macht zu Punkt 11.

Zu 11: Ich bin laufend im Gespräch mit Verkehrslandesrat Wilfing, in engster Abstimmung mit Finanzstadträtin Renate Brauner. Ohne die entsprechende Finanzierung nützt die beste Idee nämlich nichts (*Zwischenruf von VBgmin Mag Renate Brauner.*) - gar nichts, wie sie eben bestätigt. Die Förderung wird durch die Abteilungen des Finanzressorts abgewickelt - so ist es. Die Förderungen von Park-and-ride-Anlagen, die Förderungen von

Wohnsammelgaragen werden nicht über das Verkehrsressort abgewickelt, sondern über das Finanzressort - immer schon. Daher gibt es auch Gespräche zwischen niederösterreichischen Politikern mit Finanzstadträtin Brauner, welche jedoch durch gegenseitige Informationsweitergabe inhaltlich abgesprochen sind. (*VBgmin Mag Renate Brauner: So ist es!*) Auch ich treffe mich demnächst mit Landesrat Wilfing, um diverse Punkte zu besprechen. Im Vorfeld der niederösterreichischen Wahl will die ÖVP offensichtlich mit vielen Abstimmungsgesprächen bei den Niederösterreicherinnen und Niederösterreichern punkten. Das ist im Übrigen auch nichts Außergewöhnliches.

Wir werden die Chance wahrnehmen und in diesem Zusammenhang versuchen, gemeinsame Fortschritte zu erzielen. Es geht dabei nicht um gegenseitige Vorwürfe, sondern wir wollen wirklich Tatsachen schaffen. Lhptm Pröll hat im Radio bereits angekündigt, bis Ende des Jahres etwa 900 Park-and-ride-Plätze in Niederösterreich neu zu schaffen. Landesrat Wilfing möchte unter anderem die Schnellbahntakte verdichten und eventuell aufgelassene Zugverbindungen reaktivieren. Wir sind immer gesprächsbereit, und wir werden uns keinen Gesprächen, die Vorteile für alle Wienerinnen und Wiener bringen können, verschließen.

Wobei ich an dieser Stelle sehr wohl betonen möchte, dass es hier nicht nur darum geht, Maßnahmen zu treffen, die im Sinne der Bundeshauptstadt sind, sondern dass es vielmehr darum geht, Maßnahmen zu treffen, die im Sinne der gesamten Ostregion sind. Denn: Die gesamte Ostregion hat eine Klimabilanz vorzulegen. Die gesamte Ostregion hat Maßnahmen zur Bekämpfung des Feinstaubes zu setzen. Die gesamte Ostregion hat neue Wege zu suchen, um Staureduktion zu betreiben. Die gesamte Ostregion hat Investitionen in den öffentlichen Verkehr zu tätigen, damit Tausende von Pendlerinnen und Pendlern täglich eine leistbare, bequeme und rasche Alternative zum Auto haben. Und die gesamte Ostregion hat sich Gedanken zu machen, wo kluge Park-and-ride-Standorte in der Nähe von S-Bahn- oder Bahnstationen zu errichten sind und wie diese finanziert werden.

Lassen Sie mich Ihnen an dieser Stelle erneut sagen: Wenn es zu gemeinsamen Projekten kommt, halte ich es sehr wohl für sinnvoll, dass es hier auch die eine oder andere finanzielle Kooperation gibt. Denn wenn wir davon sprechen, dass in der Ostregion die Luft, der Staub, der Verkehr, eigentlich sämtliche Mobilitätsflüsse, die es gibt, kommunizierende Gefäße sind, dann bedeutet das, dass wir eine gemeinsame Planung brauchen, verbindliche gemeinsame Entscheidungen brauchen und auch eine gemeinsame Finanzierung brauchen. (*Beifall bei den GRÜNEN und von GR Erich Valentin.*)

Sie wissen ganz genau wie ich, dass wir in der politischen Auseinandersetzung über eine gedeihliche gemeinsame Entwicklungsperspektive in der Ostregion auf alle Fälle nicht so weit sind, dass wir allen Ernstes behaupten könnten, dass in der unmittelbaren Zukunft die Entstehung gemeinsamer Beratungs- und Entscheidungsgremien in Aussicht steht, geschweige denn die

gemeinsame Finanzierung von Entscheidungen dieser Gremien - was ich, wie gesagt, sehr wohl begrüßen würde.

Denn es ist eine etwas absurde Situation, mit der wir konfrontiert sind: Eine Bundeshauptstadt Wien zu haben und dann um diese Hauptstadt Österreichs herum schlussendlich auch den üblichen Ballungsraum, wie man ihn kennt von allen Metropolenregionen Europas, mit dem zentralen Unterschied, dass es andernorts in Europa eine Selbstverständlichkeit ist, dass für die Metropole eine gemeinsame politische Entscheidungs- und Verwaltungsebene da ist. Wir haben derartige Strukturen nicht und werden sicher nicht tatenlos zusehen, wie Niederösterreich weitestgehend durch viele, viele Investitionen in Straßenprojekte in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten den Verkehr produziert und in Wien tatenlos kassiert.

Wenn Sie mich fragen, ob es einen besseren Weg gibt, dann lautet die Antwort: Ja, es gäbe einen besseren Weg. Österreich ist föderalistisch organisiert, das müssen wir vorerst einmal auch zur Kenntnis nehmen - es ist so (*GR Mag Wolfgang Jung: Vorerst?!*) -, aber es gäbe die Möglichkeit, hier gemeinsam Schritte zu tätigen, gemeinsame Beratungsstrukturen, wie gesagt, zu entwickeln, verbindliche gemeinsame Entscheidungen zu treffen und diese auch umzusetzen. Dann würde die Verkehrssituation in der Ostregion eine andere sein und eine andere werden.

Zu 12: Die Mariahilfer Straße in ihrer jetzigen Gestalt kann den FußgängerInnenzustrom, den sie erfährt, nicht mehr aufnehmen. Deshalb besteht Handlungsbedarf, wie beispielsweise auch die Wirtschaftskammer bestätigt, vor allem vor dem Hintergrund einer wachsenden EinwohnerInnenanzahl. Nicht zu handeln, wäre jetzt verantwortungslos.

Die BürgerInnen werden bei der Neugestaltung der Mariahilfer Straße maximal eingebunden werden. Im Rahmen des BürgerInnendialogs vom vergangenen Herbst haben tausende Nutzerinnen und Nutzer der Mariahilfer Straße ihre Interessen und Bedürfnisse deponiert. Auf Basis dieser Erkenntnisse haben dann Verkehrsplaner, Politiker, Bezirksvertreter ein grundlegendes Verkehrskonzept erarbeitet. Wesentliche Elemente dieses Konzepts, wie beispielsweise die Querung Schottenfeldgasse - Webgasse oder Otto-Bauer-Gasse - Zieglergasse oder die Linienführung des 2A werden durch Befragungen der BürgerInnen entschieden. Für die Gestaltung der Oberfläche der Mariahilfer Straße ist ein breit angelegtes Beteiligungsverfahren vorgesehen, das im kommenden Frühjahr nach den Befragungen starten soll.

Zu 13: Insgesamt wird durch die Verkehrsberuhigung auf der Mariahilfer Straße die Verkehrsbelastung in den zwei Bezirken Mariahilf und Neubau sinken. Begleitend dazu sind beispielsweise Temporeduktionen vorgesehen und auch so mit den zwei Bezirksvorstehern abgestimmt.

Zu 14: Für entsprechende Ein- und Ausfahrtmöglichkeiten für den Lieferverkehr und die AnwohnerInnen mit genehmigten Parkplätzen wird es geeignete Möglichkeiten geben.

Zu 15: Alle Untersuchungen zeigen, dass Einkaufsstraßen davon profitieren, wenn sie in FußgängerInnenzonen umgewandelt werden. Schon jetzt kommen über 80 Prozent aller Kunden und Kundinnen mit den Öffis auf die Mariahilfer Straße, viele mit dem Rad oder zu Fuß. Hier wird es zu keinem Kaufkraftverlust kommen, im Gegenteil: Die Mariahilfer Straße wird zu einem lebenswerten neuen Stadtzentrum werden, das konkurrenzfähig und modern bleibt.

Zu 16: Dafür können wir sorgen, indem wir in der Gestaltung ausreichend Raum für konsumfreie Zonen beziehungsweise für Liefermöglichkeiten vorsehen. Da das Gestaltungskonzept unter Einbindung der Bürgerinnen und Bürger entwickelt wird und diese bereits mit höchster Priorität deponiert haben, dass sie mehr Raum zum Verweilen brauchen, dass es hier auch um konsumfreie Zonen geht, dass es hier auch um die Möglichkeit geht, die Mariahilfer Straße nicht nur als Einkaufsstraße, sondern auch als Aufenthaltsort im Freien für Familien, die in der Umgebung wohnen, nutzen zu können, liegt es auf der Hand, dass auch das, was von der Bevölkerung deponiert wird, in dieselbe Richtung gehen wird.

Das heißt, ich wiederhole: Man kann durch ein kluges Gestaltungskonzept sehr wohl Plätze für die Gastronomie vorsehen, so wie es bereits jetzt der Fall ist, aber auch ausreichend Raum für Liefermodalitäten und für konsumfreie Zonen.

Zu 17: Für die UnternehmerInnen auf der Mariahilfer Straße wird es ausreichend Liefermöglichkeiten geben. Die Attraktivierung der Straße selbst wird aller Voraussicht nach zu einer erhöhten Kundenfrequenz führen und die Mariahilfer Straße konkurrenzfähig halten, gerade vor dem Hintergrund neuer Einkaufszentren, die an der Stadtgrenze zu Wien errichtet werden und die ihrerseits zu massivem Kaufkraftabfluss führen.

Lassen Sie mich an dieser Stelle hinzufügen: Da keine Sperre droht, drohen auch keinerlei Absiedelungen. Ich weiß nicht, von welcher Sperre in der Fragestellung die Rede ist.

Zu 18: Für die Realisierung der Mariahilfer Straße sind auf Grund der noch ausstehenden BürgerInnenbeteiligung noch keine seriösen Schätzungen der Kosten möglich. Auf Grund ihrer Länge vergleichbare Projekte bewegten sich im niedrigen zweistelligen Millionenbereich.

Zu 19: Ein sehr wichtiger Schritt für die Entflechtung von FußgängerInnen- und Radverkehr wäre die Aufhebung und Flexibilisierung der Radwegebenutzungspflicht. Denn gerade schnelle Radlerinnen und Radler sollen die Möglichkeit haben, auch auf der Straße fahren zu können. Zusätzlich wird in Wien eine durchgängige Markierung von Radwegen zur besseren Sichtbarkeit erwogen, und zwar in einer Kontrastfarbe. Hierzu sind Erhebungen im Gange. Auch Radstraßen beziehungsweise radfreundliche Straßen tragen zur Entflechtung der Verkehrsströme übrigens wesentlich bei.

Zu 20: Das Verkehrssystem in Wien wird laufend evaluiert und beobachtet. Sollten Schwierigkeiten durch falsche Planungen entstehen, werden Korrekturen durchgeführt. Der Bereich Burggasse/Breitegasse wird

aktuell evaluiert.

Zu 21: Wir wollen in Wien ein funktionierendes System aus Fahrradstraßen etablieren, wie viele andere Gemeinden in Österreich auch. Leider sieht die derzeit gültige Straßenverkehrsordnung keine Fahrradstraßen vor. Deshalb hat man sich in Wien dafür entschieden, im Rahmen der bestehenden gesetzlichen Regelungen sogenannte fahrradfreundliche Straßen zu etablieren. Ein gutes Beispiel für eine hervorragend funktionierende fahrradfreundliche Straße ist die Hasnerstraße im 16. Bezirk. Dort genießen die RadlerInnen Vorrang, aufgenommen bei Kreuzungen mit öffentlichem Verkehr.

Gemeinsam mit den BezirksvorsteherInnen suchen wir derzeit nach geeigneten Straßen, um weitere fahrradfreundliche Straßen in Wien zu errichten. Die Entscheidung darüber ist allerdings auf Grund der Dezentralisierung Bezirksangelegenheit. Ich ersuche daher um Verständnis, dass ich hier nicht vorgehen darf und daher auch nicht konkret verkünden könnte, welche fahrradfreundlichen Straßen sonst kommen, solange die Bezirke die entsprechenden Entscheidungen nicht treffen.

Zu 22: Meist werden neue Radwege im Zuge von Neugestaltungen von Straßen errichtet. Ein Beispiel dafür ist die neue Ottakringer Straße. Im Rahmen der Neugestaltung der Ottakringer Straße hat es ein umfangreiches BürgerInnenbeteiligungsverfahren, an dem mehrere Hundert Menschen teilgenommen haben, gegeben. Hier haben die Bürgerinnen und Bürger den Wunsch nach einer Radfahranlage deponiert. Diesem wurde nachgekommen. Ähnlich wird die Beteiligungsmöglichkeit bei der Neugestaltung der Mariahilfer Straße sein. Grundsätzlich muss es zum Standard jedes Bauprojektes einer gewissen Größe gehören, die BürgerInnen frühzeitig und umfassend zu informieren und in die Planung mit einzubeziehen. Für entsprechende Grundlagen wird ein Handbuch zur BürgerInnenbeteiligung sorgen, das bis Ende des Jahres fertig sein wird und dann auch entsprechend vorgestellt wird.

Zu 23: Die Prioritäten für den Ausbau des Radwegenetzes in Wien liegen auf Lückenschlüssen und durchgängigen Radrouten. Mit dieser Strategie wird sich in Wien auch das untergeordnete Netz an Radfahranlagen verbessern.

Unbeschadet dieser strategischen Priorität schreitet das Unfallhäufungsstellen-Entschärfungsprogramm voran, und zwar auch hier nach klaren Prioritäten: Jene Stellen, an denen sich bedauerlicherweise besonders häufig Unfälle ereignen, werden zunächst entschärft; jene, die nicht so eine hohe Häufung aufweisen, nachgereiht.

Unabhängig von alledem möchte ich an dieser Stelle meinen, dass es ausgerechnet beim Ring-Rund-Radweg sehr wohl Sinn machte, dringend auszubauen, denn der Ring-Rund-Radweg ist überlastet. Bei mehr als einer Million Radfahrerinnen und Radfahrern in einer Saison, mit gleichzeitig einer dankenswerterweise extrem hohen Nutzung des Ringes durch Fußgängerinnen und Fußgänger, darunter sehr viele Touristengruppen, liegt es auf der Hand, dass es hier zu Überlastungen kommt und dass es Sinn macht, hier dringend für die notwendige

Entlastung zu sorgen, indem man eben eine zweite Bahn zur Verfügung stellt. Eine weitere Entlastung würde hier ohne bauliche Maßnahmen erfolgen, wäre es etwa möglich, die Radwegebenutzungspflicht aufzuheben oder zu relativieren und hier schnellen Radlern die Möglichkeit zu geben, sich auf dem Ring fortzubewegen, was aber bis auf Weiteres, wie gesagt, aktuell nicht möglich ist.

Ich meine, dass es hier Sinn machen würde, wenn sich auch die ÖVP ein bisschen entscheiden könnte, was eigentlich ihr Konzept ist im Zusammenhang mit dem Radverkehr. Denn eines ist klar: Je mehr Menschen sich in Wien für das Radfahren begeistern, desto mehr werden wir mit der Situation konfrontiert sein, dass Radfahranlagen überlastet sind. Dann gilt es, entweder noch weitere Radfahranlagen daneben zu bauen, oder die Möglichkeit zu geben, dass Menschen auf der Fahrbahn fahren, oder fahrradfreundliche Straßen zu ermöglichen, oder auf alle Fälle eine Lösung dafür zu finden, dass Tausende von Menschen sich in allen Städten weltweit und Gott sei Dank auch in Wien für das Radfahren begeistern.

Was jedenfalls nicht funktioniert, ist, gegen das Fahren auf der Fahrbahn zu sein, gegen fahrradfreundliche Straßen zu sein, gegen den Ausbau von neuen Radfahranlagen zu sein; und dann auch noch zu sagen, dass man möchte, dass Konflikte mit Fußgängerinnen und Fußgängern entschärft werden, nämlich überall dort, wo sie auf Grund von Überlastung auf den Gehsteigen vorkommen. Das geht nicht! Die Quadratur des Kreises ist noch nicht erfunden worden. Und mit Verlaub: Die ÖVP hat, glaube ich, wie gesagt, ein noch nicht ganz ausge-reiftes Konzept im Zusammenhang mit der Regelung des Radverkehrs in Wien.

Zu 23, die Prioritäten für den Ausbau des Radbaunetzes – das habe ich schon beantwortet. Damit, meine sehr geehrten Damen und Herren, habe ich alle 23 Fragen, die an mich gerichtet waren, beantwortet.

Ich möchte abschließend grundsätzlich eines anmerken: Es würde uns, denke ich, allen sehr viel leichter fallen, sachlich zu diskutieren, wenn etwas weniger Theatralik zum Einsatz käme. Ich verstehe, manche von uns sind begabt, lieben die Bühne, neigen dann dazu – wie gesagt, mit großer Theatralik – hier Probleme zu schildern. Bisweilen kann man sich die Frage stellen, ob sie in derselben Stadt wohnen, in der ich wohne, beziehungsweise wo sie auf derartige sozusagen bürgerkriegsähnliche Zustände gestoßen sind. Wir alle sind freilich viel in der Stadt unterwegs, und ja, es gibt ob der Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung einiges an Aufregung; aber derart tragische Zustände und Aufstände, so wie sie hier immer wieder insinuiert werden, gibt es nicht, und man wird sie auch nicht herbeireden können.

Wenn man den Ausführungen des Herrn GR Stiftner lauschte, so muss man feststellen: Er sieht sich von Kommunisten umzingelt. (*Heiterkeit bei FPÖ und ÖVP. – StR Mag Manfred Juraczka: So viele seid ihr nicht! – Rufe und Gegenrufe zwischen ÖVP/FPÖ und GRÜNEN.*) Herr GR Stiftner sieht sich von Kommunisten umzingelt. Das ist traurig. Ich kann es nur zur Kenntnis nehmen. Ich

hege ehrlich gesagt keine Hoffnung mehr, dass Sie sich noch einarbeiten werden. Aber was ich hier einmal mehr zu wiederholen versuche, ist, dass das, was wir in Wien umsetzen, klimaschonende, ökologische, stadtgerechte Verkehrspolitik ist, die ein Ziel verfolgt: Die Öffis attraktiv zu machen, das Rad attraktiv zu machen, das zu Fuß Gehen attraktiv zu machen, und die Abhängigkeit vom Privatauto so weit als möglich zu reduzieren. Das tun derzeit alle Städte weltweit. Das tut auch Wien, und mit Erfolg. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Danke, Frau Stadträtin, für die Beantwortung der Dringlichen Anfrage. Ich eröffne die Debatte, wobei ich bemerke, dass die Dauer der Diskussion maximal 180 Minuten beträgt. Zur Debatte über die Beantwortung der Dringlichen Anfrage hat sich Herr StR Mag Juraczka zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm, wobei ich bemerke, dass die Redezeit mit 20 Minuten begrenzt ist.

StR Mag Manfred **Juraczka**: Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich darf dort nahtlos anschließen, wo ich in der Aktuellen Stunde aus Zeitgründen innehalten musste. Habe ich mich in der Aktuellen Stunde primär mit der Herangehensweise der GRÜNEN an das Thema Verkehr befasst, so will ich jetzt weitergehen. Allerdings: Die Wortmeldungen, die ich heute im weiteren Verlauf von Seiten der Grünen Fraktion zu diesem Thema hören musste, und auch jetzt die Beantwortung der Frau Vizebürgermeisterin zeigen mir, dass wir ganz offensichtlich in zwei verschiedenen Städten leben. Anders kann ich es mir nicht erklären.

Nur ein Beispiel: Wenn der Kollege Chorherr hier an diesem Rednerpult wieder einmal ob seiner Visionen vor Glückseligkeit niederbricht und völlig außer Acht lässt, dass es für die Politik nicht nur redlich, sondern notwendig ist, Verständnis und Akzeptanz in der Bevölkerung zu suchen, dann kann ich mich nur wundern. Und wenn der Kollege Chorherr uns wieder einmal eines seiner Lieblingsthemen der letzten Wochen und Monate erklärt hat, dass er nämlich diese Volksbefragungen nie als gescheit empfunden hat. Also der Herr Chorherr hat das ja eigentlich immer ganz skeptisch gesehen, und die grünen Volksbefragungen – na, damit hat man nie etwas am Hut gehabt.

Jetzt macht man viel lieber Bürgerveranstaltungen, wo man sich nett zusammensetzt; dann gibt es vielleicht noch irgendeine Percussion-Gruppe, die trommelt ein bisschen für das Arbeitslosengrundeinkommen weltweit; und dann kommen irgendwelche Wortmeldungen, die fasst man zusammen, und das ist jetzt die Bürgerbeteiligung, wie sie sich die GRÜNEN vorstellen. – Nein. (*Der Redner hält ein Schriftstück in die Höhe.*) Ich habe hier etwas – nicht dass das ein Papier wäre, das mir besonders ans Herz gewachsen wäre – aus dem Bereich Partizipation und Mitbestimmung des rot-grünen Wiener Regierungsprogramms. Darin steht ganz explizit: „Volksbefragungen sollen häufiger eingesetzt werden.“ (*GR Dipl-Ing Martin Margulies: Aber eine Volksbefragung machen wir!*) Das freut mich. (*Weitere Zwischenrufe bei den GRÜNEN.*) Sie haben auch noch Wortmeldungen,

Herr Kollege Ellensohn. Melden Sie sich zu Wort, ich werde Ihnen ganz begeistert zuhören, aber lassen Sie mir jetzt bitte meine Redezeit!

Genauso auch die letzte Wortmeldung der Frau Vizebürgermeisterin. Frau Vizebürgermeisterin! Ja, Sie sind noch im Saal, vielen herzlichen Dank. Ich verahre mich bei allen politischen Unterschieden, die wir haben, nur gegen eines: Dem Währinger Bezirksvorsteher Homole zu unterstellen, dass er aus Parteilaison handelt, indem er eine Bürgerbefragung in seinem Bezirk durchgeführt hat, und zwar mit einem Ergebnis, das Sie kennen: Zwei Drittel der Menschen haben sich dort gegen die Parkraumbewirtschaftung ausgesprochen. Und es ist nicht, wie von den Währinger Grünen behauptet, der gesamte Bezirk gefragt worden. Hätte man Pötzleinsdorf mit einbezogen, hätten wir wahrscheinlich eine Ablehnungsrate von 85 Prozent gehabt. *(GR Mag Rüdiger Maresch: Wie war das in Meidling?)* Hier wird ganz bewusst von Ihrer Seite mit Unwahrheit gehandelt, und ich würde Sie ersuchen, Frau Vizebürgermeisterin, nicht von Parteilaison zu reden, das ist Ihrer nicht würdig! – Herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP und von GR Ing Udo Guggenbichler.)*

Ich möchte aber diese Wortmeldung jetzt dafür nutzen, mich der zweiten Regierungsfraktion in diesem Haus zu widmen, der Wiener SPÖ. Sie ist doch bei den letzten Wahlen mit 45 Prozent ausgestattet worden. Sie ist, wenn ich mich nicht irre, die größte Fraktion und sollte aus diesem Wahlergebnis doch auch so etwas wie einen gestalterischen Auftrag mitgenommen haben. Wenn ich mir so die Propaganda der GRÜNEN aus den letzten Wochen und Monaten ansehe, dann frage ich mich: Was hat eigentlich den damaligen Stadtrat Rudi Schicker geritten? Er hat nämlich – wie ich glaube, völlig zu Recht – noch im Jahr 2010 gesagt: „Keine Ausdehnung der Parkraumbewirtschaftung vor 2015, wir müssen zuerst in Form von Garage und Park-and-ride-Plätzen für Parkraum sorgen.“

War er jemand, der gegen mehr Lebensqualität war? War StR Rudi Schicker jemand, der unbedingt asthmapranke Kinder in dieser Stadt wollte? Ich denke, nein. Uns werfen Sie das vor, nur weil wir glauben, dass diese Art und Weise, wie Sie jetzt das Parkpickerl einführen, einfach konzeptlos, chaotisch und undurchdacht ist. Meine Damen und Herren, man lebt einfach nicht in einem Elfenbeinturm; man muss über solche weitreichenden Einführungen, über solch weitreichende Konzepte einfach abstimmen lassen.

Gibt das nicht auch gerade den vernünftigen Kräften innerhalb der SPÖ zu denken, wenn ein ja wirklich nicht gerade als wadelbeißerisch verschriener Präsident Leitl sagt, dass das, was hier in Wien passiert, massiv wirtschafts- und unternehmerfeindlich ist? Und er appelliert an die Stadt! Gibt es nicht zu denken, wenn Lhptm Pröll, der durchaus einen guten Kontakt mit dem hiesigen Bürgermeister hat, von einem „unfreundlichen Akt“ spricht? Wenn Landesrat Wilfing sogar von einer „Kriegserklärung“ spricht? *(GR Mag Rüdiger Maresch: Ihr habt zufällig einen Wahlkampf in Niederösterreich!)* Ich habe gerade gemeint: Jetzt habe ich mich um Ihre

Fraktion gekümmert *(GR Dipl-Ing Martin Margulies: Und jetzt kümmern Sie sich um Ihre!)*, das war eh schon mehr Zeit, als Ihnen eigentlich zusteht, jetzt darf ich mich ein bisschen mit der Sozialdemokratie auseinandersetzen.

Aber auch der Lhptm Niessl, um einen Sozialdemokraten zu nennen, hat ja massive Vorbehalte gegen dieses Modell, wie es derzeit umgesetzt wurde. Auch wenn ich mir die Reaktion von Bgm Häupl auf die Probleme, die mit 1. Oktober eingetreten sind, ansehe, dann ist mir nicht klar, wer da hü sagt und wer da hott sagt. Einerseits kalmiert der Bürgermeister nach Niederösterreich: Es ist keine großräumige Ausdehnung angedacht und kein Mensch will auf der Jubiläumswarte ein Parkpickerl. Und heute erklärt er uns wieder mit ein paar Daten vom Statistischen Zentralamt, wie viel Quadratmeter wo sind. Und na ja, wenn wir Hernals, Ottakring und Penzing noch als Gesamtes dazunehmen, das ist ja marginal, das ist ja nicht so dramatisch.

Also ich muss ganz ehrlich gestehen: Der Herr Bürgermeister sollte es so machen wie die Bezirksvorsteherin aus Hernals. Er sollte sagen: Das, was wir jetzt haben, funktioniert nicht. Und was ich mir vom Herrn Bürgermeister auch wünschen würde, wäre, dass er ganz nüchtern die Situation analysiert und sagt, wir haben jetzt alle die Chance auf eine zweite Chance, was die Parkraumbewirtschaftung in dieser Stadt betrifft.

Dass wir hier eine zweite Chance brauchen, hat eigentlich schon diese denkwürdige Pressekonferenz am 17. Juli gezeigt. Sie wissen, das war eine Pressekonferenz von Bgm Häupl, gemeinsam mit VBgmin Vassilakou, wo man schon vor der Einführung am 1. Oktober das Zusammentreten einer Arbeitsgruppe erklärt hat, die sich über Verbesserungen den Kopf zerbrechen musste, weil man ganz offensichtlich schon vorher wusste, das wird ein Schuss ins Knie werden, wie es ja tatsächlich leider Gottes auch eingetreten ist. Nur, wenn ich bei dieser Pressekonferenz am 17. Juli eine Volksbefragung in Aussicht stelle, für alle Wienerinnen und Wiener, mit dem Votum des Herrn Bürgermeisters, da reden wir dann über die Grundsatzfragen des ruhenden Verkehrs, jetzt nach der Salamtaktik, unausgegoren, da und dort ein bisschen auszuweiten – das macht keinen Sinn, und ich glaube, das weiß die Sozialdemokratie auch.

Was wesentlich ist – und dann kommen wir vielleicht des Pudels Kern schon viel näher: Was will man eigentlich mit dieser Parkraumbewirtschaftung? Ich habe wie sehr viele andere Wienerinnen und Wiener einen Brief bekommen, unterschrieben von Häupl und Vassilakou: „Sehr geehrte Familie Juraczka“, und es ging um Parkraumbewirtschaftung. Darin steht ein interessanter Satz: „Ziel dieser Parkraumbewirtschaftung ist, Mobilität zu erhalten.“ – Zitat Ende. So weit, so gut. Vor wenigen Wochen sagt Frau VBgmin Vassilakou beim großen Gespräch, das vom „Kurier“ initiiert wurde: „Ziel der Parkraumbewirtschaftung ist, jede Fahrt, die verhindert werden kann, zu verhindern.“ – Zitat Ende. Na, vielleicht sollten sich die beiden Regierungspartner einmal darüber einig werden, was sie bitte mit der Parkraumbewirtschaftung wollen. Wollt ihr Mobilität vernünftig kanalisieren, oder wollt ihr Fahren verhindern? Wenn man nicht von

den gleichen Rahmenbedingungen ausgeht, dann muss automatisch so ein Murks herauskommen, wie es sich jetzt ganz offensichtlich zeigt.

Dass wir – im Gegensatz zu anderen, die sehr wohl Gesprächsverweigerung betreiben – jederzeit bereit sind, uns einzubringen, zeigen wir heute auch mit einem Antrag, den wir einbringen. Es ist dies ein Antrag, den nicht nur wir seit Jahr und Tag für sinnvoll erachten. Wir haben schon im Jänner 2012 ein Konzept für die Parkraumbewirtschaftung präsentiert, wo es darum ging, im Falle einer Ausdehnung über den Gürtel hinaus alle Bezirke außerhalb des Gürtels zu einer Zone zusammenzufassen. Mittlerweile gibt es ein ähnliches Konzept vom ÖAMTC, mittlerweile gibt es ein ähnliches Konzept vom ARBÖ, mittlerweile gibt es genau diesen Vorschlag auch von SP-Bezirken. Denken wir doch darüber nach! Brechen wir nicht alle Brücken ab! Die Menschen da draußen wollen Lösungen und nicht ein stures Beharren auf irgendwelchen Justament-Standpunkten wie vom Kollegen Maresch.

Kollege Maresch kommt mir in letzter Zeit ein bisschen vor wie der Kabarettist Gunkl, der nämlich auch Experte für eh fast alles ist. (*GR Mag Rüdiger Maresch: So wie Sie!*) Gehen Sie doch ein bisschen in sich! Betreiben Sie vielleicht auch ein bisschen Selbstreflektion! Es ist keine Schande, auch für Sie nicht, Herr Kollege, hier und da vernünftiger zu werden. Ich glaube, jetzt ist angesagt – und da appelliere ich gerade an die Sozialdemokratie, weil mir hier bei der Nachfolgefraktion der Kommunistischen Partei in dieser Stadt leider Gottes schon die Vision fehlt, aber bei der SPÖ hoffe ich darauf –, dass wir es endlich schaffen, eine Politik der Vernunft zu betreiben statt Hetze und gegeneinander Aufbringen zur Tagesordnung zu erklären. – Herzlichen Dank.

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zu Wort ist Herr GR Mag Maresch gemeldet. Ich erteile es ihm.

GR Mag Rüdiger **Maresch** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrter Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Nach den wohlgeformten Worten des Herrn StR Juraczka möchte ich nun ein paar Dinge noch einmal Revue passieren lassen. Interessant ist es natürlich, wenn man sagt, die Parkraumbewirtschaftung funktioniert nicht. Aber Kollege Juraczka muss ja nur von seinem Berg hinunterschauen auf das andere Hernals. Dann wird er nämlich bemerken, dass im anderen Hernals – nämlich nicht in der nobleren Gegend von Hernals, sondern in der ganz normalen Gegend von Hernals –, wo vorher die Überparkung stattgefunden hat, das Parkpickerl sehr wohl funktioniert. Die Frau Bezirksvorsteherin hat genauso wie ich aus dieser Gegend viele Mails bekommen, in denen der Wunsch geäußert wurde: Wir wollen das Parkpickerl auch über diese jetzige Linie hinaus haben.

Es kann natürlich schon sein, dass das Parkpickerl auch in der Czartoryskigasse kommt und es dort dann sehr viel Platz gibt und nicht mehr diese, ich sage jetzt einmal, Dauerparker – aus der Steiermark, aus der Slowakei oder aus Vorarlberg – stehen, sondern dann in

Wirklichkeit normale Verhältnisse einziehen. Gleichzeitig kommt der Vorwurf: Währing handelt nicht aus Parteilaison.

Also: Bei dem Gespräch mit den drei ÖVP-Bezirksvorstehern, Herr Stadtrat, waren Sie nicht dabei, aber ich schon. Dort hat Ihr oberster Vertreter des Bürgermeisters in Währing gesagt, dass er vernünftigerweise die Befragung in zwei Teilen machen wird – dafür gibt es Zeugen –, nämlich mit einem inneren und einem äußeren Teil. Im inneren Teil glaubt er, dass es die Mehrheit für das Parkpickerl gibt. Ich glaube, wenn wir darüber reden, dass wir weiter hinausgehen, dann hätten wir noch mehr gehabt, verrät in Wirklichkeit den Schelm.

Sie haben das genauso ausgemacht mit Ihrem Vorsteher, dass genau das herauskommt, was Sie brauchen können. Sie haben zum Beispiel auch verhindert, dass die ÖVP den zweiten Beschluss in Meidling fasst. Die ÖVP-Meidling hat nämlich sehr wohl für die Ausdehnung des Parkpickerls gestimmt. Die FPÖ hat sich vor nicht allzu langer Zeit daran erinnert, Sie haben dazu keinen Ton gesagt. Die ÖVP-Meidling hat ursprünglich für die Ausdehnung des Parkpickerls gestimmt. (*Zwischenrufe bei der ÖVP. – GR Dipl-Ing Roman Stiftner: Das stimmt nicht!*) Das stimmt nicht? Interessant! Das kann man im Internet nachlesen, aber nein. Gleichzeitig sagen Sie uns natürlich auch: Die Herren Leitl, Pröll und Wilfing, drei veritable Vertreter der ÖVP in der österreichischen Politik, machen natürlich keine ÖVP-Politik. Die beiden Herren Pröll und Wilfing haben natürlich keinen Landtagswahlkampf zu führen, und es ist natürlich überhaupt nicht so, dass die sich jemals darum gekümmert haben.

Da möchte ich Sie daran erinnern, Herr Stadtrat: Auch der Bürgermeister von Mödling wollte die Parkraumbewirtschaftung ausdehnen. Da dort die FPÖ Unterschriften gegen die Parkraumbewirtschaftung gesammelt hat, hat er sich an das Amt der Niederösterreichischen Landesregierung gewandt; und seltsamerweise war die Antwort der Niederösterreichischen Landesregierung, dass man zu Gebühren keine Befragung durchführen darf. Sie haben offensichtlich auf Anfrage einer österreichischen Tageszeitung gesagt, der Herr Bürgermeister von Mödling wäre irregeleitet gewesen. Faktum war nur, dass die Antwort der Niederösterreichischen Landesregierung genau die gleiche Antwort war, die Sie von den Vertretern des Verfassungsdienstes bekommen haben.

Das heißt aber in Wirklichkeit: Was in Niederösterreich recht und billig ist, ist in Wien ganz fatal und wir sollten das ändern. Der Herr Bezirksvorsteher Homole ist hergegangen und hat gesagt: Wenn die Mehrheit in Währing will, dass es ist, dann soll sie eine Befragung durchführen. Die Mehrheit in Währing kann keine Befragung durchführen, wenn sie sich nicht verfassungsbrecherisch tut.

Dann möchte ich noch auf ein paar Dinge eingehen, die Kollege Stiftner erwähnt hat – die Frau Vizebürgermeisterin hat ja davon schon gesprochen. Zuerst, in seiner ersten Tranche, sprach er davon, dass wir die Berliner Mauer errichten. – An der Berliner Mauer, Kollege Stiftner, sind Leute erschossen worden! Das war eine

Mauer, die ein demokratisches Regime von einem diktatorischen Regime getrennt hat. (*Zwischenrufe bei ÖVP und FPÖ.*) Sie haben den Begriff Berliner Mauer für die Parkraumbewirtschaftung und die Nichtparkraumbewirtschaftung ... (*GR Mag Wolfgang Jung: Demokratischer Schutzwall!*) – Ja, ja, demokratischer Schutzwall, genau, das würde euch so passen.

Nächster Punkt war: Jetzt beim zweiten Mal sprachen Sie von Kommunisten, offensichtlich überall, rote Stadtregierung, man müsse sich fürchten, die bösen Kommunisten hätten die Stadt im eisernen Würgegriff. – Also wenn man gleichzeitig davon redet, dass man verbal abrüstet, dann möchte ich, dass Abrüstung hier auch passiert. Es macht nämlich sonst keinen Sinn, die Diskussionskultur weiterhin aufrechtzuerhalten, wenn jemand sagt, da sind Kommunisten am Werk und Vergleiche mit der Berliner Mauer anstellt, und wenn man permanent, sage ich jetzt einmal, Märchen erzählt. Ich meine das Märchen vom zerkratzten Auto, das Märchen von zerstochnen Reifen und die Märchen von was weiß ich, was noch. (*GR Dipl.-Ing Roman Stiftner: Das ist polizeibekannt!*) Noch einmal: Vandalismus gibt es in dieser Stadt, leider Gottes, vielleicht zu viel. Aber noch einmal: Zu sagen, das hat mit dem Parkpickerl zu tun, das ist hanebüchen und an den Haaren herbeigezogen! (*GRin Mag Ines Anger-Koch: Ja, sicher!*)

Dann geht Kollege Stiftner her und sagt, aus der Straßenbahn wurden die Sessel herausgerissen. – Also, er ist wohl schon lange nicht mehr mit der Straßenbahn gefahren, denn da gibt es meines Wissens keine Sessel, sondern Bänke. Aber es macht nichts. (*Heiterkeit und Zwischenrufe bei FPÖ und ÖVP. – GR Mag Wolfgang Jung: Dann fahren Sie mal mit der Straßenbahn!*) Bänke wurden vielleicht herausgerissen. Und sie wurden nicht herausgerissen, sondern es gab in einer 43er-Straßenbahn einen Versuch, das zu machen. (*Weitere Zwischenrufe bei FPÖ und ÖVP.*) – Ja, ja, genau. Aufregung ist gut, denn dann wächst das Herzerl, finde ich ganz wichtig.

Jetzt aber zurück zu den Fakten. Die Parkraumbewirtschaftung hat für Wien eine Entlastung gebracht, was Feinstaub, Stickoxid und Lärm betrifft. Die Bürgerinnen und Bürger, die in den parkraumbewirtschafteten Gebieten wohnen, haben weitaus weniger Verkehr, haben ein großes Plus an Lebensqualität. Anders ist es nicht zu erklären, dass in vielen Teilen der Stadt einfach ein paar Dinge weiterhin passieren. Dort wollen Leute nach wie vor die Einführung der Parkraumbewirtschaftung. Deswegen gibt es die Aussendung, die die Bezirksvorsteher verlangen, und zwar wird im 16., im 17. und im 14. Bezirk darüber nachgedacht, möglicherweise auch im 12.

Faktum ist, Sie haben das überhaupt ignoriert. Das sind in die Irre geleitete Bezirksvorsteher, die da irgendetwas machen wollen, Bezirksvorsteher, die den Bürgermeister vorantreiben, irgendwohin. Also noch einmal: Ihr Bündnispartner, der ÖAMTC, hat ein Blatt ausgeteilt, nämlich unter dem Titel „Faires Parken in Wien“. Bei diesem fairen Parken sind die drei ÖVP-Bezirke ausgenommen. Das gibt es nicht. Faires Parken gibt es natürlich, dort ist immer alles gratis, anderswo wird fair geparkt.

Ich frage mich: Wenn Sie der Meinung sind, dass das notwendig ist, warum sagen Sie nicht, dass in Simmering, in der Donaustadt, in Floridsdorf fair geparkt werden soll, wie das der ÖAMTC will und auch Sie wollen? Warum sagen Sie nicht, dass dort Parkraumbewirtschaftung kommen soll? Weil Sie sich nicht trauen, meine Herren von der ÖVP! Jetzt sind Sie zwar eh untereinander beschäftigt, aber es ist so, Sie trauen sich nicht, das zu sagen.

Abschließend möchte ich über die Mariahilfer Straße sprechen. Bei der Mariahilfer Straße machen wir BürgerInnenbefragungen zu ganz konkreten Dingen – und nicht eine Bürgerbefragung, wo Leute ein Blatt kriegen, wo dick draufgedruckt ist: Wollen Sie, dass es so bleibt, wie es ist? Dieser Satz ist drei Mal so groß wie alles andere, und dann kommt das heraus, was die ÖVP gerne hätte. Wir machen partizipative Demokratie, wir lassen die BürgerInnen an den Entscheidungen teilhaben. Was Sie machen, ist bestenfalls Populismus und Schauen, dass man in Wirklichkeit irgendwelche Mehrheiten für irgendwelche Fragen bekommt. – Danke schön. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Mag Gudenus. Ich erteile es ihm.

GR Mag Johann **Gudenus**, MAIS (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Anwesenheit hier im Saal zeugt ein bisschen von der Ignoranz, die auch bei den Regierungsparteien gegeben ist, wenn es um ein so wichtiges Thema wie die Parkraumbewirtschaftung geht. Die Frau Vizebürgermeisterin ist ja noch da, welch Wunder! Nicht dass ich Mitleid hätte mit der Regierungsfraktion, nämlich mit der größeren Regierungsfraktion, der SPÖ, aber lassen Sie sich eines sagen: Sie lassen sich bitte von Ihrem kleineren Partner in der Regierung am Nasenring vorführen (*Beifall bei der FPÖ.*), wenn es nämlich darum geht, hier unpopuläre Politik zu machen, die mittlerweile im Endeffekt auch schon so manchen Rechtsbruch mit sich gebracht hat! Es ist eigentlich ein peinliches Schauspiel, das Sie hier abgeben: Eine Partei, die mit 45 Prozent gewählt wurde, lässt sich von einem kleineren Regierungspartner wirklich am Nasenring vorführen!

Da verstehe ich auch Ihren Frust. Man merkt ja in den letzten Wochen, wenn man hier in die Roten reinschaut, einen gewissen Frust. Er kann ja wohl nur darin liegen, dass Sie über diverse Umfrageergebnisse verfügen, die nicht veröffentlicht werden, die eben nicht in den Zeitungen stehen. So zum Beispiel wahrscheinlich im 11. Bezirk, wo die rote Bezirksgruppe schon ganz nervös ist und sich mit Händen und Füßen zumindest scheinbar dagegen wehrt, dass das Parkpickerl in Simmering eingeführt wird.

Also, mein kleiner Ratschlag, auch wenn ich in Wirklichkeit kein Mitleid habe: Befreien Sie sich endlich von diesem lästigen Anhängsel der Grünen Partei, das würde Ihnen besser tun! (*Beifall bei der FPÖ.*) Befreien Sie sich endlich von diesem lästigen Anhängsel! Es wäre ja kein Wunder, denn – auch das habe ich vor zwei Jahren, als das Regierungsübereinkommen hier präsentiert wurde,

gesagt –: Wer sich mit so einer Partei ins Bett legt, braucht sich nicht wundern, wenn er am nächsten Tag mit Flöhen aufwacht! Und genau das ist eingetreten, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei FPÖ und ÖVP.)*

Es gibt ein ganz lustiges Sprichwort, das ich gefunden habe. Es trifft nicht nur in der heutigen Diskussion zu und sagt: Ein Politiker ist wie ein Akrobat – und das trifft jetzt vor allem auf die Regierungsparteien zu –, er hält das Gleichgewicht, indem er das Gegenteil von dem tut, was er sagt. Das trifft eben ganz genau zu auf so manche Wortmeldungen heute und auf so manche Wortmeldung vor der Wahl. Siehe zum Beispiel die SPÖ: Die Parkpickerlzone werden nicht ausgeweitet. – Oder die GRÜNEN: Es wird ein faires, modernes Wahlrecht geben. – Das trifft ganz genau zu. Aber gut, das ist nun mal ein Sprichwort. Jeder soll sich sein eigenes Bild machen. *(GR Mag Rüdiger Maresch: Kärnten!)*

Es war eine sehr, sehr sachliche Beantwortung der Dringlichen Anfrage seitens der Frau Vizebürgermeister. Sehr charmant. Sie hat gesprochen, es bräuchte weniger Theatralik. Wenn wir über Theatralik sprechen, dann muss ich sofort an die Tragödie denken, die leider auch hier in Wien Einzug genommen hat. *(Beifall bei der FPÖ.)* Sie hat auch davon gesprochen, dass die Menschen eine Begeisterung fürs Fahrrad haben. Natürlich, das Fahrrad ist ein Fortbewegungsmittel. Es ist ein Mittel, mit dem man Sport betreiben kann, überhaupt keine Frage. Aber wenn die Begeisterung beim Fahrradfahren darin besteht, dass man mit einem Klapprad bei den Medien aufkreuzt, dann um die Ecke Richtung nach Hause fährt, und das Klapprad bei der ersten Gelegenheit in den Kofferraum des Dienstautos verstaut, dann ist das anscheinend Ihre Begeisterung fürs Fahrrad, Frau Vizebürgermeister, *(Beifall bei der FPÖ.)*, aber nicht die Begeisterung, die die Menschen sonst beim Fahrradfahren haben! Zum Beispiel, wenn es draußen schneit, hält sich, glaube ich, die Begeisterung eher in Grenzen; vor allem dann, wenn man nicht über ein eigenes Dienstauto verfügt, wo man das Fahrrad im Kofferraum verstauen kann.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Chaos in Wien hat einen Namen. Das Chaos in Wien sind die GRÜNEN, das ist die Frau VBgmin Vassilakou, das fleischgewordene Chaos. In ihrer Politik hier herrschen Planlosigkeit, eine Konzeptlosigkeit und auch eine Niveaulosigkeit vor. Und der einzige Plan, den man im Endeffekt festmachen kann, den man hier beschreiben kann, ist ein sehr gefährlicher, unsozialer und auch perfider Plan. Neben dem Plan, absichtlich Chaos zu schaffen und zu verursachen, ist Ihr Plan das Aussackeln der Wiener bis aufs letzte Hemd und damit die Finanzierung von Beauftragten, die Sie von der Grünen Partei stellen.

Das sind die sogenannten Green Jobs, von denen Sie gesprochen haben: der Fußgängerbeauftragte, der Fahrradbeauftragte. Ich frage mich nur: Wann kommt als Nächstes der Skateboard-Beauftragte oder der Bungjee-Jumping-Beauftragte? Das traue ich Ihnen alles zu, sehr geehrte Damen und Herren von den GRÜNEN, aber das ist eine völlig unsoziale, niveaulose Politik. Es ist unter

jeder Kritik, die Menschen auszusackeln und für Phantasierjobs das Geld zu verwenden und die Menschen auch bei der Parkpickerlfrage noch in die Tasche greifen zu lassen. Das ist eine unsoziale Politik, die wir ablehnen! Das ist gelebter Machtmissbrauch, das ist gelebte Arroganz, und das werden wir Freiheitliche sicherlich nicht auf uns sitzen lassen! *(Heftiger Widerspruch bei den GRÜNEN. – Zwischenruf von GR Mag Rüdiger Maresch.)* „Dauerentschuldigter Wansch?“ – Ja, das ist ja sehr interessant. Über jemanden, den Sie mit Ihrer Menschenhatz in eine ungesunde Situation treiben, der vor zwei Wochen von einem Gericht den Persilschein bekommen hat *(Ruf bei den GRÜNEN: Abzocker seid ihr! – Weitere Zwischenrufe bei den GRÜNEN)*, über den behaupten Sie, dass er bei zwei Sitzungen fehlt. Das ist wirklich unmoralisch! Schämen Sie sich, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Beifall bei der FPÖ. – Weitere Zwischenrufe bei den GRÜNEN.)* Das ist genau diese linke oder – ich würde das Wort kommunistisch verwenden – kommunistische Menschenhatz, die Sie betreiben! Wenn der Herr Wansch einen Herzinfarkt im Sommer hat und jetzt auf Rekonvaleszenz ist, und dieser Herzinfarkt, sage ich einmal, vielleicht teilkausal irgendwie damit zusammenhängt, dass eine Menschenhatz gegen ihn von Ihrer Seite aus betrieben wurde – da brauchen Sie nicht zu grinsen, Herr Lobo, das ist nicht lustig –; dann kann man hier bitte nicht anprangern, wenn dieser Mensch hier zwei Mal gefehlt hat.

Dieser Mensch regeneriert sich wieder. Und jetzt brauchen Sie nicht zu schauen. Gehen Sie sich einmal und schauen Sie einmal, was Sie für eine Menschenhatz betreiben! *(Zwischenrufe bei den GRÜNEN.)* Das Gericht hat bitte ganz klar gesagt, dass hier nichts vorliegt! Nichts liegt vor! Es wurden die Vorstände nicht abberufen. *(GR Mag Rüdiger Maresch: Ein moralisches Aushängeschild, der Herr Graf! Eine alte Frau ausnehmen!)* – Sehr geehrter Herr Margulies, weichen Sie nicht aus! *(Rufe und Gegenrufe zwischen FPÖ und GRÜNEN.)* Bei Ihnen trifft ein Sprichwort ganz besonders gut zu. Wie der Herr Solschenizyn, der kommunistische Widerstandskämpfer, gesagt hat: „Die Kommunisten schützen die wirklichen Kriminellen, aber sie kriminalisieren die Andersdenkenden.“ Und das betreiben Sie in Reinkultur, Herr Margulies, in Reinkultur! *(Anhaltender Beifall bei der FPÖ und von GRin Ing Isabella Leeb. – Widerspruch bei den GRÜNEN.)*

Aber ich will mich nicht gar nicht plagen mit Herrn Margulies und sonstigen Zwischenrufern. Sie können sich gerne zu Wort melden. Die Politik der GRÜNEN ist ja nichts anders als undemokratisch. Da haben wir eine Stadträtin für BürgerInnenbeteiligung, die hier hinten – nicht schweigend ins Gespräch vertieft ist, sondern sehr, sehr angeregt ins Gespräch vertieft ist – kein Interesse hat, was die Opposition zu sagen hat und zu kritisieren hat, sich in ihrer Anfragebeantwortung zurückzieht, mit ihren Mitarbeitern spricht und sich loben und huldigen lässt. Das ist die Stadträtin für BürgerInnenbeteiligung, die im Endeffekt eine Volksbefragung verhindert hat, für die mindestens 100 000 Menschen amtlich gültig unterschrieben haben. Das ist ein Armutszeugnis, Frau Vas-

silakou! Treten Sie hier und heute zurück! So etwas braucht Wien nicht! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Damit handelt es sich ganz offensichtlich um einen offenen Rechtsbruch im Machtausch, denn so sehr, wie Sie jetzt das Gutachten des Verfassungsdienstes verteidigen, dass die Fragestellung für die Volksbefragung anscheinend verfassungswidrig sein soll, genau mit demselben Enthusiasmus würde ich mir erwarten, dass Sie auch die Bezirksbeschlüsse, nämlich die Grundsatzbeschlüsse in den Bezirken bekämpfen und die Rechtswidrigkeit feststellen, damit im Endeffekt das ganze Prozedere, das damit begonnen wurde, ab absurdum geführt wird.

Aber das tun Sie natürlich nicht. Stattdessen werken Sie weiter in einer fast abstoßenden Rücksichtslosigkeit, damit Ihnen nur eines sicher ist: Der Beifall einer kleinen Gruppe. Den wollen Sie, damit Sie vielleicht noch 1 bis 2 Prozent dazugewinnen. Das ist Ihnen recht. Dieser Beifall ist Ihnen auch sicher. Aber der Großteil der Wienerinnen und Wiener ist angewidert. Angewidert! Sie sorgen hier in Wien, in unserer Heimatstadt, in der wir Frieden wollen, für eine Polarisierung, für eine Hetze. Sie sorgen für Aggression, Sie sorgen für Chaos und Hass. Sie säen bewusst Zwietracht, Sie spalten die Gesellschaft! Sie haben die Chaostage, zu denen Sie wahrscheinlich in Ihrer Jugend nach Deutschland hingefahren sind, nach Wien verlegt, weil Sie das so wollen. Aber das will keiner in Wien, meine sehr geehrten Damen und Herren! (*Anhaltender Beifall bei der FPÖ.*)

Das lässt sich relativ kurz zusammenfassen: Ihre Politik, vor allem die Politik der GRÜNEN, bedeutet Ideologie und Utopie statt Vernunft und Realismus. Sie bedeutet ja Weltfremdheit statt Realismus! Sie bedeutet Gutmenschen statt Menschlichkeit! Ihre Politik ist ewiggestrig statt zukunftsweisend. Ihre Politik bedeutet Geschäfte machen, auch im kleinen Bereich, für Ihre Taschen, statt Umweltschutz. Ihre Politik bedeutet Planwirtschaft statt sozialer Marktwirtschaft. Ihre Politik bedeutet Regelungswahn statt Eigenverantwortung und Freiheit, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ihre Politik erinnert am ehesten an die der Jakobiner, und ich will gar nicht ausführen, was diese Jakobiner alles gemacht haben. Es war vor allem der Terror gegen Andersdenkende. Das ist Ihre Politik, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ihre Politik ist gerichtet gegen das Gemeinwohl in Wien (*Zwischenrufe bei GRÜNEN und SPÖ.*), Ihre Politik dient dem Eigennutz, sie ist eine reine Klientelpolitik. Der beste Begriff, der auf Ihre Politik zutrifft, ist ein Begriff aus der griechischen Philosophie der Staatslehre: Ochlokratie, geprägt von Platon und auch Polybios, die Herrschaft der Schlechten. Und ich sage Ihnen eines: Wien hat sich etwas Besseres verdient als eine rot-grüne Stadtregierung! Wien hat sich etwas Besseres verdient als diese Stadträtin für Verkehr und BürgerInnenbeteiligung!

Ich bringe deswegen diesen Misstrauensantrag hier und heute ein, um auch hier Klarheit zu schaffen. Die Menschen misstrauen Ihnen! Auch wenn dieser Antrag heute abgelehnt wird, die Menschen misstrauen Ihnen;

und das ist im Endeffekt auch die Bilanz, die Sie in spätestens zwei, drei Jahren ziehen werden. (*Beifall bei FPÖ und ÖVP.*)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zu Wort gemeldet ist Herr GR Lindenmayr. Ich erteile es ihm.

GR Siegi **Lindenmayr** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren!

Stellen Sie sich folgende Situation vor – vielleicht haben Sie es schon erlebt, aber man kann es sich sicher gut vorstellen –: Man steigt mit mehreren Personen in einen engen Aufzug ein, und ganz plötzlich passiert einem der Mitfahrenden ein Missgeschick und im Aufzug breitet sich Gestank aus. Meistens ist es ja so, dass dann der, der es war, ganz empört alle anderen anschaut und vielleicht schon sagt, na, wer war denn das? Die Situation, die wir derzeit haben, erinnert mich sehr daran. Dass wir hier Hass und Zwietracht, wie das ÖVP und FPÖ nennen, haben, das ist ganz alleine Ihnen zuzuschreiben. (*Widerspruch bei FPÖ und ÖVP. – GRin Mag Ines Anger-Koch: Nein!*)

Das ist Ihnen zuzuschreiben, weil Ihre beiden Parteien, noch bevor die Parkraumbewirtschaftung in Kraft getreten ist, schon begonnen haben, die Menschen aufeinander aufzuhetzen; und jetzt ernten Sie eben die Früchte dieses Erfolges, nämlich aufgestochene Reifen und Ähnliches. Das ist genau die Politik, die Sie monatelang über Medien und auf Bürgerversammlungen verbreitet haben. Das ist der Erfolg. Das ist die Ernte aus der Saat, die Sie gesät haben. Die Schuld für Hass und Zwietracht ist ganz alleine auf Ihrer Seite zu finden. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN. – Heftiger Widerspruch bei FPÖ und ÖVP. – StR Mag Manfred Juraczka: Jetzt sind wir dann wieder ernst! – GR Dipl-Ing Martin Margulies: Schämen Sie sich, Herr Juraczka!*)

Es wurde vom Kollegen Juraczka beispielsweise gesagt: Der gestalterische Auftrag der SPÖ – wo ist denn der? Ja, tatsächlich, es ist so, wir haben eine rot-grüne Stadtregierung, das heißt, wir sind Regierungspartei, und eine Regierungspartei muss immer die Gesamtinteressen vor Einzelinteressen stellen. Was bedeuten denn die Gesamtinteressen? Der öffentliche Straßenraum ist nicht beliebig vermehrbar, er ist begrenzt. Daher muss man sich überlegen, was man mit diesem öffentlichen Straßenraum macht, und zwar einerseits für den Fließverkehr und andererseits auch für den ruhenden Verkehr. Die PKWs werden natürlich mehr in manchen Gebieten, aber es können natürlich nicht alle gleichzeitig fahren.

Wenn man sich eine Straßenbreite anschaut, so hat man im Durchschnitt, sagen wir einmal, 2 m Gehsteig, 2 m Parkspur, 6 m Fahrbahn, 2 m Parkspur und noch einmal 2 m Gehsteig. Das sind etwa 14 m nebeneinander. Eine Haustiefe ist, wenn man sich den Flächenwidmungsplan anschaut, auch vielleicht 12 bis 14 m tief. Nur wohnen dort die Leute aber übereinander, auf der Straße hingegen sollten die Fahrzeuge alle nebeneinander Platz haben. Das kann sich schon rein rechnerisch gar nicht ausgeben.

Es ist heute schon der Vergleich mit Überschwemmungen angestellt worden. Natürlich hat alles nur be-

grenzten Platz. Bei Überschwemmungen bei der Donau oder bei anderen Flüssen hat man sich damit beholfen, dass man ein Entlastungsgerinne gebaut hat, nämlich für den Fall, dass zu viel Wasser kommt, für den Fall einer Überschwemmung. Auch das hat nur eine Zeit lang geholfen. Beim Straßenbau hat man es beispielsweise mit der Südosttangente versucht, aber auch sie ist keine Entlastung mehr. Sie ist täglich verstopft, weil einfach viel zu viele Menschen auf begrenztem Straßenraum, der nicht vermehrbar ist, unterwegs sein wollen. (StR Mag Manfred Juraczka: Dann muss man wegreißen, Herr Kollege!)

Das Wegreißen ist ein gutes Beispiel. In der Verkehrspolitik oder in der Stadtplanungspolitik in den 1970er Jahren und auch schon in den 1960er Jahren hat man ja tatsächlich wesentlich breitere Straßen gebaut. Als Vorbild hat man Amerika gesehen. An manchen Stellen in Wien merkt man noch, dass viele Grünflächen plötzlich im ersten Moment unmotiviert da sind, beispielsweise in der Liechtensteinstraße im Bereich der Lichten-taler Gasse – ich habe dieses Beispiel schon einmal gebracht, weil ich mich in meinem Bezirk am besten auskenne. Dann schaut man in alten Flächenwidmungs-plänen nach, dann sieht man genau: Hier wollte man eigentlich die Straße um 20 m verbreitern. Das war nun mal die Verkehrsphilosophie, die man sich von Amerika abgeschaut hat. Aber das wollen wir hier in Wien und in Österreich heutzutage nicht mehr.

Es gibt allerdings – weil schon so viel vom Kommunismus die Rede war – Diktaturen, wo das problemlos möglich ist. So war das etwa in China der Fall, beispielsweise in der Zeit vor der Weltausstellung und vor der Olympiade. Ich war im Jahr 2004 dort. Dort hat man gesehen, dass tatsächlich ganze Stadtviertel abgerissen wurden, nur um die Straßen zu verbreitern. Das machen wir in Wien ganz sicher nicht! Der Straßenraum ist begrenzt. Er sollte zur Verfügung stehen für parkende Autos und auch für fahrende Autos, aber eben in Abstimmung mit allen anderen Verkehrsteilnehmern. Das sind Fußgänger, das sind Radfahrer, das sind Öffi-Benützer etc. Dass wir in dieser Hinsicht auf einem guten Weg sind, sieht man auch daran, dass in der Zwischenzeit nur mehr 29 Prozent der Menschen den täglichen Arbeitsweg mit dem PKW zurücklegen.

Ich war ganz erstaunt, dass Herr Jung auch heute wieder zum Thema Verkehr gesprochen hat. (GR Mag Wolfgang Jung: Wir können gern darüber reden!) Die Mobilitätsberatung – ich nenn es einmal Mobilitätsberatung – ist natürlich etwas, das man verstärkt ausbauen sollte. Es gibt sehr viele Applikationen für Handys und für den Computer, wo man nachschauen kann, wie man irgendwo hinkommt. Es ist natürlich schwer für jemanden, der immer mit dem Auto gefahren ist, zu sehen, aha, mit dem Auto wüsste ich es, aber wie komme ich jetzt öffentlich dorthin? Darum kommt der Herr Jung auf die absurde Idee, zu sagen, von Kaltenleutgeben fahr ich drei Stunden bis zum Rathaus.

Ich habe mir jetzt die Mühe gemacht nachzuschauen. Applikation „qando“ heißt das, falls da jemand nachschauen möchte, sie lässt sich leicht herunterladen. Da

biete ich Ihnen beispielsweise zwei Alternativen an. Sie könnten mit dem Postbus 255 nach Liesing fahren. (GR Mag Wolfgang Jung: Wie oft fährt er? Sie müssen zwei Mal umsteigen!) Dort könnten Sie in die Schnellbahn einsteigen. Mit der Schnellbahn fahren Sie bis zum Südtiroler Platz. Am Südtiroler Platz steigen Sie in die U1 ein, fahren bis zum Karlsplatz und dann mit der U2 zum Rathaus: gezählte 52 Minuten. Sie können das nachvollziehen. 52 Minuten! Und der Herr Jung erzählt uns hier, er fährt drei Stunden. Drei Stunden! (GR Mag Wolfgang Jung: Sie haben ja keine Ahnung! Fahren Sie mal!)

Ich biete ihnen sogar noch eine Alternative an. Sie könnten mit dem Bus 255 fahren, wieder nach Liesing zur Schnellbahn. Dann fahren Sie damit nach Meidling, fahren mit der U6 bis zur Josefstädter Straße, und mit der Linie 2 fahren Sie herunter bis zur 2er-Linie. (GR Mag Wolfgang Jung: Das zeigen Sie mir mal vor! Fahren wir gemeinsam!) Das ist noch schneller und würde Ihnen noch dazu die charmante Gelegenheit bieten, alle Arten von Verkehrsmitteln, die es in Wien gibt, kennen zu lernen: Sie können mit dem Autobus fahren, Sie können mit der U-Bahn fahren und Sie können mit der Straßenbahn fahren. Also machen Sie das einmal! 45 Minuten, 47 Minuten, 52 Minuten in eine Fahrtrichtung – und Sie sagen, Sie brauchen drei Stunden.

Das zeigt ja schon, wie absurd die Argumentationen der FPÖ in diesem Zusammenhang sind. Man muss das einfach nur nachvollziehen. Manche Behauptungen sind schwerer nachzuvollziehen, manches ist sehr leicht beweisbar. Wie gesagt, man braucht also nur nachzuschauen.

Es gibt in der Popmusik oder in der Rockmusik den Begriff One-Hit-Wonder. Ich möchte Ihnen erklären, was das ist. Als One-Hit-Wonder bezeichnet man im angelsächsischen Raum eine Platte oder einen Interpreten, der genau ein einziges Mal in der Hitparade war, mit einem Song großen Erfolg hatte, aber nie wieder daran anschließen konnte. Ein Beispiel ist Scott McKenzie, der vor Kurzem gestorben ist, mit dem Lied San Francisco – hat auch mir sehr gut gefallen. Aber es gibt Hunderte andere sogenannte One-Hit-Wonder.

StR Juraczka ist meiner Meinung nach so ein One-Hit-Wonder. Er hat – in seinen Augen – einen großen Erfolg gelandet. Die Medien sind aufgesprungen, und zwar deshalb, weil man geglaubt hat, das sei eine schein-tote Partei. Man hat sie so bei 9 oder 10 Prozent vermutet und gezweifelt, ob da überhaupt noch etwas kommen kann. Das hat die Medien so fasziniert, dass sie geschrieben haben: Ah, der Herr Juraczka ist jetzt die Rettung der ÖVP. Er wird die ÖVP wieder in die Höhe bringen, und so weiter und so weiter. Aber irgendwie verpufft langsam alles und es gelingt ihm kein Nachfolgehit. Er legt daher immer wieder die gleiche Platte auf, nämlich die mit den Unterschriften, die er gesammelt hat, vergisst aber immer wieder dazuzusagen, dass ein Drittel dieser Unterschriften einfach ungültig war. (GR Dkfm Dr Fritz Aichinger: Aber 110 000 waren gültig!)

Es ist ja auch leicht zu erklären, warum die ungültig sind: Die sind unter Vorspiegelung falscher Tatsachen gesammelt worden! (Zwischenrufe bei der ÖVP.) Das ist

genau dasselbe, wie wenn Sie sagen: Liebe Leute, wollen Sie ein Freibier? Ja oder nein? Dann werden die Leute auch unterschreiben. Das ist natürlich klar. Wenn ich solche Fragen, die noch dazu nicht einmal einer Volksbefragung unterzogen werden könnten, stelle, dann ist ja ganz klar, dass das herauskommt.

Jedenfalls war ein Drittel der Unterschriften ungültig. Man ahnt ja auch, beziehungsweise munkelt man in manchen Bereichen, wie es dazu gekommen ist. Herr Tiller hat ja öffentlich gesagt, dass jeder Bezirk ein gewisses Soll aufgetragen bekommen hat, wie viele Unterschriften er sammeln muss. Und ich habe die Gerüchte gehört – ich weiß nicht, ob das stimmt –, dass in manchen ÖVP-Lokalen oder in Hinterzimmern selber fleißig ausgefüllt worden ist. Ich weiß nicht, was daran stimmt, aber diese Gerüchte gibt es jedenfalls.

Tatsache ist: Die Parkraumbewirtschaftung hat in Wien Ende der 1950er Jahre begonnen. Das ist also schon über 50 Jahre alt und eine Erfolgsgeschichte. Die ersten Kurzparkzonen sind 1959 eingeführt worden, damals noch kostenlos. 1974 sind die ersten gebührenpflichtigen Zonen eingeführt worden. Jahre später, als man sich entschieden hat, darüber nachzudenken, wie man Verkehrslenkungsmaßnahmen beziehungsweise Verkehrsplanung machen könnte, hat man sich auf dieses bewährte Instrument der Parkraumbewirtschaftung besonnen und hat dieses Instrument der Parkraumbewirtschaftung dazu verwendet, den Verkehr zu lenken und zu steuern. Die weitere Geschichte kennen Sie ja alle. 1993 im 1. Bezirk, 1995 die nächsten vier Bezirke, und so weiter bis zum 15. Bezirk. Und jetzt im Oktober sind eben die nächsten Bezirke, nämlich 12, 14, 15, 16 und 17 dazugekommen.

Manche Leute waren erstaunt, als sie plötzlich leer gefegte Straßen vorgefunden haben. Wir waren nicht erstaunt, denn wir haben ja ganz genau gewusst, was eintreten wird: Dass es eben nicht mehr so sein wird, dass alle mit dem PKW der jeweiligen Wohnbevölkerung den Platz vor dem Haustor wegnehmen. Diese sogenannten leer gefegten Straßen haben mich also nicht verwundert. Die Parkraumbewirtschaftung war und ist eine Erfolgsgeschichte. Daher werden wir daran festhalten, weil wir eben als rot-grüne Stadtregierung Verantwortung für diese Stadt tragen, weil wir hier Gesamtinteressen vor Einzelinteressen stellen.

Noch einmal: Gesamtinteressen vor Einzelinteressen! Natürlich, es gibt vielleicht den einen oder anderen Härtefall, das muss man sich anschauen; aber die Gesamtinteressen für ein funktionierendes Zusammenleben sicherzustellen, das ist die Aufgabe von Regierungsparteien. Daher werden wir als rot-grüne Stadtregierung diesen erfolgreichen Weg weiter fortsetzen. – Danke. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zu Wort gemeldet ist Herr GR Dkfm Dr Aichinger. Ich erteile es ihm.

GR Dkfm Dr Fritz **Aichinger** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Also es ist sehr eigenartig, um nicht zu sagen, sonderbar, lieber Kollege Lindenmayr, dass man ganz ein-

fach so ein demokratiepolitisches Verständnis hat. Wir wollten Bürgerbeteiligung, wir wollten die Bürger einbinden. Wir haben sie informiert und der Magistrat hat festgestellt, dass zirka 110 000 Unterschriften all diesen Vorschriften entsprochen haben. Wir wollen hier ganz einfach die Diskussion haben. Nicht wir haben die Diskussion verweigert, sondern die Stadtregierung hat die Diskussion darüber verweigert, wie es um diesen Parkraum steht.

Sie können nicht Ursache und Wirkung so vertauschen, wenn es um das Chaos geht, lieber Kollege Lindenmayr. Ihr eigener derzeitiger Klubobmann, früher Stadtrat, hat gesagt, was man für eine Parkraumbewirtschaftung alles für Vorbereitungsmaßnahmen tätigen muss. Chaos und Unprofessionalität ist daher ist daher absolut richtig unser Thema heute, meine Damen und Herren. Das zeigt ja auch der Beschluss- und Resolutionsantrag, den Sie jetzt vor wenigen Minuten uns, der Opposition, vorgelegt haben, über den wir abstimmen sollen. So etwas undefinierbares! Auf zukünftige Planungen sollen wir Rücksicht nehmen, das neue Konzept soll jetzt ausgearbeitet werden. Das heißt, zuerst setzt man Fakten, beschließt etwas, und nachher fängt man an zu planen! Also dieser Antrag, meine Damen und Herren, ist der beste Beweis dafür, dass Sie das nicht ernst gemeint haben. Sie führen ein, und dann werden wir sehen, was herauskommt.

Ein Zweites ist in diesem Antrag drinnen, dem wir in dieser Form nicht zustimmen können. Sie legen alle Probleme außerhalb Wiens. Sie sind nicht in ein Gespräch getreten. Die Niederösterreichische Landesregierung ist an Wien herantreten und hat gesagt, besprechen wir das Thema! Die Niederösterreichische Landesregierung hat zuerst und schnell und rasch gehandelt. Sie wird einige Park-and-ride-Plätze zur Verfügung stellen und schauen, dass das Ärgste vermindert wird. Sie von der rot-grünen Regierung haben Fakten gesetzt, und diese Fakten müssen wir jetzt ausbaden. Uns dann zu sagen, wir hätten die Menschen aufgehetzt, weil sie sich natürlich um diese Parkplätze streiten, also das ist wirklich ... Eine Chuzpe größeren Maßes kann es ganz einfach nicht geben, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Gestatten Sie mir aber ganz kurz, auch noch das Thema Mariahilfer Straße anzuschneiden. Auch dort haben wir dasselbe Muster. Es werden gewisse Dinge, Facts gesetzt, es werden Dinge angedacht und gemacht, und erst dann wird genau geplant. Sie haben das mit der Wirtschaftskammer richtigerweise erwähnt, das stimmt. Sie haben aber jetzt in der Ankündigungsphase keinen einzigen Vorschlag der Wirtschaftskammer mit umgesetzt. Das ist keine Zusammenarbeit! Sie haben das ja auch mit den Autofahrerklubs so gemacht. Sie haben die Autofahrerklubs zwar eingebunden, aber dann all das, was sie wollten, nicht durchgesetzt.

Es stimmt ganz einfach nicht, dass Sie die Leute einbinden. Sie wissen nur eines, Sie wollen das Auto dort weg haben, aber sonst nichts anderes. Sie wissen nicht, wie groß die Fußgängerzonen sind, wann der Lieferverkehr sein soll, wer durchfahren darf, wie schnell die Rad-

fahrer durchfahren, ob sie überhaupt durchfahren dürfen oder nicht, ob ganz einfach der 13A oder der 2A fahren soll. Das werden Sie nachträglich die Bevölkerung fragen? Wie soll das funktionieren, meine Damen und Herren? Sie setzen Facts und dann soll die Bevölkerung entscheiden, was sie will?

Können Sie mir erklären, wie man das mit den Überquerungen bei der Stumpergasse, bei der Otto-Bauer-Gasse machen will? Wenn man sowieso nur drei hat, wollen Sie dann sagen, diese drei können wir nicht nehmen, oder wir können überhaupt keine nehmen? Den Autoverkehr werden wir ganz einfach einstellen? Und Frau Vizebürgermeisterin, dass das Absperrn der Mariahilfer Straße in den Bezirken 6 und 7 weniger Verkehr bringt, also das kann ja wirklich keiner glauben! Die Autos werden sich nicht in Luft auflösen! Wie soll das funktionieren? *(Beifall bei der ÖVP.)*

Eines muss ich Ihnen sagen: Die Mariahilfer Straße, die schon erwähnt wurde, ist die Einkaufsstraße. Sie ist die größte und beste Einkaufsstraße österreichweit, wenn nicht sogar europaweit, wie heute gesagt wurde. Wollen wir sie mutwillig zerstören? Ist Ihnen nicht klar, dass die Shopping City Süd oder seit Neuestem ein Einkaufszentrum in Gerasdorf mit 70 000 m² – wobei die weiter ausbauen wollen – hier größte Konkurrenz für Wien bedeuten? Alleine in Gerasdorf – ich erzähle das, weil es heute ganz groß plakatiert wurde – geht es um 4 000 Stellplätze. *(GR Mag Rüdiger Maresch: Was habt ihr dagegen gemacht? Ihr habt nichts gemacht!)* – Entschuldigung, ihr habt ja zugestimmt, auch Wien hat zugestimmt, das stimmt.

Aber mir vorzuwerfen, nicht gegen Gerasdorf gewesen zu sein, das ist ja ... *(Weitere Zwischenrufe von GR Mag Rüdiger Maresch.)* – Ja selbstverständlich, die Wirtschaftskammer und ich in meiner Eigenschaft als Spartenobmann habe immer wieder gesagt, dass das eigentlich ... *(GR Mag Rüdiger Maresch: Habt ihr einen Einspruch gemacht?)* – Na selbstverständlich, der Einspruch ist nicht zum Tragen gekommen, aber es ist gebaut worden, und jetzt wird ... *(Neuerlicher Zwischenruf von GR Mag Rüdiger Maresch.)* – Und ihr werdet unsere Konsumenten hinaustreiben, wenn ihr so eine Politik betreibt, dass es sich ganz einfach nicht mit dem Auto hinfahren lässt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren, was möchte ich damit sagen? Auf der Mariahilfer Straße ist eine Struktur vorhanden, die funktioniert und die von Ihnen mutwillig ruiniert wird. Wir wollen daher – und ich werde dementsprechend einen Antrag einbringen –, dass man vorher in den Bezirken 6 und 7, in diesem Gebiet von Wien, eindeutig befragt: Wollen die Menschen das? Wollen sie, dass der Verkehr so geregelt wird oder nicht? Dann können wir darüber reden. Aber nicht so mutwillig absperrn und dann ganz einfach keine Lösung finden! So kann Wien nicht regiert werden, das ist unmöglich! – Ich danke schön. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zu Wort ist Frau GRin Gaal gemeldet. Ich erteile es ihr.

GRin Kathrin **Gaal** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Sehr geehr-

ter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren!

Mobilität ist einer der Schlüsselfaktoren für die Gesellschaft unserer Stadt. All die Mobilitätsbedürfnisse der Bevölkerung, so gut es geht, zu befriedigen, ist die vorrangige Aufgabe der Wiener Verkehrspolitik. Da gibt es einerseits die Fußgängerinnen und Fußgänger, die mehr Platz im Sinne ihrer Sicherheit brauchen. Ich spreche da von Beseitigung von Barrieren, ich spreche über breitere Gehsteige oder generell ein dichtes Netz an Fußwegen, vor allem im dicht verbauten Gebiet.

Auch wenn es einige in diesem Saal nicht wahrhaben wollen: Fahrradfahren liegt voll im Trend, wird von der Bevölkerung voll angenommen und entwickelt sich zu einem immer beliebteren Fortbewegungsmittel in der Stadt. Dieser Entwicklung trägt die Stadt Wien natürlich Rechnung, baut das Radwegnetz weiter aus, sodass wir mittlerweile schon 1 200 km an Radwegen haben, die uns zur Verfügung stehen.

Es wurde heute auch schon mehrmals angesprochen: Die Stadt Wien hat eine hohe Lebensqualität. Dass Wien so eine hohe Lebensqualität hat, ist auch darauf zurückzuführen, dass der öffentliche Verkehr so eine hohe Qualität hat. Denn die Stadt Wien verfügt über eines der besten Verkehrssysteme weltweit, sowohl, was die Dichte betrifft, als auch, was die Intervalle betrifft. Zirka 120 U-Bahn-, Straßenbahn- und Buslinien halten unsere Stadt in Bewegung und zig Millionen Menschen nutzen dieses Angebot.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster** *(unterbrechend)*: Entschuldige kurz, Kathi. Darf ich Sie bitte bitten, die Bänke zu verlassen und nicht aus der Bank zu fotografieren. Herr Fotograf, haben Sie mich verstanden? Danke. Bitte fortsetzen.

GRin Kathrin **Gaal** *(fortsetzend)*: Danke schön. Und zig Millionen Menschen nutzen dieses Angebot Tag für Tag. Das heißt, ungefähr 36 Prozent aller Bewegungen in dieser Stadt werden mit den öffentlichen Verkehrsmitteln durchgeführt. Und damit dieser Anteil noch weiter steigt, forcieren wir einerseits den Ausbau des öffentlichen Verkehrs wie die Verlängerung der U1 in den Süden, wie die Verlängerung der U2 in den Norden oder wie beispielsweise die Verlängerung der Straßenbahnlinie D zum Hauptbahnhof. Außerdem steigt der Anteil derer, die die öffentlichen Verkehrsmittel benutzen, immer mehr, da seit Mai diesen Jahres die Jahreskarte 365 EUR kostet und Jugendliche die Möglichkeit haben, um 60 EUR in Wien, Niederösterreich und Burgenland das ganze Jahr über unterwegs zu sein. Das sind sehr gute und sehr wichtige Maßnahmen, die die Menschen davon überzeugen werden, wie sinnvoll es ist, öffentliche Verkehrsmittel zu benutzen. Sehr, sehr viele Maßnahmen wurden ja schon in den letzten Jahren und in den letzten Jahrzehnten gesetzt, die die Verkehrsberuhigung betreffen, wie Tempo-30-Zonen, Wohnstraßen und Fußgängerzonen.

Und dass Sie, meine Damen und Herren von der ÖVP, trotz all dieser Maßnahmen, die ich jetzt beispielhaft aufgeführt habe betreffend Fußgänger, Radfahrer, Autofahrer und öffentlichen Verkehr, nach wie vor vom Chaos in der Wiener Verkehrspolitik sprechen, ist mir,

ehrlich gesagt, mehr als unverständlich. Noch viel interessanter finde ich (*GR Dkfm Dr Fritz Aichinger: Favoriten! In Favoriten kein Parkpicker!*), dass Sie in Ihrer Dringlichen Anfrage der Stadt Wien Untätigkeit vorwerfen, Untätigkeit, was die Pendlerinnen und Pendler betrifft und was ihre Situation nach Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung betrifft. Herr Kollege Aichinger, Sie haben recht, wir haben in Favoriten kein Parkpickerl, aber das hat ganz andere Gründe, ganz spezielle Gründe. Ich erkläre es Ihnen nachher sehr, sehr gerne. (*StR Mag Manfred Juraczka: Machen Sie das! Bitte machen Sie es jetzt! Bitte! – Heiterkeit bei der ÖVP.*)

Ich mache es jetzt ganz kurz. Wir haben einfach die Situation, dass wir eine U-Bahn verlängert bekommen mit einer riesigen Baustelle und außerdem haben wir im Bezirk die größte Baustelle überhaupt mit dem Hauptbahnhof und dass uns das Parkpickerl in Bezug auf die Parkraumbewirtschaftung nichts geholfen hätte. Das heißt, wir hätten auf Grund dieser zwei riesigen Baustellen den Leuten nicht mehr Parkplätze anbieten können. Das ist ganz einfach und ganz simpel der Grund.

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, um auf Sie zurückzukommen, wie gesagt, Sie werfen uns, was die Pendlerinnen und Pendler betrifft, Untätigkeit vor. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren von der ÖVP, Niederösterreich hat Verbesserungen, was die niederösterreichischen Pendler betrifft, jahrzehntelang verabsäumt und sich nur auf Wien verlassen. Und jetzt von diesen Versäumnissen abzulenken, indem Sie alle anderen schuldig werden lassen, das hilft keinem einzigen Pendler und ist, ehrlich gesagt, meiner Meinung nach sehr unverantwortlich. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*) Denn wichtig wäre es, die Pendler schon vor der Stadtgrenze abzuholen, das heißt, die entsprechenden öffentlichen Verkehrsmittel in Niederösterreich auszubauen, das heißt, die entsprechenden Park-and-ride-Anlagen im Wiener Umland entlang der Bahnhöfe und entlang der Bahnstrecken auszubauen, denn das wäre das wirklich Sinnvollste in diesem Sinne. Die Stadt Wien kommt natürlich ihrer Verantwortung nach, denn wir nehmen die Probleme der Pendlerinnen und Pendler ernst und schaffen in nächster Zeit 7 000 zusätzliche Stellplätze entweder durch neue Park-and-ride-Anlagen oder indem wir die bestehenden Park-and-ride-Anlagen erweitern.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bin mir sicher, dass wir fast alle hier in diesem Saal den Rad- und Fußgängerverkehr und den öffentlichen Verkehr forcieren wollen, dabei aber den motorisierten Individualverkehr nicht vergessen dürfen, denn Wien steht für eine intelligente Mobilität. Das erfordert einen auf Vertrauen gründenden und permanenten Dialog und der findet im Sinne der zukunftsorientierten Verkehrspolitik statt. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort ist Herr GR Dipl.-Ing. Stiftner gemeldet. Ich erteile es ihm.

GR Dipl.-Ing. Roman **Stiftner** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Danke, Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren!

Eigentlich wollte ich mich nur zum Wort melden, um

noch Anträge einzubringen. Es ist aber jetzt auf Grund der mehr als eigenartigen Wortmeldungen vor allem seitens der SPÖ notwendig, die sich offenbar entschieden hat, heute Redner ins Rennen zu schicken, die alleamt in ihren eigenen Bezirken von der Parkpickerlausweitung gar nicht betroffen sind. Siegi Lindenmayr kommt, glaube ich, aus dem 9. Bezirk. Du hast ja eine ganz andere Situation. Und die Frau Kollegin Gaal hat uns jetzt erklärt, der 10. Bezirk, das wäre quasi eine Überforderung, weil dort ohnehin eine Großbaustelle ist und deswegen ist man jetzt sozusagen von diesem Ungemach der Ausdehnung des Parkpickerls kareziert. Habe ich das richtig verstanden? Na, ich finde das eine sehr interessante Argumentation, die Sie hier bringen. Das heißt, das Parkpickerl ist erstens eine Belastung. Da sind wir uns ja schon einmal einig. Das ist ja schon einmal ein Fortschritt, sehr geehrten Damen und Herren. (*Beifall bei der ÖVP.*) Zweitens, der 10. Bezirk ist ein armer Bezirk, wir wissen das, er ist wirklich mit der Baustelle und der Gesamtsituation ganz, ganz problematisch. Nur, das trifft doch auf viele andere Bezirke auch zu! (*Aufregung bei GRin Kathrin Gaal.*) Warum muten Sie das, was Sie Ihren eigenen Bezirksbewohnern in Favoriten nicht zumuten wollen, jetzt jenen in Ottakring, in Hernals, in Penzing, in Fünfhaus, im 12. Bezirk zu? Überall wird das zugemutet! Das heißt, Sie messen mit zweierlei Maß. Da haben wir ja die Situation, so ist sie einfach angelegt, Floriani-Prinzip: Dort, wo wir es grad durchbringen, dort machen wir es, ansonsten nicht. Wieder ein Fleckerlteppich, ganz einfach ein Fleckerlteppich, so ist es. (*Weitere Aufregung bei GRin Kathrin Gaal.*) Es ist unangenehm. Aber Sie haben es wenigstens geschaffen, sich in Ihrer eigenen Fraktion durchzusetzen, die anderen haben sich nicht durchgesetzt, sonst wäre es ja nicht von den anderen Bezirken ausgeweitet worden.

Aber der Siegi Lindenmayr hat mich ja noch anderweitig – Siegi, du hast ja heute wirklich eine Spitzenrede gehalten. Wenn ich mehr Zeit gehabt hätte, das jetzt zu analysieren, wäre das fast eine eigene Rede als Antwort wert. Aber ich werde mir das verkneifen. Aber eines sei dir von einem, der in Liesing wohnt, gesagt, und nicht, weil ich mit dem Kollegen Jung in jedem Punkt übereinstimme, aber in dem Punkt bin ich mit ihm einer Meinung. Ich habe mir jetzt auch noch einmal angeschaut, wie man öffentlich von Kaltenleutgeben zum Rathausplatz kommt. Und es zeigt nämlich als ein Beispiel das Problem, das wir in dieser Stadt haben. Es gibt tatsächlich diesen Postbus Nummer 255 und wie oft fährt denn der? Jede halbe Stunde fährt er, zwei Mal in der Stunde fährt dieser Bus, also ein wunderbares Intervall. Da wird nicht unterschieden, ob Stoßzeit ist oder nicht oder wie auch immer, sondern jede halbe Stunde fährt ein Bus. Ein wahnsinnig tolles Intervall für eine Großstadt! Und die beste Zeit ist mit der idealsten Verbindung eine Stunde von Kaltenleutgeben zum Rathausplatz. Wenn man jetzt noch einkalkuliert, dass es dann wahrscheinlich Umstiegszeiten, Wartezeiten gibt, bei einer halben Stunde Intervall ist das wahrscheinlich nicht ganz unrealistisch, dann kommt man genau auf die Zeit, die Kollege Jung gesagt hat, nämlich eineinhalb Stunden. Und da ich

normalerweise wieder zurückfahren muss, dann sind das drei Stunden, die ich brauche, um von einem Bezirksteil in Wien in die Stadt zu kommen! *(Beifall bei der ÖVP. – Aufregung bei der SPÖ.)*

Und das ist doch das Problem von Wien! Wir versuchen hier, Probleme am Parkpickerl festzumachen, haben aber in den Außenbezirken ein massives Problem mit dem öffentlichen Verkehr. Deshalb ist es eine schlechte Lösung, eine nicht funktionierende Lösung für die Außenbezirke *(GR Christian Hursky: Kaltenleutgeben ist Niederösterreich! Kaltenleutgeben ist Niederösterreich! – Weitere Aufregung bei der SPÖ.)*, sehr geehrten Damen und Herren! Lösen wir einmal die Wiener Probleme, dann können wir auf Niederösterreich zeigen! Es ist ein Wiener Problem, es ist ein Problem von Liesing, dass es hier nicht funktioniert *(Beifall bei der ÖVP.)*, und ihr habt diese Probleme zu lösen! Und in Wirklichkeit ist es ein SPÖ-Problem, weil da haben die GRÜNEN überhaupt nichts zu sagen gehabt. Ihr von der SPÖ habt über Jahre den öffentlichen Verkehr vernachlässigt. *(Weitere Aufregung bei GR Christian Hursky.)* Du, Kollege, du wohnst doch in Liesing, du weißt doch, wie es funktioniert! Es ist doch einfach eine ganz schwierige Situation, von einem Außenbezirk in die Innenstadt hineinzukommen, ohne ein individuelles Verkehrsmittel zu nutzen, also ohne ein Auto zu nutzen. Das ist einfach die Situation, dass man Menschen nötig hat. Und das ist genauso in Dornbach der Fall, genauso in Ottakring, in den Außenbezirken, auch im 14. in vielen Bereichen. Deshalb sind die Menschen wütend und deshalb lehnen die Menschen dieses Parkpickerl ab. Dabei bleiben wir, dabei bleiben 150 000 Menschen, die unterschrieben haben und das wird sich nicht ändern. Und ihr werdet mit einer Wegdiskussion dieses Problem nicht in den Griff bekommen. Es wird euch bis zur nächsten Wahl begleiten, sehr geehrte Damen und Herren.

Aber eines, und das ist mir ein Anliegen, weil es sehr ernsthaft ist, lieber Siegi. bei den anderen Themen kann man ja meinen, es ist ein politischer Diskurs, aber in einem Punkt hast du dich heute, zumindest hoffe ich das, im Ton vergriffen, und in der Art und Weise, nehme ich einmal an, du hast es nicht so gemeint. Wenn ich es richtig mitgeschrieben habe, lieber Siegi Lindenmayr, dann hast du heute gesagt, dir sind Gerüchte zu Ohren gekommen, dass, und ich zitiere jetzt, „in irgendwelchen Hinterzimmern die ÖVP Unterschriftenlisten ausgefüllt hätte“.

Lieber Siegi, jetzt wäre es schon gut, wenn du mir jetzt zuhören würdest, weil das eine ernste Geschichte ist. Hier geht es darum, dass du der ÖVP oder Mitarbeitern oder vielleicht auch Abgeordneten der ÖVP unterstellst, sie hätten hier Fälschungen betrieben. Ich sage nur eines: Ich weiß, hier gilt parlamentarische Immunität, folglich hast du einen gewissen Schutz. Aber an sich ist es eine Sache, wo man zumindest unter Kollegen sehr vorsichtig sein muss. Das haben wir gar nicht notwendig und du hast es auch nicht notwendig, so etwas zu behaupten. *(Beifall bei der ÖVP.)* Du hast so etwas nicht notwendig. Um diese Unterschriften zu bekommen, und jeder von uns kann das bezeugen, war es nicht einmal

eine große Mühsal. Die Menschen sind zu uns gekommen und haben gefragt: Wo darf ich denn unterschreiben? Denn sie waren darüber so erregt und nutzten diese Möglichkeit, um das zu verhindern.

Das Thema ist: Nehmt zur Kenntnis, die Menschen wollen das Parkpickerl nicht. Es wird nicht besser, indem man es argumentiert. Diese Koalition kostet euch sehr viele Wählerstimmen. Wenn die SPÖ weiterhin dazu bereit ist, so ist das offenbar ihre eigene Entscheidung. So ist die Situation. Aber eines lassen wir uns sicher nicht, irgendwelche Fälschungen von Unterschriften unterstellen. Das ist nicht der Fall und das war nicht notwendig, im Gegenteil. Es ist auch nicht notwendig, uns das zu unterstellen. Es ist kontrolliert worden und es sind ausreichend Unterschriften da. Nur durch juristische Spitzfindigkeiten hat man festgestellt, dass offenbar jetzt eine Volksbefragung nicht möglich ist. Wir nehmen das zur Kenntnis und sind schon gespannt auf die eigenen Volksbefragungsfragen der SPÖ, die ja laut Herrn Bürgermeister heute im März kommen werden, und werden uns anschauen, wo da die Verfassungskonformität dann dahinter liegt.

Jetzt komme ich zu den Anträgen. Zu dem einen Antrag der rot-grünen Koalitionsregierung zum Neubau von Garagen hat unser Klubobmann schon Stellung genommen. Der ist ja wirklich in seiner Art hanebüchen, unverbindlich, verweist nur auf Niederösterreich und ist in keinsten Weise geeignet, unserem wirklichen Antrag Paroli zu bieten. Es ist offenbar nur ein Entlastungsantrag, der hier seitens Rot-Grün eingebracht werden sollte. Aber wir bleiben bei unserem Antrag und werden dem Antrag von SPÖ und GRÜNEN nicht die Unterstützung geben, sehr wohl aber dem Antrag, den ich gemeinsam mit meinem Kollegen Bernhard Dworak einbringen kann betreffend verstärkter Neubau von Garagen und Erhöhung der Zahl der Park-and-ride-Stellplätze. Wir haben ebenfalls einmal als ersten Schritt die Zahl von 7 000 in Erwägung gezogen, wollen aber, dass das verbindlich, rasch und schnell ermöglicht wird und gebaut wird und beantragen in diesem Antrag die sofortige Abstimmung. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Dann darf ich einen gemeinsamen Antrag mit der FPÖ einbringen mit den Kollegen Gudenus, Mahdalik, Dworak und eben meiner Wenigkeit zum Thema betreffend „Keine Ausweitung der Parkraumbewirtschaftungszonen in den neuen Parkpickerlbezirken 12, 14, 15, 16 und 17“. Das Besondere ist nicht nur die sofortige Abstimmung, sondern dass wir hier auch eine namentliche Abstimmung verlangen. Dann können Sie sich, sehr geehrte Damen und Herren aus den einzelnen Bezirken, dann gleich bei Ihren Bürgerinnen und Bürgern rechtfertigen, warum Sie hier eine weitere Ausweitung wünschen. Aber vielleicht können Sie auch hier noch einmal fraktionsintern entsprechend konferieren, um da eine Lösung zu finden. Wie gesagt, den bringen wir gemeinsam, Freiheitliche und ÖVP, ein mit sofortiger und namentlicher Abstimmung. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ein weiterer Antrag ist hier betreffend die Neuregelung der Parkpickerlzonen, den ich gemeinsam mit meinem Kollegen Bernhard Dworak einbringe. Sie kennen

den Antrag, er ist Ihnen zugegangen, ich brauche ihn jetzt nicht vorzulesen. Ich beantrage hier die sofortige Abstimmung.

Und ein letzter Antrag ebenfalls mit meinem Kollegen Bernhard Dworak betreffend den Ausbau der Wiener U-Bahn in das Umland. Ich denke, auch das haben wir oft diskutiert, auch das ist eigentlich Konsens im Haus, dass wir das endlich angehen müssen. Ich bitte auch hier um Zustimmung für diesen Antrag, den wir mit sofortiger Abstimmung in Erwägung ziehen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Abschließend sei Ihnen noch einmal gesagt, das Thema Ausreden, Diskutieren, bringt nichts, führt nicht weiter. Reden Sie sich nicht darauf aus, dass Niederösterreich irgendwas nicht macht. Die Probleme, wie ich sie Ihnen heute schon exemplarisch aufgezeigt habe, sind in Wien, sind hausgemacht. Es sind Wiener Probleme und Wien muss mit seinem Umland auch einen entsprechenden Umgangston pflegen. Es reicht nicht aus, wenn sich die beiden Landeshauptleute gelegentlich auf ein Glaserl Wein oder einen Kaffee treffen. Da muss man natürlich auch ein bisschen ins Operative gehen. Ich kenne den Karl Wilfing sehr gut und ich weiß, dass er ein sehr pragmatischer und ein guter Gesprächspartner ist und verstehe eigentlich nicht, warum die Frau Vizebürgermeisterin und sozusagen sein Pendant auf der anderen Seite nicht in der Lage sind, mit ihm hier ein sachliches Gespräch zu führen. Hier wird versucht werden, in einer Art und Weise natürlich Kompromisse zu finden. Schade, dass es überfallsartig eingeführt wurde und man jetzt erst zu reden beginnt. Viel gescheiter wäre es gewesen, zuerst die Konzepte zu machen, zuerst Lösungen zu machen und dann eine entsprechende Gesamtkonzeption vorzulegen. Ihr wisst, dass die Möglichkeiten da sind. Es gibt Gespräche, auch im VOR-Verkehrsverbund, die laufen ja, und dann hätte man auch diese Möglichkeiten genutzt. Die überfallsartige Einführung hat uns alle in dieses Chaos gestürzt, am allermeisten eure Fraktion. Ihr werdet es auch ausbaden müssen. Wir werden den Bürgerinnen und Bürgern Wiens in jedem Fall hier weiterhin die Stange halten und alles unternehmen, dass das Unheil dieses Parkpickerls möglichst minimiert wird. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist nun GR Mag Maresch. Es ist seine zweite Wortmeldung, es sind noch elf Minuten zur Verfügung.

GR Mag Rüdiger **Maresch** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Zunächst einmal möchte ich einen Antrag betreffend Neubau von Garagen und Erhöhung der Zahl der Park-and-ride-Stellplätze in Wien einbringen. Dann zu den ÖVP-Anträgen möchte ich noch etwas sagen und zwar: Ich finde es interessant, dass der Kollege Stiftner zu seinem Antrag „Ausbau der U-Bahnen in das Umland“ sagt: „Da herrscht ja hier im Haus Konsens.“ In der ÖVP vielleicht, aber sonst nirgendwo, den werden wir ablehnen.

„Abhaltung einer Volksbefragung über das Gesamtprojekt der Neugestaltung der Mariahilfer Straße im 6. und 7. Bezirk“ werden wir ablehnen. Ich möchte nur zum

Kollegen Aichinger sagen, gefragt werden die Querungen, das ist richtig. Zur Mariahilfer Straße ist noch zu sagen, dass der 13A und der 2A, das möchte ich hier festhalten, fahren werden und zwar auf den Routen, die der 13A jetzt schon hat und zum 2A wird gefragt werden.

Dann dazwischen noch g'schwind zum G3: Größte Konkurrenz, da bin ich völlig Ihrer Meinung. Nur, die Frage ist in Wirklichkeit, da können Sie sich sowohl beim Bürgermeister von Gerasdorf als auch bei der niederösterreichischen Raumordnung bedanken. Ob die Wiener Wirtschaftskammer eingegriffen hat, Fritz, oder nicht, das kann ich schwer beurteilen. Die Einzigen, die draußen wirklich dagegen waren, waren die GRÜNEN, sowohl draußen als auch herinnen. Von euch haben wir dabei nichts gemerkt und auch bei dem ganzen UVP-Process ward's ihr, glaube ich, nicht. Aber gut, das ist eine andere Geschichte. Ich glaube, dass das G3 für die Wiener Wirtschaft katastrophale Auswirkungen hat und vor allem für die Floridsdorfer, das kann man sich schon anschauen. Wenn man sich anschaut, welche Kolonnen jeden Tag ab der Stadtgrenze bis ins G3 stehen - das wird Wien schweren Schaden zufügen. Das muss man auf jeden Fall sagen. Und wir müssen uns überlegen, wie wir in Zukunft mit solchen G3, G4 oder sonst was auf der grünen Wiese umgehen. *(StR Mag Manfred Juraczka: Ja und dazu das Parkpickerl!)* Genau, ja genau, jetzt kommt wieder der Herr nichtamtführende Stadtrat.

Ja, wir werden auch den Antrag zum verstärkten Neubau von Garagen, Erhöhung der Zahl der Park-and-ride-Stellplätze ablehnen, weil wir selber einen haben. Und keine Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung in den neuen Parkpickerlbezirken 12, 14, 15, 16, 17 werden wir ablehnen genauso wie die Neuregelung der Parkpickerlzonen.

Ich möchte aber noch ein paar Dinge klarstellen. Das Erste war, es hat mehrere Angebote der Stadt, vor allem der Frau Vizebürgermeisterin, an Niederösterreich gegeben, gemeinsam Park-and-ride-Anlagen zu errichten. Einmal war „Brauchen wir nicht“, einmal „Ja gut“, einmal „Brauchen wir nicht“, einmal „Ja“. Jetzt im heißer werdenden Wahlkampf „Ja bitte, gemeinsame Konferenz.“ Das finde ich ja gut, dass sich jetzt in Niederösterreich, nachdem zuerst jede Menge Nebenbahnen zugesperrt worden sind, der Landesrat Wilfing hinausstellt und sagt, die werden wir wieder aufsperrn, diese Nebenbahnen, und wir werden sogar neue Gleisanlagen bauen, neue Linien bauen. Das glaube ich als gelernter Bahnfahrer erst, wenn ich es sehe.

Letzter Punkt. Der Kollege Stiftner, meines Wissens auch ein Experte, wohnt im 23. Bezirk, kennt sich natürlich auch bei allen Parkpickerl-dingen aus und ich finde es eigenartig, dass Sie hergehen und sagen, okay, der Bus von Kaltenleutgeben, das übrigens in Niederösterreich ist und nicht in Wien, nur so nebenbei, braucht eineinhalb Stunden bis da her.

(Aufregung bei der ÖVP.) Es gibt das „vonanachb“, da kann man jederzeit nachschauen, ich habe gerade nachgeschaut, jetzt 50 Minuten mit dem öffentlichen Verkehr und 1 Stunde 23 mit dem Fahrrad. *(GR Mag Wolfgang Jung: Das zeigen Sie mir!)* Ich glaube, da

haben Sie was verwechselt. Danke schön. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Dipl.-Ing Margulies. Ich erteile es ihm.

GR Dipl.-Ing Martin **Margulies** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Vorsitzender!

Ich möchte etwas machen, was viel zu selten in diesem Haus passiert und insbesondere in dieser Debatte. Ich möchte mich bei jenen 71 Prozent aller Menschen, die in Wien auf dem Weg zur Arbeit nicht das Auto benutzen, ausdrücklich bedanken. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)* Stellen Sie sich vor, diese 71 Prozent *(GR Mag Wolfgang Jung: Das wäre eine griechische Tragödie!)* würden ebenfalls das Auto benutzen und nicht, wie die meisten von uns, die hier sitzen, entweder Bus, U-Bahn, Schnellbahn, Straßenbahn, Fahrrad oder zu Fuß gehen. Es wäre tatsächlich eine Katastrophe für Wien. Alle würden nur mehr überall im Stau stehen, nichts würde sich bewegen. Was haben die GRÜNEN gemacht, dass die Situation noch besser wird? Und das Schöne ist, man merkt es jeden Tag aufs Neue, denn nichts bewegt die Stadt mehr als die Diskussion um die Verkehrspolitik. Nichts bewegt diese Stadt mehr als endlich weniger Lärm, weniger Stau, mehr Parkplätze, mehr Lebensqualität, mehr Öffi-Benutzung, günstigere Öffis. Seit mehr als einem Jahr wird über den Umbruch, den Rot-Grün in der gesamten Ostregion ausgelöst hat, diskutiert, und nicht nur in der Ostregion. Es gibt mittlerweile viele Städte, die daran denken, die Tarife für die öffentlichen Verkehrsmittel zu senken. Es gibt viele Städte, die Parkraumbewirtschaftung machen. Es gibt mittlerweile auch im VOR die Überlegungen, die Tarife zu senken. Und noch nie in den letzten zehn Jahren, nachdem die ÖBB von FPÖ und ÖVP systematisch kaputt gemacht wurde *(Heiterkeit bei GR Mag Wolfgang Jung.)*, gab es seitens der ÖBB, so wie jetzt, endlich auch wieder einmal einen Ansatz für mehr Bahnlinien, Intervallverdichtung, et cetera. Das ist rot-grüne Politik und die wünsche ich mir für Österreich, weil das ist gute Politik! *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Ganz im Gegensatz, und jetzt, lieber Kollege Aichinger - also meines Erachtens vorweg, es hat unmögliche Reden gegeben, vom Kollegen Stiftner, vom Kollegen Gudenus, auf die will ich jetzt gar nicht eingehen -, es war frappant, was du gesagt hast. Es ist natürlich, dass sich Menschen um Parkplätze streiten, quasi Gottgesetz oder was. Du hast gesagt, es ist natürlich, dass sich Menschen um Parkplätze streiten. *(Aufregung bei GR Dkfm Dr Fritz Aichinger.)* Du kannst es im Protokoll nachlesen. Ich habe mir gesagt, das gibt es ja normalerweise nicht. Und es ist auch immer wieder gekommen: Die Menschen werden aufgehetzt, et cetera. *(StR Mag Manfred Juraczka: Wer hetzt? Wer hetzt?)* Ihr seid die Partei, sowie für uns GRÜNE selbstverständlich, die sagt, Menschen sollten eigentlich für sich selbst sorgen können, sollten sich in der Hand haben, sollten gerade bei Gewalt irgendwie Finger weg, und wenn jemand verhungert oder Hunger hat, kein Geld hat und was stiehlt, na selbstver-

ständig ist trotzdem diese Person verantwortlich. Nur, bei den Parkplätzen gilt das plötzlich nicht? Entschuldigung, was ist daran natürlich, dass man um Parkplätze streitet? Da sollte man sich einmal überlegen: Was ist los mit den Menschen, die im Verkehr plötzlich zu wilden Tieren werden und sich gegenseitig das Auto zerkratzen? Entschuldigung, das sollte man sich überlegen. Was ist da falsch gelaufen? Was habt ihr gemacht, indem ihr die Menschen so aufgehetzt habt? Das ist *(Aufregung bei der ÖVP.)* nicht natürlich.

Jetzt komme ich zu den Verhetzern. Wer hetzt ... *(StR Mag Manfred Juraczka: Wer hetzt?)* Wer hetzt in dieser Stadt? Und damit komme ich zum Ende meiner Rede. Wer hetzt ... *(StR Mag Manfred Juraczka: Kommunisten oder wir, ha? Wer hetzt?)* Was war das? Schon wieder Kommunisten? Ihr habt einen Verfolgungswahn, es tut mir leid. Seit vielen, vielen Jahren sitzen hier im Wiener Gemeinderat und im Nationalrat keine Kommunisten mehr. Die Kommunistische Partei hat, glaube ich, weniger als 1 Prozent *(Aufregung bei GR Armin Blind.)* und ihr seht's überall Kommunisten? *(Aufregung bei der ÖVP.)* Ihr hättet's in der McCarthy-Zeit eure Freude gehabt. Ihr hättet's wahrscheinlich den Nachbarn vernadert und gesagt, das ist ein Kommunist. Das irritiert mich zwar ein bisschen *(Aufregung bei der FPÖ.)*, weil es mich an die Blockwartzeit erinnert und an diese Zeit erinnert's ihr euch gerne, weil ihr auch in dieser Tradition steht. Nur, dass die ÖVP in dieser Tradition steht, das wird langsam, aber sicher dramatisch! *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ. – GR Mag Wolfgang Jung: Ein grüner Größenwahn!)* Ich verstehe es nur nicht, aber wenn Sie überall Kommunisten sehen, dann gehen Sie zum Arzt! *(GR Mag Wolfgang Jung: Ein grüner Größenwahn! – Heiterkeit bei den GRÜNEN.)*

Ich komme jetzt tatsächlich zum Schluss. Herr Aichinger, Herr Stiftner, Herr Gudenus, Herr Mahdalik, Herr Baron, Herr Dadak, Herr Irschik, weil wir über Gewalt reden und über Verhetzung: Für die Formulierung „Eine amtsführende Verkehrstadträtin, die seit ihrem Amtseintritt offenbar vorsätzlich sicherheitsgefährdend, polarisierend, aufhetzend und gewaltfördernd handelt, hat ihr Recht auf diesen verantwortungsvollen Posten verwirkt“ erteile ich Ihnen einen Ordnungsruf. Danke. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ. – Aufregung bei ÖVP und FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Herr Kollege Margulies, ein netter Versuch, dass Sie einen Ordnungsruf erteilen, aber die Kompetenz haben Sie leider nicht *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)* oder Gott sei Dank, sagen wir einmal so, wer weiß. Es hat in deiner Wortmeldung einige Worte gegeben, die ich nicht genau verstanden habe. Ich werde mir das im Protokoll anschauen. Wenn es ordnungsruffähig ist, bekommst du einen Ordnungsruf, wenn nicht, keinen.

Ich möchte bei der Gelegenheit auch sagen, dass ich mich beim Kollegen Akkilic, dem ich in der letzten Sitzung auf Grund einer Aussage, die er getätigt hat und die ich akustisch auf Grund mehrerer Zwischenrufe offenbar falsch verstanden habe und wo ich inzwischen im Protokoll nachgelesen habe, dass diese Aussage nicht

so getroffen wurde, wie ich sie gehört habe, einen Ordnungsruf gegeben habe, entschuldigen möchte. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Nachdem jetzt niemand mehr zum Wort gemeldet ist und die Debatte über die Beantwortung der Dringlichen Anfrage damit beendet ist, kommen wir zu einer Reihe von Abstimmungen und ich bitte die Damen und Herren Gemeinderäte und Gemeinderätinnen um Konzentration. Ich darf noch bekannt geben, dass der Herr GR Ekkamp seit 15.10 Uhr entschuldigt ist. Also ihn auch bitte bei der namentlichen Abstimmung aus dem Protokoll zu streichen, damit er nicht aufgerufen wird.

Wir kommen daher zum ersten Antrag und der wurde von der FPÖ und ÖVP eingebracht und ist ein Misstrauensantrag gegen die Frau VBgmin Vassilakou und es wurde die namentliche Abstimmung gefordert. Der Antrag ist ausreichend unterstützt. Ich stelle auch fest, dass gemäß § 40a Z 8 mehr als die Hälfte der Gemeinderätinnen und Gemeinderäte im Saal anwesend sind und kann daher jetzt die namentliche Abstimmung durchführen. Ich bitte die Schriftführer, mit der Verlesung der Namen zu beginnen und die Kolleginnen und Kollegen darf ich bitten, laut und deutlich zu sprechen. - Bitte wer beginnt? Bitte, Herr Kollege Peschek.

Schriftführer GR Christoph **Peschek**: GR Aichinger.

GR Dkfm Dr Fritz **Aichinger** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Ja.

Schriftführer GR Christoph **Peschek**: GR Akkilic.

GR Senol **Akkilic** (*Grüner Klub im Rathaus*): Nein.

Schriftführer GR Christoph **Peschek**: GR Al-Rawi.

GR Dipl.-Ing Omar **Al-Rawi** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführer GR Christoph **Peschek**: GRin Anger-Koch.

GRin Mag Ines **Anger-Koch** (*OVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Ja.

Schriftführer GR Christoph **Peschek**: GR Baron.

GR Karl **Baron** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Ja.

Schriftführer GR Christoph **Peschek**: GR Baxant.

GR Petr **Baxant**, BA (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführer GR Christoph **Peschek**: GRin Berger-Krotsch.

GRin Mag Nicole **Berger-Krotsch** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführer GR Christoph **Peschek**: GR Blind.

GR Armin **Blind** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Ja.

Schriftführer GR Christoph **Peschek**: GRin Bluma.

GRin Susanne **Bluma** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführer GR Christoph **Peschek**: GR Chorherr.

GR Mag Christoph **Chorherr** (*Grüner Klub im Rathaus*): Nein.

Schriftführer GR Christoph **Peschek**: GR Dadak.

GR Michael **Dadak** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Ja.

Schriftführer GR Christoph **Peschek**: GR Deutsch.

GR Christian **Deutsch** (*Sozialdemokratische Fraktion*

des Wiener Landtages und Gemeinderates): Nein.

Schriftführer GR Christoph **Peschek**: GR Ing Mag Dworak.

GR Ing Mag Bernhard **Dworak** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Ja.

Schriftführer GR Christoph **Peschek**: GR Mag Ebinger.

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Ebinger? Ist entschuldigt, bitte streichen. (*GR Godwin Schuster: Ist nicht entschuldigt!*) Pardon? Muss ich nachschauen. (*GR Godwin Schuster: Nicht anwesend, ist nicht entschuldigt!*) Ebinger ist nicht entschuldigt, ist abwesend bei der Abstimmung. Bitte weiter.

Schriftführer GR Christoph **Peschek**: GR Dr Eisenstein.

GR Univ-Prof Dr Herbert **Eisenstein** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Ja.

Schriftführer GR Christoph **Peschek**: GR Ellensohn.

GR David **Ellensohn** (*Grüner Klub im Rathaus*): Nein.

Schriftführer GR Christoph **Peschek**: GR Flicker.

GR Martin **Flicker** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Ja.

Schriftführer GR Christoph **Peschek**: GR Florian-schütz.

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Florian-schütz?

Schriftführer GR Christoph **Peschek**: GR Dr Frigo.

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Frigo? Ist nicht hier.

Schriftführer GR Christoph **Peschek**: GRin Gaal.

GRin Kathrin **Gaal** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführer GR Christoph **Peschek**: GRin Graf.

GRin Ilse **Graf** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführer GR Christoph **Peschek**: GR Mag Gudenus.

GR Mag Johann **Gudenus**, MAIS (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Ja.

Schriftführer GR Christoph **Peschek**: GR Guggenbichler.

GR Ing Udo **Guggenbichler** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Ja.

Schriftführer GR Christoph **Peschek**: GR Haslinger.

GR Gerhard **Haslinger** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Ja.

Schriftführer GR Christoph **Peschek**: GRin Hatzl.

GRin Eva-Maria Hatzl (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführer GR Christoph **Peschek**: GRin Hebein.

GRin Birgit **Hebein** (*Grüner Klub im Rathaus*): Nein.

Schriftführer GR Christoph **Peschek**: GR Herzog. (*GR Mag Wolfgang Jung: Ist bei einem Begräbnis!*) Bitte? (*GR Mag Wolfgang Jung: Ist bei einem Begräbnis!*)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Herzog ist nicht anwesend.

Schriftführer GR Christoph **Peschek**: GR Hofbauer.

GR Manfred **Hofbauer**, MAS (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Ja.

Schriftführer GR Christoph **Peschek**: GRin Mag Holdhaus.

GRin Mag Karin **Holdhaus** (ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien): Ja.

Schriftführer GR Christoph **Peschek**: GR Holzmann.

GR Ernst **Holzmann** (Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates): Nein.

Schriftführer GR Christoph **Peschek**: GR Hora.

GR Karlheinz **Hora** (Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates): Nein.

Schriftführer GR Christoph **Peschek**: GR Hufnagl.

GR Heinz **Hufnagl** (Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates): Nein.

Schriftführer GR Christoph **Peschek**: GR Hursky.

GR Christian **Hursky** (Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates): Nein.

Schriftführer GR Christoph **Peschek**: GR Irschik.

GR Wolfgang **Irschik** (Klub der Wiener Freiheitlichen): Ja.

Schriftführer GR Christoph **Peschek**: GR Mag Jung.

GR Mag Wolfgang **Jung** (Klub der Wiener Freiheitlichen): Ja.

Schriftführer GR Christoph **Peschek**: GRin Mag Dr Kappel.

GRin Mag Dr Barbara **Kappel** (Klub der Wiener Freiheitlichen): Ja.

Schriftführer GR Christoph **Peschek**: GRin Karner-Kremser.

GRin Waltraud **Karner-Kremser**, MAS (Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates): Nein.

Schriftführer GR Christoph **Peschek**: GR Mag Kasal.

GR Mag Günter **Kasal** (Klub der Wiener Freiheitlichen): Ja.

Schriftführer GR Christoph **Peschek**: GRin Dr Kickert.

GRin Dr Jennifer **Kickert** (Grüner Klub im Rathaus): Nein.

Schriftführer GR Christoph **Peschek**: GRin Klicka.

GRin Marianne **Klicka** (Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates): Nein.

Schriftführer GR Christoph **Peschek**: GR Kopietz.

GR Prof Harry **Kopietz** (Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates): Nein.

Schriftführer GR Christoph **Peschek**: GR Kops.

GR Dietrich **Kops** (Klub der Wiener Freiheitlichen): Ja.

Schriftführer GR Christoph **Peschek**: GRin Korosec.

GRin Ingrid **Korosec** (ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien): Ja.

Schriftführer GR Christoph **Peschek**: Entschuldigung?

GRin Ingrid **Korosec** (ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien): Ja.

Schriftführer GR Christoph **Peschek**: GRin Ing Leeb.

GRin Ing Isabella **Leeb** (ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien): Ja.

Schriftführer GR Christoph **Peschek**: GR Unger.

GR Christian **Unger** (Klub der Wiener Freiheitlichen): Ja.

Schriftführer GR Christian **Unger**: GR Lindenmayr.

GR Siegi **Lindenmayr** (Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates): Nein.

Schriftführer GR Christian **Unger**: GRin Ludwig-Faymann.

GRin Martina **Ludwig-Faymann** (Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates): Nein.

Schriftführer GR Christian **Unger**: GR Mahdalik.

GR Anton **Mahdalik** (Klub der Wiener Freiheitlichen): Ja.

Schriftführer GR Christian **Unger**: GR Mag Maresch.

GR Mag Rüdiger **Maresch** (Grüner Klub im Rathaus): Nein.

Schriftführer GR Christian **Unger**: GR Dipl-Ing Margulies.

GR Dipl-Ing Martin **Margulies** (Grüner Klub im Rathaus): Nein.

Schriftführer GR Christian **Unger**: GRin Matzka-Dojder.

GRin Anica **Matzka-Dojder** (Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates): Nein.

Schriftführer GR Christian **Unger**: GR Dr Mayer.

GR Dr Alois **Mayer** (Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates): Nein.

Schriftführer GR Christian **Unger**: GR Ing Meidlinger.

GR Ing Christian **Meidlinger** (Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates): Nein.

Schriftführer GR Christian **Unger**: GRin Mörk.

GRin Gabriele **Mörk** (Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates): Nein.

Schriftführer GR Christian **Unger**: GR Nevriyv.

GR Ernst **Nevriyv** (Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates): Nein.

Schriftführer GR Christian **Unger**: GR Niedermühlbichler.

GR Georg **Niedermühlbichler** (Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates): Nein.

Schriftführer GR Christian **Unger**: GRin Novak.

GRin Barbara **Novak** (Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates): Nein.

Schriftführer GR Christian **Unger**: GR Peschek.

GR Christoph **Peschek** (Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates): Nein.

Schriftführer GR Christian **Unger**: GRin Mag Ramskogler.

GRin Mag Sonja **Ramskogler** (Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages): Nein.

Schriftführer GR Christian **Unger**: GR Mag Reindl.

GR Mag Thomas **Reindl** (Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates): Nein.

Schriftführer GR Christian **Unger**: GR Ing Rösch.

GR Ing Bernhard **Rösch** (Klub der Wiener Freiheitlichen): Ja.

Schriftführer GR Christian **Unger**: GRin Rubik.

GRin Silvia **Rubik** (Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates): Nein.

Schriftführer GR Christian **Unger**: GR Dipl.-Ing Schicker.

GR Dipl.-Ing Rudi **Schicker** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführer GR Christian **Unger**: GRin Schinner.

GRin Katharina **Schinner** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführer GR Christian **Unger**: GRin Schrödl.

GRin Karin **Schrödl** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführer GR Christian **Unger**: GRin Schubert.

GRin Ingrid **Schubert** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführer GR Christian **Unger**: GRin Schütz.

GRin Angela **Schütz** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Ja.

Schriftführer GR Christian **Unger**: GR Schuster.

GR Godwin **Schuster** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführer GR Christian **Unger**: GR Seidl.

GR Wolfgang **Seidl** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Ja.

Schriftführer GR Christian **Unger**: GR Mag Spitzer.

GR Mag Gerhard **Spitzer** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführer GR Christian **Unger**: GR Dipl.-Ing Stiftner.

GR Dipl.-Ing Roman **Stiftner** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Ja.

Schriftführer GR Christian **Unger**: GR Strobl.

GR Friedrich **Strobl** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführer GR Christian **Unger**: GR Dr Stürzenbecher.

GR Dr Kurt **Stürzenbecher** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführer GR Christian **Unger**: GR Dr Troch.

GR Dr Harald **Troch** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführer GR Christian **Unger**: GR Valentin.

GR Erich **Valentin** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführer GR Christian **Unger**: GRin Dr Vana.

GRin Dr Monika **Vana** (*Grüner Klub im Rathaus*): Nein.

Schriftführer GR Christian **Unger**: GR Vettermann.

GR Heinz **Vettermann** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführer GR Christian **Unger**: GRin Prof Dr Vitouch.

GRin Prof Dr Elisabeth **Vitouch** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführer GR Christian **Unger**: GR Wagner.

GR Kurt **Wagner** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführer GR Christian **Unger**: GR Walter.

GR Norbert **Walter**, MAS (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Ja.

Schriftführer GR Christian **Unger**: GRin Mag Wehsely.

GRin Mag (FH) Tanja **Wehsely** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführer GR Christian **Unger**: GR Mag Werner-Lobo.

GR Mag Klaus **Werner-Lobo** (*Grüner Klub im Rathaus*): Nein.

Schriftführer GR Christian **Unger**: GR Woller.

GR Ernst **Woller** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführer GR Christian **Unger**: GRin Mag Wurzer.
GRin Mag Martina **Wurzer** (*Grüner Klub im Rathaus*): Nein.

Schriftführer GR Christian **Unger**: GR Mag Wutzlhofer.

GR Mag Jürgen **Wutzlhofer** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführer GR Christian **Unger**: GRin Yilmaz.

GRin Nurten **Yilmaz** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Wurde jemand nicht aufgerufen? Das ist nicht der Fall. (*Lautes Plenum.*)

Das spricht für die Qualität. Wir haben alle drei das gleiche Ergebnis. Frau Vizebürgermeisterin, 55 GemeinderätInnen haben Ihnen mit Nein kein Misstrauen ausgesprochen, 27 Ja. Gratuliere zum Ergebnis. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Wir kommen nun zu den weiteren Anträgen.

Ein Antrag der ÖVP betrifft die Abhaltung einer Volksbefragung über das Gesamtprojekt Neugestaltung der Mariahilfer Straße. Es ist die sofortige Abstimmung verlangt. Wer diesem Antrag die Zustimmung erteilt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Das ist gegen die Regierungsparteien die Minderheit und daher ist der Antrag abgelehnt.

Antrag der ÖVP betreffend „Verstärkter Neubau von Garagen und Erhöhung der Zahl der Park-and-ride-Stellplätze“. Es wurde auch hier die sofortige Abstimmung verlangt. Wer diesem Antrag die Zustimmung erteilt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Das ist gegen die Stimmen der Regierungsmehrheit die Minderheit und daher ist der Antrag abgelehnt.

Antrag der ÖVP und der FPÖ betreffend „Keine Ausweitung der Parkraumbewirtschaftungszonen in den neuen Parkpickerlbezirken 12, 14, 15, 16 und 17“. Hier wurde die sofortige und die namentliche Abstimmung verlangt. Nachdem den Antrag nur vier Abgeordnete unterzeichnet haben, frage ich das Plenum: Wird die namentliche Abstimmung erwünscht, dann bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Das sind mehr als 25 Stimmen, daher ist die namentliche Abstimmung durchzuführen.

Das Ergebnis war, dass die ÖVP und die FPÖ für die namentliche Abstimmung sind. Daher bitte ich die

Schriftführer wieder um Verlesung der Namen und um ein Ja oder um ein Nein, ob Sie für die Ausweitung der Parkraumbewirtschaftungszonen in den neuen Parkpickerlbezirken 12, 14, 15, 16 und 17 sind. (*Lautes Plenum.*) Wer für die Annahme des Antrages ist, sagt Ja, wer gegen die Annahme des Antrages ist, sagt Nein. Und der Antrag wurde von der ÖVP und von der FPÖ gestellt. Können wir mit der Abstimmung beginnen? Dann darf ich Kollegen Peschek bitten, zu starten.

Schriftführer GR Christoph **Peschek**: GR Aichinger.

GR Dkfm Dr Fritz **Aichinger** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Ja.

Schriftführer GR Christoph **Peschek**: GR Akkilic.

GR Senol **Akkilic** (*Grüner Klub im Rathaus*): Nein.

Schriftführer GR Christoph **Peschek**: GR Dipl.-Ing Al-Rawi.

GR Dipl.-Ing Omar **Al-Rawi** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführer GR Christoph **Peschek**: GRin Mag Anger-Koch.

GRin Ines **Anger-Koch** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Ja.

Schriftführer GR Christoph **Peschek**: GR Baron.

GR Karl **Baron** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Ja.

Schriftführer GR Christoph **Peschek**: GR Baxant.

GR Petr **Baxant**, BA (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführer GR Christoph **Peschek**: GRin Mag Berger-Krotsch.

GRin Mag Nicole **Berger-Krotsch** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführer GR Christoph **Peschek**: GR Blind.

GR Armin **Blind** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Ja.

Schriftführer GR Christoph **Peschek**: GRin Bluma.

GRin Susanne **Bluma** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführer GR Christoph **Peschek**: GR Chorherr.

GR Mag Christoph **Chorherr** (*Grüner Klub im Rathaus*): Nein.

Schriftführer GR Christoph **Peschek**: GR Dadak.

GR Michael **Dadak** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Ja.

Schriftführer GR Christoph **Peschek**: GR Deutsch.

GR Christian **Deutsch** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführer GR Christoph **Peschek**: GR Ing Mag Dworak.

GR Ing Mag Bernhard **Dworak** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Ja.

Schriftführer GR Christoph **Peschek**: GR Dr Eisenstein.

GR Univ.-Prof Dr Herbert **Eisenstein** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Ja.

Schriftführer GR Christoph **Peschek**: GR Ellensohn.

GR David **Ellensohn** (*Grüner Klub im Rathaus*): Nein.

Schriftführer GR Christoph **Peschek**: GR Flicker.

GR Martin **Flicker** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt*

Wien): Ja.

Schriftführer GR Christoph **Peschek**: GRin Gaal.

GRin Kathrin **Gaal** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführer GR Christoph **Peschek**: GRin Graf.

GRin Ilse **Graf** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführer GR Christoph **Peschek**: GR Mag Gudenus.

GR Mag Johann **Gudenus**, MAIS (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Ja.

Schriftführer GR Christoph **Peschek**: GR Guggenbichler.

GR Ing Udo **Guggenbichler** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Ja.

Schriftführer GR Christoph **Peschek**: GR Haslinger.

GR Gerhard **Haslinger** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Ja.

Schriftführer GR Christoph **Peschek**: GRin Hatzl.

GRin Eva-Maria **Hatzl** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführer GR Christoph **Peschek**: GRin Hebein.

GRin Birgit **Hebein** (*Grüner Klub im Rathaus*): Nein.

Schriftführer GR Christoph **Peschek**: GR Hofbauer.

GR Manfred **Hofbauer**, MAS (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Ja.

Schriftführer GR Christoph **Peschek**: GRin Holdhaus.

GRin Mag Karin **Holdhaus** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Ja.

Schriftführer GR Christoph **Peschek**: GR Holzmann.

GR Ernst **Holzmann** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführer GR Christoph **Peschek**: GR Hora.

GR Karlheinz **Hora** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführer GR Christoph **Peschek**: GR Hufnagl.

GR Heinz **Hufnagl** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführer GR Christoph **Peschek**: GR Hursky.

GR Christian **Hursky** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführer GR Christoph **Peschek**: GR Irschik.

GR Wolfgang **Irschik** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Ja.

Schriftführer GR Christoph **Peschek**: GR Mag Jung.

GR Mag Wolfgang **Jung** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Ja.

Schriftführer GR Christoph **Peschek**: GRin Mag Dr Kappel.

GRin Mag Dr Barbara **Kappel** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Ja.

Schriftführer GR Christoph **Peschek**: GRin Karner-Kremser.

GRin Waltraud **Karner-Kremser**, MAS (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführer GR Christoph **Peschek**: GR Mag Kasal.

GR Mag Günter **Kasal** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Ja.

Schriftführer GR Christoph **Peschek**: GRin Dr Kickert

GRin Dr Jennifer **Kickert** (*Grüner Klub im Rathaus*):
Nein.
Schriftführer GR Christoph **Peschek**: GRin Klicka.
GRin Marianne **Klicka** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.
Schriftführer GR Christoph **Peschek**: GR Kopietz.
GR Prof Harry **Kopietz** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.
Schriftführer GR Christoph **Peschek**: GR Kops.
GR Dietrich **Kops** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*):
Ja.
Schriftführer GR Christoph **Peschek**: GRin Korosec.
GRin Ingrid **Korosec** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Ja.
Schriftführer GR Christoph **Peschek**: GRin Ing Leeb.
GRin Ing Isabella **Leeb** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Ja.
Schriftführer GR Christoph **Peschek**: GR Unger.
GR Christian **Unger** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*):
Ja.
Schriftführer GR Christian **Unger**: GR Lindenmayr.
GR Siegi **Lindenmayr** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.
Schriftführer GR Christian **Unger**: GRin Ludwig-Faymann.
GRin Martina **Ludwig-Faymann** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.
Schriftführer GR Christian **Unger**: GR Mahdalik.
GR Anton **Mahdalik** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*):
Ja.
Schriftführer GR Christian **Unger**: GR Mag Maresch.
GR Mag Rüdiger **Maresch** (*Grüner Klub im Rathaus*): Nein.
Schriftführer GR Christian **Unger**: GR Dipl-Ing Margulies.
GR Dipl-Ing Martin **Margulies** (*Grüner Klub im Rathaus*): Nein.
Schriftführer GR Christian **Unger**: GRin Matzka-Dojder.
GRin Anica **Matzka-Dojder** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*):
Nein.
Schriftführer GR Christian **Unger**: GR Dr Mayer.
GR Dr Alois **Mayer** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.
Schriftführer GR Christian **Unger**: GR Ing Meidlinger.
GR Ing Christian **Meidlinger** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*):
Nein.
Schriftführer GR Christian **Unger**: GRin Mörk.
GRin Gabriele **Mörk** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.
Schriftführer GR Christian **Unger**: GR Nevriyv.
GR Ernst **Nevriyv** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.
Schriftführer GR Christian **Unger**: GR Niedermühlbichler.
GR Georg **Niedermühlbichler** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*):

Nein.
Schriftführer GR Christian **Unger**: GRin Novak.
GRin Barbara **Novak** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.
Schriftführer GR Christian **Unger**: GR Peschek.
GR Christoph **Peschek** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.
Schriftführer GR Christian **Unger**: GRin Mag Ramskogler.
GRin Mag Sonja **Ramskogler** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages*): Nein.
Schriftführer GR Christian **Unger**: GR Mag Reindl.
GR Mag Thomas **Reindl** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.
Schriftführer GR Christian **Unger**: GR Ing Rösch.
GR Ing Bernhard **Rösch** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Ja.
Schriftführer GR Christian **Unger**: GRin Rubik.
GRin Silvia **Rubik** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.
Schriftführer GR Christian **Unger**: GR Dipl-Ing Schicker.
GR Dipl-Ing Rudi **Schicker** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*):
Nein.
Schriftführer GR Christian **Unger**: GRin Schinner.
GRin Katharina **Schinner** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*):
Nein.
Schriftführer GR Christian **Unger**: GRin Schrödl.
GRin Karin **Schrödl** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.
Schriftführer GR Christian **Unger**: GRin Schubert.
GRin Ingrid **Schubert** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.
Schriftführer GR Christian **Unger**: GRin Schütz.
GRin Angela **Schütz** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Ja.
Schriftführer GR Christian **Unger**: GR Schuster.
GR Godwin **Schuster** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.
Schriftführer GR Christian **Unger**: GR Seidl.
GR Wolfgang **Seidl** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*):
Ja.
Schriftführer GR Christian **Unger**: GR Mag Spitzer.
GR Mag Gerhard **Spitzer** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.
Schriftführer GR Christian **Unger**: GR Dipl-Ing Stiftner.
GR Dipl-Ing Roman **Stiftner** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Ja.
Schriftführer GR Christian **Unger**: GR Strobl.
GR Friedrich **Strobl** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.
Schriftführer GR Christian **Unger**: GR Dr Stürzenbecher.
GR Dr Kurt **Stürzenbecher** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*):
Nein.
Schriftführer GR Christian **Unger**: GR Dr Troch.

GR Dr Harald **Troch** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführer GR Christian **Unger**: GR Valentin.

GR Erich **Valentin** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführer GR Christian **Unger**: GRin Dr Vana.

GRin Dr Monika **Vana** (*Grüner Klub im Rathaus*): Nein.

Schriftführer GR Christian **Unger**: GR Vettermann.

GR Heinz **Vettermann** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführer GR Christian **Unger**: GRin Prof Dr Vitouch.

GRin Prof Dr Elisabeth **Vitouch** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführer GR Christian **Unger**: GR Wagner.

GR Kurt **Wagner** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführer GR Christian **Unger**: GR Walter.

GR Norbert **Walter**, MAS (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Ja.

Schriftführer GR Christian **Unger**: GRin Mag Wehsely.

GRin Mag (FH) Tanja **Wehsely** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführer GR Christian **Unger**: GR Mag Werner-Lobo.

GR Mag Klaus **Werner-Lobo** (*Grüner Klub im Rathaus*): Nein.

Schriftführer GR Christian **Unger**: GR Woller.

GR Ernst **Woller** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführer GR Christian **Unger**: GRin Mag Wurzer.

GRin Mag Martina **Wurzer** (*Grüner Klub im Rathaus*): Nein.

Schriftführer GR Christian **Unger**: GR Mag Wutzlhofer.

GR Mag Jürgen **Wutzlhofer** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführer GR Christian **Unger**: GRin Yilmaz.

GRin Nurten **Yilmaz** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Ist jemand ... Es sind zwei eingetroffen. Wer ist nicht verlesen worden? Der Herr Frigo ... (*GR Godwin Schuster: Der Abstimmungsvorgang ist schon im Laufen!*) Pardon? Der Herr Frigo ist schon drin gesessen und der Herr Ebinger auch. Herr Frigo, Ja oder nein?

GR Univ-Prof Dr Peter **Frigo** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Ja.

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Herr Ebinger?

GR Mag Gerald **Ebinger** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Ja.

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Also es waren noch zwei Ja. Wir ermitteln das Ergebnis, kurze Geduld bitte. - Damit ist der Antrag betreffend „Keine Ausweitung der Parkraumbewirtschaftungszonen“ mit 55 Nein-

Stimmen abgelehnt worden. (*GR Dipl-Ing Martin Margulies: Wieviel?*) 55 Nein-Stimmen und 29 Ja-Stimmen. (*Zwischenruf von GR Dipl-Ing Martin Margulies.*)

Der nächste Antrag wurde von der ÖVP betreffend Neuregelung der Parkpickerlzonen gestellt. Es wird hier die sofortige Abstimmung gewünscht. Wer die Zustimmung erteilt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Das ist die ÖVP und damit die Minderheit und der Antrag ist abgelehnt.

Antrag Nummer 7 betrifft den Ausbau der U-Bahn ins Wiener Umland. Es wurde hier die sofortige Abstimmung gewünscht. Wer dem Antrag Nummer 7, also dem Antrag, die U-Bahn ins Wiener Umland auszubauen, die Zustimmung erteilt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. (*Heiterkeit bei den GRÜNEN.*) - Der Antrag hat die Zustimmung der ÖVP und hat damit die Minderheit und ist abgelehnt. (*Lautes Plenum.*) Ich darf Sie bitten, etwas leiser zu sein, ein bisschen leiser zu sein.

Wir haben noch einen Antrag abzustimmen, von den GRÜNEN und von der SPÖ eingebracht, betreffend „Neubau von Garagen und Erhöhung der Zahl der Park-and-ride-Stellplätze in Wien und der Region“. Wer diesem Antrag die Zustimmung erteilt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Das ist mit den Stimmen der SPÖ und der Grünen die Mehrheit und daher ist der Antrag beschlossen.

Mir liegt kein Antrag mehr vor, daher kommen wir nun zum Dringlichen Antrag der FPÖ. Wir kommen zum Verlangen, dass der von den GRen Mag Dr Barbara Kappel, Rudolf Stark, Univ-Prof Dr Herbert Eisenstein, Dominik Nepp, Mag Gerald Ebinger und Uta Meyer eingebrachte, an die Frau amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke gerichtete Dringliche Antrag betreffend Beteiligung am Strafverfahren als Privatbeteiligte gemäß § 38 Abs 2 der Geschäftsordnung verlesen und hierauf mündlich begründet werde. Auf die Verlesung des Antrages haben die Antragsteller verzichtet. Daher ist für die nun folgende Begründung des Verlangens auf dringliche Behandlung dieses Antrags gemäß § 38 Abs 3 eine Redezeit von 20 Minuten vorgesehen.

Zur Begründung darf ich daher der Frau GRin Mag Dr Kappel das Wort erteilen. Bitte schön, Frau Gemeinderätin, ich erteile es Ihnen.

GRin Mag Dr Barbara **Kappel** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Frau Vizebürgermeisterin! Meine Damen und Herren!

Es gab vor zirka 2 Wochen die 136. oder 137. Hausdurchsuchung am Flughafen Wien, einem in Österreich börsennotierten Unternehmen, an dem die Gemeinde Wien mit 20 Prozent beteiligt ist. Wir haben diese Hausdurchsuchung zum Anlass genommen, einen Dringlichen Antrag hier einzubringen. Mit diesem Dringlichen Antrag wollen wir Sie auffordern, ein Zeichen zu setzen, nämlich indem sich die Gemeinde Wien als Privatbeteiligter an dem Strafverfahren gegen die Vorstände am Flughafen Wien beteiligt, um für die Steuerzahler in Wien Geld zurückzubekommen. Es kann davon ausgegangen werden, dass dies bis zu 2 Millionen EUR sind. Und ein Zeichen auch in zweiter Hinsicht zu setzen, nämlich ein

positives Signal an die vielen Tausend Kleinanleger, die durch den Flughafen Wien zu Schaden gekommen sind. Sozusagen eine symbolische Geste, dass sich die Gemeinde Wien ihrer Interessen annimmt. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Der Flughafen Wien, das ist eine lange Geschichte, eine Skandalchronologie, die uns jetzt seit dem Jahr 2006 beschäftigt. Eine Chronologie großer Wertvernichtung, eine Chronologie unglaublichen Missmanagements, politisch motiviertem Missmanagement, ein Missmanagement, das deshalb entstanden ist, weil die Auswahl der Vorstände und die Auswahl des Aufsichtsrates politisch motiviert waren. Da gibt es einen Syndikatsvertrag zwischen der Gemeinde Wien und dem Land Niederösterreich und auf dieser Ebene im Rahmen eines Syndikatsrates wurden die Vorstandsbestellungen vorgenommen. Diese Vorgangsweise hat zu einem enormen Wertverlust bei der Börsenkaptalisierung des Flughafens Wien geführt. Ich habe dazu ein Chart mitgenommen, das ich in der Folge erläutern möchte.

Nur noch kurz ein paar Zahlen zum Flughafen Wien. Der Flughafen Wien, also die Gruppe Flughafen Wien AG, hat rund 4 500 Mitarbeiter, erzielte im letzten Jahr einen Umsatz von 582 Millionen EUR und ein EGT von 45 Millionen im vergangenen Jahr. Die Aktionärsstruktur stellt sich folgendermaßen dar: 20 Prozent der Anteile hält die Gemeinde Wien, 20 Prozent das Land Niederösterreich, 10 Prozent die Flughafen Wien Mitarbeiterstiftung, also eine Privatstiftung, 20 Prozent der Anteile halten 3 angelsächsische Fondsgesellschaften und 30 Prozent sind im Streubesitz an der Börse Wien gelistet. Das sind diese vielen Kleinanleger, die ich zu Beginn meiner Rede erwähnte. Insgesamt gibt es 21 Millionen Aktien und wenn Sie davon 30 Prozent nehmen, dann sind es über 6 Millionen Aktien, die von Kleinanlegern gehalten werden und diese Kleinanleger sind durch das Management enorm zu Schaden gekommen. Das Ausmaß dieses Schadens würde ich gerne an Hand eines Charts aufzeigen.

Ich darf das hier zeigen. (*Die Rednerin zeigt ein Chart.*) Der Inhalt ist nicht von mir entwickelt, Sie können die Börsenkurse jederzeit auf der Webseite der Börse Wien und des Flughafens Wien abrufen. Das ist der Kursverlauf der Flughafenaktie vom Jahr 2006, ich habe es aufgeschrieben, vom 31. Dezember 2006 bis zum heutigen Tag. Der Aktienkurs per 31.12.2006 lag bei 74,40 EUR pro Aktie. Das repräsentiert in etwa einen Unternehmenswert, eine Börsenkaptalisierung von 1,5 Milliarden EUR. Der Unternehmenswert, das ist diese Kurve da. Und dieser Unternehmenswert liegt heute nur mehr etwa bei der Hälfte. Das heißt, dass das Management in den letzten 6 Jahren 750 Millionen EUR an Wert, an Börsenkaptalisierung der Flughafen Wien AG vernichtet hat. 750 Millionen EUR! Und wir haben uns hier über Dividendenverluste aufgeregt. Wie Sie sehen, hat das, worüber wir heute reden, eine ganz andere Dimension. Diese Kurve hier, das sind 750 Millionen EUR an Verlust an Börsenkaptalisierung, ein Wert, der durch ein Management, das politisch ausgesucht wurde, vernichtet wurde.

So gibt es zum Thema Management der Flughafen Wien AG eine interessante Untersuchung des Unternehmensberaters Roland Berger aus dem Jahr 2010. Roland Berger wurde auf Verlangen des seinerzeitigen Vorstandes eingeladen, eine Studie zu erstellen, und kam zu folgendem Ergebnis, ich zitiere aus der Studie: „Die Personalpolitik im Flughafen ist geprägt“ - also im Zeitraum 2006 bis 2010 – „von mangelnder Talentförderung und einem Verlust von High Potentials. Die mangelnde Talentförderung ist auffällig. Immer wieder findet eine Berufung von Externen statt, ohne interne Entwicklung zu betreiben. Besetzungen erfolgen nicht ausschließlich nach dem Leistungsprinzip – Klammer: Vorrang Parteibuch. Die logischen Auswirkungen auf die Organisationen: Verlust von High Potentials und Demotivation der Mitarbeiter.“ Zitat Ende. Ebenso kritisieren die Berater mangelnde Unternehmenskultur: „Es wurden insgesamt 16 Unternehmensbereiche untersucht. Das Ergebnis war Bereichsdenken in Königreichen gegenüber dem Gesamtziel des Unternehmens. Starker Fokus auf interne Themen und Befindlichkeiten behindern den Blick nach außen auf den Markt. Eine Weiterreichung von Kosten ist wichtiger als die Kostenreduktion und -vermeidung. Die Zusammenarbeit im Vorstand ist nicht konstruktiv, sondern von Misstrauen geprägt. Misstrauen prägt das Tagesgeschäft. Man sucht den Schuldigen und nicht den Fehler. Konflikte zwischen den Bereichen, Entscheidungswillkür.“ Die Analyse des Beratungsunternehmens kommt zu folgendem Schluss: „Ineffizienz, Intransparenz und Steuerungsverlust, Verlust von Entscheidungswilligkeit. Der Vorstand ist führungsschwach und detailverliebt.“

Das ist das Ergebnis der Analyse eines unabhängigen Unternehmensberaters und ist verantwortlich für den enormen Wertverlust von 750 Millionen EUR im Bereich der Börsenkaptalisierung der Flughafen Wien AG. Das Magazin „Format“, das diese Analyse damals aufgenommen hatte, geht sogar noch einen Schritt weiter und sagt Folgendes, ich zitiere aus der Zeitschrift „Format“ vom 24.06.2010: „Wer sich am Flughafen Wien um einen Job bewirbt, dem bleibt die Frage nach der Parteizugehörigkeit nicht erspart. Bewerber, die weder Wiens SP-Bürgermeister Michael Häupl noch Niederösterreichs VP-Landeshauptmann Erwin Pröll in den Kram passen, sind zur karriere-technischen Bruchlandung verdammt. Denn als Flughafengroßaktionäre regieren hier Wien und Niederösterreich in den Flughafen hinein.“ - Und dieses Hineinregieren hat 750 Millionen EUR an Verlust von Börsenkaptalisierung, Verlust von Unternehmenswert für dieses wertvolle Unternehmen bedeutet.

Aber damit ist es noch nicht genug! Es ist auch der Rechnungshof auf den Plan getreten, nachdem 2006 die ganze Thematik auf Grund des Terminalausbaus im Rahmen des Projekts Skylink, welches auf Grund der beschriebenen Managementfehler eskaliert ist, völlig aus dem Ruder gelaufen ist. Der Rechnungshof trat auf den Plan und hat 2010 eine Prüfung des Terminals begonnen. Dieser Bericht wurde hier schon mehrfach zitiert. Der Rechnungshof zeigt auf, dass die Kosten für den Terminalbau von anfangs 400 Millionen EUR an budge-

tierten Baukosten auf letztlich knapp unter 1 Milliarde EUR zu liegen kamen, ein Betrag, der eigentlich schier unvorstellbar ist! Und wiederum Managementfehler. Einmal, wie wir schon hörten, Vernichtung von Marktkapitalisierung, 750 Millionen EUR Verlust an Marktkapitalisierung. Dazu kommen knapp 600 Millionen EUR. Wenn wir großzügig sind, gehen wir auf 400 Millionen EUR Verlust oder Überschreitung der Baukosten, das ist enorm!

Ich möchte Ihnen auch nicht vorenthalten, was der Rechnungshof konkret zum Projekt Skylink gesagt hat, und zitiere: „Schwere Planungs-, Koordinations- und Durchführungsmängel verzögern nicht nur die Fertigstellung um rund 4,5 Jahre. Die geschätzten Kosten erreichen mehr als 952 Millionen EUR und haben sich damit im Vergleich zu den ersten Schätzungen, das waren 402 Millionen EUR, mehr als verdoppelt. Damit geraten die Gesamtinvestitionen an die Grenzen der Wirtschaftlichkeit“, und das hat keiner der Verantwortlichen gewusst? Das hat niemand von den Vorständen gewusst, das hat im Aufsichtsrat niemand gewusst? Das ist an sich wirklich unvorstellbar.

Ungeachtet dieser gravierenden Probleme sagt der Rechnungshof weiter: „Beim Projekt Skylink gewährte der Aufsichtsrat dem Vorstand der Flughafen Wien AG großzügige Bonifikationen.“ Dieses Bonifikationssystem war es offenbar, das die Vorstände motivierte, mit Aussagen beim Aufsichtsrat zurückhaltend zu sein oder Termine einzuhalten wie beispielsweise den Eröffnungstermin des Skylink, der zwischenzeitlich Check in 3 heißt, am 5. Juni dieses Jahres. Denn auch für diesen Eröffnungstermin wurden Bonifikationen zugesagt, die dann Gott sei Dank vom neuen Aufsichtspräsidenten gestoppt werden konnten. Aber auch dafür wurden Boni zugesagt und das ist wirklich unvorstellbar! Es ist auch unvorstellbar, dass sich nie jemand eingesetzt und diese Missstände rechtzeitig aufgezeigt hat. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Es ist scheinbar ein enormer Druck auf das Management entstanden, den Terminal am 5. Juni dieses Jahres rechtzeitig zu eröffnen. Ich zitiere dazu das Branchenjournal „Austrian Wings“, das am 3. August dieses Jahres schrieb: „Rund 2 Monate nach der Eröffnung des Flughafenterminals Check in 3“ - also der Name wurde zwischenzeitlich geändert, weil Skylink so negativ belastet war, dass man damit nicht mehr weiterarbeiten konnte – „gab der Flughafenvorstand nun zu“, ich zitiere, „dass der Terminal unter größtem Zeitdruck eröffnet worden sei, weshalb nun Nachbesserungen notwendig sind.“ Ja, das versteht man schon, dass ein gewisser Zeitdruck da war, am 5. Juni den Terminal „rechtzeitig“ zu eröffnen, wenn dafür ein Bonus ausbezahlt wird. Ich zitiere weiter: „Die rasche Eröffnung des Check in 3 sei nach zahlreichen Skandalen und Verzögerungen jedoch notwendig gewesen, weil der mehrere Jahrzehnte alte Terminal 2 zum Sanierungsfall geworden ist“, so die offizielle Sprachregelung des Flughafens. „Insider gehen jedoch davon aus“, sagt das Branchenmagazin „Austrian Wings“, „dass es vielmehr der Druck der Aktionäre und der Politik gewesen sein dürfte, der dazu geführt hatte,

dass der 5. Juni 2012 als Eröffnungstermin schließlich in Stein gemeißelt war.“ - Dieser in Stein gemeißelte Eröffnungstermin mit 5. Juni hat nun dazu geführt, dass der Vorstand seit Monaten daran arbeitet, einen Mängelkatalog vorzulegen, was an diesem Terminal an Nachbesserungen zu machen ist.

Das heißt, der Flughafen Wien hat einen neuen Terminal eröffnet. In diesem neuen Terminal müssen vier Monate später bereits Umbauarbeiten vorgenommen werden, weil der Terminal für den Betrieb ungeeignet ist. Insbesondere Behindertenverbände haben sich darüber beschwert, dass es keine Barrierefreiheit gibt. Sie kennen wahrscheinlich selbst alle den Terminal. Er ist nicht für diese moderne Zeit gedacht. So haben namhafte Experten ihr Erstaunen darüber geäußert, dass sich die Architekten des Terminals nicht etwa an internationalen Flughäfen Anleihen genommen haben, wie derartige Anlagen zu bauen sind. Es gibt gute Flughafenbeispiele. Der Flughafen Wien ist leider kein gutes Beispiel!

Wer sind nun diese Vorstände, gegen die die Staatsanwaltschaft Korneuburg jetzt wegen Untreue und Bilanzfälschung ermittelt? Das sind in erster Linie der ehemalige Vorstandssprecher Mag Kaufmann und in zweiter Linie der ehemalige Vorstandsdirektor Ing Schmid. Wie wir schon gehört haben, braucht es ein Parteibuch, also beides Herren mit einem roten Parteibuch. Herr Mag Kaufmann entstammt als ehemaliger Direktor der Arbeiterkammer Niederösterreich, war dann Nationalratsabgeordneter der Sozialdemokraten im österreichischen Parlament. Das Magazin „News“ hat damals geschrieben, dass Mag Kaufmann in einem Jahr der faulste Abgeordnete war mit einer Redezeit von einer Minute im Jahr. Ich habe mich gewundert, wie das geht. Das ist wirklich wenig. - Er ist dann zum Flughafensprecher gewählt worden, ohne Branchenerfahrung, ohne ein Wort Englisch zu reden. Er ist einfach gewählt worden. Das ist eigentlich unfassbar! Herr Ing Schmid hat schon eine bessere Karriere hinter sich. Er ist Technikvorstand geworden, nachdem er vorher schon bei der Flughafen Wien AG arbeitete. Zuvor war er der Büroleiter des ehemaligen Wiener Bürgermeisters Zilk. Beide Herren mussten das Unternehmen 2011 als Vorstände verlassen, haben aber nach wie vor Konsulentenverträge, Herr Kaufmann bezog daraus allein im letzten Jahr, also 2011, 350 000 EUR, und bis Jahresende 2012 weitere 170 000 EUR. Auch Herr Schmid hat einen Konsulentenvertrag bis zum Jahresende dieses Jahres.

Wir glauben, dass das nicht richtig ist und sind der Meinung, dass Sie ein Signal setzen sollten. Diese beiden Vorstände haben enormen Wert vernichtet. Sie haben 750 Millionen EUR an Börsenkapitalisierung der Flughafen Wien AG vernichtet. Sie haben zumindest weitere 400 Millionen EUR an Baukostenüberschreitung für den Terminal Skylink verursacht. Und sie haben weitere - das betrifft die Gemeinde Wien im Speziellen - 4,2 Millionen EUR an Dividendenausfall für das Jahr 2012 zu verantworten. Bitte bedenken Sie, dass der gesamte Dividendenausfall für 2012 21 Millionen EUR beträgt. Nicht nur die Gemeinde Wien verliert 4,2 Millionen EUR, auch die Kleinaktionäre verlieren 6,3 Millionen EUR an

Dividenden. All das haben diese beiden Herren verursacht. Deshalb bitten wir Sie: Setzen Sie ein Signal! Setzen Sie ein Zeichen! Beteiligen Sie sich als Privatbeteiligte am Strafverfahren gegen diese Manager, damit die Kleinaktionäre sich vertreten fühlen und damit auch die Gemeinde Wien und der Wiener Steuerzahler zumindest einen Teil der Kosten und des Geldes, das da vernichtet wurde, wieder zurückbekommen! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Ich danke der Frau Gemeinderätin für die Begründung. Ich eröffne die Debatte, wobei ich bemerke, dass die Dauer der Diskussion maximal 180 Minuten beträgt. Zur Besprechung des Dringlichen Antrages hat sich Herr GR Mag Gudenus zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm, wobei ich darauf aufmerksam mache, dass die Redezeit mit 20 Minuten begrenzt ist. Ausgenommen von dieser Redezeitbeschränkung sind der Bürgermeister und die zuständigen amtsführenden Stadträte. - Bitte, Herr Gemeinderat.

GR Mag Johann **Gudenus**, MAIS (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wenn der Herr Bürgermeister oder die Frau Stadträtin hier wären, könnten sie sich zum Wort melden. Das ist anscheinend nicht so. Auch das ist wieder ein Ausdruck des mangelnden Respekts, vor allem seitens der Frau Vizebürgermeisterin, wenn es hier heute doch um einen Dringlichen Antrag an sie geht, ein Ausdruck des nicht vorhandenen Respekts gegenüber diesem Haus. Es ist natürlich nicht sehr angenehm, oder in ihrem Fall relativ unangenehm, zu hören, was es heute hier zu sagen gibt. Keine Frage.

Ich darf weiter ausholen, weil Herr Bgm Häupl ungefähr seit Mai, seitdem wir das Parkpickerl sehr intensiv diskutieren, oft in Interviews gesagt hat, Gott sei Dank gibt es anscheinend keine wichtigeren Probleme in der Stadt als das Parkpickerl. Das ist leider nicht so! Es gibt sehr viele Probleme in dieser Stadt. Wir haben in vielen Bereichen, vor allem in Wirtschafts- und Finanzbereichen enorme Missstände. Es steht die Frau Brauner, die vor sieben Minuten den Saal verlassen hat, leider eben für Misswirtschaft und für Freunderlwirtschaft hier im roten Wien mit grünem Anhängsel.

Ich will gar nicht von den vielen Skandalen reden. (*GR Dr Kurt Stürzenbecher: Sie widersprechen sich permanent!*) - Sie können dann gerne herauskommen und das auflösen. Ich höre Ihnen mit großer Aufmerksamkeit zu, mit derselben Aufmerksamkeit, die ich auch von Ihnen erwarte.

Ich will gar nicht über die vielen Skandale und die vielen Leichen im Keller reden. Die Menschen sind zu Recht angewidert, wenn man vom AKH oder von diversen Grundstücksverkäufen um einen Bruchteil des Wertes oder vom Mediacenter Marx - auch dort gab es Hausdurchsuchungen - oder wenn man von der Häupl-Stiftung AVZ hört. Da ist auch noch sehr viel im Unklaren. Da sind noch viele Leichen im Keller. Da sind die Menschen zu Recht angewidert, weil es passiert hier im Endeffekt Misswirtschaft. Auch der Verdacht auf Korruption besteht, wohin man nur schaut.

Aus all diesen Beispielen lernen wir vor allem zwei Dinge: Erstens können die Sozialisten nicht wirtschaften. Zweitens, was aber noch viel schlimmer ist, egal, wo die Roten die Finger im Spiel haben, sie nützen es zur unverschämten Freunderlwirtschaft. Da werden unfähige oder zumindest unbefähigte Parteisoldaten in Unternehmensfunktionen gehievt. (*GR Heinz Hufnagl: Da haben Sie aber jetzt einen Druckfehler im Text gehabt! Bei der FPÖ könnte das stimmen!*) Unfähige oder zumindest unbefähigte Parteisoldaten der SPÖ werden in Funktionen gehievt. Sie sollen Unternehmen führen, die im Endeffekt im Eigentum der Bürgerinnen und Bürger in Wien, auch der Steuerzahler, sind. Sie schaffen es nicht, scheitern im Endeffekt und werden trotzdem von der Partei bis zum bitteren Ende gedeckt. Also ein Zudecken, ein Vertuschen und ein Weitermachen im Endeffekt. Das ist im Endeffekt nicht nur unprofessionell, das ist untragbar, meine sehr geehrten Damen und Herren, und ineffizient! Das wird im Endeffekt auch vom Wähler bestraft werden! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Damit sind wir schon bei dem Thema des heutigen Dringlichen Antrages, nämlich beim Millionengrab Skylink. Da steht natürlich, wie so oft, am Beginn des Skandals der unsägliche Proporz bei der Flughafen Wien AG. Wir wissen, es ist bekannt, es wurde auch schon im Detail von meiner Kollegin Kappel ausgeführt, Wien ist zu 20 Prozent Eigentümer, Niederösterreich ist zu 20 Prozent Eigentümer. Es gibt diesen Syndikatsvertrag und man braucht sich nur die Liste der Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder anzuschauen. Sie liest sich wie das Who's who roter und schwarzer Parteisoldaten.

Nummer 1: Gegen drei dieser ehemaligen Vorstände, die sich offenbar durch besondere Unfähigkeit verbunden mit unersättlicher Geldgier ausgezeichnet haben, ermittelt die Staatsanwaltschaft.

Nummer 2: Zwei davon sind ganz klar den Wiener Sozialisten zuzuordnen, auch wenn natürlich die SPÖ jetzt nichts davon wissen will und Bgm Häupl, wie schon so oft, Kindesweglegung betreibt. Das kann man in vielen Interviews der letzten Jahre sehr interessant beobachten.

Nicht zuletzt sollte der ganze Kriminalfall Skylink in Vergessenheit geraten. Deswegen hat man diesen Terminal auch umbenannt in Check in 3.

Aber, werte Genossen, so einfach werden Sie nicht davonkommen! Zum Beispiel ist ganz klar, der Herr Vorstand Herbert Kaufmann saß von 1994 bis 1999 für die SPÖ im Nationalrat. Das ist nicht nur ein Naheverhältnis zur SPÖ, das ist Deckungsgleichheit mit der SPÖ. Das ist die Schule der SPÖ. Der Vorstand Gerhard Schmid war Mitte der 80er Jahre Büroleiter des damaligen Wiener Bürgermeisters Zilk. Das ist also die ehrenwerte Gesellschaft der Sozialdemokratie in Wien!

Genau diese in der Wolle gefärbten Sozialisten haben diesen Skylink-Skandal zu verantworten. Das können Sie nicht leugnen! Da bringt Ihnen auch die andauernde Kindesweglegung nicht irgendetwas! Die Menschen wissen das! Dafür werden Sie früher oder später auch zur Rechenschaft gezogen werden, meine sehr geehrten Damen und Herren! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Genau diese Funktionäre sind auch daran schuld, dass die Terminalerweiterung Skylink, still und heimlich, statt der anfangs geplanten 233 Millionen EUR - das wurde eben im Geschäftsjahr 2003 so unterschrieben - letztlich 760 Millionen EUR plus 100 Millionen EUR für Systemaufwendungen gekostet hat.

Herr Projektleiter Norbert Steiner hat damals lapidar erklärt - ich zitiere: „Offenbar ist die Komplexität der Planung unterschätzt worden.“ Es wurde also offenbar die Komplexität der Planung unterschätzt, wie man jetzt am Endergebnis sieht. Nach dem fertigen Bau und nach der Eröffnung wurde erst vor Kurzem die Komplexität der Planung und des Baus unterschätzt, weil wenn man dem Verein Bizeps - und ich weiß das aus eigener Beobachtung - Glauben schenkt, dass hier gravierende Mängel zutage treten, dass Barrierefreiheit nicht gegeben ist, dass es Orientierungsprobleme seitens der Fluggäste gibt oder dass es Probleme beim Umsteigen oder der Gepäckabholung gibt, dann scheint das wohl auch zu stimmen.

Aber man muss sich vorstellen, das ist insgesamt eine Kostenexplosion um 270 Prozent, und die Herrschaften im Vorstand haben nichts gesagt. Warum? Warum haben sie nichts gesagt? Weil Ihnen wahrscheinlich zusätzlich zu ihrem Einkommen von je knapp 170 000 EUR jährlich auch noch Erfolgsprämien in der Höhe von 240 000 EUR zugestanden wurden, die sie kassieren wollten und auch abkassiert haben. Ich frage mich: Worin lag denn der Erfolg? Wofür bekam man denn eine Erfolgsprämie? Dafür, dass hier vielleicht Gelder in Kanälen, vielleicht roten und dunkelroten Kanälen, verschwunden sind? Wo war denn der Erfolg bei diesem Musterbeispiel von roter Misswirtschaft? In Wirklichkeit, wenn man das Ganze objektiv betrachtet, darf man keine Erfolgsprämien auszahlen, sondern muss die Leute für den Misserfolg zur Kassa bitten! Das fordern wir Freiheitliche ein, meine sehr geehrten Damen und Herren! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Nach § 255 Aktiengesetz droht für Nicht- oder Falschinformation des Aufsichtsrats eine Haftstrafe bis zu einem Jahr. Laut der Staatsanwaltschaft haben sie sowohl 2006 als auch 2007 von den immensen Kostenexplosionen beim Skylink gewusst, aber dies verschwiegen. Erst kürzlich, wie Kollegin Kappel ausgeführt hat, gab es Hausdurchsuchungen, mittlerweile schon über 170 Hausdurchsuchungen, wo sehr wichtiges Beweismaterial sichergestellt wurde.

Aber ich erinnere an Anfang 2009. Am Höhepunkt des Skylink-Skandals wurden alle drei Vorstände, die ich genannt habe, darunter eben auch die zwei Versager der SPÖ-Wien, noch einmal in ihrer Funktion bestätigt. Die niederösterreichischen Schwarzen haben zumindest den Charakter gehabt und kurz davor den Christian Domany ausgetauscht, zwar durch den oder Ex-ÖVP-Wirtschaftslandesrat Gabmann ersetzt, aber es hat zumindest irgendwelche Konsequenzen gegeben. Freilich nicht so bei der SPÖ. Die SPÖ hielt naturgemäß an den beiden Katastrophenmanagern fest. Die Vertreterin der Stadt Wien, nämlich diejenige, die mittlerweile vor 13 Minuten den Saal verlassen hat, Frau VBgmin Brauner,

die glücklose Finanzstadträtin Brauner, die schon längst rücktrittsreif ist, hat noch in einer Aussendung erklärt, dass dieser Schritt im besten Interesse des Unternehmens gewesen wäre. Da lachen ja die Hühner! Wenn unfähige Vorstände hier nicht abberufen werden, dann ist es im besten Interesse des Unternehmens? Also, ich weiß nicht! Das ist die glatte Unwahrheit, Frau Finanzstadträtin! Das war nicht im besten Interesse des Unternehmens, sondern das war allein im Interesse des Systems der roten Parteibuchwirtschaft! Genau das gehört aufgezeigt! Wir Freiheitliche werden auch dafür sorgen, dass bis ins letzte Detail, nicht nur beim Skylink, sondern auch bei allen anderen Finanz- und Wirtschaftsskandalen im roten Wien genau dieser Punkt aufgeklärt wird, nämlich, dass immer das Interesse der SPÖ und nicht das Interesse des Steuerzahlers im Vordergrund steht! Und das ist schäbig! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Auch heute wirkt das Debakel noch nach. Skylink verschlingt jährlich 35 Millionen EUR Betriebskosten. 20 Millionen EUR gehen für Zinsen und 40 Millionen EUR für Abschreibungen drauf. Dem stehen nur Einnahmen von rund 20 Millionen EUR gegenüber, was ein Minus von 75 Millionen EUR ausmacht. Die Konsequenz daraus ist, die Einnahmen, die die Stadt als Dividende für ihren Anteil an der Flughafen AG bekommt, fällt um 4,2 Millionen EUR geringer aus.

Aber anstatt zu retten, was noch zu retten ist, hält die Finanzstadträtin weiter ihren Genossen die Stange, völlig unverantwortlich und auch völlig irrational! Niemand kann erklären, warum auch hier eine Nibelungentreue in einer unrühmlichen Tradition der Wiener SPÖ zum Vorteil ihrer Günstlinge, aber zum Schaden der Bürger gelebt wird. Bitte, stellen Sie doch endlich diese Nibelungentreue gegenüber Ihren Parteigängern ein und leben Sie treuer gegenüber den Wählern und den Steuerzahlern hier in Wien! Das wäre verantwortungsvolle Politik, die wir auch einfordern, meine sehr geehrten Damen und Herren! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Allein deswegen stellen wir hier und heute den Dringlichen Antrag, dass die Finanzstadträtin als Vertreterin der Stadt Wien, verdammt noch einmal, endlich ihrer Pflicht nachkommt, den Wienerinnen und Wiener, den Steuern- und Gebührenzahlern gegenüber, die sie teilweise wirklich unverschämt zur Kasse bittet, sich dem Strafverfahren gegen die tatverdächtigen Ex-Vorstände als Privatbeteiligte anzuschließen! Frau Brauner - hier jetzt weiterhin abwesend -, machen Sie zumindest einen Teil des Schadens, den Sie mit Ihrem hinlänglich bekannten Proporz, Ihrem ungenierten Postenschacher und Ihren sozialistischen Scheuklappen angerichtet haben, wieder gut und leben Sie Treue gegenüber den Steuerzahlern und Bürgern und keine Nibelungentreue gegenüber unfähigen Parteigängern! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Walter. Ich erteile es ihm.

GR Norbert **Walter**, MAS (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

In der Tat ist das, was die Frau Kollegin Kappel in ih-

rer Begründung gesagt hat, nicht unwahr, sondern mehr als wahr. In der Tat ist es wieder eines jener Debakel, die wir in dieser Stadt zu erleiden haben. Nicht umsonst hat der Rechnungshof - sie hat das auch zitiert - von gefährlichen Gesamtinvestitionen, an die Grenzen der Wirtschaftlichkeit gehend, gesprochen.

Ich glaube, wenn man sich das ansieht, dann geht es hier nicht darum, was die Organe in einer Aktiengesellschaft tun, sondern es geht darum, welche politische Verantwortlichkeit es gibt, was die Eigentümerinnen- und Eigentümervertreterin in der Hauptversammlung, im Auftrag der Politik, und in diesem Fall im Auftrag der SPÖ, weil sie regiert diese Stadt und hat sie damals zu 100 Prozent regiert, tut, sagt und auch anschafft.

Ein namhafter Wirtschaftsvertreter hat in einem Artikel geschrieben, in diesem Österreich Aufsichtsräte zu bestellen, bedeutet, dass sie sich eh alle kennen. In der Tat ist es so. Jeder von uns weiß das. Er hat gesagt, es nutzt nichts, wenn man Freundschaften pflegt, sondern man muss auch Freunden sagen können, dass das so nicht geht. Das erwarte ich mir von einer redlichen und rechtschaffenen Politik. Ganz egal, ob dieser Vorstand grün, schwarz, blau, rot ist - das ist mir völlig wurscht -, geht es, glaube ich, um die Verantwortung und um die Rechtschaffenheit. Aber in diesem Fall hat die SPÖ die politische Verantwortung. Wenn ich mir denke, dass Otto Bismarck vor zirka 150 Jahren gesagt hat: „Die Scheue vor Verantwortung ist die Krankheit unserer Zeit.“, dann denke ich mir, 150 Jahre sind wohl zu lange für diese Stadt, keine Verantwortung zu übernehmen. *(Beifall bei der ÖVP. - GR Dr Kurt Stürzenbecher: Wir übernehmen Verantwortung! - GR Godwin Schuster: Sitzt eigentlich die ÖVP auch in diesem Gremium?)*

Wir sind in Wien, Herr Kollege! Sie wissen das! Ich bin nicht in Niederösterreich daheim! Entschuldigung, ich bin nicht dabei! *(GR Godwin Schuster: Noch nicht!)* Ihr könnt das gern mit den Kollegen in Niederösterreich besprechen. Damit habe ich kein Problem. *(GR Kurt Wagner: Was ist mit Niederösterreich? Niederösterreich hat drei Aufsichtsratspräsidenten!)*

Herr Kollege Wagner, ich wollte es eigentlich gar nicht ansprechen. Ein namhafter Lobbyist, der mittlerweile nicht mehr so namhaft ist, bekommt 2009 einen Auftrag, um Geschäftsleute am Flughafen zu diskreditieren. Er bekommt einen Auftrag, um sogar die Eigentümervertreter - und das sind Ihre Vorstände gewesen - zu diskreditieren. *(GR Godwin Schuster: Von wem?)* Sie stellen sich dann hin und sagen, es ist eh alles super. Es tut mir leid, aber das ist nicht wahr! *(GR Godwin Schuster: Von wem gab es den Auftrag?)* - Vom Vorstand. *(GR Godwin Schuster: Echt vom Vorstand? Da war Gabmann auch drinnen!)* - Lesen Sie den „Kurier“-Artikel vom Jahre 2009. Er ist eh im Internet abrufbar. Wenn Sie hineinkommen, können Sie es nachlesen. Aber ist ja wurscht! *(GR Godwin Schuster: Wurscht ist es nicht!)* Ich sage nur, politische Verantwortung kann man nicht immer abstreifen wie einen Mantel, bevor man ins Bett geht! Man muss sie auch tragen können! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Aber ich sage auch ganz klar, von der politischen Verantwortung muss man die strafrechtlichen Dinge

trennen. Es gibt in Aktiengesellschaften und in GmbHs Gremien. Wenn heute die Staatsanwaltschaft Erhebungen durchführt, muss man, aus meiner Sicht, diese Erhebungen abwarten. Dann kann man sich noch immer überlegen, ob man bei einer Anklage mit einer Beteiligung als Privatankläger mitgeht. Da haben die Frau Kollegin Kappel und auch der Herr Kollege Gudenus recht, im Sinne der Wiener Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, und vor allem auch der Anleger, wäre es nur gerecht, wenn man sich, falls es zu einer Verurteilung kommt, dann auch dementsprechend einbringt.

Ich glaube, dass es notwendig ist, auch in die Zukunft zu denken, dass man ein bisschen darüber nachdenken sollte - das wäre schon auch Aufgabe der Regierungsfractionen, auch die GRÜNEN haben sich immer als Sauberfrauen und Saubermänner hervorgetan -, wie Eigentümervertreter oder -vertreterinnen, die in Gremien entsandt werden, ausgewählt werden. Vielleicht gibt es irgendwann einmal auch ein Mitspracherecht im Gemeinderat, wo man sagt, das ist uns wichtig, wir stehen zur Transparenz, wir wollen vor allem auch dieses zarte Pflänzchen von aktienrechtlichen und, ich sage jetzt einmal, börsebewegten Menschen, die unternehmerische Ideen haben, nicht jedes Mal im Keim zerstören, sondern wir stehen dazu und wollen damit auch eine Grundlage schaffen, um dem Missbrauch durchaus Vor-schub zu leisten.

Ich glaube, wenn an diesen Dingen etwas dran ist, gehören sie aufgeklärt. Wenn wir für Transparenz in diesem Hause stehen, und dazu stehe ich jedenfalls, dann glaube ich, muss man sich nicht hinter dem Mantel des Schweigens und der Nibelungentreue, wie es der Kollege Gudenus gesagt hat, verstecken. Ich glaube, das würde auch einer politischen Verantwortung gut tun. Wie heißt so schön ein Sprichwort: „Man soll die Ämter mit Leuten, nicht die Leute mit Ämtern besetzen.“ Das wäre vielleicht auch einmal ein Sprichwort, über das als Regierungspartei nachgedacht werden sollte.

In dem Sinne sage ich, wenn etwas Kriminelles am Flughafen passiert ist, gehört das aufgeklärt. Wir kennen viele Dinge, die bis heute an den Tag gekommen sind. Wir kennen auch viele Puschereien, die dort passiert sind. Jeder, der schon einmal am neuen Terminal war, kennt dort die WC-Situationen kennt, kennt die Behinder-tendinge, kennt dort anderes, allein die Wege, die man dort zurücklegen muss, weil man laut Aussagen von anderen den Flughafen halt ein bisschen dezimiert hat, damit er nicht doch über 1 Milliarde EUR kostet, und man dann draufkommt, dass man keine Laufbänder mehr bauen kann. Ich denke mir, das sind dann Dinge, die aufgeklärt gehören. Das sind aber auch Dinge, die - das sage ich auch ganz offen - einer Weltstadt wie Wien nicht gut tun. Ich meine, es gab in letzter Zeit genügend Beispiele, vom Prater-Vorplatz angefangen, über Stadionbad et cetera. Ich denke, das ist dieser Stadt nicht würdig. Das gehört aufgeklärt. Da muss man sich zusammensetzen und schauen, wie es in Zukunft geht. Weil sonst brauchen wir nicht über Budgets zu jammern, wenn man das Geld so beim Fenster hinaushaut! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Da rufe ich allen Beteiligten hier im Saal in den Raum, was Molière gesagt hat: „Wir sind nicht nur für das verantwortlich, was wir tun, sondern auch für das, was wir nicht tun.“ In diesem Sinne, werden Sie tätig und schauen Sie, dass die Zukunft besser wird! - Danke. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Mag Maresch. Ich erteile es ihm.

GR Mag Rüdiger **Maresch** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Die Unabhängigkeit der Gerichte ist eine wichtige Errungenschaft der bürgerlichen Revolution. Das ist gut so. Ich glaube, in dem Fall ist es so, dass die Staatsanwaltschaft in dieser Causa ermittelt. Das ist auch gut. Wenn es zu einer Verurteilung kommt, und da möchte ich mich dem Kollegen Walter anschließen, sollte man sich einbringen. Jetzt herumzupfuschen, halte ich für komplett verkehrt. Tatsache ist, dass am Terminal vieles schiefgelaufen ist, viele Dinge anschauenswert sind. Aber das ist Sache der Gerichte.

Ich möchte aber noch etwas anderes dazu sagen. Was mich ein bisschen stutzig gemacht hat, ist die Rolle der FPÖ, die heute als Sauberpersion dasteht. Ich habe mir eine Pressemitteilung des Herrn Hafenecker ausgehoben, der niederösterreichischer Fluglärm- oder Flughafen- oder Dritte-Piste-Sprecher ist. Dazu möchte ich zunächst einmal zwei Dinge sagen. Er sagt zur dritten Piste: „Nicht zuletzt könnte ein Ausbau der dritten Piste auch zu einer rascheren Amortisation des Check in 3, ehemals Skylink beitragen, dessen Kosten beim Bau massiv überschritten wurden.“ Das heißt, das ist eine Verniedlichung des Problems einerseits. Andererseits ist es aber interessant. Das möchte ich dem Kollegen Mahdalik, der das sicherlich schon gelesen hat, mitgeben, weil der Kollege Mahdalik der Fluglärmsprecher der Wiener FPÖ ist. Da möchte ich ihm kurz etwas vorlesen: „Es ist höchst an der Zeit, den positiven Baubescheid für die dritte Piste am Flughafen Schwechat nun in die Tat umzusetzen und endlich mit den Bauarbeiten zu beginnen.“ - Das forderte der freiheitliche Luftfahrtsprecher, Landtagsabgeordneter Christian Hafenecker, am 19. September 2012. „Durch diese Investition sieht Hafenecker auch einen wichtigen Impuls, um der ohnehin krisengeschüttelten Luftfahrt etwas unter die Arme zu greifen.“ - Der Kollege Mahdalik sieht das möglicherweise anders, aber offensichtlich ist es in Niederösterreich anders. „Darüber hinaus sei Wien im Flugverkehr ein Knotenpunkt bei Flügen, vor allem nach Osteuropa und in den Nahen Osten. Ein Nein für die Piste könnte diese strategisch wichtige Position massiv gefährden beziehungsweise einschränken. Es wäre ein immenser wirtschaftlicher Schaden, diese Piste an den Flughafen Preßburg abzugeben, das bei der Ablehnung Österreichs gerüchteweise bereits Interesse bekundet haben soll. Ein weiteres Plus für die Wirtschaft sieht Hafenecker in der Schaffung vieler neuer Arbeitsplätze, die der Bau und in weiterer Folge der Betrieb der dritten Piste mitbringen würde.“ - Also, ich würde sagen, die FPÖ spricht mit gespaltener Zunge! - Danke schön. *(Beifall bei GRÜNEN*

und SPÖ.)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Frau GRin Schinner. Ich erteile es ihr.

GRin Katharina **Schinner** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren!

Was hier in den letzten Reden der FPÖ an Wahrheitsverdrehung und an Panikmache gesprochen wird, ist schon beachtlich! Auch wenn man die Presseaussendungen, ihre Kommentare der letzten Tage, liest, kriegt man fast das Gefühl, da werden 100 Prozent falsche Informationen weitergegeben.

Ich möchte hier - es ist schon von meinem Kollegen Maresch vorher gesagt worden - in aller Klarheit zu Beginn sagen, wir als Stadt Wien können uns am laufenden Verfahren als Nebenkläger jederzeit anschließen. Glauben Sie ernsthaft, dass wir uns das nicht genau anschauen? Glauben Sie ernsthaft, dass es nicht von der Stadt externe und interne Rechtsmeinungen gibt? (*GR Armin Blind: Ja, das glauben wir!*) Ich nehme auch an und hoffe, dass Sie, so wie ich, den Rechnungshofbericht gelesen haben, wo ganz klar und eindeutig vom Rechnungshof gesagt wird, dass sich weder die Stadt Wien noch das Land Niederösterreich jemals in das operative Geschäft eingemischt haben. Hier so viel über etwas zu reden, was der Rechnungshof so klar darlegt, ist schon unglaublich! (*GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Was sagt der Rechnungshofbericht?*)

Herr Gudenus, wenn ich mir Ihre Aussage anschau, wenn Sie vorher sagen, Sie wollen hier nicht über Skandale und nicht über Freunderlwirtschaft reden, dann kann ich das natürlich verstehen, weil wenn man Mitglied in einer Partei ist, in der 15 Politiker und Funktionäre bereits rechtskräftig verurteilt sind, fängt man wahrscheinlich an, sich so zu verhalten und kann nur genauso skandalisieren, wie es in der eigenen Partei passiert! (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN. - GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Der Herr Blecha macht Ihr Parteiprogramm!*)

Da lachen Sie! Ich finde es nicht lustig! Eine Partei, die Heerscharen von Richtern, von Staatsanwälten, von Ermittlern beschäftigt, die seit Jahren, seit der schwarz-blauen Regierung, nur damit beschäftigt sind, Ihre Skandale aufzuarbeiten! (*GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Reden Sie von der SPÖ?*) Ich muss ehrlich sagen, immer wenn ich persönlich glaube, die Talsohle ist erreicht, es kann gar nicht mehr tiefer gehen, kommt doch in Wahrheit der nächste Skandal schon um die Ecke! (*GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Von Ihrem Parteibüro!*) Es ist doch wirklich keinem Menschen zu erklären, es ist niemandem zu erklären, der in dieser Stadt und in diesem Land ehrlich arbeitend seiner Arbeit nachgeht, dass damals Honorare gezahlt wurden! Wenn ich mir das heute noch vor Augen führe, 12 Millionen EUR für den Verkauf der Hypo Alpe-Adria an den Steuerberater Birnbacher! (*GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Ist das ein Freiheitslicher?*) Wie erklären Sie das? Also, das sind doch wirklich Dinge, wo man sich einfach nur genießen muss! (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Dass Sie sich dann hier hinstellen und sagen, dass

der Steuerzahler ernsthaft geschädigt wurde, was in keinster Weise stimmt, eine ganz übliche Angstmache ist, wie sie nur aus der Schublade der FPÖ kommen kann, finde ich wirklich beachtlich! (GRin Mag Dr Barbara Kappel: Wissen Sie überhaupt, wovon Sie reden?) - Ich sage Ihnen ehrlich, ich habe es mir angeschaut. Ich habe es vorhin schon gesagt, 15 Politiker rechtskräftig verurteilt wegen Holocaust-Leugnung, wegen Wiederbetätigung, wegen Betrugs, wegen falscher Beweisaussage, wegen Verhetzung, wegen Körperverletzung, wegen sexueller Nötigung. Ich sage Ihnen ehrlich, das sind alles Delikte, wovor die Menschen, die ich kenne, ihre Kinder eigentlich schützen wollen! (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN. - GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Rote Kinderheime! Zwei SPÖ-Gemeinderäte!)

Da denke ich mir schon: Was ist das für ein Zustand? Wenn ich mir anschau, um hier wirklich, nämlich nicht wie Sie, nicht von den Skandalen zu reden, sondern die Skandale aufzuzeigen (GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Reden wir über die Skandale!), einen Uwe Scheuch und das kostbare Gut der Staatsbürgerschaften. Sie lachen darüber! Menschen, die Staatsbürgerschaften wollen, müssen sich von jemandem wie Uwe Scheuch vorführen lassen, der diese russischen Investoren gegen Parteispenden gibt! (GR Mag Wolfgang Jung: Wie heißt die Salzburger Landeshauptfrau?) Wenn ich mir anschau, wie Sie die Worte der Werte strapazieren, wie Sie als Oppositionspartei immer davon reden, welche Werte man nicht haben muss und dann andererseits - Sie schütteln den Kopf (GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Ich nickel!), ich weiß eh, wir sind beide einer Meinung, glaube ich - in der schwarz-blauen Regierungszeit schamlos die Republik als Selbstbedienungsladen angeschaut haben, wenn ich hier die Themen herausnehme! (GR Mag Wolfgang Jung: Sie trauen sich aber etwas!) Man kann es nicht oft genug sagen, denn es ist unsere Aufgabe, dass wirklich jeder Bürger und jede Bürgerin in diesem Land, jeder junge Mensch weiß, wie Sie mit Geld umgehen, was Sie, so, wie Sie es jetzt in Ihrer Rede gesagt haben, unter Freunderlwirtschaft verstehen! (GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Sie leben doch das beste Beispiel vor!) Die Telekom-Privatisierung mit 6 Millionen EUR an Herrn Hohegger. Die BUWOG-Privatisierung mit 9,6 Millionen EUR an Herrn Hohegger. (GR Ing Udo Guggenbichler: Was ist mit dem Herrn Faymann und seinen Inseraten?) Die Eurofighter. Eine Homepage. So teuer, wie es nie mehr davor und danach der Fall war, 283 000 EUR. Das ist doch einfach nur seinesgleichen suchend! Das ist nicht genug! Die Leute wissen doch nicht einmal, wo ihre Leistung liegt, wenn man sich einen Herrn Meischberger anschaut, der heute nur mehr für Kabarets und dergleichen da ist. Nicht zuguterletzt ist sich ein Martin Graf nicht zu schlecht, das Arbeitsleben einer Frau, die ihr ganzes Leben ehrlich und aufrichtig gearbeitet hat, die einen Namen trägt, Frau Gertrud Meschar, zu vernichten, indem man die Liegenschaft seines Bruders über das Geld anmietet! (GR Mag Wolfgang Jung: Was? Freigesprochen zu werden, ist schlimm?) Das ist doch wirklich unterste Schublade! (GR Mag Wolfgang Jung: AVZ!) Es sollte eigentlich für alle

Parteien von uns und auch für Sie so sein, dass so etwas nicht möglich sein darf! (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Somit bleibt mir zum Schluss nur zu sagen (GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Schluss mit lustig! Geht schon! Auf Wiedersehen!), wir sehen es wirklich als unsere Aufgabe, jeden Tag aufzuzeigen, welche Kultur in Ihrer Partei herrscht, wie Politiker der FPÖ agieren, wie Sie sich auch hier hinstellen und wie Sie die Wahrheit verdrehen! (GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Sie sind die neue Kampfrichterin der SPÖ!) Ich sage Ihnen ehrlich, ich finde das schamlos! Ich finde, das ist wirklich ein Schüren der Ängste der Menschen! (GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Zur Sache bitte!) Mein letzter Satz ist eigentlich nur ein ganz persönlicher. Ich sage Ihnen, auf der einen Seite macht es mich wütend (GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Das tut mir aber leid!), aber auf der anderen Seite sage ich Ihnen auch ganz persönlich, als Bürgerin und als Bürger macht es mich wirklich traurig! - Danke schön. (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN. - GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Als Bürgerin oder als Bürger?)

Vorsitzende GRin Dr Monika Vana: Zum Wort gemeldet ist Herr StR DDr Schock. Ich erteile es ihm.

StR DDr Eduard Schock: Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren!

Zur Kollegin Schinner, die hier ein gigantisches Ablenkungsmanöver gestartet hat: Ich finde das eigentlich schon verwegen, wenn man in einer Partei sitzt, wo die Staatsanwaltschaft laufend gegen den Chef ermittelt, meine Damen und Herren (GR Mag Rüdiger Maresch: Was? Gegen Herrn Strache?), wo dieser Verdacht gegen den Herrn Faymann besteht, Herr Maresch, wo es um das 7-Millionen-Ding des Herrn Faymann geht, Verdacht auf Untreue in der Höhe von 7 Millionen EUR, wo Druck auf Beamte, auf Manager ausgeübt worden ist, dass Werbung gemacht wird, womit sich die SPÖ gute Berichterstattung gekauft hat (GR Dipl-Ing Martin Margulies: Zur Sache bitte!) - ich darf schon auf die Frau Schinner eingehen (GR Mag Wolfgang Jung: Jetzt redet er zur Sache!) -, frage ich Sie schon, Frau Kollegin Schinner: Warum geht Ihr Chef eigentlich nicht in den Untersuchungsausschuss? Ich frage Sie das. Lenken Sie nicht von Ihren Problemen ab! Warum ist Herr Faymann zu feige, in diesen Untersuchungsausschuss zu gehen? Da frage ich mich schon: Habt ihr etwas zu verbergen? (GR Mag Rüdiger Maresch: Zur Sache!) Hat Herr Faymann etwas zu verbergen? Wir sehen alle die desaströsen Folgen für die SPÖ, das Abrutschen bei den Umfragen. 53 Prozent der Menschen sagen, dass Faymann etwas zu verbergen hat. Bei den Älteren, die überwiegend Ihre Wählerklientel sind, sagen 67 Prozent, Faymann will etwas vertuschen. Frau Kollegin Schinner, mit diesem Parteivorsitzenden komme ich doch nicht hier heraus und halte eine misslungene Brandrede! Da wäre ich so klein! Da würde ich mich in der letzten Bank verstecken und dort hinunterkriechen! (Beifall bei der FPÖ.)

Aber es ist klar, warum der Herr Faymann dort nicht hingeht (GR Christian Hursky: Weil man ihn nicht eingeladen hat.), weil dieser Verdacht immer mehr von namhaften Zeugen bestätigt wird. Etwa vom Herrn Zimmer-

mann, der ASFINAG-Pressesprecher gewesen ist, wird der Verdacht erhärtet. Auch vom früheren ÖBB-Vorstand selbst, ein Untergebener des Herrn Faymann in seiner Zeit als Verkehrsminister. Jetzt wird der Verdacht sogar von Martin Huber, vom seinerzeitigen ÖBB-Chef aus der Zeit, als Faymann Verkehrsminister war, bestätigt. (GR Godwin Schuster: *Haben Sie nicht einen Dringlichen Antrag zu einem bestimmten Thema beantragt?*) All diese Herren haben den Parteivorsitzenden Faymann massiv belastet. (GR Godwin Schuster: *Ich glaube, es geht jetzt um etwas anderes!*) Es geht, wie gesagt, um Untreue, Frau Kollegin Schinner. Darüber würde ich nicht lachen! Es ist kein guter Stil, hier herauszukommen, alle anzuschütten, dann zu lachen und das beim eigenen Parteivorsitzenden wegzutun! (GR Dipl.-Ing Rudi Schicker: *Das macht nur die FPÖ!*) Es geht hier um den Verdacht der Untreue, und zwar um Anstiftung zur Untreue! Das ist eine Form der Beitragstäterschaft, die genauso strafbar ist wie die Haupttäterschaft selbst, Frau Kollegin Schinner. Das ist mittlerweile von drei Zeugen bestätigt worden. Sie können sich bei der Frau Kollegin Schinner beschweren, dass sie hier ein Thema anzündet, wo ihr nichts gewinnen könnt, liebe Genossen! (Beifall bei der FPÖ. - GR Prof Harry Kopietz: *Sie reden vom Schneefall heute!*)

Ich frage mich wirklich, meine Damen und Herren von der SPÖ: Was hat sich Ihr Vorsitzender dabei gedacht? Was hat er sich dabei gedacht, nicht in den Untersuchungsausschuss zu gehen? Hat er wirklich geglaubt, den Menschen ist das wurscht, den Menschen fällt diese Peinlichkeit nicht auf?

Wir sehen ja, wie der Kanzler bei den Umfragewerten abrutscht. Um 17 Prozent ist er abgerutscht. Frau Kollegin Schinner, wenn Sie hier herauskommen und ein Theater über Dinge, die zehn Jahre zurückliegen, aufführen, wo Sie einen Parteivorsitzenden haben, gegen den laufend ermittelt wird, dann sage ich, Sie sind hier draußen völlig unglaubwürdig! Dieser Bundeskanzler ist nicht nur eine Schande für Sie! Der Herr Faymann ist mittlerweile eine Schande für ganz Österreich! Kehren Sie vor Ihrer eigenen Tür, Frau Kollegin Schinner! (Beifall bei der FPÖ. - GR Prof Harry Kopietz: *Das ist unerhört!*)

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana** (unterbrechend): Herr Stadtrat, auch bei einer sehr weiten Auslegung der Geschäftsordnung würde ich Sie jetzt dringend ersuchen, zur Sache des Dringlichen Antrags zu kommen.

StR DDr Eduard **Schock** (fortsetzend): Frau Schinner hat auch so getan, als hätte die Stadt Wien mit dem Flughafen überhaupt nichts zu tun, ungefähr so: „Was die Freiheitlichen aufführen! Der Kollege Kaufmann, der Kollege Schmid, wer ist das überhaupt? Diese kennen wir alle nicht!“

Meine Damen und Herren, der Postenschacher am Flughafen ist weitergegangen. Wer ist denn der Herr Jäger? Wer ist denn der jetzige Generaldirektor dort? Was hat er denn für Fähigkeiten? (GR Heinz Vettermann: *Die besten!*) Er kommt aus einem roten Netzwerk. Herr Kopietz, Sie kennen ihn, weil er braver Bezirksrat bei Ihnen gewesen ist. Sie kennen ihn sicher, Herr Professor. Das ist seine Qualifikation! Er hat null Erfahrung!

(GR Karlheinz Hora: *Das heißt, Sie sprechen ihm die Fähigkeiten ab!*) - Herr Kollege Hora, er hat null Erfahrung in der Privatwirtschaft! Darum geht es! Er hat null Erfahrung! (GR Karlheinz Hora: *Das stimmt ja nicht!*) Die SPÖ, das ist schon richtig, hat ihren Bezirksrat dort hineingeschleust. Das ist schon richtig. Er war dort auch als Befehlsempfänger des Rathauses, als roter Vasall, bekannt. Das ist alles richtig. Aber seine Qualifikation ist nicht, dass er Erfahrung in der internationalen Flugbranche hat, sondern dass er ein Leopoldstädter Bezirksrat ist. (GR Prof Harry Kopietz: *Sie haben keine Ahnung!*) Ein roter Bezirksrat aus dem 2. Bezirk, das ist seine Qualifikation!

Frau Kollegin Schinner, bitte hören Sie auf, uns alle hier für dumm zu verkaufen! Aber hören Sie vor allem auf, den Flughafen als Selbstbedienungsladen für ihre roten Freunderln zu missbrauchen! (Beifall bei der FPÖ. - GR Prof Harry Kopietz: *Missbraucht worden ist alles in Seibersdorf! Daran kann ich mich genau erinnern!*)

Es hat der Rechnungshof das penibel aufgezeigt. Sie sagen, der Rechnungshof hat aufgezeigt, dass sich die Stadt nicht in die operativen Geschäfte eingemischt hat. Aber der Rechnungshof hat genauso aufgezeigt, und das ist das Interessante für uns, dass sich die SPÖ drei Mal bei der Vorstandsbestellung eingemischt hat, nämlich 1999, dann 2004 und 2009 beim dritten Mal.

1999, als die beiden roten Genossen Kaufmann und Schmid zum ersten Mal installiert worden sind.

Dann hat sich Häupl 2004 wieder eingemischt, hat dort wieder seine Parteifreunderln verlängert, es ist bereits gesagt worden, der rote Nationalratsabgeordnete Kaufmann und der Büroleiter von Helmut Zilk, Herr Schmid.

Meine Damen und Herren, das ist alles aktenkundig. Es ist damals sogar der Aufsichtsratspräsident zurückgetreten. Es ist damals der Aufsichtsratspräsident, Herr Staribacher, zurückgetreten, der kein Unbekannter ist, weil er einmal Finanzminister gewesen ist. Er ist als Aufsichtsratspräsident am Flughafen zurückgetreten, weil er gesagt hat, diese Art politische Einflussnahme ist unerträglich für ihn. Das hat Herr Staribacher 2004 gesagt, als Häupl dort wieder Kaufmann und Schmid durchgesetzt hat. Das ist die Art von Nichteinmischung, die Sie hier betonen und sich darüber freuen!

Beim dritten Mal, 2009, meine Damen und Herren, kommt unsere Frau Brauner ins Spiel. 2009 kommt Frau Brauner ins Spiel, wo sie bei der zweiten Vertragsverlängerung von Kaufmann und Schmid eingreift und wieder interveniert, dass die beiden verlängert werden. (GR Dipl.-Ing Rudi Schicker: *Herr Schock, Sie kennen den Rechnungshofbericht! Darin steht, dass es keine Einmischung durch die Stadt Wien gab!*) - Herr Schicker, ich kenne den Rechnungshofbericht ganz genau. (GR Dipl.-Ing Rudi Schicker: *Dass sich die Eigentümer nicht eingemischt haben, steht im Rechnungshofbericht!*) In dem Rechnungshofbericht steht, dass sich die Stadt Wien in die Vorstandsbesetzungen eingemischt hat! Das steht drinnen, Herr Schicker! (Beifall bei der FPÖ. - GR Dipl.-Ing Rudi Schicker: *Sie haben ihn gelesen! Das weiß ich! Sagen Sie hier nicht etwas Falsches!*)

2009, und das ist der Punkt, Herr Kollege Schicker. *(GR Dipl-Ing Rudi Schicker: Das steht eindeutig nicht im Rechnungshofbericht!)* Im Rechnungshofbericht, Herr Kollege Schicker, steht, dass sich die Stadt nicht in die operativen Geschäfte eingemischt hat, aber dass sie sich in alle Vorstandsbestellungen seit 1999 eingemischt hat! Das steht genauso darin! Das müssen Sie auch lesen, Herr Kollege Schicker! *(Beifall bei der FPÖ. - GR Dipl-Ing Rudi Schicker: Das steht nicht in dieser Form in diesem Rechnungshofbericht! Und das war wahrscheinlich der ÖVP gar nicht so angenehm!)*

Herr Kollege Schicker, 2009 ist deswegen so ein entscheidendes Datum, warum die Frau Brauner eingegriffen hat, weil zu diesem Zeitpunkt längst der Skylink-Skandal und die Unfähigkeit der roten Genossen Kaufmann und Schmid dort aufgefliegen sind. Der Millionenschaden durch die beiden unfähigen Manager war 2009 längst bekannt. Trotzdem, und das ist das Verwerfliche, hat sich Frau Brauner damals, 2009, im Wissen um die Unfähigkeit der Manager, im Wissen um diesen gigantischen Skandal, um den enormen Schaden für den Flughafen und auch für die Stadt Wien, im Wissen um all diese Dinge, eingemischt, weil es einfach um ihre braven sozialistischen Parteigenossen gegangen ist! Das ist der eigentliche Skandal, Herr Schicker, den wir uns hier nicht bieten lassen sollten! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Es ist jetzt klar, wie hoch der Schaden ist. 4 Millionen EUR ist der Dividendenausfall, der Schaden des Steuerzahlers durch diese Misswirtschaft von roten Genossen, weil sich die Kosten verdoppelt haben, weil sich die Bauzeit verdoppelt hat. Das ist alles vom Rechnungshof an den Tag befördert worden, auch, dass mit Duldung der Frau Brauner, meine Damen und Herren, der Aufsichtsrat damals, am Höhepunkt dieses Skandals, Erfolgsprämien für die fristgerechte Fertigstellung beschlossen hat! Das muss man sich vorstellen! Da gibt es den Rechnungshof, der den Bericht vorlegt, dass sich die Bauzeit verdoppelt hat und der Aufsichtsrat gewährt dem Vorstand Erfolgsprämien mit der Begründung für die fristgerechte Fertigstellung! Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen, Konsulentenverträge, eine Doppelpension, einen Erfolgsbonus für Genossen in dieser Situation, eine Doppelpension für den Herrn Schmid etwa, für den ehemaligen Büroleiter unseres Bürgermeisters Helmut Zilk, in der Höhe von 13 000 EUR pro Monat, ein Erfolgsbonus, Herr Klubobmann Schicker, 760 000 EUR Erfolgsbonus insgesamt, für gescheiterte sozialistische Manager! Wenn das Ihre Vorstellung von sozialer Gerechtigkeit ist, Herr Kollege Schicker, wenn das wirklich Ihre Gerechtigkeit ist, dann sage ich, Gute Nacht! Dann werden Ihnen die Wählerinnen und die Wähler die Rechnung präsentieren, Herr Kollege Schicker! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Meine Damen und Herren, das ist auch genau die politische Dimension in diesem Skandal. Neben dem Schaden, den Frau Brauner angerichtet hat, neben der Amtshaftung und auch neben dem Untreueverdacht gegen die Frau Brauner ist das die politische Dimension einer Partei, die den Bundeskanzler stellt, die ihren Parteivorsitzenden im ganzen Land mit den Plakaten von

der sozialen Gerechtigkeit plakatieren lässt, einer Partei, die dann gleichzeitig in ihrer praktischen Politik, Frau Kollegin Schinner, die Schwächsten belastet, die Familien mit der Kürzung der Familienbeihilfe, die Pensionisten im nächsten Jahr durch eine Anpassung der Pensionen deutlich unter der Inflationsrate, einer realen Kürzung der Pensionen, durch eine Kürzung bei den Kranken- und Pflegebedürftigen bei den Pflegestufen 1 und 2 durch den Herrn Faymann, bei den Menschen, die nach 30, 40 Jahren harter Arbeit einfach nicht mehr können, weil sie abgerackert sind, bei den Frührentnern ein Minus von 15 Prozent, meine Damen und Herren, bei den Schwächsten, die sich nicht mehr wehren können!

Da muss man sich schon die Frage stellen: Wie gehen Sie mit Ihren eigenen Funktionären, mit Ihren eigenen Freunderln um? Wird auch dort gekürzt? Jetzt sind wir genau am Punkt. Jetzt sind wir genau bei der heutigen Diskussion, beim Herrn Kaufmann, beim Herrn Schmid. Wie gehen Sie mit diesen nach alledem, nach den Skandalen, die jetzt aufgefliegen sind, um? Fordern Sie da wenigstens Schadenersatz? Oder, Herr Kollege Schicker, schließen Sie sich als Nebenkläger an, was ja eine Selbstverständlichkeit ist?

Eine Selbstverständlichkeit wäre, wenn man wirklich die Interessen der Steuerzahler in Wien vertritt. Andere können das. Es gibt auch drei andere Geschädigte, meine Damen und Herren. Es gibt auch drei andere Geschädigte, drei andere Privatbeteiligte, die sich bereits als Nebenkläger diesem Verfahren angeschlossen haben. Drei andere Privatbeteiligte haben sich bereits angeschlossen! Und was sagt unsere Stadträtin dazu? Was sagt die Frau Kollegin Schinner? „Nein, das machen wir nicht.“ Aus irgendwelchen Gründen werden Sie sich als Eigentümervertreter nicht dem Verfahren anschließen! Jetzt frage ich mich, meine Damen und Herren: Warum machen Sie die Ansprüche der Stadt wirklich nicht geltend, wie das auch die anderen tun, wie das die anderen drei Privatbeteiligten selbstverständlich tun, sich als Nebenkläger anzuschließen? Warum, um Gottes willen, machen Sie hier nicht die Ansprüche der Stadt geltend? Warum, um Gottes willen, vertreten Sie hier nicht auch die Rechte der Steuerzahler? Weil es Ihre Genossen sind?

Meine Damen und Herren, wir befinden uns in einer Zeit, wo Herr Faymann ein gewaltiges Belastungspaket verkündet, wo der Bundeskanzler der SPÖ die Pensionen kürzt, die Schwachen und die Kranken belastet, in einer Zeit, wo Sie sogar unseren Wiener Beamten, die für das alles überhaupt nichts können, im nächsten Jahr das Gehalt real um 5 Prozent kürzen wollen, meine Damen und Herren, aber selbst nicht den Gürtel ein bisschen enger schnallen, auch bei den eigenen Leuten zu sparen, zu kürzen, dort, wo die Unfähigkeit erwiesen ist, meine Damen und Herren, sondern weiter alle diese Günstlinge versorgen. *(GR Godwin Schuster: Wo wird für die Beamten real um 5 Prozent gekürzt? Im Bundesdienst?)* - Um 5 Prozent wird nächstes Jahr gekürzt! Herr Kollege Schuster, es ist eine Nulllohnrunde bei den Beamten in Diskussion, und wir haben derzeit beim täglichen Bedarf eine Inflationsrate von 5 Prozent, wo ein

durchschnittlicher Beamter einkaufen gehen muss. Das heißt nichts anderes als eine reale 5-prozentige Kürzung im nächsten Jahr, die Sie zu verantworten haben, Herr Schuster! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich meine daher, in einer solchen Zeit, wo man den eigenen Beamten, die überhaupt nichts dafür können, ihre Gage im nächsten Jahr um 5 Prozent kürzen will, decken und versorgen Sie weiterhin die eigenen Parteigünstlinge, die ihre Unfähigkeit bewiesen haben, meine Damen und Herren! Ich frage Sie: Haben Sie denn überhaupt kein soziales Gewissen mehr, kein politisches Gewissen? Wenn das die Lehre ist, meine Damen und Herren, die Sie aus diesem Skylink-Skandal ziehen, wenn das wirklich die Lehre ist, jetzt auch noch auf den Schadenersatz zu verzichten, Herr Klubobmann, nur, weil es um Ihre Genossen geht, nur weil es um brave rote Genossen geht, nicht einmal den Schadenersatz geltend zu machen, wenn das wirklich die Lehre ist, Herr Kollege Schicker, die Sie aus diesem gesamten Skylink-Skandal ziehen, wenn das Ihre Vorstellung von sozialer Gerechtigkeit ist, dann, Herr Klubobmann Schicker, werden Ihnen die Wählerinnen und Wähler im nächsten Jahr ganz sicher die Rechnung für diese Politik präsentieren! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Hora. Ich erteile es ihm.

GR Karlheinz **Hora** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Damen und Herren! Lieber Kollege Schock!

Ich möchte eine tatsächliche Berichtigung mitteilen.

Sie haben hier den Herrn Mag Julian Jäger bezichtigt, dass er nicht die Voraussetzungen hat, diesen Betrieb Flughafen Wien zu leiten. *(StR DDr Eduard Schock: Bezirksrat ist er!)* - Er ist schon lange nicht mehr Bezirksrat! Sie haben übersehen, dass Herr Mag Julian Jäger seit Jahrtausendbeginn beim Unternehmen Flughafen beschäftigt war. Seit 2004 war er Leiter der Abteilung Geschäftsentwicklung des Luftfahrtgeschäftes. 2007 hat er die kaufmännische Leitung am Flughafen Malta übernommen, 2008 den Vorstandsvorsitz in Malta. 2010 hat er den Airline Quality Award für den besten europäischen Flughafen gewonnen. Er hat sich 2011 einem Hearing gestellt. Unter solchen Voraussetzungen war es sicher klar, dass er einer der möglichen Kandidaten ist. Er hat auf Grund seiner Voraussetzungen auch diesen Job bekommen.

Es würde mich freuen, wenn bei ähnlich gelagerten Fällen in der FPÖ auch so eine nahtlose fachliche Qualifikation vorhanden wäre! - Danke. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Mag Reindl. Ich erteile es ihm.

GR Mag Thomas **Reindl** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Nachdem wir heute schon ein Zitat von Bismarck gehört haben, das der von mir geschätzte GR Walter von sich gegeben hat, möchte ich auch ein Zitat von ihm

vorlegen, weil ich glaube, das ist das Motto der FPÖ. Bismarck hat gesagt: „Es reicht hin, eine Behauptung mit Sicherheit auszusprechen, um sie für die Wahrheit auszusprechen zu dürfen.“ Meine Damen und Herren von der FPÖ, das gilt für Sie! Sie sind genauso, wie Bismarck Sie beschrieben hat. Sie glauben selbst den Schwachsinn, den Sie von sich geben! *(Heiterkeit bei der FPÖ.)*

Frau Kappel hat uns hier ein schönes Taferl gezeigt. Frau Kappel, Sie beleidigen unsere Intelligenz ein bisschen, wenn Sie einen Börsenkurs mit einem Wert eines Unternehmens setzen, wo wir vier Jahre Finanzkrise und Wirtschaftskrise haben. Ich glaube, das ist alles an Ihnen vorübergegangen. *(GR Johann Herzog: Entschuldigung, abgestürzt wie nichts!)* Ich kann Ihnen tausende Charts von Unternehmen zeigen, die eine ähnliche Kursentwicklung wie der Flughafen haben! *(GR Mag Wolfgang Jung: Das sind keine Monopolbetriebe!)* Nehmen Sie zur Kenntnis, wir sind keine kurzfristigen Spekulanten, die Aktien kaufen und verkaufen, sondern wir in der Stadt sind langfristige Anleger! Das war immer unser Ziel, das ist unser Ziel, und das werden wir auch weiterhin am Flughafen Wien sein, egal, wie der Aktienkurs aussieht. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Mein Vorredner hat hier Faymann und alle möglichen Personen zitiert und diskutiert. Ich möchte jetzt auf diese ganzen Dinge nicht eingehen. Es hat mich gewundert, dass sie nicht noch Gandhi oder Fozzie, den Bären aus der Muppet Show, zitiert haben und mit uns in Verbindung bringen. *(GR Johann Herzog: Der Vergleich zwischen Muppet Show und Gandhi hinkt!)*

Aber eines tut mir schon weh, Herr Kollege: Der Generaldirektor der ÖBB in Ruhe, Herr Huber, der mit schwarz-blauer Bestellung in die ÖBB gesetzt wurde, ist das der Herr Huber, der im 3. Bezirk ein Grundstück der Firma seiner Gattin um einen Pappenstiel verkauft hat, die das dann um 10 Millionen EUR weiterverkauft hat? Ist das dieser moralisch einwandfreie Herr Huber? *(GR Mag Wolfgang Jung: Er hat es der Firma seiner Gattin weiterverkauft!)* Sprechen sie von ihm? Sprechen Sie von dem Herrn Huber, der in den ÖBB für Sie eine Tochtergesellschaft nach der anderen gegründet hat, damit er Ihre Parteigänger dort versorgen kann? Sprechen Sie von ihm? *(GR Mag Wolfgang Jung: Laden wir den Bundeskanzler ein! Er muss es wissen.)* Dann sage ich Ihnen, schauen Sie sich an, was er bei den ÖBB aufgeführt hat, bevor Sie über andere urteilen! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN. - GR Kurt Wagner: Man sollte sich auch einmal Seibersdorf anschauen!)*

Sie machen es sich auch einfach, indem Sie hier Menschen vorverurteilen! Ich persönlich habe zu den Vorständen des Flughafens nichts zu sagen, außer dass sie das waren. Insofern ist eine Konsequenz aus den ganzen Dingen, die am Flughafen beim Neubau des Skylink passiert sind, gezogen worden. Es ist keiner mehr im Vorstand. Aber es ist auch noch keiner verurteilt. Oder können Sie mir einen einzigen der drei beziehungsweise vier Vorstände nennen, der verurteilt wurde?

Ich meine, weil da auch gerühmt wird, die ÖVP hat gehandelt, sie hat den Wirtschaftslandesrat in den Vorstand gesetzt. *(GR Anton Mahdalik: Das kommt auch*

noch!) Was hätten Sie denn gemacht, wenn wir das in Wien auch gemacht hätten, dass wir sagen, wir setzen eine Wirtschaftslandesrätin oder einen anderen unserer ausgezeichneten Stadträte und Landesräte, die wir haben, in den Flughafenvorstand? Da hätte ich gerne gehört, was Sie gesagt hätten!

Wie meine Vorrednerin Kollegin Schinner schon gesagt hat - weil Sie immer herumrütteln an dem, wir sollen als Nebenkläger auf Schadenersatz auftreten -: Sie wissen ganz genau, die Stadt vergibt sich nichts, wenn wir es jetzt noch nicht machen. (GR Armin Blind: Stimmt nicht!) Das stimmt schon (GR Armin Blind: Wer zahlt die Prozesskosten im Zivilverfahren ...), das stimmt selbstverständlich schon!

Erstens: Wichtig ist, dass das Unternehmen Flughafen AG sich als Nebenkläger beteiligt. (GR Mag Wolfgang Jung: Privatbeteiligter!) Meines Wissens ist das erfolgt - privat beteiligt -, um hier auch den Schaden, der in der Gesellschaft entstanden ist, zurückzuholen. Damit fließt es indirekt, wenn hier eine Erfolgsaussicht, ein Erfolg gegeben ist, auch an die Stadt zurück. Das heißt, wenn wir uns jetzt auch noch anhängen, ist es doppelt gemoppelt. Aber es spricht ja nichts dagegen, dass die Stadt sich diesem Verfahren noch anschließen wird.

Eines sage ich auch: Am Flughafen - ja, der Rechnungshof zeigt es auf - hat es viele Dinge gegeben, die beim Skylink hätten besser gemacht werden müssen, und es sind dort auch Fehler passiert. Tun Sie nicht so, als würden wir nie zugeben, dass der Skylink nicht das Best-Practice-Modell ist, wie man so einen Flughafen baut oder wie man so ein Ding ausbaut! Aber auf der anderen Seite muss man auch sagen: Der Vorstand ist bis jetzt nicht dafür verurteilt worden, die Flughafen AG hat all ihre Verpflichtungen auch gegenüber dem Vorstand eingehalten, und die Gerichte werden jetzt entscheiden, wo hier Verantwortung zu sehen ist.

Zum Schluss noch, weil der Rechnungshof angesprochen wurde - und dann habe ich noch einen Punkt -: Der Rechnungshof hat ganz klar auf eines hingewiesen. Das ist von Seite 131 aus dem Bericht vom 31.12.2011 zitiert: Die Rechnungshofüberprüfung ergab keine Hinweise, dass die Syndikatspartner auf die Abwicklung des Projekts Skylink unmittelbaren Einfluss genommen hätten. - Also Ihr Vorwurf, wir als Stadt, die Roten sozusagen hätten sich dort groß in Position gebracht, ist vollkommen falsch! Das wurde auch vom Rechnungshof so festgestellt.

Und, Herr Schock, eine Inflation von 5 Prozent? - Ja, wir haben eine hohe Inflation, leider viel zu hoch, aber 5 Prozent habe ich noch nicht gehört und noch nicht gelesen. Aber es ist möglicherweise die freiheitliche Wirtschaftslehre, die zu solchen Zahlen kommt. (GR Johann Herzog: Nein, die Arbeiterkammer!) Das ist nicht die Arbeiterkammer, das ist ein freiheitlicher Marketing-Gag, den Sie haben. (GR Johann Herzog: ... Index des täglichen Lebens! Dieser liegt bei 4,6 Prozent!) Wahrscheinlich merken Sie sich 2,8 nicht, darum ist 5 einfacher für Sie. (GR Johann Herzog: Sie kennen die Arbeiterkammerzahlen nicht! - Weitere Zwischenrufe.)

Zum Abschluss darf ich auch noch in Richtung F ein

Zitat bringen, auch von Otto Bismarck - Kollege Walter hat mich inspiriert nachzusehen: „Ich bin dankbar für die Schärfe der Kritik, wenn sie nur sachlich bleibt.“ Und das, meine Damen und Herren, müssen Sie wirklich noch lernen, wenn Sie ernsthaft solche Themen mit uns diskutieren wollen! (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Vorsitzende GRin Dr Monika Vana: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Mag Jung. Ich erteile es ihm.

GR Mag Wolfgang Jung (Klub der Wiener Freiheitlichen): Danke, Frau Vorsitzende!

Damit es nicht zu lange dauert - der SPÖ wachsen schon die Grausbirnen -, in Stichworten.

Zuletzt Kollege Reindl: „Gemeinde Wien langfristiger Anleger.“ - Na, was war mit der AVZ, meine Damen und Herren, und der langfristigen Anlage? Oder: Die SPÖ hat langfristig im „Konsum“ angelegt, aber wie es ausgegangen ist, wissen wir.

„Die SPÖ ist gegen Vorverurteilungen“: Meine Damen und Herren, was betreiben Sie seit bald einem Jahr mit Martin Graf?! Da trauen Sie sich noch, davon zu reden, dass Sie gegen Vorverurteilungen sind? Martin Graf ist im letzten Verfahren ganz klar bestätigt worden, im Recht zu sein. (GR Heinz Hufnagl: Er ist bis heute nicht Rechtsanwalt!) Und Sie sind noch immer diejenigen, die keine Ruhe geben und sticheln. Das ist es! (Zwischenrufe bei der SPÖ.)

Aber es ist nicht nur Martin Graf, es gibt jetzt x Fälle, von Kärnten bis sowieso, wo Sie die Weltmeister im Vorverurteilen sind - von den GRÜNEN rede ich da gar nicht (GR Mag Rüdiger Maresch: Bei uns gibt es keine Verurteilten! Bei euch ...) -, und keine Frage davon, abzuwarten, wie die Gerichte entscheiden werden! Jetzt auf einmal tut es weh; ich komme noch einmal ganz kurz darauf zurück. - So weit also zum Kollegen Reindl.

Zu Frau Kollegin Schinner, die ja „Wahrheitsverdrehungen“, „hundertprozentig falsche Informationen“ und so weiter angeführt hat: Praktisches Beispiel dafür hat sie keines gegeben. Aber ich komme jetzt auf die gerichtliche Frage zurück, nämlich die Frage der Privatbeteiligten, wo wir ja immer wieder noch hineinfallen. Frau Kollegin Schinner, da sind aber schon ein paar große Unterschiede, die man berücksichtigen muss! Zum Beispiel die Kostenfrage, die, wenn Sie als Privatbeteiligter danebengreifen, ganz beträchtlich sein kann. Wenn Sie jetzt schon eingestiegen wären, wäre die Situation eine andere. Es ist die Frage der Beweisanträge, es ist die Frage der Einstellung des Verfahrens, das der Staatsanwalt jederzeit machen kann, und, und, und. Es gibt eine ganze Menge Punkte aus der Strafprozessordnung, die Sie sich hier herausuchen könnten.

Sie haben auch die rechtskräftig Verurteilten angesprochen, die es in der FPÖ in Mengen gibt. Frau Kollegin, wenn ich anfangs, Ihnen bei der SPÖ aufzuzählen, wie viele rechtskräftig Verurteilte es in der SPÖ gibt, dann sind wir in drei Stunden noch hier! Ich habe einmal kurz damit begonnen, und der Kollege Reindl am Vorsitz hat mich damals unterbrochen. (Zwischenruf von GR Dipl-Ing Martin Margulies.)

Ich werde Ihnen jetzt auch nicht die ganze Liste vorlesen - wenn es notwendig ist, können wir das in Zukunft

machen -, ich nenne nur zwei Namen. Einer war Bürgermeister hier im Haus: rechtskräftig verurteilt, SPÖ! Einer war Minister: rechtskräftig verurteilt, und jetzt ist er die letzte Hoffnung der SPÖ, die ihm den Auftrag gibt, das Parteiprogramm für die Zukunft auszuarbeiten. Na, das sind Ihre Zukunftshoffnungen: die rechtskräftig Verurteilten nämlich, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Zum Abschluss noch der Kollege Maresch, der das Gleiche heruntergebetet hat, nämlich die Gerichte und die Gerichtsurteile abzuwarten: na ja, soll sein. Was ich aber den GRÜNEN dazu sagen möchte, ist: Ihr gewaltiger Wankelmut! Ich verstehe es ja, Sie können jetzt nicht anders, Sie müssen flachliegen. Sie müssen flachliegen! Da hat sich auch jetzt wiederum das Beispiel ergeben: Die Nulllohnrunde bei den Beamten wurde angesprochen. Na, was haben denn Sie für einen Beschluss Ihres Landesvorstandes, oder wie der heißt? *(GRin Mag Martina Wurzer: Landesversammlung!)* Ihrer Landesversammlung, danke, Frau Kollegin. Genau: einen auf Nulllohnrunde! Wo sind Sie denn damit durchgedrungen bei der SPÖ? Nichts ist's damit! Gar nichts ist zu hören, der Kollege Meidlinger fährt Sie in Grund und Boden. - So weit Ihre Versprechungen.

Ich lese jetzt zum Abschluss nur noch einen kurzen Abschnitt als Beispiel für die Glaubwürdigkeit der GRÜNEN vor. Der GRÜNE Margulies zu Skylink: „Rot-schwarzer Filz bleibt Flughafen erhalten.“ - Ihr Presse-dienst! Wien, OTS: „Wer erwartet hat, dass Flughafen-vorstand Kaufmann auf Grund des Skylink-Debakels Konsequenzen zu tragen hat, wird erwartungsgemäß enttäuscht. Häupl und Pröll werden sich auch weiterhin nicht von qualifizierten Flughafenmanagern vertreten lassen, sondern von wenig erfolgreichen Parteigängern. Damit bleibt im Flughafen der rot-schwarze Filz, der hunderte Millionen Euro in den Sand gesetzt hat, weiter erhalten.“

So der Budgetsprecher der GRÜNEN, Martin Margulies! *(Beifall bei der FPÖ. - Zwischenrufe bei den GRÜNEN.)*

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte über die Besprechung des Dringlichen Antrages ist somit beendet. Diesen Antrag weise ich zur weiteren Behandlung der Frau amtsführenden Stadträtin der Geschäftsgruppe Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke zu.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss der Sitzung 17.08 Uhr.)